

München. 1960

Die Annäherung der Genossenschaft
an die Aktiengesellschaft

Siegfried Willeitner

DIE ANNÄHERUNG DER GENOSSENSCHAFT AN DIE

AKTIENGESELLSCHAFT

Inaugural-Dissertation
zur Erlangung der Doktorwürde
einer Hohen Staatswirtschaftlichen Fakultät
der Ludwig-Maximilians-Universität
zu München

vorgelegt von
Siegfried Willeitner
Diplom-Kaufmann

1960

Referent: Professor Dr. Otto Hintner
Korreferent: Professor Dr. Roland Löhlein

Tag der mündlichen Prüfung: 18. Dezember 1959



G L I E D E R U N G

	Seite
Einführung	
Die gegenwärtige Diskussion um die Reform des Genossenschaftsgesetzes und die dieser Arbeit gestellte Aufgabe	1
Hauptteil	
I. Abschnitt: Die Doppelnatur der Genossenschaft	7
II. Abschnitt: Die genossenschaftliche Personenvereinigung und ihre Veränderung	9
1. Die genossenschaftliche Personenvereinigung - eine in Selbsthilfe handelnde Personenmehrheit	9
2. Die soziologische Struktur der genossenschaftlichen Personenvereinigungen und ihre Veränderung von 1850 bis heute	14
a) Einführung soziologischer Begriffe	14
b) Die genossenschaftlichen Personenvereinigungen und ihre jeweilige Umwelt	19
c) Die soziologische Struktur der ursprünglichen genossenschaftlichen Personenvereinigungen im Dorf	22
ca) Die soziologische Struktur des deutschen Dorfes vor dem ersten Weltkrieg	22
cb) Die soziologische Struktur der ursprünglichen genossenschaftlichen Personenvereinigungen im Dorf	27
d) Die soziologische Struktur der ursprünglichen genossenschaftlichen Personenvereinigungen in der Klein- und Mittelstadt	31
da) Die soziologische Struktur der Klein- und Mittelstadt vor dem ersten Weltkrieg	31
db) Die soziologische Struktur der ursprünglichen genossenschaftlichen Personenvereinigungen in der Klein- und Mittelstadt	35
e) Die soziologische Struktur der ursprünglichen genossenschaftlichen Personenvereinigungen in den Großstädten	40

	Seite
ea) Die soziologische Struktur der Großstädte vor dem ersten Weltkrieg	40
eb) Die soziologische Struktur der ursprünglichen genossenschaftlichen Personenvereinigungen in der Großstadt	43
f) Die Veränderung der soziologischen Struktur der genossenschaftlichen Personenvereinigungen im Dorf von 1914 bis heute	47
fa) Die Veränderung der soziologischen Struktur des Dorfes von 1914 bis heute	48
fb) Die Veränderung der soziologischen Struktur der genossenschaftlichen Personenvereinigungen im Dorf	54
g) Die Veränderung der soziologischen Struktur der genossenschaftlichen Personenvereinigungen in der Klein- und Mittelstadt	56
ga) Die Veränderung der soziologischen Struktur der Klein- und Mittelstadt von 1914 bis heute	56
gb) Die Veränderung der soziologischen Struktur der genossenschaftlichen Personenvereinigungen in der Klein- und Mittelstadt	59
h) Die Veränderung der soziologischen Struktur der genossenschaftlichen Personenvereinigungen in der Großstadt	63
ha) Die Veränderung der soziologischen Struktur der Großstadt von 1914 bis heute	63
hb) Die Veränderung der soziologischen Struktur der genossenschaftlichen Personenvereinigungen in der Großstadt	66
3. Die Annäherung der soziologischen Strukturen der genossenschaftlichen Personenvereinigungen an die soziologische Struktur der Gesamtheit der Aktionäre	69

III. Abschnitt: Der von jeder genossenschaftlichen Personenvereinigung ihrer Betriebswirtschaft erteilte Grundauftrag	73
1. Die genossenschaftliche Personenvereinigung als Grundauftrag erteilende Personenmehrheit	73
2. Der Inhalt des genossenschaftlichen Grundauftrages	74
a) Der Inhalt des genossenschaftlichen Grundauftrages, den eine Personenvereinigung der Konsumenten erteilt	75
b) Der Inhalt des genossenschaftlichen Grundauftrages, den eine Personenvereinigung der Produzenten erteilt	76
3. Die genossenschaftliche Betriebswirtschaft - eine fördernde Betriebswirtschaft	78
IV. Abschnitt: Die Verfahren, welche die genossenschaftlichen Personenvereinigungen bei ihrem genossenschaftlichen Wirtschaften anwenden	79
1. Das Verfahren der horizontalen Kombination	79
2. Das Verfahren der vertikalen Integration	81
V. Abschnitt: Die genossenschaftliche Betriebswirtschaft und ihre Veränderung	83
1. Die Arten genossenschaftlicher Betriebswirtschaften	83
2. Der Umsatz der genossenschaftlichen Betriebswirtschaften	86
a) Der Umsatz der genossenschaftlichen Betriebswirtschaften mit den Mitgliedern ihrer Personenvereinigungen	87
aa) Die Besonderheit des Mitgliederumsatzes der genossenschaftlichen Betriebswirtschaften	87
ab) Die Marktstellung der genossenschaftlichen Betriebswirtschaften und deren Veränderung	92
ab ₁) Die Veränderung der Marktstellung der Konsumgenossenschaften und der Einkaufsgenossenschaften des Nahrungs- und Genußmittel-einzelhandels	92

	Seite
ab ₂) Die Veränderung der Marktstellung der Einkaufsgenossenschaften der Handwerker	99
ab ₃) Die Veränderung der Marktstellung der gewerblichen Kreditgenossenschaften	101
ab ₄) Die Veränderung der Marktstellung der landwirtschaftlichen Genossenschaften	107
ab ₅) Die Veränderung der Marktstellung der Wohnungsbaugenossenschaften	113
ac) Die Veränderungen in der Umsatztätigkeit der genossenschaftlichen Betriebswirtschaften mit den Mitgliedern ihrer Personenvereinigungen	115
b) Der Umsatz genossenschaftlicher Betriebswirtschaften mit Nichtmitgliedern	120
3. Die Finanzierung der genossenschaftlichen Betriebswirtschaften und ihre Veränderung	123
a) Geschäftsanteil und Geschäftsguthaben	124
b) Die Rücklagen der genossenschaftlichen Betriebswirtschaften	130
c) Die genossenschaftliche Haftpflicht	140
4. Die Willensbildung der genossenschaftlichen Betriebswirtschaften und ihre Veränderung	147
a) Die Willensbildung in der Generalversammlung und die Veränderung des Einflusses der Generalversammlung auf die genossenschaftliche Willensbildung	147
b) Der Vorstand der Genossenschaft und sein Einfluß auf die genossenschaftliche Willensbildung in seiner Veränderung	153
c) Der Aufsichtsrat und die Willensbildung in der genossenschaftlichen Betriebswirtschaft	157
d) Der Einfluß der Verbände auf die genossenschaftliche Willensbildung und seine Veränderung	158
5. Die Preispolitik der genossenschaftlichen Betriebswirtschaften und ihre Veränderung	162
a) Die Preisfestsetzung beeinflussende Faktoren bei einer auf unmittelbare Förderung ausgerichteten genossenschaftlichen Preispolitik und ihre Veränderung	164

b) Die auf eine mittelbare Förderung ausgerichtete genossenschaftliche Preispolitik und ihre Veränderung	169
6. Die genossenschaftliche Gewinnverteilung und ihre Veränderung	174
a) Die genossenschaftliche Dividende	175
b) Die genossenschaftliche Rückvergütung	176

Schlußbetrachtung

Die Frage der Annäherung der Genossenschaft an die Aktiengesellschaft	178
---	-----

Verzeichnis der gebrauchten Abkürzungen

a. a. O.	- am angegebenen Ort
Abtlg., Abt.	- Abteilung
Abschn.	- Abschnitt
Anm.	- Anmerkung
AG	- Aktiengesellschaft
AktG	- Aktiengesetz
Aufl.	- Auflage
Bd.	- Band
ders.	- derselbe
DGV	- Deutscher Genossenschaftsverband Schulze-Delitzsch, e. V.
ebd.	- ebenda
EGBG	- Einführungsgesetz zum Bürgerlichen Ge- setzbuch
eG	- eingetragene Genossenschaft
eGmbH	- Eingetragene Genossenschaft mit be- schränkter Haftpflicht
eGmbH	- eingetragene Genossenschaft mit unbe- schränkter Haftpflicht
e. V.	- eingetragener Verein
f	- und folgende Seite
ff	- und die folgenden Seiten
GEG	- Großeinkaufsgesellschaft Deutscher Kon- sumgenossenschaften mit beschränkter Haftung, Hamburg
GenG	- Genossenschaftsgesetz
GmbH	- Gesellschaft mit beschränkter Haftung
KG	- Kommanditgesellschaft
KG	- Urteil des Kammergerichts
KGaA	- Kommanditgesellschaft auf Aktien
Mio	- Million
Mrd.	- Milliarde
oHG	- offene Handelsgesellschaft
RabattG	- Rabattgesetz
RGBl.	- Reichsgesetzblatt
s.	- siehe

S.	- Seite
Tsd.	- Tausend
u. a	- und andere
vgl.	- vergleiche
ZDK.	- Zentralverband Deutscher Konsumgenossenschaften e. V.
ZgGenW	- Zeitschrift für das gesamte Genossenschaftswesen, Organ der Genossenschaftsinstitute an den Universitäten Erlangen, Frankfurt, Marburg, Münster und Wien

E I N F Ü H R U N G

Die gegenwärtige Diskussion um die Reform des Genossenschaftsrechts und die dieser Arbeit gestellte Aufgabe

Die Fürsprecher der Genossenschaften waren in den ersten Nachkriegsjahren in der Bundesrepublik zahlreich. Eine genossenschaftsfreundliche Welle ging über unser Land hinweg, die z. B. in den neugestalteten Verfassungen der Länder einen sichtbaren Niederschlag fand. Es begann der Neuaufbau der von Hitler zerstörten genossenschaftlichen Organisationen und die Befreiung der bestehenden Genossenschaften von den ihnen angelegten Fesseln. So nahmen die Genossenschaften aller Sparten auch an dem nach der Währungsreform einsetzenden Aufschwung der deutschen Wirtschaft in der Folge Anteil. Ihre Mitgliederzahlen erreichten den Stand von 1933 und übertrafen ihn, ihre Umsätze wuchsen stetig an. Gleichzeitig jedoch wurden die Genossenschaften immer stärker zu unangenehmen Konkurrenten nichtgenossenschaftlicher Wirtschaftsgruppen, die auf den sich normalisierenden Märkten ihre Leistungen in Konkurrenz mit genossenschaftlichen Betriebswirtschaften anboten. Nur aus dieser Situation des Wettbewerbes zwischen genossenschaftlichen und nichtgenossenschaftlichen Betriebswirtschaften heraus ist die Schärfe und Grundsätzlichkeit der sich heute im Gang befindlichen Diskussion um die Genossenschaften zu verstehen.

Das Signal zu ihrem Beginn gaben unfreiwillig die Konsumgenossenschaften, als sie forderten, das für sie geltende Verbot, Waren an Nichtmitglieder zu verkaufen, zu beseitigen. Dieses im § 8, 4 GenG ausgesprochene Verbot wurde auch durch das Gesetz vom 21. Juli 1954 aufgehoben.¹⁾ Aber bei den Erörterungen zu der Frage der Zulässigkeit des Nichtmitgliedergeschäfts der Konsumgenossenschaften im Deutschen Bundestag warfen dann nichtgenossenschaftliche Wirtschaftskreise ganz allgemein die Frage nach der Stellung der Genossenschaften im heutigen Wirtschaftsleben und im besonderen nach ihrer wettbewerblichen Stellung gegenüber dem Handel auf.²⁾ In der Folge wurde eine Diskussion grundsätzlicher genossenschaftlicher Fragen in Gang gebracht, die weit über die Problematik des § 8, 4 GenG hinausging. Sie führte dazu, daß der Deutsche Bundestag in seiner 34. Sitzung vom 19. Juni 1954 die EntschlieÙung faÙte, die

1) Bundesgesetzblatt I, Seite 212

2) 8. Sitzung des 2. Deutschen Bundestages vom 10. Dezember 1953, Seite 195-208 des Protokolls

Bundesregierung zu ersuchen, das geltende Genossenschaftsrecht zu überprüfen.³⁾ Der Bundesrat schloß sich dem Bundestag in seiner 125. Sitzung vom 2. Juli 1955 an und forderte die Bundesregierung über das Ersuchen des Bundestages hinausgehend auf, insbesondere darauf zu achten, "daß zur Herstellung ausgewogener Wettbewerbsverhältnisse nach dem gegenwärtigen Rechtszustand etwa noch vorhandene Ungleichheiten zum Nachteil der Einzelhandelsgeschäfte auf der einen oder der Konsumgenossenschaften auf der anderen Seite beseitigt werden".

Die Vorarbeiten, die zur geforderten Überprüfung des Genossenschaftsrechts notwendig waren, wurden von dem Bundesjustizministerium als dem dafür zuständigen Organ der Bundesregierung unverzüglich aufgenommen. Sachverständige wurden gebeten, Referate zu erstatten, die zusammengefaßt veröffentlicht wurden.⁴⁾ Um die Schärfe der Diskussion und ihren grundsätzlichen Charakter deutlich werden zu lassen, sollen zwei Beispiele wiedergegeben werden. Prof. Dr. Gabriel schließt sein dem Bundesjustizministerium erstattetes Referat mit den Worten ab: "Erinnert man sich, daß die Genossenschaften seinerzeit ins Leben gerufen wurden, um selbständige mittelständische Existenzen zu schützen und an die Stelle wirtschaftlicher Machtpositionen den Wettbewerb zu setzen, dann kann es heute nicht ihre Funktion sein, selbständige mittelständische Existenzen zu vernichten und Machtpositionen an die Stelle des Wettbewerbs zu setzen. Der Gesetzgeber steht jetzt vor der Aufgabe, die Genossenschaften so weit auf ihr Wesen und ihren Grundauftrag zurückzuführen, als dies zur Herstellung ausgewogener Wettbewerbsverhältnisse geboten erscheint".⁵⁾ In einer Eingabe des Gesamtverbandes des Deutschen Groß- und Außenhandels e. V. vom 10. Februar 1954 an den Bundesminister für Wirtschaft heißt es: "Die Genossenschaften haben sich weit von dem Ziel ihrer Gründer entfernt und sind im Verhältnis zu den echten Selbsthilfeeinrichtungen in den ersten Jahrzehnten ihrer Gründung nunmehr zu Großformen herangewachsen, die kaum noch, in ihren oberen Zusammenschlüssen als echte Selbsthilfeeinrichtungen anerkannt werden können".⁶⁾

Die Diskussion um die aufgeworfenen Fragen wird dadurch belastet, daß die Vertreter der nichtgenossenschaftlichen Wirtschaftsgruppen die Unterschiedlichkeit der in der Bundesrepublik heute bestehenden Genossenschaften verwischen.

3) Bundesgesetzblatt I, Seite 212

4) Zur Reform des Genossenschaftsrechts, Referate und Materialien, 1. Bd., Bonn 1956

5) Ebd. Seite 306

6) Ebd. Seite 447

Die rund 28 000 Genossenschaften Westdeutschlands unterscheiden sich nach der Art der von ihnen ausgeübten Funktionen, nach der Höhe ihrer Umsätze, nach der Größe und Art ihrer Mitgliederkreise, ihren Rechtsformen usw. in so starkem Maße, daß von einem einheitlichen Genossenschaftswesen nicht gesprochen werden kann.⁷⁾ Am deutlichsten wird diese starke Differenzierung, wenn man sich vergegenwärtigt, daß eine Vielzahl genossenschaftlicher Betriebswirtschaften untereinander in Konkurrenz steht, z.B. die Spar- und Darlehenskassen und die Volksbanken, die Händlergenossenschaften Edeka und Rewe und die Konsumgenossenschaften. Auch bei einer Anlehnung an die in der Genossenschaftspraxis gegebene Gliederung der Genossenschaften in vier Genossenschaftssparten ist keine befriedigende Differenzierung erreicht, denn die innerhalb der einzelnen Sparten bestehende Vielfalt und Mannigfaltigkeit der Genossenschaften ist zu groß, um von einer Einheitlichkeit der einzelnen Sparten trotz ihrer relativen Geschlossenheit sprechen zu können. So muß gefordert werden, daß bei jedem Beitrag zu genossenschaftlichen Fragen eine Gruppierung der Genossenschaften vorgenommen wird, die aus der jeweiligen Problemstellung zu entwickeln ist, um dem Reichtum an Erscheinungsformen im genossenschaftlichen Bereich gerecht zu werden.

In der gegenwärtigen Diskussion werden von den nichtgenossenschaftlichen Wirtschaftskreisen die Veränderungen, die die Genossenschaften in ihrer 100-jährigen Geschichte erfuhren, zum Anlaß genommen, eine Änderung des Genossenschaftsgesetzes zu fordern. Auf der anderen Seite sehen die Genossenschaften in der Tatsache, daß ihnen eine stete Anpassung an die Veränderungen der soziologischen und ökonomischen Struktur ihrer Umwelt im Rahmen des geltenden Genossenschaftsrechts möglich war, den besten Beweis für die grundsätzliche Eignung des Genossenschaftsgesetzes. Auch von genossenschaftlicher Seite wird nicht verkannt, daß die Genossenschaften sich in ihrer Geschichte gewandelt haben.⁸⁾ Zum Teil wird mit Sorge auf diese Veränderung ge-

7) Vgl. Weippert, Georg, Neugestaltung des gesetzlichen Genossenschaftsbegriffs in Zur Reform des Genossenschaftsrechts, Seite 104

Back, Josef, Wo stehen die Genossenschaften heute?
in ZgGenW 1954, Seite 62

Draheim, Georg, Die Genossenschaft als Unternehmungstyp,
Göttingen 1955, Seite 210, Anm. 1

8) Vgl. Henzler, Reinhold, (I) Die Genossenschaft, eine fördernde Betriebswirtschaft, Essen 1957, Vorwort Seite 5

blickt,⁹⁾ zum Teil wird die Veränderung der Genossenschaften als die gelungene Anpassung an die Wandlung ihrer Umwelt begrüßt.

Die von beiden Seiten in der gegenwärtigen Diskussion angesprochenen Veränderungen, welche die Genossenschaften in den vergangenen 100 Jahren erfahren, aufzuzeigen, ist die dieser Arbeit gestellte Aufgabe. Es soll der Versuch unternommen werden, diese Veränderungen der Genossenschaften herauszuarbeiten und zu analysieren. Die Wandlung der Struktur der Genossenschaften wird in der gegenwärtigen Diskussion in der Regel verstanden als eine Annäherung¹⁰⁾ der Genossenschaften an die Struktur der erwerbswirtschaftlichen Unternehmung, als deren Prototyp mit gutem Grund sowohl in soziologischem, rechtlichem als auch ökonomischem Sinn die Aktiengesellschaft angeführt wird. Die Veränderungen der Struktur und Verhaltensweise der Genossenschaften, die heute immer wieder im Mittelpunkt der Auseinandersetzungen stehen, aufzuzeigen, ist die dieser Arbeit gestellte Aufgabe. Nicht kann dies sein, eine die Genossenschaften mit der Aktiengesellschaft vergleichende Studie zu erarbeiten. So wird im folgenden darauf verzichtet werden, eine gesonderte Darstellung der Struktur und der Verhaltensweisen der Aktiengesellschaft zu geben. Diese hätte den Vorzug, daß im Rahmen dieser Analyse gezeigt werden könnte, daß sich auch die Aktiengesellschaft im Verlauf ihrer ebenfalls rund hundertjährigen Geschichte gewandelt hat. Aber trotz der Vorzüge dieser Darstellung soll hierauf verzichtet werden. Denn als die Aufgabe, die dieser Arbeit gestellt ist, wird verstanden, daß festgestellt werden soll, ob Veränderungen der Struktur und Verhaltensweisen der Genossenschaften in ihrer rund hundertjährigen Geschichte erfolgt sind, die als Annäherung an die erwerbswirtschaftliche Unternehmung begriffen werden müssen. Hier wird als Prototyp der erwerbswirtschaftlichen Unternehmung die Aktiengesellschaft ins Feld geführt werden. Wenn derartige Annäherungen erfolgt sind, gilt es, deren Breite abzu- stecken und deren Grenzen aufzuzeigen. Damit verbunden wird die Frage zu beantworten sein, ob die festgestellten Veränderungen der Struktur und Verhaltensweisen der Genossenschaften mit einer Aufgabe des genossenschaftlichen Wirtschaftsprinzips gleichzusetzen sind.

Unter Genossenschaft wird im folgenden die moderne, in der Mitte des 19. Jahrhunderts entstandene Genossenschaftsform der Erwerbs- und Wirtschaftsge-

9) Vgl. Glass, Otto, Genossenschaftskunde, Berlin-München 1949, Seite 8

10) Vgl. Weippert, Georg, Zur Soziologie des Genossenschaftswesens in ZgGenW 1957, Seite 135

nossenschaft verstanden. Deren Vorläufer, die Dorf- und Markgenossenschaften der Germanen, die Gilden und Zünfte des Mittelalters usw. werden hier außer acht gelassen.¹¹⁾ Es sollen auch nicht die überkommenen Überbleibsel früherer genossenschaftlicher Institutionen, wie sie sich als Reste der alten Agrargenossenschaften in Gestalt landesrechtlich geregelter Realgemeinden - vgl. Art. 164 EGBGB - oder in Gestalt der sich auf gemeinsamen Waldbesitz gründenden Hauberggenossenschaften, Wald-, Forst- und Laubgenossenschaften bis in die heutige Zeit erhalten haben, im folgenden miteinbezogen werden.¹²⁾

Einen Genossenschaftstypus eigener Art, mit dem sich in der Geschichte des Genossenschaftswesens die größten Hoffnungen verbanden,¹³⁾ stellt die Vollproduktivgenossenschaft dar. Auch sie läßt sich als Förderungswirtschaft bezeichnen, jedoch wird durch sie weder ein Mitgliedshaushalt noch ein Mitgliedsbetrieb gefördert, sondern das Mitglied in seiner Eigenschaft als Arbeitnehmer. Hier sind Unternehmer und Arbeitnehmer personengleich, die Vollproduktivgenossenschaft ist für ihre Mitglieder die Erwerbsquelle schlechthin. Notwendig ist deshalb die Vollproduktivgenossenschaft Erwerbsunternehmung. Darin steht sie in einem tiefgreifenden Gegensatz zu allen anderen Genossenschaften, was bei jeder Erörterung eines genossenschaftlichen Problems eine gesonderte Darstellung für sie erforderlich machen würde. Da diese Genossenschaftsart in Deutschland nie weitgehende Verbreitung fand, erscheint es zulässig, im folgenden auf eine Darstellung der Struktur der Vollproduktivgenossenschaft und deren Veränderung zu verzichten.¹⁴⁾

11) Siehe v. Gierke, Otto, Das Deutsche Genossenschaftsrecht, 1. Bd. Berlin 1868 - 1913, S. 13 ff., 310 ff., 332 ff.

Seraphim, Hans-Jürgen, (I) Vom Wesen der Genossenschaften und ihre steuerliche Behandlung, Neuwied 1951, Seite 10 ff., 68 ff.

12) Siehe Westermann, Harry, in Seraphim, Hans Jürgen (I), a. a. O., Seite 113 ff.

13) Vgl. Oppenheimer, Franz, Wege zur Gemeinschaft, München 1924, Seite 51 ff., 218 ff., 493 ff.

14) Näheres siehe bei

Letschert, Günther, Die Produktivgenossenschaft, Wiesbaden-Biebrich 1950 I a. a. O., Seite 27 ff.

Henzler, Reinhold, Das Genossenschaftsgesetz - ein Mittel zur Erhaltung der genossenschaftlichen Eigenart in ZgGenW 1951 Seite 188

Fortsetzung siehe Seite 6!

Nachdem diese notwendigen Abgrenzungen durchgeführt sind, wenden wir uns der Aufgabe zu, die Veränderungen der Genossenschaften aufzuzeigen und zu analysieren, um letztlich herauszuarbeiten, inwieweit diese Veränderungen verstanden werden können als Annäherung der Genossenschaften an die erwerbswirtschaftliche Unternehmung, bzw. die Aktiengesellschaft.

Fortsetzung von Seite 5:

- | | |
|------------------|---|
| Weippert, Georg, | I a. a. O. Seite 112 ff. |
| Draheim, Georg, | I a. a. O. Seite 17 f., 174 ff. |
| Preiser, Erich, | Die Zukunft unserer Wirtschaftsordnung
Göttingen 1955, Seite 73 f. |

Zur Reform des Genossenschaftsrechts, 1. Bd., Bonn 1956, Seite 12

H A U P T T E I L

I. Abschnitt: Die Doppelnatur der Genossenschaft

Die Doppelnatur der Genossenschaft, deren Wesen darin besteht, daß jede Genossenschaft eine Betriebswirtschaft und eine Personenvereinigung umfaßt, ist heute nach zahlreichen ökonomischen, soziologischen und rechtlichen Untersuchungen allgemein anerkannt.¹⁾ Demnach muß die Genossenschaft als ein komplexes soziologisch-ökonomisches Gebilde verstanden werden. Zwischen der Struktur und der Verhaltensweise der genossenschaftlichen Betriebswirtschaft und der Struktur der genossenschaftlichen Personenvereinigung und der Verhaltensweise ihrer Mitglieder bestehen intensive Wechselbeziehungen. So muß eine Veränderung der Struktur der genossenschaftlichen Personenvereinigung und der in ihr üblichen Verhaltensweisen notwendig auf lange Sicht eine Veränderung der genossenschaftlichen Betriebswirtschaft zur Folge haben und umgekehrt. Diese Doppelnatur ist ein allen Genossenschaften gemeinsames Merkmal. Hierzu tritt als weiteres allen Genossenschaften gemeinsames Merkmal, daß jede genossenschaftliche Personenvereinigung ihrer Betriebswirtschaft den Grundauftrag erteilt, ihre Mitglieder in ihrer wirtschaftlichen Tätigkeit zu fördern. Diese allen Genossenschaften gemeinsamen, konstitutiven Merkmale rechtfertigen ein einheitliches, die Verfassung aller Genossenschaften regelndes Genossenschaftsgesetz.

1) Vgl. Henzler, Reinhold, I a. a. O. Seite 13 ff.

Draheim, Georg I a. a. O. Seite 16 ff.

Seraphim, Hans-Jürgen, I a. a. O. Seite 45 ff.

ders. (II) Die genossenschaftliche Gesinnung und das moderne Genossenschaftswesen, Karlsruhe 1956, Seite 7 f.

Inno, Karl, Das soziologische Wesen der Genossenschaft in Apophoreta Tartuensia, Stockholm 1949, Seite 296

Robotka, Frank, Eine Theorie des Genossenschaftswesens in ZgGenW 1955, Seite 155 ff.

Paulick, Heinz, (I) Die eingetragene Genossenschaft als Beispiel einer gesetzlichen Typenbeschränkung, Tübingen 1954, Seite 87 ff.

Zwischen genossenschaftlicher Betriebswirtschaft und Personenvereinigung auf der einen und dem Genossenschaftsrecht auf der anderen Seite sind ebenfalls Wechselwirkungen gegeben. Besonders deutlich wird dies heute, wo nichtgenossenschaftliche Wirtschaftsgruppen versuchen, über eine Änderung des Genossenschaftsgesetzes eine Schwächung der genossenschaftlichen Betriebswirtschaften zu erreichen, was auf lange Sicht auf Grund der zwischen genossenschaftlicher Betriebswirtschaft und Personenvereinigung gegebenen Wechselbeziehung auch eine Beeinträchtigung der genossenschaftlichen Personenvereinigung nach sich ziehen müßte. Die zwischen diesen drei Grundelementen jeder Genossenschaft wirksamen Wechselbeziehungen haben zur Folge, daß sich keines dieser drei Grundelemente der Genossenschaft wandeln kann, ohne auf lange Sicht die Veränderung eines oder beider anderen Grundelemente zu bewirken. Genossenschaftliche Betriebswirtschaft, genossenschaftliche Personenvereinigung und Genossenschaftsrecht bestimmen in ihrem jeweiligen gleichzeitigen Zusammenwirken die Gestalt jeder Einzelgenossenschaft.

Aus methodischen Gründen ist es erforderlich, daß komplexe soziologisch-ökonomische Gebilde Genossenschaft auseinanderzufalten und die einzelnen Grundelemente der Genossenschaft in ihrer Veränderung gesondert zu untersuchen. Es erscheint durchführbar, die zwei Grundelemente genossenschaftliche Betriebswirtschaft und genossenschaftliche Personenvereinigung gesondert darzustellen und das Genossenschaftsrecht als drittes genossenschaftliches Grundelement im Zusammenhang mit der Darstellung der Veränderung von genossenschaftlicher Betriebswirtschaft und genossenschaftlicher Personenvereinigung zu behandeln. Damit soll nicht zum Ausdruck gebracht werden, daß von diesem dritten Grundelement nicht gestaltende Impulse auf die genossenschaftliche Betriebswirtschaft und Personenvereinigung ausgingen und ausgehen können. Vielmehr soll das mißliche, zergliedernde Darstellen, das die innere Verbundenheit aller drei Grundelemente kraft der zwischen ihnen wirksamen Wechselbeziehungen allzu leicht vergessen läßt, auf ein Minimum beschränkt werden.

In der genossenschaftlichen Literatur wurde mehrmals versucht, einer Wissenschaft den Vorrang zu geben in der Fähigkeit, die Gestalt der Genossenschaft zu bestimmen. So vertritt Ziegenfuss²⁾ die Auffassung, daß sich die Gestalt der Genossenschaft zuerst dem Blick des Sozialforschers und seiner Methode der Soziologie erschließe. Inno³⁾ hält dem entgegen, daß sich die eine Genos-

2) Ziegenfuss, Werner, Die Genossenschaften, Berlin 1948

3) Inno, Karl, a. a. O.

senschaft kennzeichnenden und sie von anderen Wirtschaftserscheinungen unterscheidenden Merkmale nur in den betriebswirtschaftlichen, nicht aber in den soziologischen Sachverhalten finden würden. Dem wird hier entgegengestellt, daß keine Wissenschaft allein fähig ist, die Gestalt der Genossenschaft der Wirklichkeit entsprechend zu erfassen. Denn hier wird die Gestalt der Genossenschaft begriffen als Ergebnis des jeweiligen gleichzeitigen Zusammenwirkens der drei genossenschaftlichen Grundelemente: der genossenschaftlichen Betriebswirtschaft, der genossenschaftlichen Personenvereinigung und ihres rechtlichen Rahmens. Nur bei einer Darstellung dieser drei Grundelemente unter Verwendung der jeweiligen wissenschaftlichen Methoden ist es möglich, die Gestalt der Genossenschaft wirklichkeitsgetreu darzustellen. Eine Rangfrage der Wissenschaften gibt es nicht.⁴⁾

Wir wenden uns als erstem Grundelement jeder Genossenschaft der genossenschaftlichen Personenvereinigung zu und werden entsprechend dem vorher Gesagten im Rahmen ihrer Analyse auch die Veränderung von Teilen des Genossenschaftsrechts, die in einem inneren Zusammenhang zu ihrer Veränderung stehen, aufzeigen.

II. Abschnitt: Die genossenschaftliche Personenvereinigung und ihre Veränderung

1. Die genossenschaftliche Personenvereinigung - eine in Selbsthilfe handelnde Personenmehrheit

Die jeder genossenschaftlichen Personenvereinigung immanente, dynamische Kraft ist der Wille zur Selbsthilfe ihrer Mitglieder. Stets hat der im Wirtschaftsleben wirksame Wille zur Selbsthilfe die Erreichung eines Vorteils wirtschaftlicher Art zum Ziel. Um dieses Vorteils willen ist die in Selbsthilfe handelnde Person bereit, Vorleistungen zu erbringen und Risiken zu übernehmen. Genossenschaftliche Selbsthilfe setzt jedoch weiter voraus, daß der angestrebte wirtschaftliche Vorteil, um dessen willen der Einzelne bereit ist, Selbsthilfeanstrengungen durchzuführen, nur erreicht werden kann, wenn sich eine Personenmehrheit, verbunden durch ihr gemeinsames Interesse, zu gemeinsamem Handeln zusammenfindet. Die genossenschaftliche Personenvereinigung ist demnach eine in Selbsthilfe handelnde Personenmehrheit.

Der von der genossenschaftlichen Personenvereinigung angestrebte Vorteil ist

wirtschaftlicher Art.¹⁾ Die Mitglieder der genossenschaftlichen Personenvereinigung erstellen sich Leistungen, die von anderen Personen nicht für sie erstellt oder aber den Mitgliedern der genossenschaftlichen Personenvereinigung zu solchen Bedingungen angeboten werden, daß eine von den Mitgliedern der genossenschaftlichen Personenvereinigung in Selbsthilfe vorgenommene eigene Leistungserstellung von Vorteil ist. Um diese, wirtschaftliche Vorteile erbringende, Leistungserstellung zu ermöglichen, bauen die Mitglieder der genossenschaftlichen Personenvereinigung die genossenschaftliche Betriebswirtschaft auf. Sie handeln in Selbsthilfe, indem sie die Aufgabe der Finanzierung des erforderlichen Leistungsapparates ihrer Betriebswirtschaft lösen und das mit dem genossenschaftlichen Wirtschaften verbundene Risiko tragen. Die genossenschaftliche Personenvereinigung als eine in Selbsthilfe handelnde Personenmehrheit steht demnach immer in einer doppelten Beziehung zu der genossenschaftlichen Betriebswirtschaft. Die erste Grundbeziehung der Mitglieder zu ihrer Betriebswirtschaft konkretisiert sich in der Inanspruchnahme der von der genossenschaftlichen Betriebswirtschaft erstellten Leistungen. Die zweite Grundbeziehung umfaßt alle Selbsthilfeanstrengungen, welche die Mitglieder der genossenschaftlichen Personenvereinigung durchführen, um die genossenschaftliche Leistungserstellung zu ermöglichen, vor allem die Kapitalhingabe und die Übernahme des mit dem genossenschaftlichen Wirtschaften verbundenen Risikos. Die genossenschaftliche Personenvereinigung ist demnach als eine in Selbsthilfe handelnde Personenmehrheit sowohl Eigentümermehrheit als auch Kundenkreis der genossenschaftlichen Betriebswirtschaft.

Ob eine Person sich an gemeinsamen Selbsthilfebemühungen beteiligen will und die damit verbundenen Selbsthilfeanstrengungen zu leisten bereit ist, muß der Entscheidung des Einzelnen überlassen bleiben. Dementsprechend beruht das Beitreten zur genossenschaftlichen Personenvereinigung ebenso wie das Ausscheiden aus ihr auf Freiwilligkeit.

Die Grundtatsache allen genossenschaftlichen Wirtschaftens, daß es auf dem Selbsthilfewillen einer Personenmehrheit basiert, fand im Genossenschaftsrecht starke Beachtung. Gemäß § 13 GenG entsteht eine Genossenschaft im rechtlichen Sinn mit ihrer Eintragung ins Genossenschaftsregister. Die wichtigste Voraussetzung, von deren Erfüllung der Gesetzgeber die Eintragung abhängig gemacht hat, ist, daß die genossenschaftliche Personenvereinigung mindestens sieben Mitglieder umfaßt,²⁾ die in der Liste der Genossen namentlich aufzuführen sind.³⁾ Es ist nicht erforderlich, daß von den Mitgliedern der genossenschaft-

1) Vgl. § 1 GenG

2) Vgl. § 4 GenG

3) Vgl. § 11, 2, 1 GenG

lichen Personenvereinigung Einzahlungen auf die von ihnen übernommenen Geschäftsanteile vor der Eintragung geleistet und nachgewiesen werden. Davon ausgehend wird die Genossenschaft rechtssystematisch den Personalgesellschaften zugerechnet. Dem Umstand, daß der genossenschaftliche Zusammenschluß einer in Selbsthilfe handelnden Personenmehrheit auf Freiwilligkeit beruht und deshalb die Zahl der Mitglieder der genossenschaftlichen Personenvereinigung Schwankungen unterliegt, trug der Gesetzgeber Rechnung, indem er die Genossenschaft zur juristischen Person erklärte. Damit ist sie in ihrer rechtlichen Existenz von der Schwankung der Zahl der Mitglieder ihrer Personenvereinigung unabhängig, allerdings nur beschränkt, denn, wenn die Zahl der Mitglieder der genossenschaftlichen Personenvereinigung unter sieben fällt, wird die Genossenschaft aufgelöst.⁴⁾ Die Tatsache, daß alles genossenschaftliche Wirtschaften auf der in Selbsthilfe handelnden genossenschaftlichen Personenvereinigung fußt, berücksichtigte der Gesetzgeber auch bei der Ausgestaltung des Mitgliedschaftsverhältnisses im GenG. Die Person, welche in gemeinsamer Selbsthilfe handeln will, erwirbt bei Neugründung einer Genossenschaft durch Mitunterzeichnung des Statuts,⁵⁾ bzw. durch Beitritt zu einer bereits bestehenden Genossenschaft, Zulassung und Eintragung in die Liste der Genossen⁶⁾ die Mitgliedschaft und alle mitgliedschaftlichen Rechte und Pflichten. Die Übernahme eines oder mehrerer Geschäftsanteile und die Erfüllung der Einzahlungsverpflichtungen sind nicht Voraussetzung für den Erwerb der Mitgliedschaft, sondern Folge des personenrechtlich begründeten und wirksam gewordenen Mitgliedschaftsverhältnisses. Folgerichtig kann die an die in Selbsthilfe handelnde Person gebundene Mitgliedschaft auch nicht übertragen oder vererbt werden. Soll ein Geschäftsguthaben übertragen werden, so setzt dies voraus, daß der Übernehmende Mitglied der Genossenschaft ist oder die Mitgliedschaft durch Beitritt, Zulassung und Eintragung in die Liste der Genossen erwirbt. Verstirbt ein Mitglied der Genossenschaft, so gilt es mit dem Schluß des laufenden Geschäftsjahres als ausgeschieden. Die Erben treten nicht an seine Stelle in die Mitgliedschaft ein, sie setzen diese nur bis zum Schluß des laufenden Geschäftsjahres fort.⁷⁾

Im Gegensatz zur Aktiengesellschaft, die auf einer Vereinigung von Kapitalien fußt, ist die Genossenschaft aufgebaut auf einer Vereinigung von Personen, die willens sind, in gemeinsamer Selbsthilfe zu handeln. Hieraus wurde entwickelt,

4) Vgl. § 80 GenG

5) Vgl. § 11, 2, 1 GenG

6) Vgl. § 15, 1, und 3 GenG

7) Vgl. § 77, 1 GenG

daß grundsätzlich jedes Mitglied der genossenschaftlichen Personenvereinigung gleiche Rechte und gleiche Pflichten haben muß. Den sichtbarsten Ausdruck fand dieses genossenschaftliche Gleichheitsprinzip in der Regelung des Stimmrechts.⁸⁾

Bereits auf Grund der bisher gemachten Ausführungen können einige Wesensunterschiede, die zwischen der Aktiengesellschaft⁹⁾ und der Genossenschaft bestehen, dargestellt werden. Die Mitglieder der genossenschaftlichen Personenvereinigung als in Selbsthilfe handelnde Personenmehrheit stehen mit der genossenschaftlichen Betriebswirtschaft in einer doppelten Grundbeziehung; sie sind sowohl deren Kundenkreis, als auch deren Eigentütermehrheit. Ihr Ziel ist die Erwirtschaftung eines Vorteils wirtschaftlicher Art mittels der eigenen in gemeinsamer Selbsthilfe durchgeführten Erstellung von Leistungen, welche sie in ihrer eigenen wirtschaftlichen Tätigkeit benötigen. Im Gegensatz hierzu tritt der Aktionär seiner Aktiengesellschaft ausschließlich als Kapitalgeber gegenüber und verbleibt als Person in einer der Genossenschaft fremden Anonymität. An den betrieblichen Leistungen, welche die Aktiengesellschaft erstellt, ist der nur kapitalmäßig mit ihr verbundene Aktionär unmittelbar nicht interessiert. Er gibt sein Kapital der Aktiengesellschaft in der Erwartung einer hohen Kapitalrentabilität oder um einen beherrschenden Einfluß auf das Unternehmen zu gewinnen. Denn im Gegensatz zu dem genossenschaftlichen Stimmrecht, das ein an die Person des Mitglieds gebundenes, höchstpersönliches und für alle Mitglieder gleiches Recht ist, hat der Aktionär Einfluß auf die Willensbildung seiner Gesellschaft entsprechend seiner Kapitalbeteiligung. Der Aktionär erwirbt die Mitgliedschaft bei der Aktiengesellschaft durch Kauf des Anteilspapiers, er verliert sie durch dessen Veräußerung. Die aktienrechtliche Mitgliedschaft ist übertragbar und vererbbar, da sie von der Person des Mitglieds losgelöst ist. Nicht aber hat der Aktionär einen Anspruch gegen seine Gesellschaft auf Rückkauf des Anteilspapiers, im Gegensatz zu dem Mitglied der genossenschaftlichen Personenvereinigung, dem bei Aufkündigung seiner Mitgliedschaft ein Forderungsrecht auf Auszahlung seines Geschäftsguthabens gegen die Genossenschaft zuwächst. Daß die Aktiengesellschaft auf der Verei-

8) Vgl. § 43, 2 GenG

9) Es wird im folgenden stets die Aktiengesellschaft in ihrer reinen Ausprägung zum Vergleich herangezogen. Sonderformen der Aktiengesellschaft, wie die Nebenleistungs-, die Familien- oder Einmann-Aktiengesellschaft, die gemeinnützige Ziele verfolgende Aktiengesellschaft oder gar Genossenschaften, die sich der Rechtsform der Aktiengesellschaft bedienen, bleiben außer Betracht.

nigung von Kapitalien fußt und nicht auf einer Vereinigung von Personen, wurde vom Gesetzgeber auch darin berücksichtigt, daß er die Entstehung der Aktiengesellschaft in rechtlichem Sinn davon abhängig machte, daß mindestens 25 % zuzüglich eines evtl. zu entrichtenden Agios des in seiner Mindesthöhe gesetzlich festgelegten Anteilskapitals durch die Aktionäre eingezahlt sein müssen.

Beide, die genossenschaftliche Betriebswirtschaft und die Aktiengesellschaft, sehen sich einer Personenmehrheit gegenüber. Aber die Bindung der Aktiengesellschaft an ihre Aktionäre ist eine ungleich schwächere als die der genossenschaftlichen Betriebswirtschaft an ihre Personenvereinigung. Der Aktionär ist nur Kapitalgeber seiner Betriebswirtschaft, die genossenschaftliche Personenvereinigung jedoch Kapitalgeber und ausschließlicher Kundenkreis der genossenschaftlichen Betriebswirtschaft unter Außerachtlassung des Nichtmitgliedergeschäfts. Nicht nur in der Lösung ihrer Finanzierungsprobleme steht die genossenschaftliche Betriebswirtschaft in Abhängigkeit von ihrer Personenvereinigung, sondern auch in ihrer täglichen Umsatztätigkeit. Jeden Tag stehen die Mitglieder der genossenschaftlichen Personenvereinigung erneut vor der Frage, ob sie an den gemeinsamen Selbsthilfeanstrengungen teilnehmen wollen oder nicht und dies in einem doppelten Sinn: einmal hinsichtlich der Inanspruchnahme der Leistungen der genossenschaftlichen Betriebswirtschaft, zum anderen hinsichtlich der Aufrechterhaltung ihrer Mitgliedschaft. So ist für das genossenschaftliche Wirtschaften die Verhaltensweise der Mitglieder der genossenschaftlichen Personenvereinigung von ungleich größerer Bedeutung als die der Aktionäre der Aktiengesellschaft für die von ihnen finanzierte, erwerbswirtschaftliche Unternehmung. Diese Verhaltensweise der Mitglieder der genossenschaftlichen Personenvereinigung ist, wie die jeder Personenmehrheit in starkem Maße geprägt durch die Art der sozialen Beziehung, in der die in Selbsthilfe handelnden Personen zueinander stehen, oder anders ausgedrückt, durch die soziologische Struktur der genossenschaftlichen Personenvereinigung.

Stellt man die Frage, welcher Art diese soziologische Struktur der genossenschaftlichen Personenvereinigung ist und welchen Veränderungen sie in der Geschichte genossenschaftlichen Wirtschaftens unterworfen war, an die genossenschaftliche Literatur, so muß man feststellen, daß in den zahlreichen Beiträgen soziologischer Art¹⁰⁾ keine befriedigende Antwort auf diese Frage zu fin-

10) Vgl. Back, Josef, M., Die aktuelle Situation des Genossenschaftswesens, seine soziale, wirtschaftliche und kulturelle Bedeutung in Aktuelle Genossenschaftsprobleme, Bern 1953

Draheim, Georg, I, a. a. O.

Fortsetzung siehe Seite 14!

den ist. Diese Erkenntnis zwingt dazu, einen Exkurs in das Gebiet der Soziologie vorzunehmen, deren Gegenstand das zwischenmenschliche Geschehen ist, um auf die Frage nach der soziologischen Struktur der genossenschaftlichen Personenvereinigung und deren Veränderung eine befriedigende Antwort geben zu können. Damit kann der Verhaltensweise der Mitglieder und ihrer Veränderung näher gekommen werden, die das genossenschaftliche Wirtschaften entsprechend dem soeben Gesagten maßgeblich mitbestimmt. Es wird demnach im folgenden unsere Aufgabe sein, die soziologische Struktur der genossenschaftlichen Personenvereinigung aufzuzeigen. Hierzu ist es als erstes erforderlich, einige soziologische Begriffe, auf die im folgenden nicht verzichtet werden kann, einzuführen.

2. Die soziologische Struktur der genossenschaftlichen Personenvereinigungen und ihre Veränderung

a) Einführung soziologischer Begriffe

Das Handeln des einzelnen Mitglieds der genossenschaftlichen Personenvereinigung ist nicht erklärbar unter Außerachtlassung des Handelns der übrigen Mitglieder der genossenschaftlichen Personenvereinigung. Denn das Handeln in Selbsthilfe jedes Mitglieds der genossenschaftlichen Personenvereinigung ist, da das genossenschaftliche Wirtschaften auf einer in Selbsthilfe handelnden Personenmehrheit fußt, auf das Verhalten der anderen Mitglieder der genossenschaftlichen Personenvereinigung bezogen und daran in seinem Ablauf orien-

Fortsetzung von Seite 13:

- Dülfer, Eberhard, (I), Typencharakter und Größenentwicklung der gewerblichen Kreditgenossenschaften, Marburg 1957
- Gide, Charles, Die Genossenschaft, Halberstadt 1925
- v. Gierke, Otto, Das Wesen menschlicher Verbände, Berlin 1902
- Grünfeld, Ernst, Das Genossenschaftswesen, volkswirtschaftlich und soziologisch betrachtet, Halberstadt 1928
- Henzler, Reinhold, I, a. a. O.
- Seraphim, Hans-Jürgen, I + II, a. a. O.
- Weippert, Georg, II, a. a. O.
- Weisser, Gerhard, Sind die Genossenschaften reformbedürftig in ZgGenW 1955, S. 200 ff.
- Ziegenfuß, Werner, a. a. O.

wert.¹¹⁾ Betrachtet man die genossenschaftliche Personenvereinigung als Ganzes, so ist ein seinem Sinn nach aufeinander gegenseitig eingestelltes und dadurch bestimmtes Verhalten der Mitglieder der genossenschaftlichen Personenvereinigung festzustellen. Zwischen den Mitgliedern der genossenschaftlichen Personenvereinigung ist eine soziale Beziehung gegeben.¹²⁾ Gegenseitigkeit muß hier nicht heißen, daß die Mitglieder der genossenschaftlichen Personenvereinigung im Einzelfall den gleichen Sinngehalt in die soziale Beziehung legen. Eine "völlig und restlos auf gegenseitiger sinnentsprechender Einstellung ruhende soziale Beziehung ist in der Realität nur ein Grenzfall".¹³⁾ Die soziale Beziehung innerhalb der genossenschaftlichen Personenvereinigung ist nach außen offen, da die Teilnahme an dem gegenseitigen sozialen Handeln nach ihren geltenden Ordnungen niemand verwehrt wird, der dazu tatsächlich in der Lage und geneigt ist.¹⁴⁾

Mit der Feststellung, daß das soziale Handeln der Mitglieder der genossenschaftlichen Personenvereinigung sich als soziale Beziehung darstellt, ist über die soziologische Struktur der genossenschaftlichen Personenvereinigung noch keine letzte Aussage gemacht. Denn eine soziale Beziehung kann sowohl Gemeinschaft als auch Gesellschaft sein.¹⁵⁾ Dieser Gegensatz wurde zum ersten Mal von Ferdinand Tönnies klar herausgestellt, der seine bis heute nachwirkende Arbeit stark an den Formen und Werten früherer gemeinschaftlicher Verbundenheit orientierte.¹⁶⁾ Gemeinschaft ist nach Tönnies reales und organisches Leben, Gesellschaft ideelle und mechanische Bildung.¹⁷⁾ Beide stellen Extremwerte der Reihe der möglichen Ausprägungen sozialer Beziehungen dar. Die in der Realität vorhandenen Strukturen reichen von der Gemeinschaft über gemeinschaftsnahe und gemeinschaftsferne Verhältnisse bis zur Gesellschaft. Es gibt also auf die Frage nach der Art einer sozialen

11) Vgl. Weber, Max, Wirtschaft und Gesellschaft in Grundriß der Sozialökonomie, III. Abt., Tübingen 1925, 2. Aufl., Seite 1

v. Bernsdorf, Wilhelm und Bülow, Friedrich, Wörterbuch der Soziologie, Stuttgart 1955, S. 498

12) Vgl. Weber, Max, a. a. O., S. 13

13) Vgl. Weber, Max, a. a. O., S. 14

14) Vgl. Weber, Max, a. a. O., S. 23

15) Vgl. Weber, Max, a. a. O., S. 21

16) Tönnies, Ferdinand, Gemeinschaft und Gesellschaft, 2. Aufl., Berlin 1912

17) Tönnies, Ferdinand, a. a. O., S. 3

Beziehung nicht nur die Antwort Gemeinschaft oder Gesellschaft. Vielmehr ist die Aufgabe gestellt, die in der Wirklichkeit vorgefundene soziale Beziehung ihrer Ausprägung entsprechend in die Reihe der möglichen soziologischen Strukturen zwischen Gemeinschaft und Gesellschaft einzustufen und bei einer Strukturveränderung die Veränderungsrichtung anzugeben.

Im folgenden soll das Wesen der Gemeinschaft und Gesellschaft unter Bezugnahme auf Alfred Vierkandt¹⁸⁾ näher dargestellt werden. Nach Vierkandt besteht die das Wesen des Sozialverhältnisses Gesellschaft ausmachende Verbundenheit in der gemeinsamen Anerkennung eines Sinnes und einer für seine Erhaltung erforderlichen Ordnung geistiger oder sozialer Art.¹⁹⁾ Die persönliche Berührung tritt hinter der Sinnverbindung in der Gesellschaft zurück und wird zu etwas Sekundärem.²⁰⁾ Allein die Sinnverbundenheit läßt die beteiligten Personen in der Welt des Sinnes in spezifischer Weise zusammenwirken zu einer Einheit. "Diese Situation ist vorhanden bei jedem Verhältnis, jedem Vorgang und jeder Handlung, zu denen ihrem Wesen nach ein Zusammenspiel mehrerer Personen erforderlich ist; oder anders ausgedrückt, die ihrem Wesen nach eine Mehrheit von Trägern zu einem Ganzen verbunden erfordern".²⁰⁾ Diese das Wesen der Gesellschaft ausmachende Sinnverbundenheit ist demnach auch in der genossenschaftlichen Personenvereinigung immer gegeben. In klassischer Reinheit stellt sich der Typus der Gesellschaft jedoch in der modernen Aktiengesellschaft dar, die eine gänzlich äußerliche Vereinigung innerlich sich fremder Menschen zu einem einzigen Zweck ist.²¹⁾ Die durch den Sinn begründete Ordnung dieses reinen Gesellschaftsverhältnisses wird von den Beteiligten eingehalten, ob des von den Einzelnen erstrebten Vorteils. Der Mitbeteiligte wird nicht als Bestandteil eines Sozialverhältnisses erlebt, sondern lediglich als eine Sache, zu der man in einem äußeren Verhältnis steht. Voll erlebt wird die Sinnverbundenheit dann, wenn die am Gesellschaftsverhältnis Beteiligten den Gegenstand der Kooperation voll in sich aufgenommen haben und sich in dem Willen zu ihm begegnen.²²⁾

-
- 18) Vierkandt, Alfred, (I) Gesellschaftslehre, 2. Aufl., Stuttgart 1928
ders. (II) Kleine Gesellschaftslehre,
Stuttgart 1949
ders. (III) Familie, Volk und Staat, Stuttgart 1936
- 19) Vierkandt, Alfred, I a. a. O., S. 18 und 208
- 20) Vierkandt, Alfred, I a. a. O., S. 235
- 21) Vgl. Vierkandt, Alfred, I a. a. O., S. 252
- 22) Vierkandt, Alfred, I a. a. O., S. 245 ff.

Die Sinnverbundenheit, welche die Gesellschaft charakterisiert, fehlt auch in der Gemeinschaft nicht, jedoch tritt hier eine seelische Verbundenheit der Beteiligten hinzu, die sie befähigt, aus dem Zustand der Abgegrenztheit der eigenen Person gegenüber ihrer Umgebung herauszutreten. In der Gemeinschaft bestehen zwei Bindemittel: die Gemeinschaftsgesinnung als Liebe, Hingabe und Hilfsbereitschaft der sich innerlich zu einer Einheit verbunden fühlenden Beteiligten und die in der Gesellschaft isolierte Sinnverbundenheit. Beide Bindemittel sind für das Leben der Gemeinschaft gleich wichtig und unentbehrlich.²³⁾ Die diesem Zustand entsprechende Vereinigung von Menschen bezeichnet Vierkandt als Gruppe.²⁴⁾ Die Gruppe in idealtypischer Reinheit zeigt eine Einheit des Verhaltens, der Gesinnung, überhaupt des Geistes, die in einem gewissen Sinn der Einheit des Individuums ähnlich, wenn auch nicht gleich ist. Die Gemeinschaft ist die engste Form des Soziallebens, die intensivste soziale Beziehung. Jedoch ist das Gemeinschaftsbewußtsein immer auf bestimmte Bereiche beschränkt, es umfaßt niemals das ganze Leben der Beteiligten. "Es ist vielmehr zu unterscheiden zwischen den gemeinschaftlichen und den persönlichen Angelegenheiten".²⁵⁾ Den vom Gemeinschaftsbewußtsein umfaßten Personen und Angelegenheiten steht jeder Beteiligte nicht als Fremder gegenüber, sondern sie sind seine eigenen. Das Ich macht an ihren Grenzen nicht halt, sondern umfaßt sie mit. Die Gemeinschaftshaltung hat ein spezifisches Einheitsbewußtsein zur Folge, das eine Person mit anderen Personen verknüpft oder auch mit über- und unpersönlichen Gebilden. Das Ichbewußtsein umfaßt typischerweise die Angelegenheiten derjenigen Personen, Gruppen oder Gegenstände mit, mit denen sein Träger vergemeinschaftet ist, und dieser erlebt deren Schicksale als seine eigenen. Achtung und Mißachtung, die jemand dem mit ihm durch Gemeinschaft verbundenen zollt, empfindet der Einzelne als die Seinige; sein Selbstgefühl ist ihnen gegenüber in derselben Weise erweitert, wie sein Ichbewußtsein. In dieser Erweiterung können mehrere Personen zusammenklingen und sich dabei in einer spezifischen Weise als eine Einheit empfinden, nämlich als ein "Wir", das an die Stelle des Ich tritt oder dieses wenigstens in

23) Vierkandt, Alfred, I a. a. O., S. 18 ff. und 208 ff.

24) ders. I a. a. O., S. 18, vgl. S. 223

Der Gruppenbegriff ist äußerst vieldeutig, vgl. Bernsdorf, Wilhelm und Bülow, Friedrich a. a. O., S. 193 ff. Er soll hier eindeutig im Sinne Vierkandts gebraucht werden, nicht zuletzt deshalb, weil er mit diesem Inhalt bereits Eingang in die genossenschaftliche Literatur gefunden hat.

25) Vierkandt, Alfred, I a. a. O., S. 208 ff.

den Hintergrund treten läßt.²⁶⁾

Eine Gemeinschaft entsteht nicht durch äußere Ereignisse oder Erlebnisse. Diese können als Kraft auf eine Gestaltung der Personen in eine bestimmte Richtung wirken und dadurch eine innere Annäherung der beteiligten Personen zur Folge haben. Insbesondere Not, Druck oder Angriff können als Bedingungen, nicht aber als Ursachen der Gemeinschaftsbildung angesehen werden. Sie rufen nicht automatisch das Gemeinschaftsverhältnis hervor.²⁷⁾

Da in der Gemeinschaft die Menschen als Personen, d. h. in ihrem Wesen, in ihrem Sein verbunden sind, hat dieses Sozialverhältnis seiner Natur nach Dauercharakter. "Genauer betrachtet hat man zu unterscheiden zwischen einem Dauerzustand und seiner Aktualisierung".²⁸⁾ Das Dauernde konkretisiert sich in der Gemeinschaftsgesinnung der beteiligten Personen.

Unterscheidet man zwischen dem Subjekt und dem Objekt der Gemeinschaft, so kann ihr Subjekt nur der Mensch sein, während ihr Objekt sich nicht auf den Menschen beschränkt. Nach dem Gegenstand, den die Gemeinschaftshaltung umfaßt, unterscheidet Vierkandt vier Arten der Gemeinschaft:²⁹⁾ die volle Gruppengemeinschaft = Gemeinschaftstyp A, die abstrakte Gruppengemeinschaft = Gemeinschaftstyp B, die rein persönliche Gemeinschaft = Gemeinschaftstyp C und die außermenschliche oder unpersönliche Gemeinschaft = Gemeinschaftstyp D.

In der vollen Gruppengemeinschaft, dem Gemeinschaftstyp A, ist das Wesen der Gemeinschaft am vollsten und reinsten entfaltet. "Die Beteiligten erfassen hier die Gruppe vorwiegend oder ausschließlich in ihren Mitgliedern, und umgekehrt fassen sie diese Mitglieder nicht als Persönlichkeiten auf, die als solche ein Gegenstand der sozialen Beziehungen sind, sondern als Träger oder Verkörperung der Gruppe".²⁹⁾ Gruppe und Individuum sind in der Auffassung auf das engste verknüpft, entsprechend einer komplexen Auffassungsweise werden sie als ein gegliedertes Ganzes aufgefaßt. Es handelt sich dabei um ein einziges Verhältnis des Menschen zu seiner Umgebung, an dem nur zwei verschiedene Seiten zu unterscheiden sind. Die Gemeinschaftshaltung ist auf einen einheitlichen Gegenstand gerichtet, der jedoch in zwei verschiedenen Formen erfaßt wird: der Einzelne fühlt sich einerseits mit einem Ganzen verbunden, andererseits mit den einzelnen Menschen, die ihm dieses Ganze repräsentieren.

26) Vierkandt, Alfred,	I a. a. O., S. 210
27) ders.	I a. a. O., S. 211
28) ders.	I a. a. O., S. 213
29) ders.	I a. a. O., S. 225 ff.

Der einzelne Beteiligte lebt zwar durchaus nicht uneingeschränkt, aber weitgehend im Rahmen der Interessen und Angelegenheiten der Gruppe. Bei allem gemeinschaftlichen Tun und Verhalten der Beteiligten dieses Gemeinschaftstypus entwickeln sie ein starkes "Wir"-Bewußtsein.

Bei dem Gemeinschaftstyp B, der abstrakten Gruppengemeinschaft, ist die Gruppe im Unterschied zum Gemeinschaftstyp A relativ losgelöst von den sie tragenden Personen und führt in ausgesprochener Weise ihr eigenes Leben. Die Gruppe steht den Individuen relativ selbständig gegenüber und umgekehrt diese ihr. Die Vergemeinschaftung durchdringt nicht mehr weiteste Bereiche des täglichen Lebens der beteiligten Personen, sondern sie wird nur ausnahmsweise aktualisiert. Dieser Gemeinschaftstyp tritt immer dann an die Stelle des Gemeinschaftstyps A, wenn die Kopfzahl der beteiligten Personen eine gewisse Grenze überschreitet. Enge persönliche Beziehungen, wie sie im Gemeinschaftstyp A auftreten, lassen sich nicht über eine beschränkte Zahl von Personen hinaus pflegen. Jenseits dieser tritt eine allgemeine Anonymität ein, bei der Beziehungen solcher Art nur noch in kleineren Teilgruppen möglich sind. Nach Vierkandt ist der moderne Staat ein Beispiel für den Gemeinschaftstyp B. Die Gemeinschaftsgesinnung als Dauerzustand ist nur von geringer Intensität, das Gemeinschaftsbewußtsein wird viel seltener als beim Gemeinschaftstyp A, nämlich nur in Ausnahmefällen, aktualisiert.

Die Gemeinschaftstypen C und D sind in diesem Zusammenhang nicht von Interesse.

Damit sind die soziologischen Begriffe eingeführt, welche erforderlich sind, um im folgenden die soziologische Struktur der genossenschaftlichen Personenvereinigung bestimmen zu können. Denn wenn auch bereits festgestellt wurde, daß jede genossenschaftliche Personenvereinigung die das Wesen der Gesellschaft ausmachende Sinnverbundenheit zeigt,³⁰⁾ so ist die Frage, ob die genossenschaftliche Personenvereinigung darüber hinaus gemeinschaftlich verbunden ist, noch unbeantwortet geblieben.

b) Die genossenschaftlichen Personenvereinigungen und ihre Umwelt

Bisher wurde allgemein von "der" genossenschaftlichen Personenvereinigung gesprochen, ohne der Mannigfaltigkeit der Genossenschaften und damit auch ihres Grundelements genossenschaftliche Personenvereinigung Rechnung zu tragen. Die bereits in der Einführung festgestellte starke Unterschiedlichkeit der

30) s. S. 16

rund 28 000 in der Bundesrepublik heute bestehenden Genossenschaften³¹⁾ hat jedoch zur Folge, daß die Frage nach der Struktur der genossenschaftlichen Personenvereinigungen und ihrer Veränderung differenziert beantwortet werden muß. Es gibt nicht eine allen genossenschaftlichen Personenvereinigungen gemeinsame soziologische Struktur.

Versucht man, die verschiedenartigen genossenschaftlichen Personenvereinigungen nach sie unterscheidenden Merkmalen zu gruppieren, so bietet sich dafür das Merkmal ihrer unterschiedlichen Größe an. Gerade in der gegenwärtigen Diskussion um die Reform des Genossenschaftsgesetzes ist das genossenschaftliche Größenproblem, wenn auch nicht in der hier angeschlagenen Beschränkung, immer wieder diskutiert worden.³²⁾ Obwohl sich als Merkmal die Größe der genossenschaftlichen Personenvereinigung zu ihrer Gruppierung anbietet, vor allem, wenn man sich an die Abgrenzung des Gemeinschaftstyps A vom Gemeinschaftstyp B im vorhergehenden Abschnitt erinnert, soll es hier nicht als Gruppierungsmerkmal verwendet werden. Denn auch die Größe der genossenschaftlichen Personenvereinigung erscheint uns gebunden zu sein an einen anderen Tatbestand, der die soziologische Struktur der genossenschaftlichen Personenvereinigungen und ihre Veränderung weit mehr beeinflusst. Es wurde bis-

31) Vgl. S. 3

32) Vgl. Albrecht, Gerhard, (I) Großgenossenschaften in Zur Reform des Genossenschaftsrechts, 1. Bd., Bonn 1956, S. 125 ff.

v. Caemmerer, Ernst, Großgenossenschaften in Zur Reform des Genossenschaftsrechts, S. 161 ff.

Henzler, Reinhold, (III) Neugestaltung des gesetzlichen Genossenschaftsbegriffs in Zur Reform des Genossenschaftsrechts, S. 63 ff.

ders. II a. a. O., S. 194 ff.

ders. I a. a. O., S. 35 ff., 63 f., 119 ff.

Back, Josef, M., I a. a. O., S. 44 ff.

Seraphim, Hans-Jürgen, II a. a. O.

Draheim, Georg, I a. a. O., S. 33 ff., 107 ff.

Albrecht, Gerhard, (II) Gedanken zur Frage der großgenossenschaftlichen Entwicklung in ZgGenW 1955, S. 1 ff.

Schumacher, Carl, Das Problem der Großgenossenschaften in ZgGenW 1955, S. 16 ff.

Reinhardt, Rudolf, Ordnungsprobleme im heutigen Genossenschaftsrecht unter besonderer Berücksichtigung der Großgenossenschaften in ZgGenW 1955, S. 30 ff.

her außer acht gelassen, daß das komplexe soziologisch-ökonomische Gebilde Genossenschaft in vielfacher Weise mit seiner jeweiligen Umwelt verbunden ist. Dies gilt auch für das Grundelement genossenschaftliche Personenvereinigung. Will man ihre soziologische Struktur wirklichkeitsnah erfassen, so kann man sie nur vor dem Hintergrund der soziologischen Struktur ihrer Umwelt betrachten. Denn jedes Mitglied der genossenschaftlichen Personenvereinigung steht nicht nur mit den anderen Mitgliedern in einer sozialen Beziehung, deren Struktur wir aufzeigen wollen, sondern auch mit einer Vielzahl von Personen seiner Umwelt. Es steht inmitten eines Geflechts vielfältiger sozialer Beziehungen, die die soziologische Struktur seiner Umwelt bestimmen und die in ihr üblichen Verhaltensweisen festlegen. Von dieser soziologischen Struktur der jeweiligen, die einzelne genossenschaftliche Personenvereinigung einschließenden Umwelt wird auch die Struktur der genossenschaftlichen Personenvereinigung selbst maßgeblich beeinflusst. Soziologische Veränderungen dieser Umweltstruktur, die sich als großräumige, das gesamte Geflecht sozialer Beziehungen verändernde Vorgänge abspielen, müssen demnach auch auf die soziologische Struktur der genossenschaftlichen Personenvereinigungen verändernd einwirken. Wenn eine Analyse der soziologischen Strukturen der genossenschaftlichen Personenvereinigungen und ihrer Veränderungen hier gegeben werden soll, so kann dies demnach nur geschehen unter Einbeziehung von Analysen der soziologischen Struktur der die genossenschaftlichen Personenvereinigungen einschließenden Umwelt und deren Veränderungen. Diese sich differenzierenden soziologischen Räume, in welche die verschiedenen genossenschaftlichen Personenvereinigungen eingebettet sind, sollen auch als Gliederungskriterium verwendet werden. So werden im folgenden genossenschaftliche Personenvereinigungen im Dorf, genossenschaftliche Personenvereinigungen in der Klein- und Mittelstadt und genossenschaftliche Personenvereinigungen in der Großstadt unterschieden. Unter Großstadt wird eine Stadt verstanden, deren Bewohner in der Mehrzahl in der Industrie beschäftigt sind, unter Klein- und Mittelstadt im Gegensatz hierzu eine Stadt, deren Bewohner in der Mehrzahl selbständige Gewerbetreibende sind.

Wir wenden uns zuerst der Analyse der soziologischen Struktur der ursprünglichen genossenschaftlichen Personenvereinigungen im Dorf zu. Entsprechend dem soeben Gesagten wird diese Analyse aufzubauen sein auf einer Analyse der soziologischen Struktur des Dorfganzen.

c) Die soziologische Struktur der ursprünglichen genossenschaftlichen Personen-
vereinigungen im Dorf

Wenn hier die soziologische Struktur der "ursprünglichen" genossenschaftlichen Personenvereinigung analysiert werden soll, so werden unter ursprünglichen Personenvereinigungen die verstanden, welche in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts und bis zum ersten Weltkrieg in Deutschland bestanden. Im folgenden soll der Struktur dieser ursprünglichen genossenschaftlichen Personenvereinigungen die soziologische Struktur der heute bestehenden gegenübergestellt werden, um ihre Veränderung aufzuzeigen. Dies gilt für die Strukturanalysen aller genossenschaftlichen Personenvereinigungen gleichermaßen.

ca) Die soziologische Struktur des deutschen Dorfes vor dem 1. Weltkrieg

Als erstes muß auf die tiefgreifenden Veränderungen in fast allen Lebensbereichen hingewiesen werden, die zu Beginn des 19. Jahrhunderts durch die Französische Revolution und die Napoleonischen Kriege in Deutschland auch im Dorf verursacht wurden. Die in dieser Zeit aus dem Geist des Liberalismus heraus gestalteten Umwälzungen wirkten das gesamte 19. Jahrhundert hindurch und bis heute nach. Die noch zu Beginn des 19. Jahrhunderts bestehende, aus dem Mittelalter überkommene Agrarverfassung, die im deutschen Osten durch die Gutsherrschaft, im Westen durch die Grundherrschaft gekennzeichnet war,³³⁾ wurde in ganz Deutschland im Rahmen der in der 1. Hälfte des 19. Jahrhunderts durchgeführten Reformen aufgelöst.³⁴⁾ Alle persönlichen Bindungen der Bauern an Guts- oder Grundherren wurden aufgehoben und zum ersten Mal in Deutschland ein rechtlich einheitlicher Bauernstand geschaffen. Den Bauern wurde eine Selbständigkeit geschenkt, deren sie sich häufig nicht zu ihrem Vorteil zu bedienen wußten. Parallel mit diesen soziologischen Umwälzungen ging eine sprunghafte Entwicklung der Agrartechnik. Um die Jahrhundertmitte war in Deutschland die Dreifelderwirtschaft durch die Fruchtwechselwirtschaft ersetzt. Liebig hatte die Bedeutung künstlicher Düngemittel erkannt und bekannt gemacht. Die aufstrebende Industrie entwickelte rasch landwirtschaftliche Maschinen aller Art, die vor allem in landwirtschaftlichen Großbetrieben Verwendung fanden.

33) Näheres siehe u. a.

Lütge, Friedrich, Deutsche Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, Berlin - Göttingen - Heidelberg 1952, S. 319 ff.

Sombart, Werner, Die deutsche Volkswirtschaft im 19. Jahrh., Darmstadt 1954, S. 44 ff.

34) Vgl. das Stein'sche Edikt vom 9. Oktober 1807 in Preußen

Die Auflösung der überkommenen Herrschaftsformen in der 1. Hälfte des 19. Jahrhunderts hatte soziologisch gesehen zur Folge, daß die so lange starr gewesene soziologische Struktur des deutschen Dorfes in Fluß geriet. Das ganze 19. Jahrhundert hindurch ist für das deutsche Dorf seine Abgeschlossenheit von der außerdörflichen Welt typisch.³⁵⁾ Die Beziehungen der Bauern im Dorf zu der Stadtbevölkerung werden mit zunehmender Entfernung auf Grund der ungünstigen Verkehrsverhältnisse dünner. Herrscht Armut in einem Dorf, so wird von den Bauern die Abgeschlossenheit ihres Dorfes häufig als deren Ursache betrachtet, so daß schon früh aus den Dörfern der Wunsch nach dem Bau von Straßen laut wird. Die ländlichen Gemeinden in Deutschland brachten, als in der 2. Hälfte des 19. Jahrhunderts die Verkehrsaufschließung des Landes mit dem Bau von Straßen einsetzte, oft große finanzielle Opfer, da sie sich davon einträglichen Handel mit der Stadt und gewinnbringenden Durchgangsverkehr versprachen. Die soziologisch bedeutsame Folge der Abgeschlossenheit der Dörfer ist ihre Geschlossenheit.

Untersucht man die berufliche Gliederung der Dorfbevölkerung in dem Untersuchungszeitraum, so ergibt sich, daß die überwiegende Zahl der Erwerbstätigen in der Landwirtschaft als Bauer oder Landarbeiter tätig ist. Das zahlenmäßige Verhältnis von Bauern und Landarbeitern ist in den verschiedenen Teilen Deutschlands unterschiedlich, je nachdem, ob die kleinbäuerliche oder großbäuerliche Wirtschaftsweise vorherrscht.³⁶⁾ Da der Kleinbauerngemeinde für die Genossenschaftsbildung erhöhte Bedeutung zukommt, soll diese Analyse auf sie beschränkt werden. Der Bauer in der Kleinbauerngemeinde bewirtschaftet das ihm gehörende Stück Land, um mit der Ernte und dem Vieh seinen Bedarf an Nahrungsmitteln und Kleidung decken zu können. Eine Produktion für den Markt ist nur in wenigen Fällen möglich, da einerseits die ungünstigen Verkehrsverhältnisse das Erreichen der Stadt nur den Bauern der nächstgelegenen Ortschaften ermöglichen und andererseits der Hof des Kleinbauern zumeist nur mit Mühe die eigene große Familie ernährt. So ist die landwirtschaftliche Produktion des Kleinbauern fast ausschließlich zur Deckung des eigenen Bedarfes bestimmt. Da es mit der im folgenden zu nennenden Ausnahme im Dorf kei-

35) Notwendig muß diese Analyse sich darauf beschränken, charakteristische Strukturelemente aufzuzeigen, die in jedem Einzelfall mehr oder minder ausgeprägt auftreten und durch besondere Umstände modifiziert sein können.

36) Eine Aufgliederung Deutschlands nach Gebieten mit großbäuerlicher und kleinbäuerlicher Wirtschaftsweise findet sich bei Sombart, Werner, a. a. O., S. 325 ff.

ne Nebenerwerbsmöglichkeiten gibt, ist die Folge einer Mißernte oder eines Unglücks im Stall für den Kleinbauern Armut und Not. Die einzige Verdienstmöglichkeit im Dorf bieten dem Kleinbauern im Untersuchungszeitraum der oder die fast in jedem Ort vorhandenen Großbauern bei der Bestellung ihrer Felder. Ist ein Kleinbauer in Not geraten, so ist der Großbauer auch eine Quelle für Geld- oder, und dies war die Regel, Warenkredit. Häufig ist die gesamte kleinbäuerliche Bevölkerung dem Großbauern im Dorf verschuldet. Teilweise werden die Großbauern der mit ihrer Machtstellung verbundenen Fürsorgepflicht in sehr positiver Weise gerecht. Sie genießen dann großes Ansehen im Dorf. Teilweise benützen sie aber auch ihre Macht, um billige Arbeitskräfte und billiges Land zu gewinnen. Besonders unheilvoll wirkt sich in der deutschen Landwirtschaft die im Rahmen der Bauernbefreiung erfolgte Aufhebung der Verschuldungsbeschränkung aus. Am nachhaltigsten macht sich als Verschuldungsgrund die Realteilung bei Erbfällen bemerkbar, die vor Erlaß des Erbhofgesetzes allgemein üblich war. Stirbt ein Bauer, so wird der Hof unter seine zumeist sehr zahlreichen Kinder aufgeteilt. Jeder erbt ein kleines Stück Land und muß in der Regel Schulden aufnehmen, um Vieh kaufen und das Land zu einem Hof abrunden zu können, der eine Familie ernähren kann. Häufig sind es die Großbauern im Dorf, die Geld, Vieh oder Land dem Kleinbauern kreditieren. Aber es treten in weiten Teilen Deutschlands auch sehr wendige Händler auf, die es verstehen, durch eine geschickte Verquickung des Geld- oder Darlehenswuchers, Viehwuchers, Grundstücks- und Warenwuchers die geschäftsunkundigen Kleinbauern in eine unlösbare Schuldknechtschaft zu verstricken.³⁷⁾ Am Ende verläßt der Bauer nur allzu oft als Bettler mit Frau und Kind seinen Hof. Neben dem in der Landwirtschaft tätigen überwiegenden Teil der Dorfbewölkerung sind Handwerker und Kaufleute, soweit sich ihnen im Dorf eine Beschäftigungsmöglichkeit bietet, ansässig. Da in der Regel die alleinige Ausübung ihres Gewerbes sie nicht ernähren kann, bewirtschaften sie noch ein Stück Land. Von den bisher besprochenen Berufsgruppen hebt sich deutlich eine Oberschicht ab, welcher der Pfarrer, Lehrer und Bürgermeister angehören. Auf Grund ihrer Ausbildung, der von ihnen getragenen Verantwortung und ihrer besonderen gesellschaftlichen Notwendigkeit genießen die Vertreter dieser Berufe im Dorf im Untersuchungszeitraum großes Ansehen, wenn ihre Person den Vorstellungen, welche die Dorfbewölkerung von dem jeweiligen Berufsbild hat, entspricht. Die Angehörigen dieser Oberschicht unterscheiden sich in ihren Lebensformen und

37) Vgl. Sombart, Werner, a. a. O., S. 337 ff. Dort findet sich auch ein Bericht über das Ergebnis der Enquête des Vereins für Sozialpolitik aus dem Jahre 1887 über den Wucher auf dem Lande.

Lebenschancen in deutlicher Weise von der übrigen Dorfbevölkerung, so daß sie im Bewußtsein aller einen höheren gesamtgesellschaftlichen Rang einnehmen. Diese Schichtung hat im Dorf im Untersuchungszeitraum ständischen Charakter, d. h., daß eine besondere Aufgabe der einzelnen Schichten im Rahmen der Gesamtgesellschaft und damit die Notwendigkeit aller Schichten und ihrer wechselseitigen Ergänzung allgemein anerkannt wird. Es besteht kein Gegeneinander der einzelnen Schichten, das bis zur völligen Negierung der Existenzberechtigung einzelner Schichten gehen kann, wie es für eine Klassengesellschaft typisch wäre.³⁸⁾

Die Struktur der Familie, die Mann, Frau und minderjährige Kinder im engen, hier gebrauchten Sinn umfaßt, ist im Untersuchungszeitraum dadurch bestimmt, daß sie die Betriebseinheit der nahezu geschlossenen Bedarfsdeckungswirtschaft darstellt, der sich die Tätigkeit aller Familienangehörigen einordnet. Insbesondere die Kleinbauernfamilie trägt den Charakter einer Existenzkampfgemeinschaft. Der Mann hat in der Familie eine herausragende, durch Religion und Sitte fundierte Stellung, die noch dadurch gefestigt wird, daß er allein einen außerfamiliären Lebens- und Erfahrungsbereich besitzt. Der Existenzkampfcharakter der Familie bringt demgegenüber eine besondere Beanspruchung der Frau mit sich, die neben den landwirtschaftlichen Arbeiten, die durch technische Hilfsmittel oder Zukauf fertiger Produkte wenig entlastete Hausarbeit zu bewältigen hat. In der Regel zeichnet die Familien im Dorf ein großer Kinderreichtum aus, der eine Erziehung im heutigen Sinn, die sich bemüht, die Anlagen des Kindes zu erkennen und zu entwickeln, unmöglich macht. Die Ehegattenwahl der erwachsenen Kinder ist weitgehend durch die Familie und die Verwandten bestimmt. Infolge der Geschlossenheit der Dörfer waren beide Ehegatten in der Regel aus demselben Dorf, so daß ein vielmächtig³⁹⁾es Netz verwandtschaftlicher Beziehungen die Dorfbewohner verbindet.

Der durch das geschlossene Dorf eng umgrenzte Raum wird durchwoben von einem Geflecht sozialer Beziehungen, das sich durch das Zusammenwohnen ergibt, die Nachbarschaftsverhältnisse. Da die Kleinbauern fast ausschließlich für den eigenen Bedarf produzieren, führt die Gleichheit der Betriebsart im Dorf nicht zu einer Konkurrenzsituation. So wird ganz selbstverständlich, wenn

38) Vgl. Wurzbacher, Gerhard und Pflaum, Renate, Das Dorf im Spannungsfeld der industriellen Entwicklung, Stuttgart 1954, Schriftenreihe des UNESCO - Instituts für Sozialwissenschaften, Köln, Bd. 1, S. 39 ff.

39) Vgl. Wurzbacher, Gerhard, a. a. O., S. 74 ff. und 103 ff.

die Kräfte und Mittel der einzelnen Familie nicht ausreichen, die nachbarschaftliche Hilfe in Anspruch genommen und gewährt.⁴⁰⁾ Verendet z.B. einem Dorfbewohner ein Stück Vieh, oder vernichtet ein Brand einen Teil seiner Habe, so kommen sämtliche Nachbarn, um einen Betrag zum Ersatz des Schadens beizusteuern. Diese Nachbarschaftshilfe wird aus der unmittelbaren, jeden angehenden und das ganze Dorf umschließenden Beziehung von Nachbar zu Nachbar heraus spontan geleistet. Als Entgelt genügt das Wissen um die Bereitschaft zur Gegenseitigkeit. Viele Arbeiten werden auch gemeinsam erledigt, weil das gemeinsame Arbeiten mehr Freude macht. Auch die Weckung und Erfüllung ihres Bedürfnisses nach Information und Geselligkeit verweist die Bewohner des abgeschlossenen Dorfes in hohem Maße auf den nachbarlichen Kontakt. Auf diesem Gebiet sind die Männer und Jugendlichen die Träger der Nachbarschaftsbeziehungen, die regelmäßig allabendlich zusammenkommen. Täglich neu wird hier das innerdörfliche Geschehen und werden die außergemeindlichen Einflüsse verarbeitet, bisherige Anschauungen revidiert oder bekräftigt. Der Einfluß dieser Nachbarschaftsgespräche auf die Erhaltung und Formung des sozialen Gebildes der Dorfgemeinschaft durch Meinungs- und Verhaltensprägung des Einzelnen kann kaum überschätzt werden. Eine wichtige Quelle der Integration innerhalb des Dorfes ist die stets wirksame soziale Kontrolle. Von jedem Dorfbewohner werden bestimmte Verhaltensweisen erwartet, über deren Einhaltung die gesamte Einwohnerschaft wacht, was dadurch erleichtert ist, daß viele die Handlungen und Unterlassungen jedes Einzelnen ohne Mühe beobachten können.⁴¹⁾

Im Untersuchungszeitraum war die vorherrschende Einstellung der Dorfbewohner zur Kirche eine sehr positive und aktive. Dies gilt für beide Konfessionen gleichermaßen. "Die von der Kirche vertretene christliche Ethik und die von ihr aufgestellten Gebote und Forderungen bestimmten das Verhalten der Menschen im Dorf nicht nur bei der Gottesverehrung, sondern auch in ihrem Familienleben, ihrem Beruf, der Kindererziehung und Freizeitverwendung."⁴²⁾ Da diese Ethik von allen im Dorf akzeptiert wird und für alle gilt, fügt sie die Dorfbewohner zu einer Gemeinschaft zusammen, die auf die Kirche als den Ursprung des Nor-

40) Vgl. Weber, Max, a. a. O., S. 197 ff.
Vierkandt, Alfred, I a. a. O., S. 73 f.

41) Vgl. Vierkandt, Alfred, I a. a. O., S. 405
Weippert, Georg, II a. a. O., S. 122
Wurzbacher, Gerhard, a. a. O., S. 135 ff.

42) Wurzbacher, Gerhard, a. a. O., S. 185.

mensystems hin orientiert ist. Folgerichtig ist der Pfarrer die unbestrittene, starken Einfluß ausübende Spitzenautorität des Dorfes. Aber die Kirche ist nicht nur geistiger Mittelpunkt des Dorfes, sondern auch geselliger, kultureller, sozialer und pädagogischer. Von ihr gehen starke integrierende, gemeinschaftsstabilisierende Kräfte aus.

Faßt man das Gesagte zusammen, so ist festzustellen, daß die im Dorf während des Untersuchungszeitraums vorhandene soziale Beziehung Gemeinschaftscharakter trägt. Zu der Sinnverbundenheit der Dorfbewohner tritt das Gefühl der Zusammengehörigkeit aller Ortsansässigen hinzu. Alle Dorfbewohner umfaßt ein spezifisches Einheitsbewußtsein. Die Summe der Dorfbewohner stellt im Untersuchungszeitraum eine Gruppe im Sinne Vierkandts dar. Die Dorfbewohner erfassen die Gruppe in ihren Mitgliedern und umgekehrt fassen sie die Dorfbewohner nicht als Persönlichkeiten auf, die als solche Gegenstand einer sozialen Beziehung sind, sondern als Träger oder Verkörperung der Gruppe. Der Einzelne fühlt sich einerseits mit einem Ganzen verbunden, andererseits mit den einzelnen Menschen, die ihm dieses Ganze repräsentieren. Die Dorfgemeinschaft des 19. Jahrhunderts ist demnach eine volle Gruppengemeinschaft im Sinne Vierkandts, eine Gemeinschaft des Typs A.⁴³⁾

cb) Die soziologische Struktur der ursprünglichen genossenschaftlichen Personenvereinigungen im Dorf

Auf diese im 19. Jahrhundert bestehende Dorfgemeinschaft baut Friedrich Wilhelm Raiffeisen die ursprünglichen landwirtschaftlichen Genossenschaften auf. Friedrich Wilhelm Raiffeisen, der Vater des ländlichen Genossenschaftswesens, ist zu der Zeit, in der er seine ersten Genossenschaften gründet, Dorfbürgermeister von Beruf. Vor 1918 ist die Stellung des Bürgermeisters eine andere als heute. Er wird nicht von den Gemeindeangehörigen gewählt, sondern von Staats wegen eingesetzt und als Beamter auf den Herrscher vereidigt. In Zusammenarbeit mit dem gewählten Gemeinderat lenkt er die Geschicke der Gemeinde. Er ist der Vertreter des Staates, der Gemeinde, aber andererseits auch der Vertreter der Gemeindeinteressen den staatlichen Stellen gegenüber. So hat Raiffeisen von Berufs wegen die Aufgabe, sich der Sorgen und Nöte der Menschen im Dorf anzunehmen. Seine Persönlichkeit ist in starkem Maße geprägt durch den evangelischen Glauben. Ihm ist das Gebot der christlichen Nächstenliebe eine sich stets neu stellende Aufgabe, der er mit ungewöhnlicher Schaffenskraft gerecht zu werden versucht. Er bejaht die bestehende politische und

43) Vgl. S. 18

gesellschaftliche Ordnung und lehnt die sozialistischen und liberalen Strömungen in seiner Zeit als staatsgefährdend ab.⁴⁴⁾

Während seiner Tätigkeit in Flammersfeld, einer armen Kleinbauerngemeinde in der Eifel, gründet Raiffeisen seine erste Assoziation. Trotz ihres Fleißes und ihrer Genügsamkeit konnten die Kleinbauern der Gemeinde sich und ihre Familien durch die Bestellung des ihnen gehörenden Landes nur schlecht ernähren, die Beschaffung des Brennholzes für den Winter ist für die meisten ein unlösbares Problem, der Zukauf eines Stück Viehs, der ihre Lage wesentlich gebessert hätte, fast allen unmöglich. Nachdem Raiffeisens Eingaben an vorgesetzte staatliche Stellen ohne Erfolg geblieben waren, versucht er auf andere Weise, Not und Armut in der Gemeinde zu lindern. Er appelliert an die nachbarschaftliche Verpflichtung zur Hilfe und an das christliche Verantwortungsbewußtsein der wohlhabenden Einwohner Flammersfelds und seiner Umgebung. Da die aus der Nachbarschaftsbeziehung entspringende Verpflichtung zur Hilfe und die der christlichen Ethik entnommene Verpflichtung zu tätiger christlicher Nächstenliebe Teilelemente der die Struktur der Dorfgemeinschaft bestimmenden und ihr innewohnenden integrierenden Faktoren sind, bleibt sein Appell nicht ohne Erfolg. Sechzig wohlhabende Bürger übernehmen solidarisch die Haftpflicht für die Verbindlichkeiten des von ihm 1849 gegründeten und ehrenamtlich geleiteten Hilfsvereins, der es sich zur Aufgabe gemacht hat, den in Not geratenen Bauern Kredit zur Verfügung zu stellen, ihnen Vieh zu kaufen, verwahrlosten Kindern Fürsorge angedeihen zu lassen und ehemaligen Sträflingen die Rückkehr ins bürgerliche Leben zu erleichtern. Als die ersten Erfolge dieser Assoziation sich abzeichnen, wird Raiffeisen nach Heddesdorf versetzt. Ihrer treibenden Kraft beraubt, löst sich diese erste Raiffeisen'sche Assoziation bald auf. Aber auch in Heddesdorf, ebenfalls einer in der Eifel gelegenen Kleinbauerngemeinde, findet Raiffeisen dieselben Verhältnisse vor, und so gründet er nach dem Flammersfelder Vorbild 1854 hier ebenfalls einen Hilfsverein. Als dieser Verein seine Tätigkeit erfolgreich ausübt und bereits ein beachtliches Geschäftsvolumen erreicht hat, erklärt eine große Zahl der den Verein tragenden, wohlhabenden Persönlichkeiten seinen Austritt. Die von ihnen übernommene Haftungsverpflichtung erscheint ihnen bei dem nun erreichten Geschäftsvolumen ein untragbares Risiko.

44) Näheres zu der Person Raiffeisens s. bei

Seelmann - Eggebert, E. L., Raiffeisen, Stuttgart 1928

Ziegenfuß, Werner, a. a. O., S. 82 ff.

Grünfeld, Ernst, a. a. O.

Diese Erfahrung bringt für Raiffeisens Tätigkeit auf dem Gebiet der Gründung und Leitung von Hilfseinrichtungen die entscheidende Wendung. Er ist schon vorher mit Hermann Schulze-Delitzsch in Verbindung getreten, der Assoziationen anderer Art, aber mit ähnlicher Zielsetzung wie Raiffeisen ins Leben gerufen hat und ihn immer wieder aufforderte, seine Gründung in Heddesdorf nicht auf die Wohltätigkeit Dritter, sondern auf die akkumulierte wirtschaftliche Kraft der Hilfsbedürftigen selbst aufzubauen. Nun bleibt Raiffeisen keine andere Wahl mehr, will er die Aufgabe, den notleidenden Bauern in Heddesdorf zu helfen, nicht ungelöst lassen. Er nimmt die von Schulze-Delitzsch empfohlenen Änderungen der inneren Struktur des Vereins vor. Jeder Ortsansässige kann nun Mitglied des Vereins werden. Er übernimmt mit Erwerb der Mitgliedschaft die unbeschränkte Haftpflicht für die Verbindlichkeiten des Vereins. Ein Geschäftsanteil ist nicht einzuzahlen. Die Leitung des Vereins nimmt Raiffeisen selbst ehrenamtlich wahr. Aus einem eventuell entstehenden Gewinn soll ein Fonds gebildet werden, der nach dem Vereinsstatut im Falle der Auflösung des Vereins wohltätigen Zwecken zufließen soll. Die dem Verein gestellten Aufgaben bleiben unverändert. Waren- oder Darlehenskredite werden nur Mitgliedern gewährt. Damit ist die erste landwirtschaftliche Genossenschaft geboren, die erste in Selbsthilfe handelnde genossenschaftliche Personenvereinigung im Dorf bildet sich. Nach wie vor ist die nachbarschaftliche Hilfe und christliche Nächstenliebe das wirtschaftliche Rückgrat des Vereins. Denn wenn nun auch die Kleinbauern selbst als Träger des Vereins seinen Bestand sichern, es geben ihm doch nach wie vor die wohlhabenden Glieder der Dorfgemeinschaft die zur Lösung der gestellten Aufgaben erforderlichen Mittel. Sie gehören teilweise der genossenschaftlichen Personenvereinigung selbst als fördernde Mitglieder an, teilweise bleiben sie außerhalb der genossenschaftlichen Personenvereinigung, stellen aber Mittel zur Verfügung. So wird der Verein nach wie vor wirtschaftlich von der Dorfgemeinschaft als Ganzem getragen. Das Tätigkeitsgebiet "ihres" Vereins ist auf die Gemeinde beschränkt. Die Kleinbauern wenden sich, brauchen sie Kredit, um Vieh oder Brennholz zu kaufen, an die Genossenschaft. Hat der Kleinbauer vordem sich persönlich verschuldet bei einem Großbauern oder Landhändler, wenn er Kredit zur Fristung seines Lebensunterhalts benötigte und war damit in eine persönliche Abhängigkeit geraten, so tritt er nun mit seinem Kreditgesuch an die Genossenschaft heran, die ihm einen Personalkredit in Waren oder Darlehensform nach soliden kaufmännischen Grundsätzen gegen seine vertragliche Bindung gewährt. Die Kleinbauern befreien sich damit von persönlichen, wirtschaftlichen Abhängigkeiten, was besonders dann von unschätzbarem Vorteil für sie ist, wenn ihre Abhängigkeit und geschäftliche Unerfahrenheit von einem Landhändler oder Großbauern zu ihrer

wucherischen Ausbeutung mißbraucht wurde. Das Geschäftsvolumen des umgestalteten Vereins steigt schnell an, bald hat er seine Feuerprobe mit Erfolg bestanden.

Nun geht Raiffeisen daran, die Errichtung weiterer derartiger Vereine auf dem Lande zu empfehlen. Nicht zuletzt kraft seiner untadeligen Persönlichkeit gelingt es ihm, die Kirchen beider Konfessionen für seine Pläne zu gewinnen, was angesichts der zentralen Stellung der Kirchen damals und dem großen Einfluß des Pfarrers im Dorf von größter Bedeutung für die Ausbreitung seiner Vereine wird. Nicht zuletzt dank der Initiative der Kirchen entstehen so in der Folge zahlreiche Raiffeisen'sche Vereinigungen in ganz Deutschland, in denen häufig der Pfarrer des Dorfes auch die ehrenamtliche Verwaltung der Genossenschaft übernimmt.⁴⁵⁾ Die Folge ist, daß in gemischt konfessionellen Gemeinden häufig zwei Genossenschaften in einem Dorf nebeneinander arbeiten, geleitet von dem evangelischen und katholischen Pfarrer. Es mutet uns dies heute kurios an, wird aber verständlich, wenn man sich erinnert, wie sehr die Dorfbevölkerung im Untersuchungszeitraum auf die Kirche als Mittelpunkt ihres Lebens hin orientiert ist, und welche Rolle die Pfarrer bei vielen Genossenschaftsgründungen auf dem Lande spielen.

Raiffeisen gelingt es, neben den Kirchen auch den Staat für seine Vereine zu gewinnen. Staatliche Stellen sehen die Möglichkeit, der armen und zum Teil Wucherern in die Hände gefallenen landwirtschaftlichen Bevölkerung, die ob ihrer konservativen, staatsbejahenden Haltung die stärkste Stütze der bestehenden staatlichen Ordnung ist, wirkungsvoll zu helfen. Ihren sichtbarsten Ausdruck findet die staatliche Förderung der Raiffeisen'schen Vereine in der Gründung der Preußischen Zentralgenossenschaftskasse 1895,⁴⁶⁾ über die unter Einschaltung der Raiffeisen'schen Genossenschaften erhebliche staatliche Kreditmittel der Landwirtschaft zur Verfügung gestellt werden.

Es soll nun die soziologische Struktur dieser ursprünglichen genossenschaftlichen Personenvereinigungen im Dorf begrifflich erfaßt werden. Die in Selbsthilfe handelnde Personenmehrheit weist, wie dies notwendig bei allen genossenschaftlichen Wirtschaften der Fall ist, Sinnverbundenheit auf.⁴⁷⁾ Darüber hinaus

45) Vgl. Sombart, Werner, a. a. O., S. 340 ff.

Bechtel, Heinrich, Wirtschaftsgeschichte Deutschlands, München 1956, S. 212 f., 271

46) Näheres siehe

Hillringhaus, Die preußische Zentralgenossenschaftskasse, 1922
Schmidt, Georg, W., Die Entwicklung der preußischen Zentralgenossenschaftskasse, Diss., Würzburg 1929

47) Vgl. S. 16

stützt sich das genossenschaftliche Wirtschaften dieser ursprünglichen genossenschaftlichen Personenvereinigungen auf die in der Dorfgemeinschaft liegenden Kräfte gemeinschaftlicher Verbundenheit. Um ihrer Verpflichtung zu nachbarschaftlicher Hilfe und tätiger christlicher Nächstenliebe gerecht zu werden, die verwurzelt ist in der Gemeinschaftsstruktur des Dorfganzen, tragen alle Bewohner des Dorfes das Ihre zu einem Erfolg des genossenschaftlichen Wirtschaftens bei. Die innerhalb des Dorfganzen stets wirksame soziale Kontrolle wirkt auf eine Förderung der genossenschaftlichen Sache durch alle wirksam hin. Hierbei stehen nicht ökonomische Überlegungen des Einzelnen im Vordergrund, sondern der Wille, den gemeinschaftlich mit ihm verbundenen Dorfbewohnern, deren wirtschaftliche Not als die eigene empfunden wird, zu helfen.⁴⁸⁾ Demnach führt nicht die Bildung der genossenschaftlichen Personenvereinigung zu einer Gemeinschaftsbildung, sondern es fußt umgekehrt die genossenschaftliche Personenvereinigung auf der alle verbindenden Dorfgemeinschaft. Wie diese ist auch die genossenschaftliche Personenvereinigung, die nicht alle Dorfbewohner einschließt, eine Gemeinschaft des Typs A,⁴⁹⁾ die ihre Kräfte bei dem Handeln in Selbsthilfe ganz wesentlich aus der gemeinschaftlichen Verbundenheit aller im Dorf zieht.

d) Die soziologische Struktur der ursprünglichen⁵⁰⁾ genossenschaftlichen Personenvereinigungen in der Klein- und Mittelstadt⁵¹⁾

da) Die soziologische Struktur der Klein- und Mittelstadt vor dem ersten Weltkrieg⁵²⁾

Die aus dem Geist des Liberalismus heraus gestalteten Reformen, die zu Beginn des 19. Jahrhunderts in Deutschland durchgeführt wurden, brachten die erstarrte ökonomische und soziologische Struktur der Klein- und Mittelstädte, deren Bewohner zum überwiegenden Teil von dem Ertrag ihrer gewerblichen Tätigkeit leben, in Fluß. Die starke Bevölkerungsvermehrung in Deutschland während des Untersuchungszeitraums war wohl der stärkste diese Umwälzungen

48) Vgl. S. 17 ff.

49) Vgl. S. 18

50) Vgl. S. 22

51) Vgl. S. 21

52) Siehe S. 23, Anm. 35

erzwingende Faktor.⁵³⁾ Mit der überkommenen, in Landwirtschaft und Gewerbe üblichen Wirtschaftsweise konnte der Bedarf der stark wachsenden Bevölkerung Deutschlands auf die Dauer nicht mehr befriedigt werden. Von einem beispiellosen Optimismus getragen, ging man im 19. Jahrhundert daran, die volle liberale Freiheit in der Wirtschaft zu verwirklichen.⁵⁴⁾ Alle staatlichen Eingriffe und Reglementierungen wurden beseitigt, den Markt regulierende Organisationen entmachtet und alle Kräfte des ökonomischen Selbstinteresses im Konkurrenzsystem entfesselt. Von diesen Umwälzungen blieb die soziologische Struktur der Klein- und Mittelstädte nicht unberührt.

Vordem gab eine profilierte ständische Schichtung⁵⁵⁾ ihrer soziologischen Struktur das Gepräge. Von ihrer Oberschicht, der Adelige, Geistliche, Richter und Bürgermeister angehörten, hob sich deutlich der Mittelstand ab, dem selbständige Gewerbetreibende, die Handwerker und Kaufleute der Stadt, die den überwiegenden Teil ihrer Bewohner ausmachten, angehörten. Als dritte Schicht traten die in der Stadt oder ihrer näheren Umgebung ansässigen Bauern hinzu. Jede Stadt besaß einen Markt, der ihren ökonomischen Mittelpunkt darstellte. Die ortsansässige Bevölkerung befriedigte dort durch Tausch ihrer für den Markt produzierten Erzeugnisse gegen Erzeugnisse der Ortsansässigen oder aus der nächsten Umgebung kommenden Bevölkerung ihren Bedarf. Die darin zum Ausdruck kommende Arbeitsteilung, die innerhalb der Stadt und ihrer nächsten Umgebung verwirklicht war, hatte nur beschränkten Umfang. In der Regel deckte jeder Bewohner noch einen beträchtlichen Teil seines Bedarfs an landwirtschaftlichen Erzeugnissen selbst durch nebenerwerbliche Tätigkeit auf eigenem Grund und Boden.⁵⁶⁾ Handwerker und Kaufleute in der Stadt hatten sich in den Zünften und Gilden zusammengeschlossen, mit deren Hilfe sie durch Beeinflussung des Marktes jedem Standesangehörigen ein Einkommen, das ihm ein standesgemäßes

53) Näheres siehe

Lütge, Friedrich, a. a. O., S. 306
v. Waltershausen, A. Sartorius, Deutsche Wirtschaftsgeschichte
1815-1914, Jena 1920, S. 35
Bechtel, Heinrich, a. a. O., S. 19 ff., 441 ff.
Stolper, Gustav, Deutsche Wirtschaft 1870 - 1940,
Stuttgart 1950, S. 25 ff.

54) Vgl. Lütge, Friedrich, a. a. O., S. 329 ff.

55) Vgl. S. 24 f.

56) Vgl. Weber, Max, a. a. O., S. 514 ff.

Auskommen garantierte⁵⁷⁾ sicherten. Durch Ausschaltung der Konkurrenz untereinander und durch Dritte wurde die grundsätzlich gegebene Gleichheit der Interessen der Angehörigen eines Berufes mittels der Zünfte und Gilden verfestigt zu einer Gleichheit der Gesinnung aller Angehörigen eines Standes. Eine überaus reiche Konvention, die von jedem Stand geschaffen und gepflegt wurde - die Handwerker hatten sie zu einer Blüte gebracht -, wirkte weiter integrierend auf die Angehörigen eines Standes ein.

Diese festgefügte ständische Ordnung, welche die soziologische Struktur der Stadt noch zu Beginn des 19. Jahrhunderts bestimmte, wird durch die im Untersuchungszeitraum durchgeführten Reformen in ihren Grundpfeilern erschüttert. Die Zünfte und Gilden, die zunächst noch bestehen bleiben, verlieren ihren Einfluß auf das Marktgeschehen. Nicht mehr sie, sondern die einem Konkurrenzsystem innewohnenden Gesetze sollen Nachfrage und Angebot auf den Märkten zum Ausgleich bringen. Die Einführung der Gewerbefreiheit führt zu einer völligen Änderung der beruflichen Gliederung der Stadtbewohner. Die Zahl der im Handwerk und Handel Erwerbstätigen hatte sich bereits in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts infolge des Bevölkerungswachstums stark vermehrt.⁵⁸⁾ Nach Einführung der Gewerbefreiheit ist jeder Geselle berechtigt, selbständig außerhalb der Zunft zu arbeiten und eine allein von ihm bestimmte Menge von Waren auf dem Markt anzubieten.⁵⁹⁾ Die Wahl seiner Produktionsmethode ist nach der Entmachtung der Zünfte ebenfalls jedem Gewerbetreibenden selbst überlassen. Tüchtige Handwerker gehen daran, die von den Naturwissenschaften der Zeit erarbeiteten Erkenntnisse einer praktischen Verwendung zuzuführen. Parallel zu dieser Entwicklung tritt der Industriebetrieb als Konkurrent des Handwerkers zunehmend in Erscheinung. Die industrielle Fertigungsweise ist der rein handwerklichen teilweise so überlegen, daß bei ihrer Aufnahme die handwerkliche Produktion schlagartig zum Erliegen kommt, z. B. im Metall- und Textilgewerbe. Der Kaufmann geht von der reinen Handelstätigkeit, die er vordem ausübte, ab und dazu über, selbst Produkte zum Verkauf zu erstellen.⁶⁰⁾ Voraussetzung dafür, daß der Kaufmann zur eigenen Produktion von Waren und

57) Vgl. Sombart, Werner, a. a. O., S. 55 ff.

Tönnies, Ferdinand, (II) Die Entwicklung der sozialen Frage bis zum Weltkrieg, Berlin-Leipzig 1926, S. 23 f.

58) Vgl. Bechtel, Heinrich, a. a. O., S. 27 ff.

Sombart, Werner, a. a. O., S. 276 ff.

59) Vgl. v. Waltershausen, A. Sartorius, a. a. O., S. 138 f.

60) Vgl. Tönnies, Ferdinand, II a. a. O., S. 24

der Handwerker zur Anwendung neuer Fertigungsmethoden übergehen kann, ist die Verfügungsmöglichkeit über Kapital. War das Ziel des Wirtschaftens in der ständischen Ordnung die Erreichung eines standesgemäßen Einkommens gewesen, so tritt an dessen Stelle bei dem nun auftretenden neuen Typ des wirtschaftenden Menschen, des über Kapital verfügenden Unternehmers, das Streben nach Gewinn, das ihn unaufhaltsam zur Erstellung immer besserer Leistungen antreibt. Die Summe dieser Erscheinungen führt zu einer stetigen Differenzierung der Angehörigen eines Standes, was letztlich den Zerfall der ständischen Ordnung überkommener Art zur Folge hat.

Die Familie trug zur Zeit der festgefügtten ständischen Ordnung, als sie auch Gesellen und Lehrlinge mitumschloß, patriarchalische Züge. Sie wandelt sich, als der Handwerker und der Kaufmann der Stadt in das Konkurrenzsystem einbezogen werden, zu einer Existenzkampfgemeinschaft, der Gesellen und Lehrlinge nicht mehr angehören.

Die Stadt stellt eine so große zusammenhängende Ansiedlung dar, daß die den dörflichen Nachbarschaftsverband einigende persönliche gegenseitige Bekanntschaft der Bewohner untereinander nur in abgeschwächter Form auftritt oder aber ganz fehlt. Das stark ausgeprägte Standesbewußtsein der beruflich weit mehr differenzierten Stadtbewohner behindert ebenfalls die Ausbildung eines alle Einwohner umfassenden Nachbarschaftsbewußtseins in der Stärke, wie es im Dorf im Untersuchungszeitraum vorhanden ist.

Auch die Kirche kann, obwohl sie von allen Stadtbewohnern ebenso wie im Dorf als religiöser und geistiger Mittelpunkt gesehen wird,⁶¹⁾ nicht in dem Maße integrierend auf die Stadtbewohner wirken wie im Dorf aus den soeben angeführten Gründen.

Es ist nach dem vorher. Gesagten selbstverständlich, daß auch die Bewohner der Stadt sinnverbunden sind.⁶²⁾ Darüber hinaus haben die Bewohner der Stadt im Untersuchungszeitraum auch ein gemeinschaftliches Einheitsbewußtsein, das auf ihrer nachbarschaftlichen Verbundenheit und ihrer Bindung an die Kirche beruht. Dieses Gemeinschaftsbewußtsein ist jedoch verglichen mit dem im Dorf aufgezeigten von wesentlich geringerer Intensität. Es umfaßt nur wenige Bereiche des Lebens aller Beteiligten und wird wesentlich seltener aktualisiert als das Gemeinschaftsbewußtsein im Dorf. Die jeder Person verbleibenden Lebensbereiche, welche nicht von dem Gemeinschaftsbewußtsein umfaßt werden, sind

61) Vgl. S. 18 f.

62) Vgl. S. 16

wesentlich weiter als dies im Dorf der Fall ist. Die Gemeinschaft ist demnach weitgehend losgelöst von den sie tragenden Personen und führt in ausgesprochener Weise ihr eigenes Leben. Es ist eine Gemeinschaft des Typs B, ⁶³⁾ welche die Bewohner der Klein- und Mittelstadt als Ganzes bilden.

Innerhalb dieser Gemeinschaft des Typs B verbindet die Angehörigen gleichen Standes in der Regel ein weit intensiveres Einheitsbewußtsein als die Summe der Bewohner. Die im Verfall begriffene ständische Ordnung wirkt im Untersuchungszeitraum noch weite Teile stark nach, und es erhält sich ein Gemeinschaftsbewußtsein der Angehörigen gleichen Standes, dessen Intensität das Gemeinschaftsbewußtsein der Stadtbewohner weit übertrifft. Es umfaßt weitere Bereiche des Lebens der Einzelnen und konkretisiert sich in der Regel auch in den einzelnen von ihm umspannten Personen. Der Träger eines Gemeinschaftsbewußtseins dieser Art fühlt sich demnach mit einem Ganzen verbunden und mit den Einzelnen ihm dieses Ganze repräsentierenden Personen. Diese Gemeinschaften, die eingestreut in die städtische Gemeinschaft während des Untersuchungszeitraumes bestehen, sind Gemeinschaften des Typs A. ⁶⁴⁾ Mit dem stetigen Zerfall der ständischen Ordnung während des Untersuchungszeitraumes und der Abschwächung der Nachwirkung ständischen Denkens und Handelns wird die Intensität dieser Gemeinschaften parallel abgeschwächt.

db) Die soziologische Struktur der ursprünglichen genossenschaftlichen Personenvereinigung in der Klein- und Mittelstadt

In den Klein- und Mittelstädten baut Hermann Schulze-Delitzsch seine Assoziationen auf. Er war 1847 als Vertreter der liberalen Partei in den preußischen Landtag gewählt worden, wo ihm in der vom Staat einberufenen Kommission für Handel und Gewerbe die Leitung der Unterabteilung für Handwerksangelegenheiten übertragen wurde. Die in dieser Tätigkeit von ihm zu bearbeitende Flut von Anträgen auf Abänderung der Gewerbeordnung gab ihm einen wertvollen Einblick in die schwierige Lage des Handwerks in der Jahrhundertmitte. Unversehens wurde der liberale Jurist 1848 eine Vordergrundfigur auf der politischen Bühne, als er als Antwort auf das Vorgehen der Regierung im Jahr der Revolution mit seinen Parteifreunden den Antrag stellte und begründete, die Zahlung der Steuern zu verweigern. Er wurde in der Folge als verdächtiger Liberaler aus dem Staatsdienst entlassen, er war Patrimonialrichter in Delitzsch gewesen, und es wurde ihm auch die Zulassung als Rechtsanwalt verweigert.

63) Vgl. S. 18/21

64) Vgl. S. 18

In den nun folgenden Jahren beginnt Hermann Schulze-Delitzsch eine Assoziationsform zu entwickeln, und zu ihrer Verwirklichung anzuregen, mit deren Hilfe es den in Not geratenen selbst möglich sein soll, ihre Lage auf lange Sicht zu verbessern. Schulze-Delitzsch hält eine Ausbreitung des Fabriksystems, der Ursache der sozialen Frage, für unaufhaltbar, aber er ist ebenso davon überzeugt, daß es möglich ist, die Selbständigkeit der mittleren und kleinen Handwerker zu erhalten durch deren Anpassung an die Tendenz des industriellen Fortschritts und dies innerhalb einer liberalen Wirtschaftsordnung und mit ihr gemäßen Mitteln. Sein gesellschaftspolitisches Ziel ist, den jäh ins ungeheure angestiegenen Abstand zwischen arm und reich zu verringern.⁶⁵⁾ Jegliches sozialistisches Experiment lehnt der überzeugte Liberale ebenso ab wie alle restaurativen Tendenzen.⁶⁶⁾

Als erstes gründet er in Delitzsch eine Kranken- und Sterbekasse - derlei gab es schon -. Im Herbst 1849 bringt Hermann Schulze-Delitzsch die Tischler seines Heimatortes dazu, eine Vereinigung zu gründen zum gemeinsamen Bezug von Rohstoffen, dem Erwerb von Maschinen und Werkzeug und der Magazinierung fertiger Waren zum Verkauf. Noch im Winter desselben Jahres folgt die Gründung einer gleichartigen Vereinigung der Schuhmacher in Delitzsch. Die ersten gewerblichen genossenschaftlichen Personenvereinigungen bilden sich. Wesentlich wird dies dadurch erleichtert, daß in der Mehrzahl der Handwerker noch das ständische Einheitsbewußtsein lebendig ist und nach Auflösung der alten ständischen Einrichtungen zur Ausbildung neuer Gemeinschaftsformen drängt. Als begünstigende Bedingung kommt die gleiche wirtschaftliche Notlage der Mehrzahl der Handwerker hinzu.⁶⁷⁾ Die Organisationsform, die Schulze-Delitzsch entwickelt, zeichnet sich dadurch aus, daß die in Bedrängnis Geratenen selbst Träger der zu ihrer Förderung zu errichtenden Betriebswirtschaft sind. Sie sind in Selbsthilfe handelnde Personenmehrheiten. Raiffeisen konnte bei dem Aufbau der Genossenschaften im Dorf auf die Aufbringung eines Grundkapitals durch die Mitglieder der genossenschaftlichen Personenvereinigung verzichten, weil die Wohlhabenden im Dorf aus ihrem Gemeinschaftsbewußtsein heraus,

65) Vgl. Grünfeld, Ernst, a. a. O., S. 195

66) Näheres zu der Person Hermann Schulze-Delitzsch' siehe

bei: Thorwart, F., Hermann Schulze-Delitzsch, Schriften und Reden, Bd. 1-5, Berlin 1909 - 1913, eine Biographie findet sich im 5. Bd.

Heuss, Theodor, Schulze-Delitzsch, Leistung und Vermächtnis, Frankfurt 1945

Ziegenfuss, Werner, a. a. O., S. 68 ff u. a.

67) Vgl. S. 18

das im Dorf in einer alle Bewohner einschließenden Form intensiv ausgeprägt war, der Gemeinschaftseinrichtung die zur Erfüllung ihrer Aufgaben erforderlichen Mittel unter Hintanstellung kaufmännischer Überlegungen zur Verfügung stellten. Schulze-Delitzsch sieht sich hingegen in der Klein- und Mittelstadt einer anderen Situation gegenüber. Die städtische Gemeinschaft ist eine weniger intensive Gemeinschaft des Typs B und empfindet nicht die Angelegenheiten aller in ihr wohnenden Personen als ihre eigenen. Den von einem Teil der Bewohner zu ihrem Vorteil geschaffenen Einrichtungen werden die zur Erfüllung ihrer Aufgaben erforderlichen Mittel von wohlhabenden Stadtbewohnern nicht unter Vernachlässigung kaufmännischer Grundsätze zur Verfügung gestellt. Schulze-Delitzsch muß also seine Organisationen in der Stadt so aufbauen, daß sie den Anforderungen, welche ein Kaufmann an einen Geschäftspartner stellt, genügen, will er nicht von vorneherein den Erfolg des genossenschaftlichen Wirtschaftens in Frage stellen. Damit soll nicht zum Ausdruck gebracht werden, daß es nicht auch in der Stadt Personen gibt, die aus Sympathie zu den neuen Bemühungen oder aus humanitären Gründen die genossenschaftlichen Einrichtungen unterstützen. Aber es ist dies nicht die Regel wie im Dorf. Manches, was Hermann Schulze-Delitzsch und seinen Assoziationen von Zeitgenossen als Geschäftemacherei vorgeworfen wurde, ist durch die soziologische Struktur der Klein- und Mittelstadt, die sich von der des Dorfes unterscheidet, verursacht. So vertritt Schulze-Delitzsch aufs entschiedenste die Auffassung, daß das genossenschaftliche Kredit- und Warengeschäft in getrennten Institutionen betrieben werden soll und stellt sich damit in Gegensatz zu Raiffeisen. Die tieferen Gründe für diese Forderung Schulze-Delitzsch' wurden soeben aufgezeigt. Ein beide Geschäftszweige in sich vereinender Verein trägt ein weit größeres Risiko und ist von außen in seiner Geschäftsgebarung schwerer zu übersehen, was die Gewinnung und Erhaltung von Geschäftspartnern, die mit ihm nach kaufmännischen Grundsätzen kontrahieren, wesentlich erschwert.

Von Schulze-Delitzsch' liberaler Überzeugung wird der Aufbau seiner Organisationen in wesentlichen Zügen geprägt. So ist der Eintritt freiwillig und jedem offen, der Austritt jederzeit möglich. Die Mitglieder verwalten ihre Angelegenheiten selbst und haben in der Mitgliederversammlung, dem obersten Organ der Assoziation, ohne Rücksicht auf die Höhe ihres Geschäftsguthabens gleiches Stimmrecht. Ist in der genossenschaftlichen Personenvereinigung im Dorf das gleiche Stimmrecht für alle Mitglieder eine Folge der grundsätzlichen Gleichheit aller innerhalb der Gemeinschaft des Dorfes, so ist es in der Schulze-Delitzsch'schen Assoziation der Stadt eine bewußte politische Willensäußerung, die erfolgt z. Zt. der Gültigkeit des Dreiklassenwahlrechts. Die Mehrzahl der Gewerbetreibenden ist überzeugt von der Richtigkeit des politischen Liberalis-

mus und der Demokratie, so daß der demokratische Aufbau der Schulze-Delitzsch'schen Assoziationen ihrem Denken entspricht. Da es mit Hilfe dieser Assoziationen möglich ist, durch Akkumulation der Nachfrage und des Angebots die Vorteile des Einkaufs und Verkaufs im großen den Handwerkern nutzbar zu machen, bleibt dem genossenschaftlichen Wirtschaften der Erfolg nicht versagt.

Doch erkennt Schulze-Delitzsch, daß eine wirksame Verbesserung der wirtschaftlichen Lage der Gewerbetreibenden nur zu erreichen ist, wenn nicht nur ihre Beschaffungs- und Absatzsituation verbessert wird, sondern auch ihre Produktionsmethoden. Denn gerade in der Fertigung liegen die die Überlegenheit der Fabriken über die Handwerksbetriebe maßgeblich begründenden Vorteile. Eine Verbesserung ihrer Produktionsmethoden ist den meisten Handwerkern jedoch nur möglich, wenn sie auf dem Kreditwege Kapital zu tragbaren Bedingungen erhalten. 1850 bringt er die Handwerker und Bauern in Delitzsch dazu, daß sie einen Vorschußverein gründen, der sich allerdings anfänglich noch auf die Wohltätigkeit Dritter stützt. Im Oktober desselben Jahres wird dann im benachbarten Eilenburg der erste Vorschußverein nach dem Grundsatz der Selbsthilfe aufgebaut, dessen Ziel es ist, seinen Mitgliedern Kredite zur Verfügung zu stellen.⁶⁸⁾ Die erste genossenschaftliche Personenvereinigung einer gewerblichen Kreditgenossenschaft entsteht. Sie unterscheidet sich in ihrer Zusammensetzung wesentlich von der der Rohstoffassoziationen. War in den letzteren der Kreis der Mitglieder entsprechend ihrer wirtschaftlichen Tätigkeit auf die Angehörigen eines bestimmten Handwerkszweiges beschränkt, so finden sich in der genossenschaftlichen Personenvereinigung der Vorschußvereine Handwerker aller Art, Kauflleute, Bauern und Arbeiter zusammen. Es entspricht dies der Absicht Schulze-Delitzsch', der seine Vereine nicht ausschließlich oder vorwiegend als Einrichtungen des Gewerbes betrachtet, sondern alle daran interessierten Volkskreise an ihnen beteiligen und damit einen Beitrag zur Lösung der gesamten sozialen Frage leisten will. Erst sehr spät schwenken die Arbeiter von dem liberalen Schulze-Delitzsch ins sozialistische Lager ab.⁶⁹⁾ Nachdem auch den Vorschußvereinen der wirtschaftliche Erfolg nicht versagt bleibt, breiten sich die Schulze-Delitzsch'schen Assoziationen schnell dank den Bemühungen Schulze-Delitzsch' in Deutschland aus.⁷⁰⁾

68) Vgl. Dülfer, Eberhard, I a. a. O., S. 31 ff.

69) Vgl. Grünfeld, Ernst, a. a. O., S. 206

70) Vgl. Bechtel, Heinrich, a. a. O., S. 232 ff.

Dülfer, Eberhard, a. a. O., S. 32 und Anhang Tabelle 1

Grünfeld, Ernst, a. a. O., S. 191

Der Erfolg der von dem verdächtigen Liberalen Schulze-Delitzsch begründeten Vereine wird von der Regierung mit Angriffen auf seine Person und seine Assoziationen beantwortet. Insbesondere auf rechtlichem Gebiet machen staatliche Stellen den Schulze-Delitzsch'schen Vereinen vor Erlaß des ersten Genossenschaftsgesetzes von 1867 fortgesetzt Schwierigkeiten. Bismarck nennt 1866 die Assoziationen im Schulze'schen Stil "Kriegskassen der Demokratie".⁷¹⁾ Die Regierung versucht, die Ausbreitung der Schulze-Delitzsch'schen Vereine zu verhindern, indem sie die Raiffeisen'schen Genossenschaften stark fördert. Nur vor diesem Hintergrund kann die strikte Ablehnung jeglicher staatlicher Hilfe und Einflußnahme durch Schulze-Delitzsch und seine Vereine verstanden werden. Nicht zuletzt auf Grund dieser staatlichen Maßnahmen entwickeln sich die Schulze-Delitzsch'schen Vereine in der Folge zu Einrichtungen des gewerblichen Mittelstandes.⁷²⁾ Versucht man die soziologische Struktur dieser genossenschaftlichen Personenvereinigungen zu bestimmen, so ist davon auszugehen, daß sie wie jede genossenschaftliche Personenvereinigung Sinnverbundenheit zeigen. Darüber hinaus wird das gemeinsame genossenschaftliche Wirtschaften dadurch gefördert, daß die ständische Gesinnung trotz der Entmachtung der ständischen Einrichtungen in allen Gewerbetreibenden noch lebendig ist und nach der Formung neuer ständischer Einrichtungen in einer zeitgemäßen Art drängt. Dieses ständische Zusammengehörigkeitsgefühl wirkt im Untersuchungszeitraum, wenn auch stetig abnehmend an Intensität, noch stark nach. Hinzu kommt, daß die nach Auflösung der ständischen Ordnung zu bewältigenden Schwierigkeiten die Angehörigen des Mittelstandes in ihrer Mehrzahl vor gleiche Probleme stellt. Es verbindet diese in Selbsthilfe handelnden Personenmehrheiten im 19. Jahrhundert ein Gemeinschaftsbewußtsein, das bei der nur beschränkten Kopfzahl der genossenschaftlichen Personenvereinigung der Warengenossenschaften in der Regel zur Ausbildung von Gemeinschaften des Typs A führt.⁷³⁾ So zeichnet diese genossenschaftlichen Personenvereinigungen ein Wirbewußtsein aus, das auch die Konkurrenzsituation, die zwischen den Beteiligten gegeben ist, in der Regel nicht auflöst, wenn auch in seiner Intensität abschwächt. In dem Maße, in dem die einkommenswirtschaftliche Gesinnung der Glieder dieser Personenvereinigung durch die erwerbswirtschaftliche verdrängt wird, wird in der Folge die Intensität der Gemeinschaftsbeziehung abgeschwächt. Dies ist vor allem dann der Fall, wenn sich die Klein- und Mittelstadt während des Untersuchungszeitraumes zur Industriestadt hin entwickelt, in der nach wie vor diese genossenschaftlichen Personenvereinigungen der Handwerker und Kaufleute eingebettet sind.

71) Vgl. Grünfeld, Ernst, a. a. O., S. 199

72) Vgl. Dülfer, Eberhard, a. a. O., S. 30

73) Vgl. S. 18

Die weit stärkere berufliche Differenzierung der Mitglieder der genossenschaftlichen Personenvereinigungen der Vorschußvereine und ihre in der Regel auch größere Kopfzahl läßt in diesen genossenschaftlichen Personenvereinigungen nur ein schwächeres Gemeinschaftsbewußtsein der Beteiligten entstehen, das nur geringere Bereiche des Lebens seiner Träger umfaßt. Nur noch Teilgruppen sind durch enge persönliche Beziehungen verbunden. Die Gesamtheit der Mitglieder ist eine Gemeinschaft des Typs B, die bestehenden Teilgruppen sind Gemeinschaften des Typs A.

Für die Veränderung der Intensität der Gemeinschaftsbeziehungen im Untersuchungszeitraum gilt dasselbe wie vorher. Beide Arten genossenschaftlicher Personenvereinigungen in der Klein- und Mittelstadt können sich weit weniger auf die gemeinschaftliche Verbundenheit des Stadtganzen stützen als dies den genossenschaftlichen Personenvereinigungen im Dorf möglich war.

e) Die soziologische Struktur der ursprünglichen genossenschaftlichen Personenvereinigungen in der Großstadt⁷⁴⁾

ea) Die soziologische Struktur der Industriestädte vor dem 1. Weltkrieg

Ist die eine Stadt kennzeichnende umfangreiche, zusammenhängende Ansiedlung in den Klein- und Mittelstädten noch von solcher Größe, daß eine nachbarschaftliche gegenseitige Bekanntschaft in der Regel noch vorhanden ist, so wächst sie in den im Laufe der Industrialisierung in Deutschland entstehenden Städten zu solcher Größe an, daß eine nachbarschaftliche gegenseitige Bekanntschaft der Summe ihrer Bewohner untereinander regelmäßig fehlt. Es ist für die Großstadt im Gegenteil typisch, daß keiner den anderen kennt und sich der Einzelne in einer allgemeinen Anonymität unter seinen Mitbewohnern bewegt. Großstädte entstehen in Deutschland parallel zu seiner Industrialisierung vor allem ausgangs des 19. Jahrhunderts. In den in rascher Folge aufgebauten Fabriken finden einerseits die überschüssigen Arbeitskräfte des flachen Landes und andererseits die ihre Selbständigkeit verlierenden Handwerker als ungelernte und gelernte Arbeiter eine neue Existenzmöglichkeit. Gab es in Deutschland 1850 erst fünf Städte mit mehr als 100 000 Bewohnern, so war ihre Zahl bis 1890 auf 26 und bis 1910 auf 48 angewachsen.⁷⁵⁾ Der in dem Zeitraum von 1871 - 1910 in Deutschland vorhandene Bevölkerungszuwachs von 24 Mio Menschen wurde allein

74) Vgl. S. 21

75) Vgl. v. Waltershausen, A. Sartorius, a. a. O., S. 563 ff.

von den Städten aufgesogen, während die ländliche Bevölkerungszahl konstant blieb, deren Anteil an der Gesamtbevölkerung sich dadurch von 64 % auf 40 % verminderte.⁷⁶⁾ Diese in so großer Zahl in die Städte strömenden Menschen bilden zunächst deren nur agglomerierte, ungegliederte Bevölkerung. Diese Menschen sind aus ihren alten sozialen Ordnungen herausgerissen, sozial entfugt, und suchen in den Großstädten, in denen sie keine überlieferten Sozialformen vorfinden, nach neuen Regeln des Zusammenlebens, um auch hier Halt und Hege zu finden und sozial einzuwurzeln. Man erkennt, daß sich diese neuen Formen des Zusammenlebens nicht von selbst ergeben, sondern bewußt geformt und gestaltet werden müssen.⁷⁷⁾ Zuerst geschieht dies im Bereich des Wirtschafts- und Berufslebens. In der Klein- und Mittelstadt war bereits eine Differenzierung der Berufe und darauf aufbauende Arbeitsteilung ihrer Bewohner festzustellen. In verstärktem Maße ist dies in der Großstadt der Fall. War die Spezialisierung und Differenzierung der Bewohner der Klein- und Mittelstadt noch dadurch abgeschwächt, daß die Mehrzahl der Bewohner einen Teil ihres Bedarfes an Nahrungsmitteln selbst nebenerwerblich deckten, so ist in der Industriestadt die Spezialisierung des Einzelnen auf seine Erwerbstätigkeit so weit vorangetrieben, daß er seinen Bedarf nahezu ausschließlich auf dem sich in zahllose Teilmärkte aufspaltenden Markt der Großstadt decken muß. Die überwiegende Mehrzahl der Großstadtbewohner verfügt nicht über eigenen Grund und Boden, sondern nur über ihre Arbeitskraft. Da der neue Arbeitsplätze schaffende Aufbau der Industrie in Deutschland anfangs nicht Schritt halten kann mit dem Anwachsen der Zahl der entwurzelten, in die Städte kommenden Menschen, entsteht ein Arbeitsmarkt, auf dem einige wenige Unternehmer sich einem die Zahl der vorhandenen Arbeitsplätze weit überschreitendem unorganisiertem Arbeitsangebot, das unter dem Zwang des Anbietenmüssens steht, gegenübersehen. Die Folge ist ein Absinken der Löhne auf das Existenzminimum und wirtschaftliche Not der Arbeiter.⁷⁸⁾ Über alle berufliche Differenzierung hinweg entwickeln die Arbeiter so im Untersuchungszeitraum ein Gefühl der Zusammengehörigkeit, das dadurch verstärkt wird, daß sie sich durch eine unüberbrückbar erscheinende Kluft in ihrem Lebensstandard von dem der Unternehmer getrennt sehen. Die Schichtung der Großstadtbevölkerung in über Kapital verfügende Unternehmer und Lohnarbeiter wird als Klassengegensatz empfunden und gelebt.⁷⁹⁾ Das in der Erinnerung aller noch lebendige ständische Denken wird hinweggefeht. Eine menschliche Gemeinschaft zwi-

76) Vgl. Bechtel, Heinrich, a. a. O., S. 64 f., 444 f.

77) Vgl. Pfeil, Elisabeth, Soziologie der Großstadt in Gehlen-Schelsky, Soziologie, Düsseldorf 1955, S. 228 ff.

78) Vgl. v. Waltershausen, A. Sartorius, a. a. O., S. 192 ff.

79) Siehe S. 24 f.

schen Arbeitern und Unternehmern läßt das Klassendenken nicht entstehen.

Waren im Dorf die sich aus dem Zusammenwohnen ergebenden Nachbarschaftsbeziehungen ein wesentlicher integrierender Faktor, so ist in der Industriestadt eher das Gegenteil der Fall. Diese Städte sind zu schnell gewachsen, so daß Wohnraum weder zweckentsprechend noch einfachen menschlichen Ansprüchen genügend vorhanden war. Die Arbeiter wohnen in der Großstadt in Massenmietehäusern und Rückgebäuden so eng aufeinander, daß keine gesunde nachbarschaftliche Beziehung entstehen kann, sondern im Gegenteil ein sich Abschließen der einzelnen Familien die Regel ist. Auch die Familie als die Glieder aufs intensivste verbindende Gemeinschaft ist durch Verhältnisse und Umwelt gefährdet. Die Institution der Ehe wird im Klassenkampf ebenso wie Kirche und Staat in Frage gestellt. Auch der praktische Wegfall einer sozialen Kontrolle beeinflußt desintegrierend Familie und Ehe.

War im Dorf die Kirche integrierender Mittelpunkt, so hat sie in der Großstadt diese die gesamte Großstadtbevölkerung einschließende integrierende Funktion verloren. Ein Teil der Arbeiter negiert die Kirche als Stütze der herrschenden Ordnung und lehnt ihre Ethik ab, ein anderer, der sich politisch dem Liberalismus verbunden fühlt, steht der Kirche distanziert aber tolerant gegenüber. Eine dritte Gruppe von Arbeitern hält an seinem Glauben fest und erkennt die christliche Ethik und die von ihr abgeleiteten Gebote und Forderungen als für sich geltend an.

Die soziologische Struktur dieser vor dem ersten Weltkrieg in Deutschland wachsenden Großstädte ist geprägt durch die Sinnverbundenheit ihrer Bewohner. Allein die Sinnverbundenheit läßt die Menschen dieser Städte zusammen wohnen - arbeiten und leben. Die die Menschen in der Industriestadt verbindende soziale Beziehung hat die Form der Gesellschaft.⁸⁰⁾ In diese Gesellschaft sind Gemeinschaften der verschiedensten Art eingefügt. So verbindet die Angehörigen der Arbeiterklasse ein Gefühl der Zusammengehörigkeit, das im Klassenkampf in einem starken Wir- oder Klassenbewußtsein seinen Ausdruck findet. Das Gemeinschaftsbewußtsein der Arbeiterklasse umfaßt alle Angelegenheiten, die die Gesamtheit der Arbeitnehmer berühren. Es umfaßt jedoch nicht weite Bereiche des Lebens der einzelnen Arbeiter und wird nur in besonderen, wenn auch während des Klassenkampfes häufigen Fällen aktualisiert. Die Gemeinschaft der Arbeiter ist eine Gemeinschaft des Typs B, mit der sich der einzelne Beteiligte je nach politischem Standort und persönlichen Voraussetzungen verschieden intensiv verbunden weiß.

80) Siehe S. 16

eb) Die soziologische Struktur der ursprünglichen genossenschaftlichen Personenvereinigungen in den Großstädten

Diese Industriestädte sind die Geburtsorte der genossenschaftlichen Personenvereinigungen der Konsum- und der Baugenossenschaften. Obwohl bereits 1852 Hermann Schulze-Delitzsch in Delitzsch und Eilenburg je einen Konsumverein begründet hatte, folgt die eigentliche Entwicklung dieser Genossenschaftsart in Deutschland erst zwei Jahrzehnte später. Diese ersten Miniaturgebilde hatten keine Dauer.⁸¹⁾ Zur Zeit dieser ersten Gründungen in Deutschland entsteht jedoch in England, das auch in der Industrialisierung Deutschland um zwei Jahrzehnte voraus ist, ein kräftiges Konsumgenossenschaftswesen. Der am 28. Oktober 1844 gegründete Konsumverein der Pioniere von Rochdale, die "Rochdale Society of Equitable Pioneers", ist in ihrem Aufbau beispielhaft für alle Konsumvereine der Welt geworden.⁸²⁾ Erst als in Deutschland die Industrialisierung vorangetrieben ist, wächst auch hier ein kräftiges Konsumgenossenschaftswesen heran. Denn die Entstehung der konsumgenossenschaftlichen Personenvereinigungen ist gebunden an das Vorhandensein eines Arbeiterstandes. Die in den Industriestädten wohnenden Arbeiter, deren Lohn im Untersuchungszeitraum dem Existenzminimum entspricht, und deren Aufstiegschancen denkbar gering sind, haben ein außergewöhnlich gesteigertes Konsumenteninteresse. Die einzige ihnen offenstehende Möglichkeit, ihre wirtschaftliche Lage zu verbessern, besteht darin, ihr kärgliches Lohneinkommen optimal in ein Realeinkommen umzuwandeln. Da sie nur Güter des lebensnotwendigen Bedarfes erwerben können, ist ihr Bedarf notwendig gleichartig. In den Industriestädten sind bei den Arbeitnehmern alle Voraussetzungen gegeben, deren Erfüllung eine gemeinsame Beschaffung von Verbrauchs- und Gebrauchsgütern in Selbsthilfe voraussetzt. Ziel des konsumgenossenschaftlichen Wirtschaftens ist es, das Realeinkommen der Mitglieder der genossenschaftlichen Personenvereinigungen zu erhöhen durch den Einkauf von Verbrauchs- und Verbrauchsgütern im großen und den Verkauf an die Mitglieder der Personenvereinigungen im kleinen.

Da politische Anschauungen das Denken der Arbeiter in der Zeit des Klassenkampfes stark beeinflussen, hemmt die anfängliche Ablehnung der Konsumgenossenschaften durch die die Interessen der Arbeiter vertretende Sozialdemokratische Partei deren Entwicklung stark. Lasalle schreibt in seinem Offenen Antwortschreiben vom 1. März 1863: "Es ist schon eine ganz falsche Hilfe, dem Arbeiter als Konsumenten helfen zu wollen, statt ihm auf der Seite zu helfen,

81) Vgl. Staudinger, Franz, Die Konsumgenossenschaft, Leipzig 1908, S. 66

82) Vgl. Fay, C., Cooperation at home and abroad, London 1936

wo ihn wirklich der Schuh drückt, als Produzenten". Erst als in der Sozialdemokratischen Partei der Flügel erstarkt, der nicht durch eine revolutionäre Änderung der bestehenden staatlichen und gesellschaftlichen Ordnung allein die Lage der Arbeiter verbessern zu können glaubt, sondern die Auffassung vertritt, daß im Rahmen der bestehenden staatlichen und gesellschaftlichen Ordnung alles getan werden muß, was die Lage des Arbeiters verbessert, wird die Haltung der Sozialdemokratie gegenüber den Konsumvereinen freundlicher.⁸³⁾ Vor allem mit den Gewerkschaften, deren Gründung auf die Bemühungen dieses Teils der Sozialdemokratie zurückgeht, arbeiten die Konsumgenossenschaften in der Folge eng zusammen.

Hemmend wirkt auf die Entwicklung der Konsumvereine auch die im Genossenschaftsgesetz von 1867 festgelegte Bestimmung, daß die Mitglieder der genossenschaftlichen Personenvereinigungen unbeschränkt und unmittelbar für die Verbindlichkeiten der genossenschaftlichen Betriebswirtschaft haften. In dem Genossenschaftsgesetz von 1889 wird den genossenschaftlichen Personenvereinigungen die Möglichkeit eröffnet, zwischen der beschränkten und der unbeschränkten Haftpflicht zu wählen, und damit im besonderen den Konsumgenossenschaften eine positive Weiterentwicklung erleichtert. Die Größe der bestehenden konsumgenossenschaftlichen Personenvereinigungen wächst nun schnell an, und es treten zahlreiche neu sich in allen Städten bildende Personenvereinigungen neben sie.⁸⁴⁾ Da der wirtschaftliche Erfolg dem konsumgenossenschaftlichen Wirtschaften nicht versagt bleibt, entwickelt sich rasch ein blühendes Konsumgenossenschaftswesen in Deutschland. Nicht zuletzt dieser Erfolg ist es, der in den konsumgenossenschaftlichen Personenvereinigungen Ideologien entstehen läßt, die den Stempel eines irrationalen und emotionalen Denkens tragen und beträchtlich die real gegebenen Tatbestände verzerren.⁸⁵⁾ So wird die genossenschaftliche Wirtschaftsweise verherrlicht als ein Organisationsprinzip, das bestimmt und fähig sei, das bestehende Ordnungsgefüge der Gesamtwirtschaft abzulösen. Trotz der offensichtlichen Wirklichkeitsferne dieser Ideologien ist bis heute die Diskussion um die Stellung der Genossenschaften in einer Marktwirtschaft, die ihr eigentlicher Lebensraum ist, nicht verstummt.

Es soll nun die soziologische Struktur dieser ursprünglichen genossenschaftlichen Personenvereinigungen begrifflich erfaßt werden. Sicher sind alle ihre Glieder

83) Vgl. Kautzky, Karl, Konsumvereine und Arbeiterbewegung 1897

84) Vgl. v. Waltershausen, A. Sartorius, a. a. O., S. 508

85) Vgl. Weippert, Georg, (III) Die Ideologien der kleinen Leute und des Mannes auf der Straße, Berlin 1952, S. 5

sinnverbunden. Bei der Bildung und Entfaltung der konsumgenossenschaftlichen Personenvereinigung wird bewußt oder unbewußt das Zusammengehörigkeitsgefühl und Klassenbewußtsein der Arbeiter angesprochen. Dieses Zusammengehörigkeitsgefühl und Klassenbewußtsein der Arbeiter wird von den konsumgenossenschaftlichen Personenvereinigungen reflektiert. Die einzelne Personenvereinigung ist ebenso wie die Gesamtheit der Arbeiter im Untersuchungszeitraum eine Gemeinschaft des Typs B.⁸⁶⁾ Integrierend wirkt die im Laufe der günstigen Entwicklung der Konsumgenossenschaften ausgebildete Konsumgenossenschaftsideologie, die aber die Konsumgenossenschaften andererseits in Gegensatz zu anderen Institutionen und Personen bringt und damit auf lange Sicht ein Breitenwachstum der konsumgenossenschaftlichen Personenvereinigungen behindert. Das der konsumgenossenschaftlichen Personenvereinigung eigene, von den Personen ihrer Glieder losgelöste, das Klassenbewußtsein der Arbeiter reflektierende Gemeinschaftsbewußtsein steht einer Entwicklung der konsumgenossenschaftlichen Personenvereinigung zu einer anderen genossenschaftlichen Personenvereinigungen fremden Größe⁸⁷⁾ nicht hemmend entgegen, sondern fördert im Gegenteil die Einbeziehung möglichst weiter Arbeiterkreise einerseits und die enge Zusammenarbeit aller konsumgenossenschaftlichen Personenvereinigungen andererseits. Auch der der Arbeiterklasse als Bestandteil ihres Klassenbewußtseins immanente Zug zu internationaler Kontaktnahme ist in den ursprünglichen konsumgenossenschaftlichen Personenvereinigungen festzustellen.

Aber nicht nur die Konsumgenossenschaften entstehen in den Industriestädten im Untersuchungszeitraum, sondern auch die Baugenossenschaften. Es wurde bereits darauf hingewiesen, daß dem sprunghaften Hochschnellen der Einwohnerzahlen der Industriestädte durch den Bau von Massenmiethäusern und Hintergebäuden, die planlos aus dem Boden gestampft wurden, begegnet wurde. So besitzt die Mehrzahl der Bewohner der Industriestädte im Untersuchungszeitraum kein Heim, das einfachen Wohnansprüchen genügt hätte. Obwohl vor dem ersten Weltkrieg in Deutschland 2 % des Gesamtwohnungsbestandes dauernd leer stehen, tritt eine Wohnungsnot in den Städten auf, die ihre Ursachen in der Wohnungsqualität und in den Preisen der Räume hat. Schon sehr früh ist der Versuch unternommen worden, durch genossenschaftliches Wirtschaften dieser Not zu begegnen. Aber aus naheliegenden Gründen wirkt die vor 1889 gesetzlich allein mögliche unbeschränkte Haftpflicht lähmend auf genossenschaftliche Bemühungen, deren Ziel es ist, den Wohnungsbedarf der Mitglie-

86) Siehe S. 42

87) Nähere Angaben über die Größe der konsumgenossenschaftlichen Personenvereinigungen finden sich in V, 2ab₁

der der Personenvereinigungen durch Erstellung von Wohnungen zu decken. Praktisch setzt so die Entwicklung der Wohnungsbaugenossenschaften in Deutschland erst nach 1889 ein, als im neuen GenG die Rechtsform der eGmbH geschaffen wird.⁸⁸⁾ Weiter ist für die Entwicklung der Wohnungsbaugenossenschaften das ebenfalls 1889 erlassene Invaliditäts- und Altersversicherungsgesetz von großer Bedeutung, das den Sozialversicherungsträgern gestattet, Teile ihres Vermögens in Grundstücken anzulegen.⁸⁹⁾

Diesen ursprünglichen wohnungsbaugenossenschaftlichen Personenvereinigungen gehören vor allem Arbeiter an, die aus ihrem Lohneinkommen die zur Einzahlung des von ihnen übernommenen Geschäftsanteils notwendigen Mittel aufbringen. Aber nicht nur Arbeiter schließen sich zu wohnungsbaugenossenschaftlichen Personenvereinigungen zusammen, sondern auch Beamte, Selbständige usw. Alle diese Bewohner der Industriestädte streben danach, ihre ungesunde, häßliche und zumeist teure Wohnmöglichkeit durch eine gute, ihren Ansprüchen genügende, preiswerte, rechtlich und wirtschaftlich gesicherte Wohnung zu ersetzen. Diese ursprünglichen wohnungsbaugenossenschaftlichen Personenvereinigungen werden zu Pionieren einer wohnungsreformerischen Gestaltung der Wohnräume und städtebaulichen Anlagen.⁹⁰⁾ Sie erstellen neuartige Wohn- und Siedlungsanlagen eingebettet in Grünflächen und durchsetzt mit Gemeinschaftseinrichtungen der verschiedensten Art. Sie wenden neue Aufschließungsformen des Geländes an und erfüllen aus eigenem Verantwortungsbewußtsein heraus städtebauliche Aufgaben. Mit größter Sparsamkeit und Energie verfolgen die Mitglieder das Ziel, sich und ihrer Familie aus eigener Kraft eine Wohnung zu beschaffen, die ihnen ein Heim sein kann.⁹¹⁾

Sicher sind die Mitglieder dieser ursprünglichen wohnungsbaugenossenschaftlichen Personenvereinigungen in ihrem gemeinsamen Tun sinnverbunden. Darüber hinaus wird ein Zusammengehörigkeitsgefühl der Beteiligten, die in der Regel gleichen Berufen, der gleichen Konfession oder der gleichen Klasse angehören, in den genossenschaftlichen Personenvereinigungen wirksam. Dieses

88) Vgl. Henzler, Reinhold, (IV), Genossenschaftswesen, Wiesbaden 1953, S. 10

Brecht, Julius, Selbsthilfe und Staatshilfe am Beispiel der Wohnungsbaugenossenschaft in ZgGenW 1952, S. 83

89) Vgl. Henzler, Reinhold, IV a. a. O., S. 13

Bechtel, Heinrich, a. a. O., S. 319

90) Vgl. Brecht, Julius, a. a. O., S. 84

91) Vgl. v. Waltershausen, A. Sartorius, a. a. O., S. 570 ff.

wenig intensive Gemeinschaftsbewußtsein wird intensiviert durch das gemeinsame, die Kräfte der Beteiligten in hohem Maße beanspruchende Vorhaben, das auf längere Zeit die in Selbsthilfe handelnden Personen verbindet. Das Gemeinschaftsbewußtsein umfaßt jedoch in der Regel nicht jede in der Gemeinschaft stehende Person, die Gemeinschaft führt ein in relativ von ihren Gliedern losgelöstes Eigenleben. Die ursprünglichen wohnungsbaugenossenschaftlichen Personenvereinigungen sind Gemeinschaften des Typs B. Das Zusammenwohnen in bereits erstellten Siedlungen führt in der Regel nicht zur Ausbildung einer alle Glieder umspannenden Gemeinschaft des Typs A, da die in der Stadt das Zusammenwohnen bestimmende gewollte Distanzierung der Nachbarn auch hier wirksam ist.

f) Die Veränderung der soziologischen Struktur der genossenschaftlichen Personenvereinigungen im Dorf von 1914 bis heute

Nachdem die soziologischen Strukturen der genossenschaftlichen Personenvereinigungen, die vor dem 1. Weltkrieg in Deutschland sich in den Dörfern, in den Klein- und Mittelstädten und in den Großstädten gebildet hatten, einer Analyse unterzogen wurden, ist im folgenden die Aufgabe gestellt, die Veränderungen der soziologischen Strukturen dieser genossenschaftlichen Personenvereinigungen aufzuzeigen. Diese Veränderungen vollzogen sich in dem Zeitraum von 1914 bis heute, in dem Deutschland durch zwei Weltkriege, zwei Geldentwertungen, Wirtschaftskrisen und nicht zuletzt durch die Herrschaft Hitlers erschüttert wurde.

Die aufzuzeigenden Veränderungen der genossenschaftlichen Personenvereinigungen sind an jeder einzelnen heute bestehenden Personenvereinigung in verschiedener Stärke ausgeprägt festzustellen, da jede einzelne genossenschaftliche Personenvereinigung unterschiedliche und in verschiedener Intensität in ihr wirksame Kräfte den in unterschiedlichem Maße auf jede einzelne Personenvereinigung einwirkenden verändernden Faktoren entgegenzusetzen hatte. Die Folge davon ist, daß die soziologischen Strukturen der heute bestehenden gleichartigen genossenschaftlichen Personenvereinigungen eine gewisse Schwanungsbreite auszeichnet. Es muß, um diese Differenzierung gleichartiger Personenvereinigungen zu erfassen, im folgenden versucht werden, diese Schwanungsbreite abzustecken. Dies gilt sowohl für die Strukturanalysen aller genossenschaftlichen Personenvereinigungen, als auch für die Strukturanalysen ihrer Umwelt, die auch im folgenden stets den Analysen der Veränderung der genossenschaftlichen Personenvereinigungen vorangestellt werden sollen. Als erstes

wird eine Analyse der Veränderung der soziologischen Struktur des Dorfes von 1914 bis heute gegeben werden.

fa) Die Veränderung der soziologischen Struktur des Dorfes von 1914 bis heute

War für das deutsche Dorf weite Teile des 19. Jahrhunderts hindurch seine Abgeschlossenheit von der Außenwelt typisch, so wird diese Abgeschlossenheit mit dem Bau der Eisenbahnen aufgebrochen. Ende der 60er Jahre des vergangenen Jahrhunderts war das Skelett der Bahnverbindungen in Deutschland, nämlich die die Städte verbindenden Linien, fertiggestellt.⁹²⁾ Es beginnt nun der verästelnde Ausbau des Eisenbahnnetzes, an das immer mehr Ortschaften angeschlossen werden und das heute fast alle Dörfer in Deutschland umfaßt. Diese verkehrsmäßige Erschließung Deutschlands steht in engstem Zusammenhang mit seiner Industrialisierung. Die ersten Eisenbahnen werden durch Privatgesellschaften gebaut, die die Rechtsform der Aktiengesellschaft haben. So steht die Notwendigkeit der Aufbringung großer Kapitalien zum Bau von Eisenbahnen Pate an der Wiege der ebenfalls in dieser Zeit entstehenden Gesellschaftsform der Aktiengesellschaft.⁹³⁾ Gleichzeitig entwickeln sich notwendig die ersten Wertpapierbörsen. Als letzte Phase der verkehrsmäßigen Aufschließung des Dorfes setzt nach dem 1. Weltkrieg die Motorisierung ein. Heute wird das Motorrad und das Auto auch im Dorf als Verkehrsmittel sehr zahlreich benützt. Durch seine verkehrsmäßige Erschließung wird eine vielfältige Verflechtung des Dorfes mit der Gesamtgesellschaft erreicht und seine Geschlossenheit, die das Dorf weite Teile des 19. Jahrhunderts hindurch kennzeichnete, aufgebrochen.

Dies blieb auf die berufliche Gliederung der Dorfbevölkerung in der Folge nicht ohne Einfluß. Die zu Beginn der Industrialisierung Deutschlands in den Städten geschaffenen Arbeitsmöglichkeiten hatten eine Abwanderung der in den Dörfern nicht zu beschäftigenden Bevölkerung zur Folge, so daß die Zahlen der in der Landwirtschaft Erwerbstätigen lange Zeit konstant blieben trotz des großen Kinderreichtums in den Dörfern.⁹⁴⁾ Da die Abgewanderten die Verbindung

92) Vgl. Sombart, Werner, a. a. O., S. 239

v. Waltershausen, A. Sartorius, a. a. O., S. 93 ff.

Bechtel, Heinrich, a. a. O., S. 54 ff.

Stolper, Gustav, a. a. O., S. 45 ff.

93) Vgl. u. a. Sombart, Werner, a. a. O., S. 242 ff.

v. Waltershausen, A. Sartorius, a. a. O., S. 281 ff.

Bechtel, Heinrich, a. a. O., S. 70 ff.

94) Vgl. Wurzbacher, Gerhard, a. a. O., S. 19 und 15

mit den im Dorf verbliebenen Verwandten und Nachbarn aufrechterhalten, entsteht ein Netz wechselseitiger Beziehungen zwischen der Dorfbevölkerung und der außergemeindlichen Gesellschaft. Um die Jahrhundertwende ist einerseits die Verkehrsaufschließung so weit vorangetrieben, und andererseits die Industrialisierung so weit ins flache Land hinaus vorgedrungen, daß die Dorfbewohner zunehmend im Dorf wohnen bleiben und tagsüber zur Arbeit fahren können. Eine Abwanderung ist nicht mehr erforderlich, eine stetig steigende Zahl der Dorfbewohner wird zum Pendler. Eine Folge ist ein Wachsen der Einwohnerzahlen der Dörfer und ein erstaunliches Ansteigen der Zahl der von den Dorfbewohnern ausgeübten Berufe. Wurzbacher stellt z.B. in der von ihm untersuchten Gemeinde ein Ansteigen der Zahl der Berufsbezeichnungen von 49 im Jahre 1881 auf 372 im Jahre 1950 fest.⁹⁵⁾ War im 19. Jahrhundert die ständische Schichtung im Dorf durch den Besitz bestimmt, so tritt nun an ihre Stelle eine starke berufliche Differenzierung. Die Bewertung der Berufe durch die Dorfbevölkerung wird nicht ausschließlich nach ökonomischen Maßstäben vorgenommen, sondern die mit dem Beruf verbundene Verantwortung für andere, die persönliche Qualifikation unter Betonung des geistigen Wissens und Könnens bestimmen entscheidend den Bewertungsmaßstab. Die Pendler, die jeden Abend in ihr Heimatdorf zurückkehren, wo sie zumeist ein Haus und in der Regel eine kleine Nebenerwerbslandwirtschaft besitzen, verflechten ihr Dorf in starkem Maße mit der außerdörflichen Gesellschaft. Lebensvorbilder und Anregungen dringen auf diese Art von der Stadt in das Dorf ein und wirken auf eine Angleichung des Dorfes an die Stadt hin. Mit dem Auftauchen des Pendlers im Dorf bricht der Beruf in seiner modernen Form eines individuell selbständigen Lebensbereiches auch im Dorf ein und löst einen beträchtlichen Teil seiner Erwerbstätigen aus der im 19. Jahrhundert gegebenen Lebens- und Arbeitsgemeinschaft von Familie und Nachbarschaft heraus.⁹⁶⁾ Parallel mit dem Anwachsen der Zahl der pendelnden Industriearbeiter im Dorf geht ein prozentualer und absoluter Rückgang der Zahl der hauptberuflichen Landwirte. Die Anzahl der landwirtschaftlichen Betriebe vermindert sich, die durchschnittliche Hofgröße steigt an. Es ist dies die Folge des Nachlassens der Hofteilung nach Erlaß des Erbhofgesetzes, dessen Durchführung vor allem dadurch ermöglicht wird, daß nun zweite und dritte Söhne befriedigende Verdienstmöglichkeiten in der Industrie finden, und daß Kleinbauern, deren Land nicht ausreicht, eine Familie zu ernähren, es vorziehen, in der Industrie zu arbeiten, und nur noch ein kleines Stück Land zur nebenerwerblichen Bewirtschaftung behalten. In zuneh-

95) Vgl. Wurzbacher, Gerhard, a. a. O., S. 30

96) Vgl. Wurzbacher, Gerhard, a. a. O., S. 29

menndem Maße wird mit Ansteigen der Betriebsgrößen die Anwendung rationaler Methoden in der Landwirtschaft möglich. Eine weitere Folge der Verkehrsaufschließung des Dorfes ist, daß der Bauer, der im 19. Jahrhundert fast ausschließlich für den eigenen Bedarf produzierte, nun auch zur Produktion für den erreichbar gewordenen Markt übergeht. Damit verbunden ist eine zunehmende Spezialisierung der landwirtschaftlichen Produktion und ein Rückgang der bei vormals voller Selbstversorgung von dem Bauern mitausgeübten Funktionen. Mit zunehmender Spezialisierung wird der Bauer im Rahmen der Volkswirtschaft Produzent und Konsument zugleich und damit in den Bereich des durch Preise und Kosten gesteuerten Marktes miteinbezogen. Parallel geht eine Zurückdrängung des einst typischen hauswirtschaftlichen Denkens und der daraus resultierenden Verhaltensweisen.⁹⁷⁾ Trotz des Auftretens des pendelnden Industriearbeiters und Angestellten im Dorf ist sein landwirtschaftlicher Charakter gewahrt geblieben, nicht zuletzt dadurch, daß die Mehrzahl der Pendler im Dorf ein Haus und eine kleine Nebenerwerbslandwirtschaft besitzt. Die Mehrzahl der Dorfbewohner blieb so in gewissem Umfang Landwirt. Land und Haus geben jedem Dorfbewohner nicht nur erhöhte wirtschaftliche Sicherheit, sondern auch zugleich das Verwurzelte sein in einer "nachbarlich gefestigten Heimat, d.h. Einordnung in eine soziale Gemeinsamkeit mit Vorfahren, Verwandten und Nachbarn, deren Wissen voneinander sich über Jahrzehnte und oft über Generationen zurück erstreckt".⁹⁸⁾ Die Folge davon ist, daß im Dorf der Beruf als soziales Gliederungsmoment keine Übergewichtigkeit erlangt, sondern gleichrangig neben Landbesitz, familiärer und nachbarlicher Einordnung gesehen wird.⁹⁹⁾ Das Dorf wirkt so ausgleichend gegenüber den Rangordnungsspannungen, denen die meisten Erwerbstätigen in ihrer beruflichen, betrieblichen Sphäre ausgesetzt sind. Nach Auflösung der ständischen Schichtung im Dorf hat auch die starke berufliche Differenzierung nicht zu einer neuen Schichtenbildung im Dorf geführt.

Auch der Charakter der Familie, der im 19. Jahrhundert der einer Existenzkampfgemeinschaft war, wird entscheidend durch die Herausbildung einer ausschließlich dem Mann eigenen beruflichen Tätigkeitssphäre bei allen Nichtbauern im Dorf verändert. Gegenüber der außerhäuslichen Berufstätigkeit des Mannes erhält die Familie für ihn den Charakter eines gegensätzlich strukturierten sozialen Bereiches, der sich durch Vertrautheit, Ruhe und Freiheit gegenüber der Fremdbestimmtheit in der beruflichen Welt auszeichnet, so daß der

97) Vgl. Kötter, Herbert, in Gehlen-Schelsky, Soziologie, Düsseldorf 1955, S. 216 f.

98) Vgl. Wurzbacher, Gerhard, a.a.O., S. 57

99) Vgl. Wurzbacher, Gerhard, a.a.O., S. 58

Mann die Andersartigkeit der Familie und des Heimes neu und bewußt erlebt.¹⁰⁰⁾ Die Bindung zwischen Mann und Frau wird nach Verlust ihrer Arbeitsgemeinschaft vorwiegend gefühlsmäßiger Art. Mit zunehmender Bedeutung von Familie und Heim wächst auch der Einfluß der Frau in der Familie, da ihr die Ausgestaltung des Heimes und die Pflege der familiären Verbundenheit als ihrem Wesen gemäße Aufgabe obliegt. "Gleichzeitig wächst der Einfluß der Frau auf den Mann häuslicher zu werden, d.h. seine Freizeit vorwiegend im Kreis der Familie zu verbringen".¹⁰⁰⁾ Im Gegensatz dazu behält die bäuerliche Familie den Charakter einer Arbeitsgemeinschaft bei. Aber auch für sie ist festzustellen, daß sich das Verhältnis von Mann und Frau zueinander immer mehr von einer Vorrangigkeit des Mannes zu einer Gleichrangigkeit innerhalb von Ehe und Familie verschiebt, vor allem dadurch verursacht, daß der spezialisierte, mit dem Markt verflochtene landwirtschaftliche Betrieb heute zahlreiche Güter, deren Herstellung früher Aufgabe der Frau war, zukaufte und damit die Bauersfrau entlastet wird. Auch die Einstellung dem Kind gegenüber hat sich im Dorf im Untersuchungszeitraum gewandelt, was am deutlichsten darin zum Ausdruck kommt, daß heute auch im Dorf die Zweikinderehe typisch ist.

Die berufliche Differenzierung der Dorfbewohner übt auf ihren nachbarschaftlichen Zusammenhang eine desintegrierende Wirkung aus. "Je intensiver die Kontakte" des Einzelnen "mit außernachbarlichen Bereichen sind, um so kleiner ist der Ausschnitt aus der Gesamtheit seiner sozialen Beziehungen geworden, der noch Gemeinsamkeit mit den Nachbarn aufweist, noch ihrer Beobachtung und ihrem Einfluß unterliegt".¹⁰¹⁾ Die nachbarschaftliche Hilfe hat heute eine ungleich geringere Bedeutung im Dorf als dies im 19. Jahrhundert der Fall war. Zurückzuführen ist dies einmal auf die gewachsene Verfügung über technische Hilfsmittel, zum anderen auf die im Dorf außerordentlich gestiegene Verfügungsmöglichkeit über Geld und die Verbreitung eines Zeit und Geld wesentlich mehr berücksichtigenden, ökonomischen Denkens. Die Hilfe bei größeren Schadensfällen, die früher im Rahmen der unmittelbaren, jeden angehenden Beziehung von Nachbar zu Nachbar geleistet wurde, ist heute nicht mehr eine nachbarliche Verpflichtung, sondern abgegeben worden an anonyme Versicherungen als Institutionen der größeren Gesellschaft. Trotz des Zurücktretens der Bedeutung der Nachbarschaftshilfe ist nach wie vor im Dorf eine gegenseitige Hilfe bei der Arbeit und in den Familien üblich. Doch gibt es heute für diese Nachbarschaftshilfe keine allgemein gültige Norm mehr. Waren die Menschen

100) Vgl. Wurzbacher, Gerhard, a. a. O., S. 110

101) Wurzbacher, Gerhard, a. a. O., S. 147

im geschlossenen Dorf früher bei der Befriedigung ihres Bedürfnisses nach Information aufeinander angewiesen, so stellen heute die Zeitung, das Radio, das Buch und die zahlreichen Kontakte bei der vielfach außergemeindlichen Berufstätigkeit Informationsquellen dar, die das dem Bedürfnis nach Information dienende Gespräch im Dorf weitgehend ersetzen. Mit der beruflichen Differenzierung der Dorfbewohner ist ein Rückgang der Dauer der gemeinsamen Freizeit verbunden, was auf einen Rückgang des geselligen Nachbarschaftsverkehrs hinwirkt. Auch die Veränderung der Familienstruktur wirkt abschwächend auf diese Nachbarschaftsbeziehungen. Nach wie vor ist im Dorf eine soziale Kontrolle wirksam, von der jedoch in zunehmendem Maße die private Intimsphäre ausgenommen wird. Ihre Respektierung ist als neue Forderung den nachbarschaftlichen Verhaltensnormen im Dorf eingegliedert worden.

Die berufliche Differenzierung im Dorf und das Entstehen eines gesonderten Bereiches Freizeit bei einem Teil seiner Bewohner ließ im Dorf Vereine entstehen, in denen Bedürfnisse, die heute nicht mehr im Rahmen der aufgelockerten Nachbarschaftsbeziehungen zu befriedigen sind, befriedigt werden können. In der Regel ging die Initiative zu ihrer Gründung von einzelnen Persönlichkeiten im Dorf aus, die sich zum Leiter für andere machten. Dies war möglich, als der Nachbarschaftsverband des Dorfes, in dem früher jeder jedem gleichgestellt war, sich gelockert hatte und nun dem Einzelnen ein wesentlich größerer Entfaltungsspielraum seiner Persönlichkeit zugestanden wurde. So entstanden im Dorf nach städtischem Vorbild auf einer satzungsgemäßen, rationalen Organisation beruhende Vereine der verschiedensten Art. Sie sind ein wichtiger Faktor der Integration der sich differenzierenden Dorfbevölkerung geworden, nicht zuletzt auf Grund ihrer Ortsbezogenheit.¹⁰²⁾ Vor allem üben die Vereine darin eine integrierende Wirkung aus, daß sie eine Gruppe von die Dorfgemeinschaft tragenden Persönlichkeiten aussieben und ihnen ein Übungsfeld für verantwortliches Handeln im Interesse aller schaffen. Das Vorhandensein von Personen mit überdurchschnittlicher eigener Initiative wird im Dorf, wo heute das Sozialsystem nicht mehr quasi von selbst funktioniert, von immer größerer Bedeutung.

Auch die Stellung der Dorfbewohner gegenüber Kirche und Pfarrer hat sich verglichen mit der im 19. Jahrhundert verändert. Bestimmte früher die von der Kirche vertretene Ethik und die von ihr abgeleiteten Forderungen und Gebote ausschließlich das Verhalten der Menschen im Dorf, so ist heute vor allem bei denen, die in ihrem Berufsleben täglich außerhalb des Dorfes anderen Lebensbildern und Verhaltensweisen begegnen, eine bürgerliche Moral an deren Stelle getreten. Für diese Teile der Dorfbewohner wurde Religion zu einer Privatsache.

102) Vgl. Wurzbacher, Gerhard, a. a. O., S. 168

Die Folge dieser Einstellung eines Teils der Dorfbewölkerung ist ein allgemeines Anwachsen der konfessionellen Toleranz, das seinen sichtbarsten Ausdruck in dem Ansteigen der Zahl der konfessionellen Mischehen auch im Dorf findet. Die im 19. Jahrhundert von der Kirche mit ausgeübten kulturellen, geistigen, caritativen und gesellschaftlichen Funktionen hat sie heute fast alle verloren. Die Kirche ist im Dorf zu einer sozialen Institution unter anderen geworden und wurde gleichzeitig zunehmend auf den religiösen Bereich im Sozialsystem des Dorfes beschränkt. Notwendig ist damit verbunden ein Rückgang des Einflusses und Ansehens des Pfarrers, der von einem Teil der Dorfbewohner als prinzipiell ihnen gleichgestellt heute betrachtet wird. Jedoch darf nicht außerachtgelassen werden, daß ein Teil der Dorfbewohner heute seinen Weg zum Christentum bewußter als früher sucht und findet.

Zusammenfassend ist festzustellen, daß nach wie vor neben ihrer Sinnverbundenheit die Bewohner des Dorfes ein Zusammengehörigkeitsgefühl gemeinschaftlicher Art verbindet. Jedoch wurde dieses Gemeinschaftsbewußtsein durch das Anwachsen der Zahl der Bewohner und ihre zunehmende berufliche Differenzierung im Untersuchungszeitraum abgeschwächt. Die nachbarschaftliche Verbundenheit der Dorfbewohner wurde im Gefolge ihrer Verflechtung mit der außergemeindlichen Welt aufgelockert und die nachbarschaftliche Verpflichtung zur Hilfe abgeschwächt. Die Kirche büßte ihre integrierende Kraft soziologisch betrachtet weitgehend ein. Gleichzeitig tritt die Verpflichtung zur christlichen Nächstenliebe, die noch im 19. Jahrhundert so stark die gemeinschaftliche Struktur bestimmte, als soziologisches Strukturelement zurück. Mit der Auflockerung der Verbundenheit der Dorfbewohner wird der Spielraum, der jedem zur Entwicklung seiner Person im Dorf überlassen ist, weiter und die Lebensführung und Gestaltung der Dorfbewohner differenzierter. Ein neues integrierendes Moment im Sozialsystem des Dorfes wurde im Untersuchungszeitraum geschaffen mit dem Aufkommen der Vereine, die von überdurchschnittlich sozialaktiven Personen geleitet werden. Generell kann festgestellt werden, daß im Untersuchungszeitraum die verändernden, desintegrierenden Kräfte überwiegen, so daß die Gemeinschaftsstruktur des Dorfes in ihrer Intensität abgeschwächt wurde. Abhängig von der Kopfzahl der Dorfbewohner ist die Dorfbewölkerung heute eine Gemeinschaft des Typs A oder B,¹⁰³⁾ die Intensität der gemeinschaftlichen Verbundenheit wurde im Untersuchungszeitraum abgeschwächt.

103) Vgl. S. 18 f.

fb) Die Veränderung der soziologischen Struktur der genossenschaftlichen Personenvereinigungen im Dorf

Diese Veränderungen der soziologischen Struktur des Dorfes mußten auch verändernd auf die Struktur der genossenschaftlichen Personenvereinigungen im Dorf einwirken. Es wurde bereits ausgeführt, daß sich Deutschland nach seiner verkehrsmäßigen Erschließung zu einer arbeitsteiligen, in sich vielfach verflochtenen Volkswirtschaft im Untersuchungszeitraum entwickelte und der Bauer sich im Rahmen dieser Gesamtentwicklung in zunehmendem Maße auf seine landwirtschaftliche Produktion spezialisierte, damit Produzent und Konsument zugleich wurde und in den Bereich des durch Preise und Kosten gesteuerten Marktes miteinbezogen. Ursächlich damit verknüpft ist eine Veränderung der Aufgaben, welche den genossenschaftlichen Betriebswirtschaften im Dorf gestellt werden.

Waren im 19. Jahrhundert die Genossenschaften im Dorf eine von allen Dorfbewohnern wirtschaftlich getragene Einrichtung zur Förderung der im geschlossenen Dorf ansässigen, notleidenden Kleinbauern, so werden sie nun zu rational arbeitenden Geschäftsbetrieben, welche die landwirtschaftlichen Betriebe des Ortes mit den Märkten verbinden. Soziologisch gesehen hat dies zur Folge, daß der Mitgliederkreis der genossenschaftlichen Personenvereinigungen sich auf alle im Ort ansässigen und eine Marktverbindung erstrebenden Bauern ausweitete. Seinen sichtbarsten Niederschlag findet dies in dem Anwachsen der Zahl der Mitglieder der genossenschaftlichen Personenvereinigungen im Dorf im Untersuchungszeitraum. Während die durchschnittliche Mitgliederzahl je genossenschaftliche Personenvereinigung im Dorf 1895 noch 77 betrug, waren dies 1956 bereits 161.¹⁰⁴⁾ Untersucht man dazu die Streuung der Größe der genossenschaftlichen Personenvereinigungen im Dorf, so ergibt sich nach einer 1955 durchgeführten Untersuchung, daß 71 % aller genossenschaftlichen Personenvereinigungen im Dorf nicht mehr als 150 Personen zählen.¹⁰⁵⁾ Diese Entwicklung ist begleitet von einem Rückgang der Zahl der landwirtschaftlichen Betriebe im Dorf, da die Kleinbauern, deren Hof nicht ausreicht, eine Familie zu ernähren, im Untersuchungszeitraum aus dem Dorf verschwinden.¹⁰⁶⁾ Die Wirksamkeit der genossenschaftlichen Organisation war im 19. Jahrhundert gebunden an die in der Dorfgemeinschaft dieser Zeit vorhandene

104) Nähere Angaben über die Größenentwicklung dieser genossenschaftlichen Personenvereinigungen finden sich in Abschn. V, 2, ab ⁴

105) Vgl. Albrecht, Gerhard, I a.a.O., S. 135 f.

106) Vgl. S. 49

Nächstenliebe und nachbarschaftliche Hilfsbereitschaft aller im Dorf. Heute ist nicht nur die notleidende, förderungsbedürftige Schicht der Kleinbauern im Dorf aufgelöst, sondern auch Nächstenliebe und nachbarschaftliche Hilfsbereitschaft als tragende Kräfte des genossenschaftlichen Wirtschaftens mindestens stark abgeschwächt. Die in ihrer wirtschaftlichen Existenz gesicherten Glieder der heutigen genossenschaftlichen Personenvereinigungen im Dorf sehen in der von ihnen getragenen genossenschaftlichen Betriebswirtschaft nicht mehr eine auf Wohltätigkeit und christlichen Sinn begründete Einrichtung, sondern einen von ihnen, als in Selbsthilfe handelnde Personenmehrheit, getragenen Geschäftsbetrieb. Die Beziehungen der genossenschaftlichen Personenvereinigungen im Dorf zu ihren Betriebswirtschaften haben sich weitgehend normalen Geschäftsbeziehungen angenähert.

Die starke berufliche Differenzierung, die während des Untersuchungszeitraumes im Dorf auftritt, hat zur Folge, daß sich der Kreis der Mitglieder der genossenschaftlichen Personenvereinigungen auf einen Teil der Dorfbewohner, nämlich die Landwirte, beschränkt. Der außerhalb der genossenschaftlichen Personenvereinigungen stehende Teil der Dorfbewohner ist zum überwiegenden Teil nicht mehr an der genossenschaftlichen Arbeit beteiligt. Die Tatsache, daß nachbarschaftliche Verbundenheit und christliche Nächstenliebe heute als tragende Kräfte im genossenschaftlichen Wirtschaften im Dorf zurückgetreten sind, hat auch zur Folge, daß heute der Aufbau der genossenschaftlichen Betriebswirtschaften unter Beachtung kaufmännischer Gesichtspunkte erfolgen muß. Heute müssen die Mitglieder der genossenschaftlichen Personenvereinigungen im Dorf zur Eigenkapitalbildung herangezogen werden, obwohl dies Raiffeisen noch ablehnte. Denn heute werden den genossenschaftlichen Betriebswirtschaften im Dorf von Dritten Mittel nur noch unter Beachtung kaufmännischer Vorsicht zur Verfügung gestellt. Das Zurücktreten irrationaler Faktoren, die in der Gemeinschaftsstruktur des Dorfes verwurzelt sind, in ihrer Bedeutung für das genossenschaftliche Wirtschaften hat auch zur Folge, daß im Untersuchungszeitraum die Beschränkung der Geschäftstätigkeit der genossenschaftlichen Betriebswirtschaften auf ein Dorf aus ökonomischen Zweckmäßigkeitsgründen heraus von zahlreichen genossenschaftlichen Personenvereinigungen aufgegeben wird. Durch Zusammenlegung mehrerer Genossenschaften verminderte sich ihre Zahl von 1948 bis 1956 um 935.¹⁰⁷⁾ Mit dem Vordergründigwerden ökonomischer Überlegungen bei allem genossenschaftlichen Wirtschaften im Dorf ist

107) Vgl. Jahrbuch des Deutschen Raiffeisen-Verbandes e.V., Bonn 1957,

IX. Jahrg., S. 15

s. auch V, 3c

auch verbunden, daß die Mitglieder der genossenschaftlichen Personenvereinigungen das in der unbeschränkten Haftpflicht liegende Risiko in zunehmendem Maße als solches empfinden. Die Folge ist, daß während des Untersuchungszeitraumes immer mehr genossenschaftliche Personenvereinigungen von der Möglichkeit der Haftungsbeschränkung Gebrauch machen. Im Jahr 1938 arbeiteten noch 13 518 landwirtschaftliche Genossenschaften = 52,7 % in der Rechtsform der eGmbH, 1956 nur noch 9 167 = 40,5 %.¹⁰⁷⁾

Die soziale Beziehung der Mitglieder der genossenschaftlichen Personenvereinigungen im Dorf hat sich demnach im Untersuchungszeitraum zur Gesellschaft hin verändert. Irrationale, in der Gemeinschaftsstruktur des geschlossenen Dorfes verwurzelte Faktoren, die das ursprüngliche genossenschaftliche Wirtschaften im Dorf maßgeblich bestimmten, sind in ihrer Bedeutung heute zurückgetreten. Rationale, ökonomische Momente sind parallel vordergründig geworden, so daß heute die Sinnverbundenheit der Mitglieder der Personenvereinigungen sichtbar ist. Aber über ihre Sinnverbundenheit hinaus wissen sich die Mitglieder der genossenschaftlichen Personenvereinigungen im Dorf auch heute noch gemeinschaftlich verbunden, als Bewohner desselben Dorfes und Angehörige desselben Berufes, nämlich des Bauernstandes. Umfaßt die genossenschaftliche Personenvereinigung nur Bewohner eines Dorfes, so ist die Personenvereinigung in der Regel eine Gemeinschaft des Typs A, umfaßt sie Bewohner mehrerer Dörfer, so ist sie in der Regel eine Gemeinschaft des Typs B. Das Gemeinschaftsbewußtsein der Mitglieder der heutigen genossenschaftlichen Personenvereinigungen im Dorf ist weniger intensiv als dies im 19. Jahrhundert der Fall war. Es umfaßt weit geringere Bereiche des Lebens der vergemeinschafteten Personen und läßt eine weit vielfältigere Verhaltensweise der einzelnen vergemeinschafteten Personen zu. Die Intensität der Gemeinschaftsbeziehung wurde im Untersuchungszeitraum in den genossenschaftlichen Personenvereinigungen im Dorf abgeschwächt.

g) Die Veränderung der soziologischen Struktur der genossenschaftlichen Personenvereinigungen in der Klein- und Mittelstadt

ga) Die Veränderung der soziologischen Struktur der Klein- und Mittelstadt

Die Faktoren, welche im Vorhergehenden als die soziologische Struktur des Dorfes verändernd aufgezeigt wurden, sind in verstärktem Maße in den Klein-

¹⁰⁷⁾ s. S. 55

und Mittelstädten im Untersuchungszeitraum wirksam.

Dies gilt als erstes für die verkehrsmäßige Verflechtung dieser Städte mit ihrer weiteren Umwelt und der daraus resultierenden Verflechtung mit Menschen, die außerhalb der eigenen Stadt ansässig sind.¹⁰⁸⁾ Diese Verflechtung der Bewohner der Städte mit ihrer Umwelt ist begleitet von einem stetigen Ausbau der Arbeitsteilung in der deutschen Volkswirtschaft im Untersuchungszeitraum. Die berufliche Gliederung der Stadtbewohner wird im Gefolge noch stärker als im Dorf differenziert, was sich in einem Ansteigen der Zahl der in der Klein- und Mittelstadt ausgeübten Berufe sichtbar niederschlägt.¹⁰⁹⁾ Jeder Bewohner spezialisiert sich in zunehmendem Maße auf die von ihm ausgeübte Erwerbstätigkeit. So entfällt in der Regel bei allen Gewerbetreibenden die vormem neberwerblich zur Bedarfsdeckung ausgeübte landwirtschaftliche Tätigkeit.¹¹⁰⁾ Parallel der Spezialisierung des Stadtbewohners wird er in den Bereich des durch Preise und Kosten gesteuerten Marktes, der in der Stadt in zahllose Teilmärkte aufgelöst ist, zunehmend einbezogen. So erhält für jeden Gewerbetreibenden die Beschaffungsfunktion immer größeres Gewicht, und es verändert sich auch mit der Ausweitung der Märkte ihre Absatzsituation. War im 19. Jahrhundert von vielen dem Handwerk global der Untergang prophezeit worden,¹¹¹⁾ als mit der Aufnahme der industriellen Fertigung zahlreiche Handwerkszweige im Wettbewerb verdrängt worden waren,¹¹²⁾ so zeigt die Entwicklung im Untersuchungszeitraum, daß zahlreiche Handwerkszweige lebensfähig bleiben, es entstehen mit der Entwicklung neuer Industriezweige sogar neue Handwerksarten.¹¹³⁾ Durch weitgehende Spezialisierung und stetige Rationalisierung, die durch das Aufkommen von Kleinmaschinen gefördert wird, gelingt es zahlreichen Handwerkszweigen, sich neben der Industrie zu behaupten. Die Zahl der Handwerksberufe, welche in der Klein- und Mittelstadt ausgeübt werden, steigt mit deren Spezialisierung an,¹¹⁴⁾ der einzelne Handwerksbetrieb wird zunehmend kapitalintensiver. Eine Folge davon ist, daß heute mit betriebswirtschaftlichen Maßstäben eine exakte Abgrenzung des Handwerksbetriebs vom Industriebetrieb nicht mehr durchgeführt werden kann.¹¹⁵⁾ Zahl-

108) Vgl. S. 48

109) Vgl. S. 49

110) Vgl. S. 32

111) Vgl. Sombart, Werner, a. a. O., S. 279 ff.

112) Vgl. S. 33

113) Vgl. Röbke, Karl (II) Betriebswirtschaftslehre des Handwerks,
Wiesbaden, 2. Aufl., S. 15

114) Vgl. Röbke, Karl, II a. a. O., S. 5 ff.

115) Vgl. Röbke, Karl, II a. a. O., S. 4

reiche Handwerksbetriebe wachsen im Untersuchungszeitraum zu kleineren und mittleren Industriebetrieben heran, so daß in der Klein- und Mittelstadt heute Handwerksbetriebe und Industriebetriebe unterschiedlicher Größe nebeneinander arbeiten. Während im Dorf die Gleichartigkeit der landwirtschaftlichen Betriebe in der Regel nicht zu einer Konkurrenzsituation der Bewohner führt, ist in der Klein- und Mittelstadt bei allen Gewerbetreibenden das Gegenteil der Fall. Mit zunehmender Stärke des Konkurrenzkampfes der Gewerbetreibenden untereinander werden die Reste des ehemaligen ständischen Denkens der Gewerbetreibenden und ihrer ständischen Verbundenheit im Untersuchungszeitraum aufgelöst. Nur noch, wenn allen Gewerbetreibenden gemeinsame Interessen gegen Dritte gewahrt werden müssen, finden sie sich zu gemeinsamem Tun in neu aufgebauten Interessenvertretungen, den Kammern und Verbänden, zusammen, wie sie von allen Wirtschaftenden zur Vertretung ihrer speziellen Interessen im Untersuchungszeitraum in dieser oder ähnlicher Form gegründet werden. Führt im Dorf die zunehmende berufliche Differenzierung seiner Bewohner nicht zu einer neuen Schichtenbildung,¹¹⁶⁾ so ist in den Klein- und Mittelstädten eine derartige Schichtenbildung im Untersuchungszeitraum festzustellen.

Denn auch die nachbarschaftliche Verbundenheit der Bewohner der Stadt ist im Untersuchungszeitraum aufgelockert worden. Mit dem Bevölkerungswachstum in Deutschland stieg auch die Zahl der Einwohner der Klein- und Mittelstädte an, so daß heute eine persönliche gegenseitige Bekanntschaft der Bewohner untereinander in der Regel fehlt. Auch in den Klein- und Mittelstädten kennt heute jeder Bewohner nur noch einen Teil seiner Mitbewohner und ist umgekehrt nur einem Teil persönlich bekannt. Bei der Wahl ihres gesellschaftlichen Verkehrs spielt für die Bewohner der Klein- und Mittelstädte heute nicht mehr das Zusammenwohnen eine ausschlaggebende Rolle.

Für die Veränderung der Familienstruktur in der Stadt gilt dasselbe, wie es für die Pendlerfamilie im Dorf aufgezeigt wurde.¹¹⁷⁾ Die Zahl der im Handwerksbetrieb mitarbeitenden Familienangehörigen ist gering, obwohl im Handwerksbetrieb heute durchschnittlich drei Personen beschäftigt sind.¹¹⁸⁾

Nachdem im Untersuchungszeitraum die überkommenen Gemeinschaften stark abgeschwächt wurden, versucht man in der Stadt mehr als im Dorf das Bedürfnis nach Gemeinschaft mit anderen Menschen in seiner Freizeit mittels der Vereine zu befriedigen. Sie treten an die Stelle der verlorenen Wirtschafts-

116) Vgl. S. 50

117) Vgl. S. 50 f.

118) Vgl. Rößle, Karl, II a. a. O., S. 10 ff.

und Nachbarschaftsgemeinschaft und üben wichtige integrierende Funktionen aus.¹¹⁹⁾

Sicher sind die Bewohner sinnverbunden. Darüber hinaus verbindet sie ein Wissen um Zusammengehörigkeit, das darin wurzelt, daß jeder sich mit der ihm Heimat bedeutenden Stadt verbunden fühlt und jeden anderen Ortsansässigen ebenso mit der Stadt verbunden weiß. Dieses Gemeinschaftsbewußtsein wird in der Klein- und Mittelstadt dadurch verstärkt, daß der Einzelne immer noch eine relativ große Zahl seiner Mitbewohner kennt und diese Personen mit in sein Heimatbewußtsein einbezieht. Jedoch läßt dieses Gemeinschaftsbewußtsein weiteste Bereiche des persönlichen Lebens der Beteiligten frei. Es wird nur noch in den wenigen Fällen, welche die Stadt als solche und die Gesamtheit ihrer Bewohner berühren, aktualisiert. Die Gemeinschaft der Stadtbewohner hat demnach heute nur noch geringe Intensität. Die nachbarschaftliche Verbundenheit und die Kirche haben ihre integrierenden Funktionen, die sie noch im 19. Jahrhundert ausübten, weitgehend eingebüßt. Es sind Gemeinschaften des Typs B.

Die im 19. Jahrhundert in die damalige Stadtgemeinschaft eingebetteten ständischen Gemeinschaften der Gewerbetreibenden wurden im Untersuchungszeitraum aufgelöst. Die in Konkurrenz untereinander stehenden Gewerbetreibenden wissen sich heute nur noch verbunden, wenn es im Interesse aller Beteiligten liegt. Damit soll nicht geleugnet werden, daß sämtliche Handwerker und Händler der Bundesrepublik ein Gemeinschaftsbewußtsein verbindet. Diese große Gemeinschaft ist eine Gemeinschaft des Typs B von nur geringer Intensität, welche auch die Gewerbetreibenden in den Klein- und Mittelstädten einschließt.

gb) Die Veränderung der soziologischen Struktur der genossenschaftlichen Personenvereinigungen in der Klein- und Mittelstadt

Es wurde bereits darauf hingewiesen, daß in der in zunehmendem Maße während des Untersuchungszeitraums sich entfaltenden, arbeitsteiligen Volkswirtschaft auch der einzelne Gewerbetreibende immer mehr, sowohl als Produzent wie als Konsument, in seiner privaten und betrieblichen Sphäre in den nach ökonomischen Gesetzen arbeitenden Markt mit einbezogen wird. Er muß, will er nicht seine wirtschaftliche Existenz verlieren, sich den in einer Konkurrenzwirtschaft geltenden Verhaltensweisen anpassen, indem er sie ebenfalls zum

119) Vgl. S. 52

Leitbild seines eigenen Handelns macht. So werden auch von den Gewerbetreibenden die überkommenen einkommenswirtschaftlichen Denk- und Verhaltensweisen zurückgedrängt und stetig durch erwerbswirtschaftliche ersetzt. Dieser Entwicklungsprozeß kann heute noch nicht als abgeschlossen betrachtet werden, so daß auch heute noch einkommenswirtschaftliche neben erwerbswirtschaftlichen Denk- und Verhaltensweisen im Gewerbe bestehen. Hingewiesen wurde auch bereits auf die wirtschaftliche Gesundung des Gewerbes im Untersuchungszeitraum. Handwerkszweige, die der Konkurrenz mit der Industrie nicht gewachsen waren, wurden im Wettbewerb ausgeschieden, lebensfähige Zweige des Handwerks konsolidierten sich oder wurden neu begründet. Die gemeinsame wirtschaftliche Notlage, welche die genossenschaftlichen Personenvereinigungen der Handwerker im 19. Jahrhundert zusammengeschweißt hatte, ist heute nicht mehr gegeben. Die Aufgaben, welche heute den genossenschaftlichen Wirtschaften der Gewerbetreibenden gestellt sind, haben sich entsprechend verändert. Die genossenschaftliche Betriebswirtschaft ist heute nicht mehr Hilfseinrichtung notleidender Gewerbetreibender, sondern der verlängerte Arm der heute bestehenden gesunden Gewerbetriebe zum Markt hin, die die jedem Gewerbetreibenden zugewachsenen Aufgaben der Beschaffung und / oder des Absatzes zu lösen hat. Soziologisch bedeutet dies, daß an Stelle der einstigen notleidenden Gewerbetreibenden es heute für alle, in ihrer wirtschaftlichen Existenz gesicherte Gewerbetreibende vorteilhaft ist, am genossenschaftlichen Wirtschaften teilzunehmen. Ein Ansteigen der Mitgliederzahlen der genossenschaftlichen Personenvereinigungen der Gewerbetreibenden im Untersuchungszeitraum ist die Folge.¹²⁰⁾ Dieses Ansteigen der Mitgliederzahlen der genossenschaftlichen Personenvereinigungen ist mit dadurch verursacht, daß Gewerbetreibende, die in Gemeinden ansässig sind, welche im Untersuchungszeitraum verkehrsmäßig erreichbar werden, mit in die genossenschaftlichen Personenvereinigungen aufgenommen werden. Der von einer genossenschaftlichen Personenvereinigung umschlossene Raum vergrößert sich so im Untersuchungszeitraum stetig.

Das wesentlich früher und stärker in diesen genossenschaftlichen Personenvereinigungen wirksame ökonomische Denken, hat sie verglichen mit den landwirtschaftlichen genossenschaftlichen Personenvereinigungen schon früher veranlaßt, von der gesetzlich gegebenen Möglichkeit der Haftungsbeschränkung Gebrauch zu machen. Heute haften die genossenschaftlichen Personenvereinigungen der Gewerbetreibenden nahezu ausschließlich beschränkt für die Verbindlichkeiten ihrer genossenschaftlichen Betriebswirtschaften.

120) Siehe Zahlenmaterial in Abschn. V, 2, ab _{1 + 2}

Wie bereits ausgeführt, wurden im Untersuchungszeitraum von den Gewerbetreibenden Verbände und Kammern zur Vertretung der gemeinsamen berufsständischen Interessen aufgebaut.¹²¹⁾ Zwischen den genossenschaftlichen Einrichtungen der Gewerbetreibenden und ihren Interessenvertretungen kam es im Untersuchungszeitraum zu enger Zusammenarbeit und wechselseitiger Förderung.

Die soziologische Struktur der heutigen genossenschaftlichen Personenvereinigungen der Gewerbetreibenden, die im Warengeschäft genossenschaftlich wirtschaften, soll nun begrifflich festgelegt werden. Nach wie vor umfassen diese Personenvereinigungen nur Angehörige gleicher Gewerbe, aber ihre Mitgliederzahlen sind im Untersuchungszeitraum gewachsen, ebenso der von ihnen umschlossene Raum. Die wirtschaftliche Situation der Mitglieder hat sich im Untersuchungszeitraum verbessert. Damit ist die Sinnverbundenheit der Mitglieder dieser genossenschaftlichen Personenvereinigungen vordergründiger geworden. Darüber hinaus reflektieren diese Personenvereinigungen das allen Gewerbetreibenden eigene, wenig intensive Gemeinschaftsbewußtsein, auf das im vorhergehenden hingewiesen wurde.¹²²⁾ Ist der Raum, den die genossenschaftliche Personenvereinigung einschließt, von solcher Größe, daß das die Stadtbewohner verbindende Gemeinschaftsbewußtsein reflektiert werden kann, so werden sich die Mitglieder der genossenschaftlichen Personenvereinigungen auch als Träger dieses Gemeinschaftsbewußtseins verbunden wissen. Die Nachwirkungen der ehemaligen ständischen Gesinnung, welche diese genossenschaftlichen Personenvereinigungen noch im 19. Jahrhundert verbanden, sind heute nicht mehr wirksam. Daraus folgt, daß ihre soziologische Struktur im Untersuchungszeitraum gemeinschaftsferner geworden ist. Trotz der Konkurrenzspannung, die zwischen den Mitgliedern dieser Personenvereinigungen gegeben sind, sind neben ihrer Sinnverbundenheit noch gemeinschaftliche Elemente vorhanden. Aber sie haben nur noch geringe integrierende Kraft. Diese genossenschaftlichen Personenvereinigungen sind demnach heute Gemeinschaften des Typs B von nur geringer Intensität, die vor allem durch ihre Sinnverbundenheit zusammengehalten werden.

Im Gegensatz zu den soeben aufgezeigten genossenschaftlichen Personenvereinigungen umfassen die Personenvereinigungen, die im Kreditgeschäft genossenschaftlich arbeiten, Angehörige unterschiedlicher Berufe, nämlich Gewerbe-

121) Vgl. S. 58

122) Vgl. S. 59

treibende aller Art, Landwirte, die in der Nähe der Klein- und Mittelstädte ansässig sind, Angestellte, Angehörige freier Berufe und Industrielle, denen der Übergang von handwerklicher zu industrieller Fertigung im Untersuchungszeitraum gelang. Diesen sich beruflich differenzierenden Mitgliedern solcher Personenvereinigungen ist gemeinsam, daß sie Angehörige des Mittelstandes in seiner heutigen Form sind.¹²³⁾ Die Größe dieser Personenvereinigungen übertrifft die der Personenvereinigungen der Warengenossenschaften erheblich.¹²⁴⁾ Für die räumliche Ausdehnung dieser genossenschaftlichen Personenvereinigungen im Untersuchungszeitraum gilt dasselbe wie im vorhergehenden. Im Gegensatz zu den genossenschaftlichen Personenvereinigungen, die nur Angehörige eines Gewerbes umfassen, sind diese Personenvereinigungen nicht durch ein berufsständisches Gemeinschaftsbewußtsein, das alle Mitglieder tragen würden, verbunden. Die den Angehörigen des Mittelstandes gemeinsamen Interessen haben bis heute noch nicht zur Ausprägung eines mittelständischen Gemeinschaftsbewußtseins geführt. Das Gemeinschaftsbewußtsein, das im 19. Jahrhundert die Angehörigen des ehemaligen Mittelstandes in den Wirren des Klassenkampfes verband, ist heute verloren gegangen. So trägt die soziale Beziehung der Mitglieder dieser genossenschaftlichen Personenvereinigungen Gesellschaftscharakter. Ob des erstrebten Vorteils willen wird die durch den Sinn des genossenschaftlichen Wirtschaftens begründete Ordnung von allen Beteiligten eingehalten. Die einzelnen Berufsgruppen, die diesen genossenschaftlichen Personenvereinigungen angehören, vor allem die Handwerker und Einzelhändler, welche tragende Glieder dieser genossenschaftlichen Personenvereinigungen sind, bilden innerhalb des Ganzen Gemeinschaften des Typs B von nur geringer Intensität aus den im vorhergehenden angeführten Gründen. So arbeiten auch die gewerblichen Kreditgenossenschaften heute mit den der Interessenvertretung der Gewerbetreibenden dienenden Einrichtungen eng zusammen zu beiderseitigem Vorteil.

123) Vgl. Dülfer, Eberhard, I, a. a. O., S. 46 ff., insbesondere S. 55/56

124) Vgl. Zahlenmaterial in Abschn. V, 2, ab₃
Dülfer, Eberhard, I, a. a. O., S. 66 ff.

h) Die Veränderung der soziologischen Struktur der genossenschaftlichen Personenvereinigungen in der Großstadt

ha) Die Veränderung der soziologischen Struktur der Industriestädte von 1914 bis heute

Auch die Stadt, deren Bewohner zum überwiegenden Teil als Arbeitnehmer in Industriebetrieben tätig sind, wird während des Untersuchungszeitraumes in ihrer soziologischen Struktur verändert. Als erstes soll auf das Wachstum der Industriestädte hingewiesen werden. Die heutige Größe dieser zusammenhängenden Ansiedlung macht ein gegenseitiges, nachbarschaftliches Kennen der Gesamtheit ihrer Bewohner untereinander, wie es im Dorf auch heute noch gegeben ist, vollkommen undenkbar. Es ist im Gegenteil für die Industriestadt typisch, daß keiner den anderen kennt, und jeder Großstadtbewohner sich in Anonymität unter seinen Mitbewohnern bewegt. Im 19. Jahrhundert war für die Mehrzahl der erst in die sich bildenden Industriestädte strömenden Menschen typisch, daß sie aus sozialen Ordnungen herausgerissen, sozial entfugt und noch nicht in den Industriestädten sozial eingewurzelt waren. Die heute in den Industriestädten lebenden Menschen, die eine der dieser ersten Großstadtgeneration folgende sind, haben im Gegensatz dazu im Untersuchungszeitraum in den Industriestädten sozial Wurzel gefaßt. Sie haben in den Großstädten, in denen sie aufgewachsen und deren Ordnungen ihnen allein vertraut sind, ihre Heimat. Sie fühlen sich mit der Stadt, in der ihr Elternhaus steht, auch wenn dies nur eine Mietswohnung unter Dutzenden gleichartiger ist, gemeinschaftlich verbunden.

In der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts, zur Zeit der Industrialisierung Deutschlands, war das Gegeneinander ihrer in Klassen aufgespaltenen Bewohner das die soziologische Struktur der Industriestädte bestimmende Moment. Während des Untersuchungszeitraumes wird, durch eine Vielzahl von Faktoren beeinflusst, dem Klassenkampf der Nährboden entzogen. Die im Verlauf der stürmischen und ungeplanten Industrialisierung aufgetretenen Umstellungs- und Reibungsverluste werden ausgeschaltet, Machtpositionen auf den zahlreichen Teilmärkten durch Marktgleichgewichte ersetzt und unbeschäftigten Produktionsfaktoren Arbeitsmöglichkeiten geschaffen. An der Stelle des Gegeneinanders der durch eine unüberbrückbar erscheinende Kluft getrennten Klassen steht heute ein Miteinander ihrer Bewohner, die sich stark hinsichtlich ihrer wirtschaftlichen Sicherheit, ihres Lebensstandards und ihrer Aufstiegschancen einander angenähert haben. Mit der Auflösung der Klassen im Untersuchungszeitraum ist auch das Klassendenken in der Großstadt verschwunden.

War für die Dorfbevölkerung im Untersuchungszeitraum die Entwicklung einer starken beruflichen Differenzierung festgestellt worden, so gilt dies in weit stärkerem Maße für die Bewohner der Großstädte. Die Zahl der nebeneinander in der Industriestadt ausgeübten Berufe ist im Untersuchungszeitraum mit fortschreitender Arbeitsteilung in der deutschen Volkswirtschaft unübersehbar geworden. Die Arbeitsteilung und die sich in der beruflichen Differenzierung ausdrückende Spezialisierung der Erwerbstätigen ist in der Großstadt am weitesten vorangetrieben. Diese außerordentliche berufliche Differenzierung hat im Gegensatz zum Dorf¹²⁵⁾ in der Großstadt zu einer neuen Schichtenbildung geführt. Die Angehörigen dieser einzelnen, sich bildenden Schichten, die sich als Angehörige eines Berufes in ihren Interessen verbunden wissen, schufen sich im Untersuchungszeitraum zur Vertretung ihrer gemeinsamen Interessen Berufsverbände aller Art. So befinden sich in der Regel die Spitzen der Interessenvertretungen der Gewerbetreibenden ebenfalls in den Großstädten; parallel zu der außerordentlichen beruflichen Differenzierung der Bewohner der Industriestadt und ihrer Spezialisierung wird der Großstadtbewohner im Untersuchungszeitraum in das Marktgeschehen miteinbezogen.

Hatte der Arbeitnehmer zur Zeit der Industrialisierung ein ausgeprägtes Konsumentenbewußtsein entwickelt, als er mit einem Lohn auskommen mußte, der dem Existenzminimum angenähert war, und keinerlei Aufstiegschancen in seiner Erwerbstätigkeit geboten erhielt, so wird während des Untersuchungszeitraumes durch das Ansteigen seines Einkommens und der ihm zunehmend gebotenen Möglichkeit, sich beruflich zu verbessern, sein Konsumenteninteresse durch ein Produzenteninteresse überlagert. Mit Auflösung der Klassengesellschaft ist an die Stelle des Gegeneinanders von Unternehmer und Arbeitnehmer ein Miteinander beider getreten, das sich im Untersuchungszeitraum in vielen Fällen zu einer gemeinschaftlichen Verbundenheit der Betriebsangehörigen mit ihrem Betrieb entwickelt hat. Diese betriebliche Verbundenheit ist zu einem neuen Integrationsfaktor der Bewohner der Großstadt während des Untersuchungszeitraumes geworden. Wurde bereits für die Industriestadt des 19. Jahrhunderts festgestellt, daß das Zusammenwohnen nicht zu einer Ausbildung einer nachbarschaftlichen Verbundenheit führt, so gilt dies heute ebenso wie damals.

Man tritt in der Industriestadt dem Nachbarn in der Regel mit Zurückhaltung gegenüber. Nachbarschaftliche Hilfe in kleinen Dingen des täglichen Lebens ist zwar durchaus üblich, aber es gibt dafür keine allgemein gültige Regel. Geselligen Verkehr pflegt der Großstadtbewohner mit von ihm ausgewählten Per-

125) Vgl. S. 50

sonen, die in der Regel denselben Berufsschichten angehören und mit ihm bestimmte Interessen teilen.

Die Auflösung der nachbarschaftlichen Verbundenheit hat auch in der Industriestadt mit zur Ausbildung eines vielfältigen Vereinswesens geführt. Im Verein befriedigt heute ein großer Teil der Großstadtbewohner in seiner Freizeit sein Bedürfnis nach Gemeinschaft mit anderen Menschen über meist gemeinsamem Interesse entsprechendem gemeinsamem Tun. Die integrierende Funktion dieser zahlreichen Vereine der verschiedensten Art ist nicht zu verkennen. Im Unterschied zum Verein im Dorf sind diese Vereine in ihrer überwiegenden Mehrzahl jedoch nicht stadtbezogen, d.h. sie umfassen in ihrem Mitgliederkreis und ihrer Tätigkeit nur beschränkte Personenkreise der Stadtbewohner, deren Mehrzahl der Verein und seine Tätigkeit unbekannt bleibt.

Die Struktur der Familie hat sich in der Industriestadt nach Auflösung der Klassengesellschaft erneut gefestigt. Es gilt für sie in großen Zügen dasselbe, was bereits für die Pendlerfamilie im Dorf festgestellt wurde.¹²⁶⁾

Auch in der modernen Großstadt ist noch eine soziale Kontrolle wirksam, die jedoch wesentlich mehr Verhaltensweisen zuläßt, als dies im Dorf oder in der Kleinstadt der Fall ist, aber doch den möglichen Verhaltensweisen der Stadtbewohner Grenzen setzt.

Sicher ist den Bewohnern der Stadt eine Sinnverbundenheit in ihrem Zusammenleben eigen. Darüber hinaus zeigen die Bewohner der modernen Industriestädte ein Gemeinschaftsbewußtsein, das die Stadt als Ganzes, ihren sozialen Lebensraum, umfaßt und die sie betreffenden Angelegenheiten einschließt. Dieses Gemeinschaftsbewußtsein ist wenig intensiv und wird nur in wenigen Fällen aktualisiert. Innerhalb der Stadt verbindet Teile ihrer Bewohner wechselseitig ein vielfältiges Geflecht sozialer Beziehungen. Unter Außerachtlassung der Familie überwiegen die gemachten über die organisch gewachsenen Gemeinschaftsformen, was sich in der Vielzahl der bestehenden Institutionen zeigt. Doch ist verglichen mit den Industriestädten des 19. Jahrhunderts die heutige Großstadt ein sozialer Lebensraum, in dem seine Bewohner soziale Beziehungen entfalten, die dem Bedürfnis des Menschen nach sozialer Wärme und Hege genügen können. Die Gemeinschaft der Großstadtbewohner ist eine Gemeinschaft des Typs B von geringerer Intensität als die der Bewohner der Klein- und Mittelstädte.

126) Vgl. S. 50 f.; näheres siehe Thurnwald, Hilde, Gegenwartsprobleme Berliner Familien, Berlin 1948

hb) Die Veränderung der soziologischen Struktur der genossenschaftlichen Personenvereinigungen in der Großstadt

Wenden wir uns zuerst den konsumgenossenschaftlichen Personenvereinigungen zu. Ihre soziologische Struktur war im 19. Jahrhundert die einer Gemeinschaft des Typs B, da das der Arbeiterklasse eigene Gemeinschaftsbewußtsein von den konsumgenossenschaftlichen Personenvereinigungen, denen fast ausschließlich Arbeiter angehörten, reflektiert wurde. Die Klassenschichtung, welche die soziologische Struktur der Industriestädte im 19. Jahrhundert bestimmte, ist heute, wie im vorhergehenden aufgezeigt, aufgelöst, und an ihre Stelle eine berufliche Schichtung der Großstadtbevölkerung getreten. Von der starken beruflichen Differenzierung, die im Untersuchungszeitraum in der Großstadt eintrat, wurde auch die Arbeiterklasse erfaßt. Es hob sich nicht nur der Lebensstandard der Arbeiter im Untersuchungszeitraum generell, sondern bei jedem einzelnen Arbeiter unterschiedlich stark. Das Einkommen des Arbeiters hat heute teilweise die Höhe des Einkommens zahlreicher Beamter, Angestellter, und Selbständiger erreicht, ja sogar überflügelt. Diese im Untersuchungszeitraum erfolgte berufliche Differenzierung der Arbeiter ließ eine Schichtenmehrheit innerhalb des Arbeiterstandes entstehen. Das alle Arbeiter einschließende Gemeinschaftsbewußtsein, das auf der Klassenschichtung des 19. Jahrhunderts fußte, und das die konsumgenossenschaftlichen Personenvereinigungen reflektierten, wurde aufgelöst. Die im Untersuchungszeitraum erfolgte Einebnung des Lebensstandards breiter Bevölkerungsschichten fand ihren Niederschlag in einem Anwachsen der Zahl der Bevölkerungsschichten, welche die konsumgenossenschaftlichen Personenvereinigungen einschließen, und der absoluten Zahl der Mitglieder.¹²⁷⁾ So umschließen die konsumgenossenschaftlichen Personenvereinigungen heute nicht nur Arbeiter, sondern auch Angehörige anderer Berufe,¹²⁸⁾ obwohl die einstige klassenmäßige Bindung der Konsumgenossenschaften auch heute noch dem Übergreifen konsumgenossenschaftlichen Wirtschaftens auf Nichtarbeiter hindernd im Wege steht. Die durchschnittliche Größe der konsumgenossenschaftlichen Personenvereinigungen beträgt heute 8 150 Mitglieder. Sieben Personenvereinigungen zählen mehr als 60 000 Mitglieder. Diese Größe der Personenvereinigungen verhindert ein gegenseitiges persönliches Kennen der Mitglieder von selbst. Mit der Anhebung des Lebensstandards der Arbeiter schwächte sich ihr Konsumenteninteresse, das im 19. Jahrhundert noch so stark ausgebildet war,

127) Siehe Zahlenmaterial in Abschn. V, 2, ab₁

128) Siehe Näheres in Jahrbuch des Zentralverbandes Großdeutscher Konsumgenossenschaften e.V. Hamburg 1957, 2.Bd., S. 122 ff.

ab. In derselben Richtung wirkt auch, daß der Arbeiter heute dank der ihm gegebenen Aufstiegschancen ein gewisses "Produzenteninteresse", wenn man hier diesen Ausdruck verwenden darf, hat. Dieses abgeschwächte Konsumenteninteresse ist ein allen Menschen gemeinsames und als solches zur Ausbildung eines Gemeinschaftsbewußtseins, das heute im Zeitalter des Massenkonsums nahezu alle Menschen einschließen müßte, ungeeignet. War im 19. Jahrhundert das spezielle Konsumenteninteresse der Angehörigen des Arbeiterproletariats noch eine in den konsumgenossenschaftlichen Personenvereinigungen spürbare, verbindende Kraft, so ist diese integrierende Kraft mit der Abschwächung des Konsumenteninteresses der Arbeiter auch in den konsumgenossenschaftlichen Personenvereinigungen abgeschwächt worden.

Bei der Strukturanalyse der konsumgenossenschaftlichen Personenvereinigung des 19. Jahrhunderts wurde herausgestellt, daß in den Konsumgenossenschaften entwickelte Ideologien integrierend auf die Mitglieder wirkten.¹²⁹⁾ Die Entwicklung des konsumgenossenschaftlichen Wirtschaftens im Untersuchungszeitraum zeigte, daß die in den Ideologien zum Teil geformten wirklichkeitsfernen Erwartungen sich nicht erfüllen konnten. Andererseits wurde mit der Auflösung der Klassengesellschaft zahlreichen Bestandteilen dieser Ideologien der Nährboden entzogen. So ist die Entwicklung im Untersuchungszeitraum auf diesem Gebiet gekennzeichnet durch eine stetige Entideologisierung des konsumgenossenschaftlichen Wirtschaftens, die heute so weit fortgeschritten ist, daß die überwiegende Mehrzahl der Mitglieder ideologische Vorstellungen nicht mehr mit dem konsumgenossenschaftlichen Wirtschaften verbindet und auch nicht aus ideologischen Gründen heraus im konsumgenossenschaftlichen Wirtschaften handelt.

So ist heute, nach Auflösung der Klassengesellschaft, nachdem die konsumgenossenschaftlichen Ideologien bei der Mehrzahl der Mitglieder ihrer Personenvereinigungen keinen Widerhall mehr finden, nachdem das Konsumenteninteresse der Mitglieder abgeschwächt wurde und die berufliche Differenzierung auch den Arbeiterstand erfaßt hat, ein Gemeinschaftsbewußtsein, welches die Mitglieder der konsumgenossenschaftlichen Personenvereinigungen der Jahrhundertwende noch verband, in den konsumgenossenschaftlichen Personenvereinigungen unserer Tage nicht mehr festzustellen. Allein ob des von jedem erwarteten wirtschaftlichen Vorteils wird von allen Beteiligten die genossenschaftliche Ordnung anerkannt. Nur in dem Sinn ihres Tuns wissen sich die Mitglieder der konsumgenossenschaftlichen Personenvereinigungen heute verbunden. Das Gemeinschaftsbewußtsein, welches die Bewohner der Großstadt verbindet, ist in

129) Vgl. S. 44

den konsumgenossenschaftlichen Personenvereinigungen, die nicht ortsbezogen sind, in der Regel nicht wirksam. Die soziologische Struktur der heute arbeitenden konsumgenossenschaftlichen Personenvereinigungen ist demnach die der Gesellschaft.

Die genossenschaftlichen Personenvereinigungen der Baugenossenschaften, deren soziologischer Lebensraum ebenfalls die Stadt ist, wurden im Untersuchungszeitraum ebenfalls in ihrer soziologischen Struktur verändert. Die Faktoren, welche auf die konsumgenossenschaftlichen Personenvereinigungen verändernd einwirkten und die im vorhergehenden aufgezeigt wurden, haben auch verändernd auf die soziologische Struktur dieser Personenvereinigungen eingewirkt. Dies gilt vor allem für die Auflösung der Klassengesellschaft, die starke berufliche Differenzierung und daraus hervorgehende berufliche Schichtenbildung. In besonderem Maße wurden die baugenossenschaftlichen Personenvereinigungen in ihrer Struktur jedoch verändert durch Einflüsse, die direkt aus der außerordentlichen Wohnungsnot erwuchsen, welche seit dem letzten Weltkrieg den Wohnungsmarkt in Deutschland kennzeichnet. Zunächst äußerte sich die Wohnungsnot in einem sprunghaften Anwachsen der Mitgliederzahl der baugenossenschaftlichen Personenvereinigungen nach dem Krieg. Heute beträgt die durchschnittliche Mitgliederzahl der 1 787 Personenvereinigungen 530 gegenüber 293 im Jahre 1938.¹³⁰⁾ Dann griff der Staat in mannigfacher Form in den Wohnungsmarkt ein, unter anderem auch, indem er den bestehenden wohnungswirtschaftlichen Organisationen Mittel zum Bau von Wohnungen zur Verfügung stellte, so auch den Wohnungsbaugenossenschaften. Zwangsläufig damit verbunden war und ist, daß der Staat in starkem Maße in die Verwaltung der genossenschaftlichen Angelegenheiten eingreift. Diese staatliche Einflußnahme begann allerdings bereits schon lange vor dem zweiten Weltkrieg, wenn auch bis dahin die genossenschaftlichen Personenvereinigungen in dem für den inneren Zusammenhalt so entscheidenden Recht der Wohnungsvergabe nicht eingeschränkt waren.¹³¹⁾ Erst nach dem 2. Weltkrieg und der Währungsreform wurde auch hierin das Recht der genossenschaftlichen Personenvereinigungen auf Selbstverwaltung ihrer Angelegenheiten angetastet. Denn mit den der Genossenschaft von staatlicher Seite zum Bau von Wohnungen bereitgestellten Mitteln wurde die Auflage verbunden, daß nur Angehörige bestimmter Personenkreise die Wohnungen beziehen durften. Die Folge war, daß die Dauer der Zugehörigkeit zur genossenschaftlichen Personenvereinigung, die Höhe der erbrachten

130) Vgl. Jahrbuch der Gemeinnützigen Wohnungswirtschaft, Köln 1956, 2. Teil, S. 2 und 55

131) Vgl. Brecht, Julius, a. a. O., S. 91

Leistung und eine ehrenamtliche Mitarbeit, die bei einer Selbstverwaltung allein die ausschlaggebenden Faktoren für die Wohnungsvergabe modifiziert nach dem Willen des Gesamts der genossenschaftlichen Personenvereinigung sind, nicht mehr beachtet werden konnten. Es wird hier sehr deutlich, daß das Recht auf Selbstverwaltung an das Handeln in Selbsthilfe gebunden ist. Auf die Verbundenheit der Mitglieder der genossenschaftlichen Personenvereinigungen wirkte dies in der Regel desintegrierend. War noch im 19. Jahrhundert Sparsamkeit und Zähigkeit vonnöten, um das gesteckte Ziel durch genossenschaftliches Wirtschaften erreichen zu können, so ist heute an deren Stelle in den Personenvereinigungen das Streben getreten, möglichst schnell bei möglichst geringen Vorleistungen und mit Hilfe staatlicher Mittel eine baugenossenschaftliche Wohnung zu erhalten. Die soziologische Struktur der baugenossenschaftlichen Personenvereinigungen hat sich parallel der einer Gesellschaft angenähert.¹³²⁾

3. Die Annäherung der soziologischen Struktur der genossenschaftlichen Personenvereinigungen an die soziologische Struktur der Gesamtheit der Aktionäre

Das komplexe, soziologisch-ökonomische Gebilde Genossenschaft wurde im vorhergehenden unter soziologischem Aspekt betrachtet. Es wurden die soziologischen Strukturen der verschiedenen Arten genossenschaftlicher Personenvereinigungen herausgearbeitet und deren Veränderung in den vergangenen hundert Jahren genossenschaftlichen Wirtschaftens aufgezeigt. Es ergab sich, daß die soziologischen Strukturen aller Arten genossenschaftlicher Personenvereinigungen gemeinschaftsferner geworden sind, jedoch diese Entwicklung bei den verschiedenen Arten genossenschaftlicher Personenvereinigungen unterschiedlich weit fortgeschritten ist. Es reichen die Ausprägungen der sozialen Beziehung, welche die Mitglieder genossenschaftlicher Personenvereinigungen verbindet, heute von der Gesellschaft bis zur Gemeinschaft des Typs A. Eine für alle genossenschaftlichen Personenvereinigungen gültige Norm ihrer soziologischen Struktur gibt es nicht.

Die soziologische Struktur der Gesamtheit der Aktionäre einer Aktiengesellschaft ist die der Gesellschaft, wie bereits aufgezeigt wurde.¹³³⁾ In der Regel wissen sich die Aktionäre einer Aktiengesellschaft nur durch den Sinn ihres gemeinsamen Tuns verbunden. Das Ergebnis der Analyse der Veränderung der soziologischen Struktur der verschiedenen Arten genossenschaftlicher Personenvereinigungen war, daß die soziologische Struktur aller genossenschaftlichen

132) Vgl. Abschn. V, 2, ab₅

133) Vgl. S. 16

Personenvereinigungen im Untersuchungszeitraum gesellschaftsnäher geworden ist, auch wenn dies bei den verschiedenen Arten genossenschaftlicher Personenvereinigungen unterschiedlich stark der Fall ist. Daraus folgt, daß sich die genossenschaftlichen Personenvereinigungen in ihrer soziologischen Struktur der soziologischen Struktur der Gesamtheit der Aktionäre angenähert haben. Diese Annäherung ist unterschiedlich weit im Untersuchungszeitraum erfolgt. Während Arten genossenschaftlicher Personenvereinigungen sich nur geringfügig in ihrer soziologischen Struktur der der Gesamtheit der Aktionäre annäherten, ging diese Annäherung bei anderen Arten genossenschaftlicher Personenvereinigungen so weit, daß sie heute dieselbe soziologische Struktur aufweisen, wie die Gesamtheit der Aktionäre einer Aktiengesellschaft.

Im vorhergehenden wurden die verschiedenen Arten genossenschaftlicher Personenvereinigungen gegliedert nach den unterschiedlichen soziologischen Räumen, in denen sie bestehen. Jeder Analyse einer genossenschaftlichen Personenvereinigung wurde eine Analyse ihrer Umwelt vorausgeschickt. Stellt man die Frage nach der Ursache der Veränderungen der soziologischen Strukturen der genossenschaftlichen Personenvereinigungen, so kann die Antwort in dem Ergebnis dieser Umweltsanalysen gefunden werden. Die Veränderungen, die in den vergangenen 100 Jahren in den jeweiligen soziologischen Räumen vor sich gingen, in welche die genossenschaftlichen Personenvereinigungen eingebettet sind, verursachten die Veränderungen der soziologischen Strukturen der genossenschaftlichen Personenvereinigungen.¹³⁴⁾ Soziologisch betrachtet ist das vergangene Jahrhundert dadurch gekennzeichnet, daß in Deutschland ein Desintegrationsprozeß überkommener Gemeinschaften größten Ausmaßes vorstatten ging.¹³⁵⁾ Dieser Desintegrationsprozeß ist in unterschiedlicher Stärke in den verschiedenen soziologischen Lebensräumen wirksam gewesen. Hieraus erklärt sich auch, daß die soziologischen Strukturen der verschiedenen Arten genossenschaftlicher Personenvereinigungen gegliedert nach den sie umschließenden, unterschiedlichen soziologischen Räumen, gemeinschaftsferner in verschiedenem Ausmaß geworden sind. Diese soziologischen Veränderungen der Struktur der Gesamtgesellschaft erfaßten auch die genossenschaftlichen Personenvereinigungen und verursachten die Veränderung ihrer soziologischen Struktur.

Jedes genossenschaftliche Wirtschaften setzt voraus, daß eine Personenmehrheit zum Handeln in Selbsthilfe bereit und entschlossen ist.¹³⁶⁾ Daß im 19. Jahrhundert, als die Genossenschaften in ihrer heutigen Form gegründet wurden,

134) Vgl. Weippert, Georg, II a.a.O., S. 118

135) Vgl. Rüstow, Alexander, Zwischen Kapitalismus und Sozialismus, Bad Godesberg 1949, S. 20 ff.

136) Vgl. S. 9

die genossenschaftlich wirtschaftenden Personenmehrheiten alle, wenn auch in unterschiedlicher Weise, gemeinschaftlich verbunden waren, hat zu der weiten Verbreitung der Auffassung geführt, daß genossenschaftliches Wirtschaften nur möglich sei, wenn die in Selbsthilfe handelnde Personenmehrheit gemeinschaftlich verbunden ist. Es wurde zu einem Merkmal der Genossenschaft, daß ihre Personenvereinigung die soziologische Struktur der Gemeinschaft aufweist.¹³⁷⁾ Dieser Auffassung soll hier grundsätzlich nicht beigetreten werden. Genossenschaftliches Wirtschaften setzt nach unserer Auffassung vielmehr voraus, daß eine Personenmehrheit vorhanden ist, die sich zum Handeln in Selbsthilfe entschlossen hat, nicht aber daß die Art der sozialen Beziehung dieser Personen untereinander gemeinschaftliche Züge trägt.

Unbestritten ist, daß das genossenschaftliche Wirtschaften aus der gemeinschaftlichen Verbundenheit der Mitglieder der Personenvereinigung zusätzliche Kräfte gewinnt, die entfallen, wenn die Mitglieder der Personenvereinigung nur gesellschaftlich verbunden sind. Die Mitglieder einer Gemeinschaft sind nicht nur sinnverbunden, sondern darüber hinaus innerlich zu einer Einheit verwachsen.¹³⁸⁾ In ihrem Verhalten zueinander sind sie bestimmt durch diese seelische Verbundenheit, die sie nicht nur sich ihrem Vorteil entsprechend zueinander verhalten läßt, sondern auch dem Handeln zum Vorteil des Anderen unter Hintanstellung eigener Vorteile einen breiten Raum einräumt. Ist die genossenschaftlich wirtschaftende Personenmehrheit gemeinschaftlich verbunden, so wird sie den genossenschaftlichen Geschäftsbetrieb in ihr Gemeinschaftsbewußtsein mit einbeziehen. Es gilt dann für das Verhalten der Mitglieder der Personenvereinigung zu ihrer genossenschaftlichen Betriebswirtschaft dasselbe, was für das Verhalten der Mitglieder einer gemeinschaftlich strukturierten Personenvereinigung untereinander gilt. Opferbereitschaft der Mitglieder und unbedingte Treue sind dann das genossenschaftliche Wirtschaften bestimmende und stärkende Faktoren. Es mag dahingestellt bleiben, ob ohne das Vorhandensein dieser aus der gemeinschaftlichen Verbundenheit der Mitglieder erwachsenden Kräfte, die Gründung und das Aufblühen der Genossenschaften im 19. Jahrhundert möglich gewesen wäre oder nicht. Das genossenschaftliche Wirtschaften in der Gegenwart beweist jedoch eindeutig, daß ein genossenschaftliches Wirtschaften möglich ist, wenn bei Bestehen einer genossenschaftlichen Betriebswirtschaft sich die Struktur ihrer Personenvereinigung zur Gesellschaft hin verändert. Entsprechend dem Vorhergesagten treten mit zunehmender Annäherung der soziologischen

137) Vgl. Draheim, Georg, I a. a. O., S. 17 ff.

ders.

(II) Genossenschaft und Erwerbsunternehmung in
ZgGenW 1954, S. 132

138) Vgl. S. 17 f.

Struktur der genossenschaftlichen Personenvereinigung an die Gesellschaftsstruktur die aus der gemeinschaftlichen Verbundenheit der genossenschaftlich wirtschaftenden erwachsenden Kräfte, wie Opferbereitschaft und Treue, welche das genossenschaftliche Wirtschaften begünstigen, zurück, und tritt das Streben nach eigenem Vorteil bei den Mitgliedern der Personenvereinigung parallel in den Vordergrund. Das Ergebnis der Strukturanalysen der genossenschaftlichen Personenvereinigungen war, daß die soziologischen Strukturen aller Personenvereinigungen im Untersuchungszeitraum gemeinschaftsferner geworden sind, aber bei den verschiedenen Arten genossenschaftlicher Personenvereinigungen in unterschiedlichem Ausmaß. Daraus folgt, daß Opferbereitschaft und Treue, die das genossenschaftliche Wirtschaften im 19. Jahrhundert mitbestimmten, heute in den unterschiedlich strukturierten genossenschaftlichen Personenvereinigungen nur noch unterschiedlich stark abgeschwächt wirksam sind. Bei den heute gesellschaftlich strukturierten genossenschaftlichen Personenvereinigungen sind sie völlig dem genossenschaftlichen Wirtschaften verlorengegangen. Jedes einzelne Glied dieser in Selbsthilfe handelnden Personenmehrheiten ist ausschließlich in seinem Handeln durch sein Streben nach Vorteil bestimmt.

Im Vorhergehenden stellten wir fest,¹³⁹⁾ daß konstitutiv für das genossenschaftliche Wirtschaften ist, daß eine Personenmehrheit in Selbsthilfe handelnd Leistungen erstellt, deren Art sie bestimmt, und diese Leistungen ausschließlich oder doch vorwiegend selbst in Anspruch nimmt. Der angestrebte wirtschaftliche Vorteil muß sein, daß diese in Selbsthilfe erstellten Leistungen vorteilhafter den Mitgliedern der genossenschaftlich wirtschaftenden Personenmehrheit zur Verfügung gestellt werden als die Mitglieder der Personenmehrheit diese in Anspruch nehmen könnten, wenn sie nicht genossenschaftlich wirtschaften. Diese konstitutiven Elemente des genossenschaftlichen Wirtschaftens werden von den Veränderungen der soziologischen Struktur der genossenschaftlichen Personenvereinigungen und den daraus folgenden Veränderungen der dieses Wirtschaften mitbestimmenden Kräfte nicht berührt. Es ändern sich demnach mit der Veränderung der soziologischen Struktur der genossenschaftlichen Personenvereinigungen zwar die Bedingungen genossenschaftlichen Wirtschaftens, was nicht ohne Einfluß auf zahlreiche Vorgänge im genossenschaftlichen Wirtschaften bleibt, wie im Folgenden zu zeigen sein wird, nicht aber dessen Wesen und seine Besonderheit.

Das Wesen genossenschaftlichen Wirtschaftens wird deutlich in dem jeder genos-

139) Vgl. S. 9 ff.

senschaftlichen Betriebswirtschaft von ihrer Personenvereinigung erteilten Grundauftrag, dessen Darstellung wir uns nun zuwenden.

III. Abschnitt: Der von jeder genossenschaftlichen Personenvereinigung ihrer Betriebswirtschaft erteilte genossenschaftliche Grundauftrag

1. Die genossenschaftliche Personenvereinigung als Grundauftrag erteilende Personenmehrheit

Wir haben bereits zu Beginn der Analyse der genossenschaftlichen Personenvereinigung festgestellt, daß sie eine in Selbsthilfe handelnde Personenmehrheit ist.¹⁾ Alles genossenschaftliche Wirtschaften fußt auf dem Willen einer Personenmehrheit zur Selbsthilfe. Von dem Grundgedanken der Selbsthilfe aus ist auch die genossenschaftliche Organisationsform gestaltet. Die an dem Tätigsein der genossenschaftlichen Betriebswirtschaft interessierte genossenschaftliche Personenvereinigung hat selbst dafür Sorge zu tragen, daß der erforderliche Leistungsapparat der genossenschaftlichen Betriebswirtschaft errichtet und in seiner Leistungsfähigkeit erhalten wird. Die genossenschaftliche Personenvereinigung bringt das zur Errichtung des Leistungsapparates der genossenschaftlichen Betriebswirtschaft erforderliche Kapital auf und trägt das Risiko des genossenschaftlichen Wirtschaftens. Diese Leistung erbringt jedes Mitglied der genossenschaftlichen Personenvereinigung um der von der genossenschaftlichen Betriebswirtschaft erstellten Leistung willen, die allein die Mitglieder der genossenschaftlichen Personenvereinigung in Anspruch nehmen. Das Nichtmitgliedergeschäft darf hier einmal außer Acht gelassen werden. Die genossenschaftliche Personenvereinigung ist Eigentümermehrheit und Kundenkreis ihrer genossenschaftlichen Betriebswirtschaft. Diese, bei der Realisierung des Selbsthilfedankens notwendig sich ergebende, doppelte Beziehung der genossenschaftlichen Personenvereinigung zu ihrer Betriebswirtschaft begründet die allein der genossenschaftlichen Betriebswirtschaft eigene Struktur und Wirtschaftsweise.

Das Handeln in Selbsthilfe verleiht der genossenschaftlichen Personenvereinigung die Vollmacht, die Leitmaxime des Handelns der genossenschaftlichen Betriebswirtschaft allein festzulegen. Jede genossenschaftliche Personenvereinigung erteilt ihrer Betriebswirtschaft den genossenschaftlichen Grundauftrag, über ihre

1) Vgl. S. 9 f.

Leistungserstellung und -abgabe die Mitglieder der genossenschaftlichen Personenvereinigung nach bestem Vermögen auf die Dauer zu fördern. Jede genossenschaftliche Betriebswirtschaft ist demnach fördernde Betriebswirtschaft der mit ihr in doppelter Beziehung stehenden genossenschaftlichen Personenvereinigung.

Im Gegensatz dazu haben gemeinnützige Betriebswirtschaften die Aufgabe, einen nur einfach mit ihr verbundenen, unbestimmten Personenkreis, der nur die Leistungen dieser Betriebswirtschaften in Anspruch nimmt, nicht aber die Aufgabe ihrer Errichtung und Erhaltung löst, zu fördern. Erwerbswirtschaftliche Betriebswirtschaften haben für die Person oder den Personenkreis, der ihnen das zur Errichtung und Erhaltung des betrieblichen Leistungsapparates erforderliche Kapital zur Verfügung stellt, nicht aber ihre Leistungen in Anspruch nimmt, eine maximale Rentabilität des investierten Kapitals zu erwirtschaften. Ihr Streben ist demzufolge auf eine Maximierung des Gewinns in der Betriebswirtschaft gerichtet. Dies gilt auch für die Aktiengesellschaft.

Die Besonderheit des genossenschaftlichen Grundauftrags wurzelt demnach in der doppelten Bindung der genossenschaftlichen Betriebswirtschaft an die in Selbsthilfe handelnde genossenschaftliche Personenvereinigung. Ganz allgemein ausgedrückt ist der Inhalt dieses genossenschaftlichen Grundauftrags, daß jede genossenschaftliche Betriebswirtschaft Förderungswirtschaft der genossenschaftlichen Personenvereinigung sein muß. Henzler definiert den jeder genossenschaftlichen Betriebswirtschaft erteilten Grundauftrag so: "Die genossenschaftliche Betriebswirtschaft hat unter den jeweils gegebenen Umständen, vor allem in Anpassung an die bestehende Marktlage stets so zu handeln, wie es auf die Dauer allen Mitgliedern und ihren Wirtschaften am besten zum Nutzen gereicht".²⁾ Dem Vorzug der Gültigkeit dieser Grundauftragsdefinition für jede genossenschaftliche Betriebswirtschaft steht ihr Nachteil gegenüber, daß sie keinen den Inhalt des Wortes Förderung verdeutlichenden Aussagen enthält. Deshalb soll im folgenden der Inhalt des genossenschaftlichen Grundauftrags genauer aufgezeigt werden.

2. Der Inhalt des genossenschaftlichen Grundauftrags

Jede genossenschaftliche Personenvereinigung handelt in Selbsthilfe, um einen Vorteil wirtschaftlicher Art zu erzielen. Notwendig muß deshalb auch der Inhalt des genossenschaftlichen Grundauftrags ökonomischer Natur sein. Im Vor-

2) Henzler, Reinhold, I a. a. O., S. 18

hergehenden wurden die genossenschaftlichen Personenvereinigungen von soziologischen Gesichtspunkten aus betrachtet und gegliedert. Hier müssen die genossenschaftlichen Personenvereinigungen unter ökonomischen Aspekten gesehen und gruppiert werden. Aus der doppelten Bindung der genossenschaftlichen Betriebswirtschaften an ihre Personenvereinigung folgt, daß der angestrebte wirtschaftliche Vorteil den Mitgliedern der genossenschaftlichen Personenvereinigungen mit der Inanspruchnahme der Leistungen, die in der genossenschaftlichen Betriebswirtschaft erstellt werden, zufließt. Sie erstreben eine unmittelbare, leistungsmäßige Förderung durch die genossenschaftliche Betriebswirtschaft in ihrer eigenen wirtschaftlichen Tätigkeit. Das Gliederungskriterium, nach dem die genossenschaftlichen Personenvereinigungen hier gruppiert werden sollen, um den Inhalt des von ihnen erteilten Grundauftrags zu bestimmen, ist die jeweilige wirtschaftliche Tätigkeit der Mitglieder einer Personenvereinigung. Demnach sind genossenschaftliche Personenvereinigungen, deren Mitglieder als Konsumenten, und Personenvereinigungen, deren Mitglieder als Produzenten in Selbsthilfe handeln, zu unterscheiden. Wenden wir uns zunächst den genossenschaftlichen Personenvereinigungen zu, deren Mitglieder als Konsumenten genossenschaftlich wirtschaften.

a) Der Inhalt des genossenschaftlichen Grundauftrags, den eine Personenvereinigung der Konsumenten erteilt

Aufgabe der wirtschaftlichen Tätigkeit im Haushalt ist es, den Bedarf der dem Haushalt angehörenden Personen an Gebrauchs- und Verbrauchsgütern bei gegebenem Nominaleinkommen bestmöglich zu decken. Um dieses Ziel zu erreichen, muß der Träger einer Haushaltswirtschaft anstreben, das gegebene Nominaleinkommen optimal, d. h. unter Ausnutzung aller Marktchancen auf den vorgelagerten Gebrauchsgüter- und Verbrauchsgütermärkten, in Realeinkommen umzuwandeln. Dieses Streben der Mitglieder der genossenschaftlichen Personenvereinigungen der Konsumenten, das ihre wirtschaftliche Tätigkeit in ihrer Haushaltswirtschaft bestimmt, wird von ihnen zum Inhalt des ihrer Betriebswirtschaft erteilten Förderungsauftrags gemacht. Der Inhalt des der genossenschaftlichen Betriebswirtschaft der Konsumenten erteilten Förderungsauftrags ist demnach, das Realeinkommen der Mitglieder der Personenvereinigung bei konstantem Nominaleinkommen zu erhöhen.

b) Der Inhalt des genossenschaftlichen Grundauftrags, den eine Personenvereinigung der Produzenten erteilt

Ganz anderer Art ist die wirtschaftliche Tätigkeit der Personen, die sich als Träger von Betriebswirtschaften zu genossenschaftlichen Personenvereinigungen zusammenfinden. Definiert man den während einer Periode in einer Betriebswirtschaft eingetretenen Verzehr an Gütern und Dienstleistungen in Geld ausgedrückt als Aufwand und die in Geld ausgedrückte Summe der in dieser Periode erstellten Güter und Leistungen als Ertrag, so strebt der Träger einer Betriebswirtschaft nach einer Maximierung der Differenz von Ertrag und Aufwand, des Reinertrags oder Gewinns in seiner Betriebswirtschaft, wenn, wie dies bei den sich zu genossenschaftlichen Personenvereinigungen zusammenschließenden Trägern von Betriebswirtschaften in der Regel der Fall ist, diese Betriebswirtschaft nach erwerbswirtschaftlichen Prinzipien geführt wird. Die sich zu genossenschaftlichen Personenvereinigungen der Produzenten zusammenschließenden Menschen sind vor allem Handwerker, Einzelhändler und Landwirte. Im Bewußtsein dieser Tatsache wurde im Vorhergehenden der Ausdruck "Träger" einer Betriebswirtschaft gewählt, um damit zum Ausdruck zu bringen, daß die Angehörigen dieser Berufe nicht nur die Dispositionsfunktion in ihren Betriebswirtschaften ausüben, wie der moderne Manager, oder die Dispositionsfunktion und die Kapitalhergabefunktion, wie der Idealtyp des Unternehmers, sondern zu beiden Funktionen hin auch die Ausübung der Produktionsfunktion allein oder doch maßgeblich wahrnehmen. Für die von ihnen geführten Betriebswirtschaften ist es typisch, daß in ihnen der Produktionsfaktor Arbeit eine dominierende Stellung einnimmt. Gliedert man mit Rößle³⁾ die nach dem erwerbswirtschaftlichen Wirtschaftsprinzip geführten Betriebswirtschaften unter in solche, die nach dem kapitalwirtschaftlichen und andere, die nach dem einkommenswirtschaftlichen Wirtschaftsprinzip geführt werden, so sind die Betriebswirtschaften des Handwerks, Handels und der Landwirtschaft der zweiten Gruppe von erwerbswirtschaftlich geführten Betriebswirtschaften zuzurechnen. Ihre Träger bestreiten mit dem in ihren Betriebswirtschaften erwirtschafteten Reinertrag oder Gewinn ihren Lebensunterhalt, der erwirtschaftete Gewinn ist ihr Einkommen, das ihnen ein ihren Ansprüchen genügendes Auskommen gestatten muß. Die Erwirtschaftung eines Reinertrags ist gleichzeitig Voraussetzung für die Erhaltung der Selbständigkeit des Handwerkers und des Händlers und der Erhaltung des Hofes eines Landwirts. Reinertrags- oder Gewinnanteile, die über die zur Bestreitung des Lebensunterhaltes notwendige Summe hinausgehen, werden in der Regel von

3) Vgl. Rößle, Karl,

(I) Allgemeine Betriebswirtschaftslehre,
Stuttgart 1956, 5. Aufl., S. 42 ff.

den Trägern dieser Betriebswirtschaften zu deren Ausbau und Stärkung verwendet. Das Streben der Träger dieser Betriebswirtschaften ist demnach gerichtet auf eine möglichst günstige Gestaltung des Verhältnisses von Aufwand und Ertrag in ihrer Betriebswirtschaft, um einen maximalen Reinertrag oder Gewinn zu erzielen, der ihnen einmal die Erhaltung ihrer Selbständigkeit ermöglicht und zum anderen ein Auskommen, das ihren Lebensstandardvorstellungen entspricht. Schließen sich diese Träger von Betriebswirtschaften zu genossenschaftlichen Personenvereinigungen der Produzenten zusammen, so machen sie dieses Streben zum Inhalt des Grundauftrags, den sie ihrer genossenschaftlichen Betriebswirtschaft erteilen. Dieser Inhalt ist demnach, das Verhältnis von Aufwand und Ertrag in den Betriebswirtschaften der Mitglieder der Personenvereinigung so weit wie möglich zu verbessern.

Sieht man in dem Verhältnis von Aufwand zu Ertrag eine Aussage über die Wirtschaftlichkeit der Leistungserstellung einer Betriebswirtschaft,⁴⁾ so kann der Inhalt des der genossenschaftlichen Betriebswirtschaft der Produzenten erteilten Grundauftrags auch in einer Verbesserung des Wirtschaftlichkeitsgrades der Betriebswirtschaften der Mitglieder der Personenvereinigung gesehen werden. Die genossenschaftliche Betriebswirtschaft der Produzenten hat dann ihren Förderungsauftrag erfüllt, wenn sie die Wirtschaftlichkeit der Leistungserstellung in den Betriebswirtschaften der Mitglieder ihrer Personenvereinigung bestmöglich verbessert hat. Da jede genossenschaftliche Betriebswirtschaft selbst voll und ganz den Gesetzen der Wirtschaftlichkeit unterliegt,⁵⁾ kann mit Rößle⁶⁾ als Wesensmerkmal der genossenschaftlichen Betriebswirtschaft der Produzenten ihre Doppelwirtschaftlichkeit angesprochen werden. Damit ist auch der Inhalt des der genossenschaftlichen Betriebswirtschaft der Produzenten erteilten Grundauftrags ausreichend bestimmt.

4) Vgl. Rößle, Karl, I a. a. O., S. 235 ff.

Mellerowicz, Konrad, Allgemeine Betriebswirtschaftslehre,
1. Bd., Berlin 1954, S. 15 ff.

5) Vgl. Gutenberg, Erich, Grundlagen der Betriebswirtschaftslehre,
1. Bd., 3. Aufl., Berlin - Göttingen - Heidelberg 1957, S. 340 ff.

Mellerowicz, Konrad, a. a. O., S. 21

6) Vgl. Rößle, Karl, I a. a. O., S. 93

3. Die genossenschaftliche Betriebswirtschaft - eine fördernde Betriebswirtschaft

Der Inhalt des genossenschaftlichen Grundauftrags, den eine Personenvereinigung erteilt, deren Mitglieder als Konsumenten in Selbsthilfe handeln, ist nach dem soeben Gesagten ein anderer als der, den eine Personenvereinigung, deren Mitglieder als Produzenten genossenschaftlich wirtschaften, ihrer genossenschaftlichen Betriebswirtschaft erteilt. Ungeachtet des unterschiedlichen Grundauftragsinhalts bleibt festzuhalten, daß jede genossenschaftliche Betriebswirtschaft von ihrer Personenvereinigung den Grundauftrag entgegennimmt, die Mitglieder ihrer Personenvereinigung in deren wirtschaftlicher Tätigkeit zu fördern. Jede genossenschaftliche Betriebswirtschaft ist demnach Förderungswirtschaft. Von der Anerkennung und Erfüllung dieses genossenschaftlichen Grundauftrags durch die genossenschaftliche Betriebswirtschaft hängt es ab, ob eine Betriebswirtschaft genossenschaftlich genannt werden kann oder nicht. Es ist dies unabhängig davon, welcher Rechtsform sich die genossenschaftliche Betriebswirtschaft bedient. Im GenG kommt die zentrale Stellung des genossenschaftlichen Grundauftrags darin zum Ausdruck, daß er in die Legaldefinition des § 1 aufgenommen ist.

Ob die genossenschaftliche Betriebswirtschaft den ihr erteilten Grundauftrag erfüllt hat oder nicht, kann nicht allein dadurch festgestellt werden, daß man untersucht, ob die Mitglieder ihrer Personenvereinigung in ihrer wirtschaftlichen Tätigkeit gefördert wurden. Darüber hinaus muß festgestellt werden, ob die genossenschaftliche Betriebswirtschaft die erwirtschafteten Vorteile, soweit dies unter Beachtung der betriebswirtschaftlichen Erfordernisse möglich erscheint, an die Mitglieder ihrer Personenvereinigung weitergegeben hat. Der genossenschaftliche Grundauftrag ist ein unbedingter und ausschließlicher. Eine genossenschaftliche Betriebswirtschaft, die neben der Förderung der Mitglieder ihrer Personenvereinigung anderen Aufgaben dient, handelt grundauftragswidrig; sie verläßt den Boden genossenschaftlichen Wirtschaftens.

Nachdem der genossenschaftliche Grundauftrag in seinem Inhalt und seiner Gültigkeit für jede genossenschaftliche Betriebswirtschaft dargestellt wurde, wenden wir uns nun den Verfahren zu, welche im genossenschaftlichen Wirtschaften angewandt werden.

IV. Abschnitt: Die Verfahren, welche die genossenschaftlichen Personenvereinigungen bei ihrem genossenschaftlichen Wirtschaften anwenden

1. Das Verfahren der horizontalen Kombination

Das Verfahren, das die in Selbsthilfe handelnde Personenmehrheit genossenschaftliche Personenvereinigung zur Erreichung ihrer Ziele anwendet, ist das der horizontalen Kombination.¹⁾ Es findet eine horizontale Kombination gleichartiger Funktionen oder Teilfunktionen statt, welche die Personen, die gemeinsam in Selbsthilfe zu handeln willens sind, aus ihren Wirtschaftseinheiten ausgliedern und der genossenschaftlichen Betriebswirtschaft zur Ausübung übertragen.²⁾

Voraussetzung der Durchführbarkeit einer genossenschaftlichen horizontalen Kombination ist, daß eine bestimmte Mindestzahl gleichartiger Wirtschaftseinheiten, deren Träger willens sind, gleichartige Funktionen auf eine genossenschaftliche Betriebswirtschaft auszugliedern, in einem begrenzten Raum vorhanden sind. Nach dem GenG ist die Gründung einer Genossenschaft dann möglich, wenn sich sieben Personen zu einer genossenschaftlichen Personenvereinigung zusammenschließen. Wirtschaftlich gesehen ist eine genossenschaftliche horizontale Kombination nur dann durchführbar, wenn eine so große Zahl von Personen bereit ist, aus ihren Wirtschaftseinheiten Funktionen oder Teilfunktionen auszugliedern und der genossenschaftlichen Betriebswirtschaft zur Ausübung zu übertragen, daß nach Zusammenfassung dieser Funktionen bzw. Teilfunktionen in der genossenschaftlichen Betriebswirtschaft deren wirtschaftliche Ausübung möglich ist. Funktionen eignen sich nur dann zur Ausgliederung und gemeinsamen Ausübung, wenn sie dauernd von den ausgliedernden Wirtschaftseinheiten selbst ausgeübt werden müßten. Die Durchführung einer genossenschaftlichen horizontalen Kombination ist demnach nur in Teilen der Gesamtwirtschaft mög-

-
- 1) Vgl. Robotka, Frank, a. a. O., S. 161
Ohm, Hans, Die Genossenschaft und ihre Preispolitik, Karlsruhe 1955, S. 20
Hennemann, Horst, Die Größenentwicklungstendenzen im modernen deutschen Genossenschaftswesen und ihre Ursachen, Diss., Münster 1957, S. 22
- 2) Vgl. Rößle, Karl, I a. a. O., S. 93
Fischer, Hans, Betriebswirtschaftliche Probleme im Genossenschaftswesen in Seraphim, Hans-Jürgen, I, a. a. O., S. 127 ff.

lich, in denen die aufgezeigten Voraussetzungen erfüllt sind. Dies hat Draheim überzeugend nachgewiesen.³⁾

Grundsätzlich kann der Träger jeder Wirtschaftseinheit die im Rahmen seiner wirtschaftlichen Tätigkeit auszuübenden Funktionen selbst wahrnehmen oder aber sich mit Trägern gleichartiger Wirtschaftseinheiten zur Ausübung bestimmter Funktionen oder Teilfunktionen zusammenschließen.⁴⁾ Der Träger einer Wirtschaftseinheit wird dann dazu neigen, eine Funktion oder Teilfunktion gemeinsam mit anderen auszuüben, wenn entweder die Ausübung dieser Funktion ihm auf sich gestellt nicht möglich ist, oder nur in einer die Ertragsgestaltung seiner Betriebswirtschaft, bzw. die Realeinkommensbildung in seiner Haushaltswirtschaft negativ beeinflussenden Weise. Der Träger einer Wirtschaftseinheit wird dann eine Funktionsausgliederung vornehmen, wenn er sich von einer gemeinsamen Ausübung dieser Funktion die Erreichung eines Vorteils erhofft, der sich letztlich in einer Erhöhung seines Gewinns bzw. seines Realeinkommens niederschlägt.

Dieser Erhöhung des Gewinns bzw. Realeinkommens kommt dann besondere Bedeutung zu, wenn der Träger einer Wirtschaftseinheit sich in einer Notlage befindet. Ist das Nominaleinkommen außerordentlich niedrig, welches der Haushaltswirtschaft zur Deckung des Bedarfs der dem Haushalt angehörenden Personen zur Verfügung steht, so kommt der Umwandlung dieses Nominaleinkommens in Realeinkommen eine andere Bedeutung zu, wie wenn der Haushaltswirtschaft ein zur Deckung des täglichen Bedarfes gut ausreichendes Nominaleinkommen zur Verfügung steht. Dasselbe gilt analog für den in einer Betriebswirtschaft erwirtschafteten Gewinn. Reicht dieser nicht aus, um dem Träger der Betriebswirtschaft und seinen Familienangehörigen ein Auskommen zu ermöglichen, und rückt der Verlust der Selbstständigkeit des Trägers der Betriebswirtschaft in greifbare Nähe, so wird die Verbesserung der Ertragsgestaltung der Betriebswirtschaft zur dringlichsten ihrem Träger gestellten Aufgabe. Besonders in derartigen Notlagen ist die Neigung zu genossenschaftlichem Wirtschaften groß. Seit der Gründung der ersten Genossenschaften war es vor allem in Krisenzeiten, daß Träger von Wirtschaftseinheiten sich zur Ausgliederung von Funktionen oder Teilfunktionen und zur Übertragung dieser Funktionen auf eine genossenschaftliche Betriebswirtschaft zur Ausübung entschlossen. Auf Grund dieser Beobachtung werden die Genossenschaften häufig "Kinder der Not" genannt.⁵⁾ Die Neigung zum

3) Vgl. Draheim, Georg, I a.a.O., S. 61 ff.

4) Vgl. Draheim, Georg, a.a.O., S. 55

5) Ursprünglich wurden auch Kartelle "Kinder der Not" genannt. Eine Abgrenzung der Genossenschaften von den Kartellen findet sich bei Henzler, Reinhold (I), a.a.O., S. 215 ff.

Handeln in Selbsthilfe ist demnach zu verschiedenen Zeiten unterschiedlich stark.

2. Das Verfahren der vertikalen Integration

Stillschweigend wurde bisher vorausgesetzt, daß die genossenschaftliche Betriebswirtschaft die ihr zur Ausübung übertragenen Funktionen wahrnimmt, indem sie mit denselben Marktpartnern kontrahiert, mit denen die Mitglieder der genossenschaftlichen Personenvereinigung vor Durchführung der horizontalen Kombination individuell kontrahierten.⁶⁾ Dies ist jedoch in der praktischen Genossenschaftsarbeit die Ausnahme. In der Regel ist die horizontale Kombination von Funktionen bzw. Teilfunktionen die Voraussetzung der Anwendung eines zweiten ökonomischen Verfahrens, der vertikalen Integration, deren Erläuterung wir uns jetzt zuwenden. Bereits im vorhergehenden Teil dieser Arbeit wurde darauf hingewiesen, daß sich Deutschland ab der Mitte des 19. Jahrhunderts mit dem Einsetzen der Industrialisierung zu einer voll entfalteten Volkswirtschaft entwickelte. Eines der wesentlichsten Symptome dieser Entwicklung war eine stets zunehmende Arbeitsteilung. Produktionsprozesse, die vordem in einer Wirtschaftseinheit abgewickelt wurden, wurden auf eine stets wachsende Anzahl spezialisierter Betriebswirtschaften zerlegt. Das Gegenstück zu dieser vertikalen Spezialisierung, die in jeder hochentwickelten Volkswirtschaft festzustellen ist, ist die vertikale Integration, deren Wesen darin besteht, daß durch den Spezialisierungsprozeß auseinandergebrochene Produktionsprozesse wieder unter Überführung der Arbeitsteilung in eine Arbeitserlegung unter einheitliche Kontrolle gebracht werden.⁷⁾ Wenden wir uns den Motiven zu, die der Durchführung einer vertikalen Integration zu Grunde liegen.

Die Entwicklung der Wirtschaft in Deutschland zu einer entfalteten Volkswirtschaft geschah unter dem Einfluß liberalen Denkens. Eine der Hauptthesen des ökonomischen Liberalismus des 19. Jahrhunderts war, daß mit Hilfe der Konkurrenz die Wirtschaftsmacht als wirksamer Faktor durch ihre Atomisierung ausgeschaltet werden könne und sich eine Harmonie des Ganzen zum Vorteil aller automatisch ergeben würde.⁸⁾ Die Entwicklung zeigte jedoch sehr bald, daß in einem liberalen Wirtschaftssystem, das auf freiem Eigentum, der Vertragsfreiheit und der Aufstellung von Wirtschaftsplänen durch jeden Einzel-

6) Vgl. Ohm, Hans, a. a. O., S. 23

7) Vgl. Ohm, Hans, a. a. O., S. 24

8) Vgl. Lütge, Friedrich, a. a. O., S. 296 ff.

nen beruht, die Macht ein stets wirksamer Faktor bleibt. Im Marktgeschehen zeigte sich dies darin, daß auf vermachteten Märkten das Preissystem versagte und die Märkte nicht zu Preisen gleich den Grenzkosten des Erzeugnisses, zum Nachteil des Käufers, bzw. zu dessen Grenzwertprodukt zum Nachteil des Verkäufers geräumt wurden.⁹⁾ Diese Unvollkommenheit des Wettbewerbs kann von Marktteilnehmern, die sich bereits in einem oligopolistischen Wettbewerb oder in einer Monopolstellung befinden, mittels der vertikalen Integration auf vor- oder nachgelagerte Wirtschaftsstufen übertragen werden, mit dem Ziel, ihre Machtstellung zu sichern oder auszubauen und die aus ihrer Marktstellung resultierenden Tauschvorteile zu erhöhen.

Zum anderen kann aber auch die Marktseite, die sich überwiegend im Zustand der Konkurrenz befindet und durch das auf der anderen Marktseite ihr gegenüberstehende Oligopol oder Monopol Tauschnachteile in Kauf nehmen muß, durch Konzentration der Marktteilnehmer eine ausgleichende Marktmacht bilden und dann eine vertikale Integration auf die ihr gegenüberliegende Marktseite durchführen. Das Ziel dieser vertikalen Integration ist, aus einer originären Marktmachtstellung der gegenüberliegenden Marktseite folgende Tauschnachteile abzubauen. Das Verfahren ist die Bildung einer gegengewichtigen Marktmacht mittels der horizontalen Kombination der Marktteilnehmer und darauf aufbauende vertikale Integration.¹⁰⁾ Dieser Art ist jede genossenschaftliche Integration.¹¹⁾ Die Wirtschaftseinheiten, deren Träger sich zu genossenschaftlichem Wirtschaften zusammenfinden, sind in der Regel nur kleiner oder mittlerer Größe. Die Durchführung einer vertikalen Integration mit dem Ziel, vorhandene Tauschnachteile abzubauen, ist aus diesem Grund jeder einzelnen dieser Wirtschaftseinheiten allein unmöglich. Ihre horizontale Kombination, beschränkt auf Funktionen oder Teilfunktionen, ist deshalb Voraussetzung der

9) Näheres siehe Hennemann, Horst, a. a. O., S. 31 ff.

10) Vgl. Galbraith, J. K., American Capitalism, The Concept of Countervailing Power, Cambridge / Mass. 1952, S. 117 ff.

Böhm, F., Verstößt ein gesetzliches Kartellverbot gegen das Grundgesetz? in Wirtschaft und Wettbewerb, 6. Jahrg. Heft 3, S. 185

Hennemann, Horst, a. a. O., S. 33

11) Vgl. Robotka, Frank, a. a. O., S. 159 ff.

Seraphim, Hans-Jürgen, (III), Theorie der allgemeinen Volkswirtschaftspolitik, Göttingen 1955, S. 132

ders. I a. a. O., S. 49 ff.

Durchführung einer vertikalen Integration. Die mit der Errichtung der genossenschaftlichen Betriebswirtschaft auf der vor- oder nachgelagerten Wirtschaftsstufe vollzogene Integration verbessert die Marktstellung der gemeinsam integrierenden Wirtschaftseinheiten. Die genossenschaftliche Betriebswirtschaft tritt als neuer Konkurrent neben die mit originärer Marktmacht ausgestatteten Betriebswirtschaften. Genossenschaftliche Integration führt somit zur Schaffung einer neuen Wettbewerbssituation und zum Abbau originärer Marktmacht. Die gegenüber größeren Betriebswirtschaften gegebene strukturelle Schwäche der Haushaltswirtschaft und der Klein- und Mittelbetriebe des Handwerks, Handels und der Landwirtschaft, die darin liegt, daß ihnen eine Integration auf vor- oder nachgelagerte Wirtschaftsstufen zur Verbesserung ihrer Marktstellung allein nicht möglich ist, kann von ihren Trägern durch genossenschaftliches Wirtschaften ausgeglichen werden.

Damit sind die Verfahren aufgezeigt, welche die genossenschaftlichen Personenvereinigungen bei ihrem Handeln in Selbsthilfe anwenden, und wir wenden uns nun den genossenschaftlichen Betriebswirtschaften zu, deren sich die Personenvereinigungen bei ihrem Wirtschaften bedienen.

V. Abschnitt: Die genossenschaftliche Betriebswirtschaft und ihre Veränderung

1. Die Arten genossenschaftlicher Betriebswirtschaften

Das Grundverfahren, welches die Mitglieder genossenschaftlicher Personenvereinigungen anwenden, ist im Vorhergehenden bestimmt worden,¹⁾ als das der horizontalen Kombination von gleichartigen, aus den Wirtschaftseinheiten der Mitglieder der Personenvereinigungen ausgegliederten Funktionen bzw. Teilfunktionen. Das durch Akkumulation gebildete Funktionsbündel wird der genossenschaftlichen Betriebswirtschaft zur Ausübung übertragen. Die genossenschaftliche Personenvereinigung bestimmt mit der Art des zur Ausübung übertragenen Funktionsbündels die Art der Geschäftstätigkeit der genossenschaftlichen Betriebswirtschaft. Hieraus ergibt sich eine Differenzierung der genossenschaftlichen Betriebswirtschaft. Denn die Funktionsbündel, welche die Mitglieder jeder genossenschaftlichen Personenvereinigung ihren jeweiligen Betriebswirtschaften übertragen, sind verschiedenartig. Entsprechend ist auch die Art der Geschäftstätigkeit der genossenschaftlichen Betriebswirtschaften unterschiedlich. Von der Art des ihr zur Ausübung übertragenen Funktionsbündels hängt es

1) Vgl. S. 79 ff.

ab, auf welcher Wirtschaftsstufe und in welcher Branche die genossenschaftliche Betriebswirtschaft zu arbeiten hat, welches Anlagevermögen erforderlich ist, welche Liquiditätsregeln zu beachten sind, kurzum das gesamte betriebswirtschaftliche Gefüge ist bestimmt durch die Art des Funktionsbündels, dessen Ausübung der genossenschaftlichen Betriebswirtschaft von ihrer Personenvereinigung zur Aufgabe gemacht wird.

Vorbestimmt ist die Art der genossenschaftlichen Betriebswirtschaften durch die Art der wirtschaftlichen Tätigkeit der Mitglieder ihrer Personenvereinigung. Sind z. B. Landwirte die Mitglieder der genossenschaftlichen Personenvereinigung, so wird die genossenschaftliche Betriebswirtschaft, ungeachtet des Funktionsbündels, welches ihr zur Ausübung übertragen wurde, die Besonderheiten bäuerlichen Wirtschaftens widerspiegeln. Demnach sind genossenschaftliche Betriebswirtschaften der Konsumenten, der Handwerker, der Einzelhändler und der Landwirte zu unterscheiden, wenn die Aufzählung der Arten genossenschaftlicher Betriebswirtschaften beschränkt wird auf die wesentlichsten, wie es im Rahmen dieser Arbeit erforderlich ist.

Endgültig bestimmt ist die Art der genossenschaftlichen Betriebswirtschaft dann, wenn auch die Art des Funktionsbündels beachtet wird, welches ihr zur Ausübung durch ihre jeweilige Personenvereinigung übertragen wurde. Wenden wir uns zunächst den Personenvereinigungen der Konsumenten zu. Von genossenschaftlichen Personenvereinigungen der Konsumenten können den genossenschaftlichen Betriebswirtschaften zwei Teilfunktionen übertragen werden: einmal die Teilfunktion der Beschaffung von Verbrauchsgütern des täglichen Bedarfs, wie Nahrungsmittel und von Gebrauchsgütern wie Schuhe, Textilwaren, Möbel etc., zum anderen die Teilfunktion der Beschaffung von Wohnraum. Demnach sind zwei Arten genossenschaftlicher Betriebswirtschaften der Konsumenten nach der Art des ihnen zur Ausübung übertragenen Funktionsbündels zu unterscheiden: die Konsumgenossenschaften und die Wohnungsbaugenossenschaften. Die genossenschaftlichen Betriebswirtschaften der Produzenten differenzieren sich zunächst nach der Art der wirtschaftlichen Tätigkeit der Mitglieder ihrer Personenvereinigungen in genossenschaftliche Betriebswirtschaften der Handwerker, des Handels und der Landwirte. Bereits im Vorhergehenden wurde festgestellt, daß die Träger dieser Betriebswirtschaften nach einer Maximierung des Reinertrags in ihren nach dem einkommenswirtschaftlichen Wirtschaftsprinzip geführten Betriebswirtschaften streben. Die Betriebsgröße dieser Betriebswirtschaften ist von ihren Trägern in der Regel nach produktionstechnischen Gesichtspunkten bestimmt. Der Ausübung der Produktionsfunktion gilt auch das Hauptinteresse der Träger dieser Betriebswirtschaften. Jedoch obliegt ihnen in der Regel die Ausübung aller betrieblichen Funktionen, da die Betriebsgröße eine innerbetrieb-

liche personelle Spezialisierung nicht erlaubt, wie sie im Großbetrieb mit ihren produktivitätssteigernden Folgen verwirklicht ist.²⁾ So werden die Grundfunktionen Beschaffung, Absatz und Verwaltung³⁾ von den Trägern dieser Betriebswirtschaften häufig unzureichend und die Ertragslage verschlechternd ausgeübt. Vor allem werden deshalb diese Funktionen, bzw. Teile dieser Funktionen, von den Trägern dieser Betriebswirtschaften aus ihren Wirtschaftseinheiten ausgegliedert und einer genossenschaftlichen Betriebswirtschaft zur Ausübung übertragen. In zahlreichen Handwerkszweigen ist die Ausübung der Absatzfunktion untrennbar mit der Produktionsfunktion verbunden. So liegt das Schwergewicht des genossenschaftlichen Wirtschaftens der Handwerker auf der gemeinsamen Ausübung der Beschaffungsfunktion, aufgegliedert in zwei Teilfunktionen, der Beschaffung von Rohstoffen und Waren auf der einen und der Beschaffung von Krediten auf der anderen Seite. Dasselbe gilt für das genossenschaftliche Wirtschaften der Einzelhändler. Bei der Ausgliederung der Teilfunktion Kreditbeschaffung aus ihren Betriebswirtschaften fanden sich Handwerker und Einzelhändler zusammen und brachten die gleichartige, ausgegliederte Teilfunktion zur horizontalen Kombination und übertrugen das Funktionsbündel gemeinsam den gewerblichen Kreditgenossenschaften zur Ausübung. Der landwirtschaftliche Betrieb steht bei der Beschaffung von Gütern des landwirtschaftlichen Bedarfs und bei der Beschaffung von Kredit vor den gleichen Problemen wie bei der Verwertung seiner Erzeugnisse. Der Träger einer landwirtschaftlichen Betriebswirtschaft wird demnach zur Ausgliederung sowohl der Absatzfunktion als auch der Beschaffungsfunktion neigen. Bedingt durch die in einem Dorf vorhandene geringe Zahl landwirtschaftlicher Betriebe, deren Träger willens sind, genossenschaftlich zu wirtschaften, ist die Ausgliederung von Einzelfunktionen bzw. Teilfunktionen auf je eine genossenschaftliche Betriebswirtschaft häufig unzweckmäßig. So ist die landwirtschaftliche genossenschaftliche Betriebswirtschaft in ihrer typischen Form, wie sie Raiffeisen aufbaute, Universalgenossenschaft, d. h. sowohl die Teilfunktion der Beschaffung von Waren, als auch die Teilfunktion der Beschaffung von Kredit, sowohl die Teilfunktion des Absatzes landwirtschaftlicher Erzeugnisse, als auch die Teilfunktion der Geldanlage werden von den Trägern landwirtschaftlicher Betriebe einer genossenschaftlichen Betriebswirtschaft zur Ausübung übertragen. Neben der Spar- und Darlehenskasse mit Warengeschäft, der Universalgenossenschaft der Landwirtschaft, arbeiten zahlreiche genossenschaftliche Betriebswirtschaften der Landwirtschaft, denen nur eine Teilfunktion zur Ausübung übertragen wurde. Diese Arbeit wird sich jedoch soweit als möglich auf die landwirtschaftliche Universalgenossenschaft beschränken.

2) Vgl. Ohm, Hans, a. a. O., S. 22

3) Vgl. Rößle, Karl, I a. a. O., S. 148

Im Vorhergehenden wurde herausgestellt, daß eine strukturelle Schwäche der Betriebswirtschaften des Handwerks, des Einzelhandels und der Landwirtschaft darin liegt, daß ihre Träger die Marktfunktionen unzureichend und ihre Ertragslage verschlechternd ausüben, da ihnen die Betriebsgröße ihrer Wirtschaftseinheit in der Regel eine personelle Spezialisierung nicht erlaubt. Diese in ihrer Betriebsgröße verwurzelte Schwäche dieser Betriebswirtschaften kann durch eine Ausgliederung von Funktionen bzw. Teilfunktionen abgemildert oder beseitigt werden. Die horizontale Kombination dieser Funktionen nach ihrer Ausgliederung ermöglicht eine kostengünstige Ausübung des Funktionsbündels. Zum anderen wird durch das genossenschaftliche Wirtschaften eine personelle Spezialisierung erreicht. Einmal können die Träger der Funktionen ausgliedernden Betriebswirtschaften sich auf die ihnen zur Ausübung verbleibenden Funktionen spezialisieren, zum anderen wird die genossenschaftliche Betriebswirtschaft bei der Ausübung der ihr übertragenen Funktionen bzw. Teilfunktionen Fachkräfte einsetzen.

Demnach ergeben sich folgende Hauptarten genossenschaftlicher Betriebswirtschaften:

- 1) Konsumgenossenschaften
- 2) Wohnungsbaugenossenschaften
- 3) Einkaufsgenossenschaften der Handwerker
- 4) Einkaufsgenossenschaften der Einzelhändler
- 5) Kreditgenossenschaften des Gewerbes
- 6) Spar- und Darlehenskassen mit Warengeschäft, die landwirtschaftlichen Universalgenossenschaften.

2. Der Umsatz der genossenschaftlichen Betriebswirtschaften

Der Umsatzbegriff wird in der betriebswirtschaftlichen Literatur unterschiedlich definiert, so daß es erforderlich ist, festzulegen, was hier unter Umsatz verstanden werden soll. Die wohl weiteste Umsatzdefinition ist die, welche unter Umsatz den gesamten Umsatzprozeß, also den Umwandlungsvorgang von Geld in Ware (Beschaffung), den Kombinationsprozeß von Sachgütern, Arbeits- und Dienstleistungen (Produktion) und den Umwandlungsprozeß von Ware zu Geld (Absatz) verstanden wissen will.⁴⁾

Diese weite Umsatzdefinition hat wohl auch Henzler im Auge, wenn er unter Umsatz die Beschaffung von Leistungen auf einem an sich unbegrenzten Markt

4) Vgl. Gutenberg, Erich, II a. a. O., S. 1

und deren Verwertung auf einem entsprechend unbegrenzten Markt versteht.⁵⁾ Wesentlich enger ist der Umsatzbegriff, der in enger Beziehung zu dem Begriff des Absatzes steht. Absatz ist die Veräußerung von Sachgütern und die marktliche Verwertung von Dienstleistungen, also die umfassende Leistungsverwertung einer Betriebswirtschaft.⁶⁾ Absatz in dieser Begriffsdefinition würde demnach nur die Schlußphase des gesamtbetrieblichen Umsatzprozesses, wie er oben definiert wurde, umfassen. Der Absatzbegriff ist ein mengenmäßiger. Der in Geld ausgedrückte Wert des während einer Periode getätigten Absatzes ist der Umsatz einer Betriebswirtschaft. Dieser Umsatzbegriff, der hier gebraucht werden soll, ist der korrespondierende geldliche zu dem mengenmäßigen Begriff "Absatz". Der Umsatz ist demnach die während einer Periode an andere Betriebswirtschaften bzw. Haushaltswirtschaften übertragene Menge von Betriebsleistungen mal deren Preisen.⁷⁾ Nachdem geklärt ist, was unter Umsatz im Folgenden verstanden wird, wenden wir uns dem Umsatz der genossenschaftlichen Betriebswirtschaft zu. Die Tatsache, daß eine Vielzahl genossenschaftlicher Betriebswirtschaften nicht nur Umsätze mit den Mitgliedern ihrer Personenvereinigungen tätigt, sondern auch mit Nichtmitgliedern, zwingt dazu, den Gesamtumsatz der genossenschaftlichen Betriebswirtschaften getrennt nach den mit Mitgliedern und Nichtmitgliedern getätigten Umsätzen zu untersuchen.

a) Der Umsatz der genossenschaftlichen Betriebswirtschaften mit den Mitgliedern ihrer Personenvereinigungen

aa) Die Besonderheit des Mitgliederumsatzes der genossenschaftlichen Betriebswirtschaften

Im Vorhergehenden wurde aufgezeigt, daß die genossenschaftliche Personenvereinigung eine in Selbsthilfe handelnde Personenmehrheit ist und in einer doppelten Beziehung zu ihrer Betriebswirtschaft steht.⁸⁾ Die eine dieser Beziehungen der in Selbsthilfe handelnden Personenmehrheit zu ihrer Betriebswirtschaft ist ihre Kundenbeziehung, die sich in der Inanspruchnahme der von der genossenschaftlichen Betriebswirtschaft erstellten Leistungen konkretisiert, deren Art die Mitglieder der genossenschaftlichen Personenvereinigung durch Ausgliederung einer bestimmten Funktion, bzw. Teilfunktion aus ihrer Wirtschaftsein-

5) Vgl. Henzler, Reinhold, I a. a. O., S. 76

6) Vgl. Gutenberg, Erich, II a. a. O., S. 1

7) Vgl. Mellerowicz, Konrad, a. a. O., 3. Bd., S. 104 f.

8) Vgl. S. 9 und S. 74

heit und deren Übertragung auf die genossenschaftliche Betriebswirtschaft zur Ausübung bestimmten. Das Verfahren, welches die genossenschaftlichen Personenvereinigungen bei ihrem genossenschaftlichen Wirtschaften anwenden, ist das der horizontalen Kombination, das in der Regel die Voraussetzungen schafft zur Anwendung des zweiten Verfahrens, der vertikalen Integration. Demnach ist jeder Umsatz, den die genossenschaftliche Betriebswirtschaft mit einem Mitglied ihrer Personenvereinigung tätigt, ein Umsatz innerhalb des Integrationsbereichs, den die Wirtschaftseinheiten der Mitglieder ihrer Personenvereinigung mit ihr bilden. Dadurch unterscheidet sich der Umsatz jeder genossenschaftlichen Betriebswirtschaft, soweit er mit Mitgliedern der Personenvereinigung getätigt wird, von dem Umsatz einer nichtgenossenschaftlichen Betriebswirtschaft. Nichtgenossenschaftliche Betriebswirtschaften tätigen ihre Umsätze mit Personen, die nur in einer Beziehung zu der Betriebswirtschaft stehen, nämlich der Kundenbeziehung. Dies gilt auch für die Aktiengesellschaft.

Es wurde im Vorhergehenden aufgezeigt,⁹⁾ daß das Verfahren der vertikalen Integration auch von erwerbswirtschaftlichen Betriebswirtschaften zur Durchsetzung ihrer Ziele angewandt wird. Integriert eine erwerbswirtschaftliche Betriebswirtschaft auf eine vor- oder nachgelagerte Wirtschaftsstufe, so bildet die integrierende Betriebswirtschaft mit der integrierten nach Abschluß der Integration eine Betriebswirtschaft, die zwei, in aufeinanderfolgenden Produktionsstufen tätige Betriebe umfaßt.¹⁰⁾ Die neue Betriebswirtschaft ist eine Kapital-, Risiko- und Gewinneinheit, für welche die Gesetze der Erhaltung einer Betriebswirtschaft, beide Betriebe einbeziehend, gültig sind. Jeder der beiden Betriebe hat durch die Integration seine Autonomie verloren zu Gunsten der neu entstandenen Betriebswirtschaft. Der Umsatz, den ein Betrieb mit dem anderen tätigt, ist ein Innenumsatz, der innerhalb einer Betriebswirtschaft erfolgt.

Das Wesen der genossenschaftlichen Integration ist jedoch anderer Art. Sie wird durchgeführt von einer Vielzahl von Wirtschaftseinheiten, deren Träger Mitglieder der in Selbsthilfe handelnden Personenmehrheit sind. Die Mitglieder der genossenschaftlichen Personenvereinigung bringen gemeinsam das zur Erstellung der genossenschaftlichen Betriebswirtschaft erforderliche Kapital auf und tragen das Risiko des genossenschaftlichen Wirtschaftens gemeinsam. Je geringer absolut und relativ, d. h. im Vergleich zum Gesamtkapital des einzelnen Mitglieds, der auf das einzelne Mitglied entfallende Kapitaleinsatz und

9) Vgl. S. 81 f.

10) Vgl. Rößle, Karl, I a. a. O., S. 18

das auf den Einzelnen entfallende Risiko ist, um so weniger kann man davon sprechen, daß die Wirtschaftseinheit der Mitglieder eine Kapital- und Risikoeinheit mit der genossenschaftlichen Betriebswirtschaft bildet. Weiter steht jedem Mitglied der in Selbsthilfe handelnden Personenmehrheit jederzeit die Möglichkeit offen, seine Mitgliedschaft aufzukündigen.¹¹⁾ Dann erhält das ausgeschiedene Mitglied das von ihm zur Verfügung gestellte Kapital zurück und wird des getragenen Risikos ledig.¹²⁾ Daraus folgt, daß die Durchführung einer genossenschaftlichen Integration nicht zur Entstehung einer Betriebswirtschaft führt, welche die genossenschaftliche Betriebswirtschaft und die Wirtschaftseinheiten, deren Träger der in Selbsthilfe handelnden Personenmehrheit angehören, einschließt. Vielmehr entsteht eine neue Betriebswirtschaft, die durch den ihr erteilten Grundauftrag in ihrem Handeln auf die Wirtschaftseinheiten bezogen ist, deren Träger die genossenschaftliche Integration durchführen, und es behalten die integrierenden Wirtschaftseinheiten ihre volle Autonomie, obwohl sie kapital- und risikomäßig mit der gebildeten genossenschaftlichen Betriebswirtschaft für die Dauer der Teilnahme am genossenschaftlichen Wirtschaften verbunden sind. Auf den Umsatz bezogen, den die genossenschaftlichen Betriebswirtschaften mit den Mitgliedern ihrer Personenvereinigungen tätigen, bedeutet dies, daß der genossenschaftliche Umsatz nicht als Innenumsatz bezeichnet werden kann. Weiter folgt, daß das einzelne Mitglied der in Selbsthilfe handelnden Personenmehrheit die genossenschaftliche Betriebswirtschaft nicht in Anspruch nimmt, weil es sich mit seiner Wirtschaftseinheit kapital- und risikomäßig an die genossenschaftliche Betriebswirtschaft gebunden weiß. Dies gilt um so mehr, je geringer der Kapitaleinsatz und das Risiko sind, welche das einzelne Mitglied zu tragen hat, sowohl absolut als auch relativ, nämlich im Verhältnis zu dem Gesamtkapital, über welches das Mitglied verfügt.

Vielmehr basiert die Umsatztätigkeit der genossenschaftlichen Betriebswirtschaften mit den Mitgliedern ihrer Personenvereinigung darauf, daß sie für die Mitglieder ihrer Personenvereinigungen einen Vorteil erwirtschaften, den sie in jedem Umsatzakt an die Mitglieder ihrer Personenvereinigung entsprechend dem ihnen erteilten Grundauftrag weitergeben. Die Mitglieder jeder genossenschaftlichen Personenvereinigung sind eine in Selbsthilfe handelnde Personenmehrheit. Zweck ihres gemeinsamen Handelns in Selbsthilfe ist die Erreichung eines wirtschaftlichen Vorteils, der von jedem Einzelnen nur erreicht werden kann, wenn er in Selbsthilfe mit anderen gemeinsam handelt.¹³⁾ Ungeachtet

11) Vgl. S. 10

12) Der Fall des § 73, 2 und § 115 b + c GenG ist hier außerachtgelassen.

13) Vgl. S. 9

seines ethischen Gehalts ist das genossenschaftliche Selbsthilfeprinzip kein Prinzip, das um seiner selbst willen verfochten wird, sondern seinen Sinn darin bestätigt erhalten muß, daß die in Selbsthilfe handelnde Personenmehrheit einen wirtschaftlichen Vorteil erreicht. Von der Größe des erreichbaren und erreichten Vorteils hängt die Intensität des in den genossenschaftlichen Personenvereinigungen wirksamen Willens zur Selbsthilfe direkt ab. Die Größe dieses Vorteils ist sowohl hinsichtlich ihrer absoluten Höhe zu sehen, als auch hinsichtlich ihrer Bedeutung für den in Selbsthilfe Handelnden.¹⁴⁾ Wird der durch das Handeln in genossenschaftlicher Selbsthilfe erreichbare Vorteil geringer, so muß auch die Intensität des Willens zur Selbsthilfe abnehmen, wird er gleich Null, so muß der Wille zur Selbsthilfe erlöschen. Ein Handeln in Selbsthilfe, wenn dadurch ein Nachteil entsteht, wäre ein Widersinn. Da der genossenschaftliche Grundauftrag lautet, die Mitglieder unmittelbar zu fördern, muß sich in jedem Umsatz, den die genossenschaftliche Betriebswirtschaft mit den Mitgliedern ihrer Personenvereinigung tätigt, der Sinn des Selbsthilfehandelns bestätigen, indem den Mitgliedern der genossenschaftlichen Personenvereinigung ein Vorteil mit jedem Umsatzakt weitergegeben wird, den sie nur durch das Handeln in genossenschaftlicher Selbsthilfe erreichen konnten. Dies ist dann der Fall, wenn

- 1) die genossenschaftliche Betriebswirtschaft den Mitgliedern ihrer Personenvereinigung Leistungen anbietet, die von nichtgenossenschaftlichen Betriebswirtschaften den Mitgliedern nicht angeboten werden.
- 2) die genossenschaftlichen Betriebswirtschaften ihren Mitgliedern Leistungen vorteilhafter anbieten als dies nichtgenossenschaftliche Betriebswirtschaften tun.

Dann ist das Selbsthilfeprinzip in vollem Umfang im Genossenschafts ganzen wirksam. Die genossenschaftliche Betriebswirtschaft wird von den Mitgliedern ihrer Personenvereinigung ausschließlich und regelmäßig in Anspruch genommen.

Das soeben Gesagte läßt deutlich werden, daß der wirtschaftliche Vorteil, den die genossenschaftliche Betriebswirtschaft den Mitgliedern ihrer Personenvereinigung in ihrer Umsatztätigkeit weitergibt, sich ergibt als Differenz zwischen dem Angebot nichtgenossenschaftlicher und dem genossenschaftlicher Betriebswirtschaften, wenn man den Fall außer acht läßt, daß die genossenschaftliche Betriebswirtschaft allein bestimmte Leistungen für die Mitglieder ihrer Personenvereinigung erbringt. Das Ziel einer genossenschaftlichen vertikalen Integration ist, wie aufgezeigt,¹⁵⁾ der Abbau originärer Marktmacht und die Schaffung eines

14) Vgl. S. 80

15) Vgl. S. 83

Marktmachtgleichgewichts durch die Bildung gegengewichtiger Marktmacht. Die genossenschaftliche Betriebswirtschaft wird neben die mit originärer Marktmacht ausgestatteten Betriebswirtschaften als neuer Konkurrent gestellt. Sie wird die von ihr erstellten Leistungen den Mitgliedern ihrer Personenvereinigung anbieten zu Preisen, die sie unter Beachtung ihres Grundauftrags ermittelt. Damit zwingt sie die nichtgenossenschaftlichen Betriebswirtschaften, ihre Leistungen zu denselben Preisen anzubieten, da diese ihren Marktanteil und ihren Umsatz zu halten bestrebt sein werden. Die genossenschaftliche Betriebswirtschaft wirkt demnach als Konkurrenzmotor und wird in der Regel die in Selbsthilfe handelnde Personenmehrheit auf lange Sicht nicht nur dadurch fördern, daß sie Leistungen grundauftragsgemäß erstellt und anbietet, sondern auch dadurch, daß sie die Marktstellung der in Selbsthilfe handelnden Personenmehrheit verbessert, indem sie die nichtgenossenschaftlichen Betriebswirtschaften zu einem Wettbewerbsverhalten zwingt. Die Mitglieder der genossenschaftlichen Personenvereinigungen sehen sich am Ende einer derartigen Entwicklung einer Mehrheit konkurrierender Betriebswirtschaften gegenüber, deren Angebotspreise von der Leistungsfähigkeit jeder Betriebswirtschaft bestimmt sind. Die Mitglieder haben nun eine echte Selektionsmöglichkeit unter den anbietenden Betriebswirtschaften. Der wirtschaftliche Vorteil, den die genossenschaftliche Betriebswirtschaft dann den Mitgliedern ihrer Personenvereinigung in jedem Umsatzakt weitergeben kann, wenn sie in scharfem Wettbewerb mit annähernd gleichleistungsfähigen, nichtgenossenschaftlichen Betriebswirtschaften steht, ist gering oder gleich Null. Der Wille zur Selbsthilfe muß dann in den genossenschaftlichen Personenvereinigungen erlahmen als wirksame Kraft, entsprechend dem vorher Gesagten.¹⁶⁾ Nur wenn der Wille zur Selbsthilfe voll im genossenschaftlichen Wirtschaften wirksam ist und in jedem Umsatzakt, den die genossenschaftliche Betriebswirtschaft mit den Mitgliedern ihrer Personenvereinigung tätigt, seine Bestätigung findet, wird jedoch die genossenschaftliche Betriebswirtschaft ausschließlich und regelmäßig von den Mitgliedern ihrer Personenvereinigung in Anspruch genommen. Verändert sich die Marktstellung der genossenschaftlichen Betriebswirtschaft in der oben aufgezeigten Art, so wird der Wille zur Selbsthilfe nicht mehr in jedem Umsatzakt die Bestätigung seines Sinnes finden, den die Mitglieder der Personenvereinigung mit ihrer Betriebswirtschaft tätigen. Die genossenschaftliche Betriebswirtschaft wird dann auch nicht mehr ausschließlich und regelmäßig von den Mitgliedern ihrer Personenvereinigung in Anspruch genommen werden. Daraus folgt, daß die Marktstellung der genossenschaftlichen Betriebswirtschaften und deren Veränderungen entscheidenden Einfluß auf die Umsatztätig-

16) Vgl. S. 90

keit der genossenschaftlichen Betriebswirtschaften mit den Mitgliedern ihrer Personenvereinigungen hat. Sie soll deshalb im folgenden in ihrer Veränderung einer Analyse unterzogen werden.

ab) Die Marktstellung der genossenschaftlichen Betriebswirtschaften und deren Veränderung

Um den Umfang dieser Analyse in einem der Arbeit angemessenen Rahmen zu halten, muß eine Beschränkung auf die im Vorhergehenden herausgearbeiteten Hauptarten genossenschaftlicher Betriebswirtschaften erfolgen. Innerhalb dieser Hauptarten wird, soweit dies erforderlich ist, eine typische Gruppe dieser speziellen Art genossenschaftlicher Betriebswirtschaften beispielhaft herausgegriffen werden. So werden im folgenden bei der Analyse der Situation auf dem Markt in Nahrungs- und Genußmitteln und der Veränderung dieser Situation den Konsumgenossenschaften die Edeka-Genossenschaften gegenübergestellt, die repräsentativ für die Gruppe der Einkaufsgenossenschaften des Handels als deren größte Gruppe in die Untersuchung einbezogen werden. Die Stellung der Konsumgenossenschaften im Markt wird nur untersucht, soweit sie auf dem Markt für Nahrungs- und Genußmittel tätig sind; ihr Umsatz in dieser Branche beträgt rund 90 % ihres Gesamtumsatzes.

ab)¹ Die Veränderung der Marktstellung der Konsumgenossenschaften und der Einkaufsgenossenschaften des Nahrungs- und Genußmitteleinzelhandels

Die Entwicklung der Konsumgenossenschaften in Deutschland ist aufs engste verbunden mit der Entstehung einer Industriearbeiterschaft in den mit der Industrialisierung Deutschlands wachsenden Städten in der 2. Hälfte des 19. Jahrhunderts, wie dies bereits aufgezeigt wurde.¹⁷⁾ Das Lohneinkommen dieser Industriearbeiter ist in vielen Fällen infolge der Arbeitsmarktlage auf das Existenzminimum abgesunken. Sie haben zur Deckung ihres Bedarfes, der infolge ihrer Einkommenslage auf die lebensnotwendigen Nahrungsmittel beschränkt ist, einen selbständigen Einzelhandel und die entsprechenden Handwerksbranchen in Anspruch zu nehmen. Da an eine Erhöhung ihres Lohneinkommens nicht zu denken ist, gelten ihre ganzen Anstrengungen der optimalen Umwandlung ihres Nominaleinkommens in Realeinkommen. Sie handeln in genossenschaftlicher Selbsthilfe, um die im Einzelhandel anfallenden Gewinne auszuschalten und so eine Erhöhung ihres Realeinkommens zu erreichen. Die Anfänge konsumgenossenschaftli-

17) Vgl. S. 41

chen Wirtschaftens wurden im Vorhergehenden bereits aufgezeigt.¹⁸⁾ Seine Entwicklung gibt folgende Tabelle wieder.¹⁹⁾

Jahr	Anzahl der berichtenden Genossenschaf- ten	Durchschnitt- liche Mitglieder- zahl pro Genos- senschaft	Durchschnitt- liche Vertei- lungsstellen- zahl pro Ge- nossenschaft	Durchschnitt- liche Beschäf- tigtenzahl pro Genossenschaft
1880	195	483		
1890	263	819		
1903	878	935	3	10
1913	1.626	1.300	4	23
1924	1.020	3.436	8	37
1929	997	2.868	10	51
1933	1.067	3.144	12	
1950	296	4.474	21	124
1952	312	5.883	23	137
1954	306	6.997	26	181
1957	301	7.460	30	225

Die Angaben über die durchschnittliche Zahl der Verteilungsstellen pro Konsumgenossenschaft sind deshalb mit in die Tabelle aufgenommen, weil die Intensität konsumgenossenschaftlichen Wirtschaftens an der räumlichen Durchdringung und Erschließung der Verbraucherzentren abgelesen werden kann, die sich in der Anzahl der Verteilungsstellen widerspiegelt. Mit der Größe des Verteilungsstellennetzes und darüber hinaus mit dem Umfang der Eigenproduktion steht die Zahl der Beschäftigten pro Genossenschaft in engem Zusammenhang.

Waren die ersten konsumgenossenschaftlichen Betriebswirtschaften noch auf der Einzelhandelsstufe tätig, so ging die Entwicklung mit dem Anwachsen der Zahl der konsumgenossenschaftlichen Betriebswirtschaften bald weiter. Sie schlossen sich ihrerseits zusammen und integrierten gemeinsam auf die Groß-

18) Vgl. S. 43 ff.

19) Übernommen aus Hennemann, Horst, a. a. O., S. 70 und vervollständigt nach dem Jahrbuch des Zentralverbandes Deutscher Konsumgenossenschaften e. V. Hamburg, 11. Jahrg. 1957

handelsstufe weiter, um auch die im Großhandel anfallenden Gewinne auszu-
schalten und damit eine weitere Realeinkommenssteigerung der Mitglieder ihrer
Personenvereinigungen zu erreichen. Im Zuge dieser Konzentration der konsum-
genossenschaftlichen Betriebswirtschaften wurde 1894 die Großeinkaufsgesell-
schaft Deutscher Consumvereine mbH in Hamburg errichtet, die heutige GEG,
deren Zweck war und ist, Einkaufszentrale der Konsumvereine zu sein. Sehr
bald ging diese Zentrale auf Grund der von den englischen Konsumvereinen ge-
machten Erfahrungen zur Eigenproduktion²⁰⁾ von Waren über. 1910 wurden im
Rahmen der zentralen Eigenproduktion der GEG Güter des Massenkonsums in
vier Betrieben erstellt,²¹⁾ 1954 erzielten die 31 GEG-Produktionsbetriebe einen
Umsatz von 381,5 Mio DM.²²⁾ Der Übergang zur Eigenproduktion ist eine kon-
sumgenossenschaftliche Funktionserweiterung, die nicht primär aus dem Willen
der Mitglieder, neue Bereiche zu integrieren, entstand, sondern weitgehend der
Eigeninitiative der leitenden Organe der konsumgenossenschaftlichen Betriebs-
wirtschaften entsprang.²³⁾ Daneben gingen auch größere konsumgenossenschaft-
liche Betriebswirtschaften allein dazu über, sich Produktionsbetriebe anzuglie-
dern, wie Bäckereien, Fleischereien, Kaffeeröstereien, Weinkellereien usw.²⁴⁾
1913 arbeiteten im Gebiet der Bundesrepublik 177 konsumgenossenschaftliche
Produktionsbetriebe dieser Art mit 3 239 Beschäftigten,²⁵⁾ 1954 waren es 229
Betriebe mit 4 666 Beschäftigten, die einen Gesamtumsatz von 302,2 Mio DM
erzielten.²⁶⁾

Der aufgezeigte innergenossenschaftliche Konzentrationsprozeß der konsumge-
nossenschaftlichen Betriebswirtschaften ist heute so weit fortgeschritten, daß
sämtliche Handelsstufen einschließlich von Produktionszweigen zu einem Inte-
grationsbereich zusammengeschweißt sind und weitgehend die in einer Konzen-
tration liegenden Möglichkeiten einer kostengünstigen Leistungserstellung ausge-

20) Nach Handschin, Hans, Eigenproduktion in ZgGenW 1955, S. 147 soll un-
ter Eigenproduktion die Behandlung einer Ware in irgendeiner Weise, die
eine Veränderung der Form dieser Ware zur Folge hat, verstanden werden.

21) Vgl. Jahrbuch des ZDK 1927, 1. Bd., S. 440

22) Vgl. GEG-Geschäftsbericht 1954, S. 25 ff.

23) Vgl. Everling, H., Macht und Grenzen der konsumgenossenschaftlichen
Bewegung in Konsumgenossenschaften und Wirtschafts-
ordnung, Erlangen 1950, S. 17

24) Vgl. Jahrbücher des Zentralverbandes Deutscher Konsumgenossenschaften e. V.,
Hamburg

25) Vgl. Jahrbuch des ZDK 1914, 2. Bd., S. 6, 280, 364, 554, 802

26) Vgl. Jahrbuch des ZDK 1954, 2. Bd., S. 39, 82

schöpft werden.

Wechselseitig verbunden und beeinflußt durch die von den Konsumenten selbst ausgehende Konzentration war seit dem Ende des 19. Jahrhunderts im gesamten Handel eine Tendenz zur Konzentration im Sinne einer Integration von Handelsstufen wirksam.²⁷⁾ Von Betriebswirtschaften des Handels getragen kann diese Integration ausgehen einmal vom Großhandel und zum anderen von dem direkt den Konsumenten gegenüberstehenden Einzelhandel.²⁸⁾ Wenden wir uns zunächst der vom Einzelhandel ausgehenden Integration zu, die durch genossenschaftlichen Wirtschaften der Träger von Einzelhandelsbetrieben im Nahrungs- und Genußmittelbereich erreicht wird.

Der Zusammenschluß von Trägern von Betriebswirtschaften des Nahrungs- und Genußmitteleinzelhandels, die in Konkurrenz mit den konsumgenossenschaftlichen Betriebswirtschaften stehen, erfolgt mit dem Ziel, die in der Großhandelsstufe entstehenden Gewinne auszuschalten und durch kostengünstigere Beschaffung mit Hilfe genossenschaftlicher Betriebswirtschaften, die auf der Großhandelsstufe tätig sind, eine Verbesserung der Leistungsfähigkeit der Einzelhandelsbetriebe zu erreichen. Die heute arbeitenden genossenschaftlichen Betriebswirtschaften des Einzelhandels in der Nahrungs- und Genußmittelbranche sind die Edeka- und Rewegenossenschaften. Am Beispiel der ersteren soll die Entwicklung dieser genossenschaftlichen Betriebswirtschaften aufgezeigt werden.²⁹⁾

27) Vgl. Hirsch, Julius, Organisation und Formen des Handels und der staatlichen Binnenhandelspolitik in GdS, V. Abt., 2. Teil, Tübingen 1918, S. 68, 197

28) Vgl. Lampe, Adolf, Binnenhandel und Binnenhandelspolitik in Weber, Adolf, Volkswirtschaftslehre, 4. Bd. München 1933, S. 56 und S. 117

Sombart, Werner, a. a. O., S. 221 ff.

29) Entnommen Hennemann, Horst, a. a. O., S. 61, dort finden sich auch nähere Angaben über die Art der Preisbereinigung des Umsatzes.

Jahr	Anzahl der be- richtenden Ge- nossenschaften	Preisbereinigter Durchschnitts- umsatz pro Ge- nossenschaft	Durchschnittliche Mitgliederzahl pro Genossen- schaft	Gesamtzahl der Mitglie- der aller Ge- nossensch.
1913	100	604.240	53	5.300
1925	413	318.329	60	24.780
1927	374	396.170	60	22.440
1929	383	440.120	65	25.595
1931	422	494.191	62	26.194
1950	225	1.416.200	133	30.770
1954	232	2.067.400	146	33.872

Ebenso wie die Konzentration in den konsumgenossenschaftlichen Betriebswirtschaften nicht bei der Integration der Großhandelsstufe stehen blieb, sondern darüber hinaus eine Einkaufszentrale auf Bundesebene errichtet und weiter auf Produktionsstufen integriert wurde, trieben auch die Einkaufsgenossenschaften des Einzelhandels von Nahrungs- und Genußmitteln die Integration weiter, errichteten eine Zentrale auf Bundesebene, die Edeka-Zentrale, Hamburg, und gliederten sich Produktionsbetriebe zur Herstellung von Massenkonsumgütern an.

Neben diesen durch genossenschaftliches Wirtschaften geschaffenen kostengünstigen Vertriebswegen fanden im Handel zahlreiche Lösungen einer Integration von Handelsstufen ihre Verwirklichung. Eine Form des mehrstufigen Handels in dieser Branche ist die in den Warenhäusern realisierte, eine andere die der Massenfilialbetriebe. In den Jahren nach dem Krieg wurde eine weitere Form des mehrstufigen Handels in großem Stil ausgebaut, die der Handelsketten. Das Wesen dieses Systems liegt darin, daß sich Großhandelsbetriebe, die sich in ihren Absatzgebieten nicht überschneiden, unter ihren Einzelhandelskunden diejenigen als Ring- oder Anschlußkunden auswählen, die auf Grund ihres Umsatzes und ihrer Zahlungsfähigkeit interessant erscheinen, und sie durch vertragliche Vereinbarungen an sich binden. So gehören heute den freiwilligen Handelsketten Centra, Fachring, Spar und VIVO 198 Großhändler und 37 000 Einzelhändler an.³⁰⁾ Insgesamt betrachtet ergibt sich eine annähernde Gleichheit von genossenschaftlichen Betriebswirtschaften der Einzelhändler und freiwilligen Ketten hinsichtlich der Anzahl der auf der Großhandelsstufe tätigen Betriebe

30) Entnommen der Deutschen Zeitung, Finanz- und Wirtschaftszeitung GmbH, Stuttgart

und der Zahl der angeschlossenen Einzelhandelsbetriebe.³¹⁾ Eine Folge dieser Konzentrationsbewegung im Handel ist, daß der Marktanteil der Betriebswirtschaften, die sich der Integrationsformen bei ihrer Leistungserstellung bedienen, in stetem Wachstum begriffen ist auf Kosten des freien Einzelhandels. Die Anzahl der Betriebswirtschaften des Nahrungs- und Genußmitteleinzelhandels, die nicht an einer der aufgezählten Integrationsformen beteiligt sind, ist demgemäß in stetem Abnehmen. Es hat sich in diesem Jahrhundert im Nahrungs- und Genußmittelhandel im Leistungswettbewerb der Betriebswirtschaften eine natürliche Auslese durch das Abstoßen unrentabler und das Weiterentwickeln der kostengünstigsten Vertriebswege vollzogen, die sich in Richtung einer Optimallösung auswirkt.³²⁾

Für jeden einzelnen Konsumenten, der in unserem Zusammenhang vor allem als Mitglied einer konsumgenossenschaftlichen Personenvereinigung gesehen wird, bedeutet dies, daß er sich heute einem außerordentlich vielgestaltigen und leistungsfähigen Einzelhandel der Nahrungs- und Genußmittelbranche gegenüber sieht, der unter einem scharfen Wettbewerbsdruck steht. Die Anwendung des im grundsätzlichen gleichen Verfahrens bei der Gestaltung der Vertriebswege durch die überwiegende Anzahl der Wettbewerber hat zur Folge, daß die Leistungsfähigkeit der Mehrzahl der konkurrierenden Betriebswirtschaften annähernd gleich ist. Für den Konsumenten liegen Möglichkeiten einer Verbesserung seines Realeinkommens in der unterschiedlichen Art der Mischkalkulation, die in dieser Branche üblich ist und zu Preisunterschieden führen kann. Weiter ist zu beachten, daß sich im Untersuchungszeitraum die Mitglieder der konsumgenossenschaftlichen Personenvereinigungen in ihrem Lebensstandard dem anderer Bevölkerungsschichten angenähert und diesen heute erreicht haben. Das Nominaleinkommen der Arbeiter ist im Verlauf der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung im Untersuchungszeitraum stetig angestiegen.³³⁾ Dies zeigt sich im konsumgenossenschaftlichen Wirtschaften in einem stetigen Ansteigen des Umsatzes pro Mitglied. Nicht zuletzt hierdurch wurde die Größenentwicklung der Konsumgenossenschaft beeinflußt. Damit verbunden ist eine stete Annäherung des Warensortiments, welches die konsumgenossenschaftlichen Betriebswirtschaften führen, an das nichtgenossenschaftlicher Einzelhandelsbetriebe. Heute ist diese Entwicklung so weit fortgeschritten, daß die Konsumgenossenschaften sich in der Zusammensetzung ihres Warensortiments nicht mehr von nichtge-

31) Nähere Angaben macht Hennemann, Horst, a. a. O., S. 128 f., 131 f.

32) Vgl. Seyffert, Rudolf, Wirtschaftslehre des Handels, Köln 1955, S. 330

33) Vgl. S. 63

nossenschaftlichen Einzelhandelsbetrieben unterscheiden. Das einzelne Mitglied einer konsumgenossenschaftlichen Personenvereinigung sieht sich demnach heute auf dem Markt in Nahrungs- und Genußmitteln einer Vielzahl konkurrierender Betriebswirtschaften gegenüber, die dasselbe Warensortiment anbieten und annähernd gleich leistungsfähig sind. Die konsumgenossenschaftlichen Betriebswirtschaften sind so heute nicht mehr in der Lage, bei jedem Umsatz, den sie mit Mitgliedern ihrer Personenvereinigungen tätigen, einen Vorteil an das Mitglied weiterzugeben. Das Mitglied der konsumgenossenschaftlichen Personenvereinigung findet nicht mehr in jedem Umsatzakt mit der genossenschaftlichen Betriebswirtschaft den Sinn seines Selbsthilfehandels bestätigt. Daraus folgt, entsprechend dem vorher Gesagten, ³⁴⁾ daß der Wille zur Selbsthilfe als wirksame Kraft in den konsumgenossenschaftlichen Personenvereinigungen heute stark abgeschwächt, wenn nicht erloschen sein muß.

Auch die Marktstellung der genossenschaftlichen Betriebswirtschaften, welche die Großhandelsfunktion auf dem Nahrungs- und Genußmittelmarkt ausüben, hat sich im Untersuchungszeitraum verändert. Den Trägern von Einzelhandelsbetrieben steht heute zur Durchführung von Integrationsbewegungen, die im Interesse ihrer Leistungsfähigkeit notwendig sind, nicht nur der Weg des genossenschaftlichen Wirtschaftens, sondern auch andere durch den Handel entwickelte, gleich leistungsfähige Verfahren zur Verfügung. Sie haben damit eine echte Selektionsmöglichkeit, die notwendig eine Abschwächung des Selbsthilfewillens in den genossenschaftlichen Personenvereinigungen zur Folge hat. Dies gilt vor allen Dingen dann, wenn der Träger eines Einzelhandelsbetriebes vor der Wahl steht, ob er Mitglied einer genossenschaftlichen Personenvereinigung werden oder sich einer Handelskette anschließen soll. Nach dem Erwerb der Mitgliedschaft bei einer genossenschaftlichen Personenvereinigung ist auf Grund des Charakters der Geschäftsbeziehung auf dieser Wirtschaftsstufe die Selektionsmöglichkeit des Mitglieds weitgehend eingeschränkt. Doch gilt weiterhin, daß der Selbsthilfewille in diesen genossenschaftlichen Personenvereinigungen heute nur abgeschwächt wirksam ist, denn auch hier bestätigt sich heute nicht mehr der Sinn des Handelns in Selbsthilfe in jedem Umsatz, den ein Mitglied der genossenschaftlichen Personenvereinigung mit seiner Betriebswirtschaft tätigt.

34) Vgl. S. 91

ab₂) Die Veränderung der Marktstellung der Einkaufsgenossenschaften des Hand-
werks

Die Lage der Handwerker im 19. Jahrhundert z. Zt. der Industrialisierung wurde bereits aufgezeigt.³⁵⁾ Die Ziele des genossenschaftlichen Wirtschaftens der Träger von Handwerksbetrieben waren ebenfalls bereits Gegenstand einer Untersuchung.³⁶⁾ Die genossenschaftlichen Betriebswirtschaften der Handwerker, deren Aufgabe die Beschaffung von Waren und Rohstoffen ist, sind auf der den Handwerksbetrieben vorgelagerten Handelsstufe tätig. Sie weisen eine außerordentliche Vielfalt auf infolge der Unterschiedlichkeit der Handwerksbetriebe, deren Träger sich zu genossenschaftlichen Personenvereinigungen zusammenschlossen. Es sind Einkaufsgenossenschaften der Bäcker, der Fleischer, der Bauhandwerker, der Friseure usw. zu unterscheiden.³⁷⁾ Diese Untersuchung soll auf die Einkaufsgenossenschaften des Bäckerhandwerks beschränkt werden, die deshalb zur repräsentativen Untersuchung besonders geeignet erscheinen, weil diese Gruppe die stärkste der Einkaufsgenossenschaften des Handwerks ist. Ihre Entwicklung zeigt folgende Tabelle.³⁸⁾

Jahr	Anzahl der berichtenden Genossenschaf- ten	Preisbereinigter Durchschnitts- umsatz pro Ge- nossenschaft in Tsd. DM	Durchschnittli- che Mitglieder- zahl pro Genos- senschaft	Gesamtzahl der angeschlosse- nen Handwerks- betriebe
1910	58	221	37	2.146
1913	82	299	43	3.516
1925	231	548	112	25.872
1929	250	632	107	26.750
1933	253	571	106	26.818
1950	139	728	141	19.599
1952	181	617	140	25.340
1954	179	858	166	29.714

Die Tabelle zeigt, daß der Umsatz pro genossenschaftlicher Betriebswirtschaft und die Mitgliederzahl pro genossenschaftliche Personenvereinigung im Unter-

35) Vgl. S. 33 ff.

36) Vgl. S. 76 f.

37) Näheres siehe in den Jahrbüchern des Deutschen Genossenschaftsverbandes, Schulze-Delitzsch e. V., Bonn (DGV)

38) Entnommen Hennemann Horst, a. a. O., S. 65

suchungszeitraum angestiegen sind. Die Betriebsgröße der genossenschaftlichen Betriebswirtschaften hat sich positiv verändert. Diese Größenentwicklung ist im Untersuchungszeitraum bedingt durch die parallele Entwicklung in der gesamten Wirtschaft und Voraussetzung einer befriedigenden Leistungsfähigkeit.³⁹⁾

Eine weitere Ursache dieser Entwicklung ist, daß die Struktur der Handwerksbetriebe selbst sich im Untersuchungszeitraum gewandelt hat. Die Zahl der Beschäftigten pro Handwerksbetrieb veränderte sich von 1,9 im Jahr 1895 auf 2,7 im Jahre 1931, 3,5 im Jahre 1949 und 4,5 im Jahre 1953. Die Zahl der Handwerksbetriebe ist im gleichen Zeitraum von 25 auf 21, 18,3 und 16,2 gesunken.⁴⁰⁾ Parallel geht eine Entwicklung zu zunehmender Kapitalintensität auch im Handwerksbetrieb. Als typisches Beispiel hierfür sei angeführt, daß sich die PS-Zahl der im Handwerksbetrieb verwendeten Maschinen von 1,5 im Jahre 1926 auf 3,7 im Jahre 1949 erhöht hat.⁴¹⁾ Das Sortiment der für den Handwerksbetrieb zu beschaffenden Waren hat sich ebenfalls außerordentlich erweitert, nicht zuletzt dadurch bedingt, daß eine große Zahl von Handwerksbetrieben neben der eigentlichen handwerklichen Tätigkeit auch Handelsfunktionen mit übernahm, wie dies z.B. auch im Bäckerhandwerk der Fall ist. In den aufgeführten Zahlen kommt auch zum Ausdruck, was im vorhergehenden bereits festgestellt wurde,⁴²⁾ daß sich im Untersuchungszeitraum die wirtschaftliche Lage der Handwerker positiv verändert hat. Kämpften die Mitglieder der genossenschaftlichen Personenvereinigungen der Handwerker im 19. Jahrhundert noch mit Hilfe des genossenschaftlichen Wirtschaftens um ihre Selbständigkeit, so kann davon heute in der Regel nicht mehr gesprochen werden. Allein daraus folgt, daß der Selbsthilfewille der Mitglieder der genossenschaftlichen Personenvereinigungen in seiner Intensität im Untersuchungszeitraum abgeschwächt wurde.⁴³⁾ Diesen Strukturveränderungen der Handwerksbetriebe haben die genossenschaftlichen Betriebswirtschaften Rechnung getragen. Sie paßten sich ihnen an durch eine stetige Erweiterung ihres Sortiments. Da das auf den Bedarf ihrer

39) Nähere Untersuchungen über die Größenentwicklung der genossenschaftlichen Betriebswirtschaften und deren Verursachung siehe Hennemann, Horst, a. a. O.

40) Vgl. Wernet, Wilhelm, Handwerkspolitik, Göttingen 1952, S. 21 f.
Röble, Karl, II, a. a. O., S. 15 f.

41) Vgl. Wernet, Wilhelm, a. a. O., S. 22

42) Vgl. S. 57

43) Vgl. S. 80

Mitglieder abgestimmte Sortiment dieser genossenschaftlichen Betriebswirtschaft in der Regel von keiner nichtgenossenschaftlichen Betriebswirtschaft geführt wird, stehen die genossenschaftlichen Betriebswirtschaften heute in Konkurrenz mit nichtgenossenschaftlichen Betriebswirtschaften verschiedener Art. Die Einkaufsgenossenschaften der Bäcker z. B. mit dem Mehlgroßhandel, Süßwarengroßhandel, Maschinenhandel etc. Daraus folgt, daß diese genossenschaftlichen Betriebswirtschaften vor allem durch die auf den Bedarf ihrer Mitglieder zugeschnittene Sortimentsgestaltung mit Nichtgenossenschaften in Wettbewerb treten. Um ihre Leistungsfähigkeit zu steigern und Möglichkeiten der Kostensenkung auszunützen, wurden auch von den Einkaufsgenossenschaften des Handwerks Integrationen auf dem Bereich der Produktion teilweise verwirklicht. Die Einkaufs- und Lieferungsgenossenschaft der Bäckerinnung München gliederte sich z. B. einen Mühlenbetrieb an.

Die genossenschaftlichen Betriebswirtschaften der Handwerker stehen heute entsprechend dem vorher Gesagten im Wettbewerb mit einer Vielzahl von nichtgenossenschaftlichen Betriebswirtschaften, die jeweils nur einen Teil des Sortiments der genossenschaftlichen Betriebswirtschaften auf dem Markt anbieten. Der Sinn des Handelns in Selbsthilfe der Mitglieder ihrer Personenvereinigungen findet sich demnach nicht mehr in jedem einzelnen Umsatz bestätigt, den ein Mitglied der genossenschaftlichen Personenvereinigung mit seiner Betriebswirtschaft tätigt, sondern im Gesamt seiner Umsatzbeziehungen zu der genossenschaftlichen Betriebswirtschaft. Der Wille zur Selbsthilfe wurde jedoch im Untersuchungszeitraum auch in diesen genossenschaftlichen Personenvereinigungen abgeschwächt. Dies wurde mitverursacht durch die Veränderung der wirtschaftlichen Lage der Handwerker selbst.

ab₃) Die Veränderung der Marktstellung der gewerblichen Kreditgenossenschaften

Die Gründe, die Handwerker, Händler und auch Bauern im 19. Jahrhundert veranlaßten, sich zu genossenschaftlichen Personenvereinigungen zusammenzuschließen, um die gewerblichen Kreditgenossenschaften aufzubauen, wurden bereits aufgezeigt.⁴⁴⁾ Ziel ihres genossenschaftlichen Wirtschaftens war, sich Möglichkeiten zur Erlangung eines Kredits zu schaffen, den sie zur Verbesserung der in ihren Betriebswirtschaften angewandten Produktionsmethoden benötigten. Das im Aufbau befindliche Bankwesen in Deutschland, die Deutsche Bank wurde 1870, die Dresdner Bank 1873 gegründet,⁴⁵⁾ vergab Kredite aus-

44) Vgl. S. 35 und S. 38

45) Näheres siehe Sombart, Werner, a. a. O., S. 171 ff.

schließlich an die sich im Aufbau befindende Industrie. Finmal aus Gründen der Rentabilität und zum anderen, weil die kleinen Gewerbetreibenden in der Regel nicht bankmäßige Sicherheiten stellen konnten.⁴⁶⁾ Die Aufgabe der gewerblichen Kreditgenossenschaften war es, diese Lücke in der Kreditversorgung der Wirtschaft zu schließen und dem mittelständischen Gewerbe und der Landwirtschaft Kreditquellen zu erschließen. Da in der Regel von den Mitgliedern der genossenschaftlichen Personenvereinigungen keine bankmäßigen Sicherheiten gestellt werden konnten, wurden die Kredite von den Kreditgenossenschaften als Personalkredite ausgereicht. "Als Personalkredit gilt ... ein formell kurzfristiger Kredit, für dessen Sicherheit in erster Linie die Person des Schuldners und in zweiter Hinsicht dessen Unternehmen entscheidend ist".⁴⁷⁾ Aufgabe der Kreditgenossenschaften war es also, eine Leistung zu erbringen, nämlich die Bereitstellung von Krediten für die mittelständische Wirtschaft, die keine anderen Institutionen im Wirtschaftsganzen erbrachten. Die Entwicklung der gewerblichen Kreditgenossenschaften in Deutschland zeigt die nachstehende Tabelle.⁴⁸⁾

Jahr	Anzahl der berichtenden Genossensch.	Mitglieder- zahl je Ge- nossenschaft	Bilanzsumme je Genossen- schaft in Tsd.	Kreditsumme je Genossenschaft am Jahresende in Mio
1864	454	297	107	43,7
1874	815	505	489	358,8
1884	879	514	603	456,3
1894	1047	487	596	539,9
1904	1234	493	966	964,2
1914	1481	534	1.459	1.664,5
1924	1061	811	359	304,0
1934	1201	515	1.259	1.094,9
1949	679	791	1.473	493,5
1952	690	827	2.733	1.112,7
1955	692	928	5.045	2.128,4

Hatten die gewerblichen Kreditgenossenschaften auf dem Markt der Beschaffung von Personalkrediten für mittelständische Gewerbetreibende und unter Einbezie-

46) Vgl. Kruse, Alfred, Der Mittelstandskredit, Jena 1941, S. 105

47) Kruse, Alfred, a. a. O., S. 151

48) Zusammengestellt aus Dülfer, Eberhard, a. a. O., Anhang Tabelle I, und Erläuterungen

nung der landwirtschaftlichen Kreditgenossenschaften auch für die Landwirtschaft eine Monopolstellung, oder anders ausgedrückt, konnten sich die Angehörigen dieser Wirtschaftskreise nur durch Selbsthilfeanstrengungen Kreditquellen erschließen, so änderte sich dies um die Jahrhundertwende, als auch die Sparkassen zur kurzfristigen Kreditgewährung an den Mittelstand übergingen. Die zu Beginn des 19. Jahrhunderts begründeten Sparkassen betrieben anfänglich nur das Geschäft der Entgegennahme und Verwaltung von Spargeldern. Ihr Aktivgeschäft war bestimmt durch die Verpflichtung, die Spargelder so sicher wie möglich anzulegen, diente jedoch nicht der Versorgung von bestimmten Bevölkerungsschichten oder Branchen mit Krediten. Sie nahmen weder Giroeinzahlungen an, noch gaben sie kurzfristige Buchkredite im eigentlichen Sinn.⁴⁸⁾ So waren 60 % des Kreditvolumens der Sparkassen um die Jahrhundertwende Hypothekarkredite und nur 3 % Personalkredite, während die gewerblichen Kreditgenossenschaften 40 % ihres Kreditvolumens in Form von Kontokorrentkrediten, 59 % gegen Vorschußwechsel, Schuldschein oder Diskonten und nur 1 % als Realkredite ausgereicht hatten.⁴⁹⁾ Als 1908 den Sparkassen die passive Scheckfähigkeit erteilt und ihnen 1909 durch Ministererlaß der Weg zum Depositen- und Kontokorrentverkehr geöffnet wurde, gingen sie zur Pflege des kurzfristigen Personalkredits aus den Mitteln des Giroverkehrs, die ihnen nun neben den Spargeldern zur Verfügung standen, über.⁵⁰⁾ Diesen Ereignissen voraus ging eine starke Konzentrationsbewegung im gesamten Bankensektor, wie auch in der übrigen Wirtschaft. Global betrachtet ergibt sich, daß die Großbanken von 1913 bis 1933 insgesamt 416 Bankinstitute in sich aufnahmen.⁵¹⁾ Zwei Drittel dieser Institute waren Privatbanken, 30 % Aktienbanken und der Rest genossenschaftliche Kreditinstitute. Das im Gefolge der Konzentration im Bankwesen auftretende Aufsaugen von Lokal- und Provinzbanken durch die Großbanken wirkte sich in einer Verschlechterung der Kreditversorgung der mittelständischen Wirtschaft aus, die auch zu den Kreditnehmern dieser Ban-

48) Vgl. Helferich, Hans, Die Kreditgenossenschaft in der deutschen Kreditwirtschaft, Stuttgart 1937, Seite 9

49) Wygodzinski, W., Das Genossenschaftswesen in Deutschland, Leipzig 1911, S. 134

50) Vgl. Hoffmann, Josef, Sparkassen und Girozentralen in Das deutsche Bankwesen, Wiesbaden 1951, S.73/75

51) Vgl. Stucken, Rudolf, Die Konzentrationsbewegung im deutschen Bankgewerbe und deren Gegenkräfte und die Tendenzen zur Dekonzentration und Spezialisierung in Untersuchung des Bankwesens 1933, 1. Teil, 2. Bd., S. 9

kengruppe gehört hatte. Es drohten in der mittelständischen Kreditversorgung Lücken im Gefolge der Konzentrations- und Expansionsbewegung zu entstehen, in deren Schließung nicht so sehr die Kreditgenossenschaften als vielmehr die Sparkassen in der Folge ein Betätigungsfeld fanden.⁵²⁾ Die Sparkassen traten damit, daß sie sich auch der Pflege des mittelständischen Personalkredits neben ihrem kommunalen und langfristigen Kreditgeschäft widmeten, als Konkurrenten neben die gewerblichen Kreditgenossenschaften. Das Konkurrenzverhältnis wurde dadurch verschärft, daß beide Bankentypen ortsgebunden waren. Die Entwicklung dieses Konkurrenzverhältnisses soll im Folgenden verdeutlicht werden, indem die kurzfristige Kreditgewährung der Sparkassen der der Kreditgenossenschaften, und zwar der gewerblichen und der ländlichen, gegenübergestellt wird.⁵³⁾ Am Gesamtbetrag der kurzfristigen Kredite aller Banken betrug der prozentuale Anteil

	der Sparkassen	aller Kreditgenossenschaften
im Jahr 1913	3,2 %	20,1 %
1929	10,6 %	13,1 %
1932	12,9 %	16,2 %
1950	15,3 %	8,2 %
1954	15,8 %	10,0 %

Die Sparkassen haben demnach heute in der Kreditversorgung der mittelständischen Wirtschaft die Kreditgenossenschaften in der Summe der von ihnen ausgereichten kurzfristigen Kredite überflügelt. Die folgenden Angaben über den prozentualen Anteil, den die Kreditgenossenschaften am Personalkreditgeschäft von Sparkassen und Kreditgenossenschaften zusammen hatten, verdeutlichen dies.⁵⁴⁾

1913	85 %	1950	38 %
1924	41 %	1954	48 %
1930	56 %		

52) Kruse, Alfred, a. a. O., S. 112

53) Vgl. Hennemann, Horst, a. a. O., S. 101

54) Vgl. Kruse, Alfred, a. a. O., S. 111, Jahrbuch des Deutschen Raiffeisen-Verbandes 1952, S. 25; 1954, S. 26; Jahresbericht des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes 1954, S. 18

Der Konkurrenzkampf zwischen Kreditgenossenschaften und Sparkassen wurde und wird vor allem ausgetragen als ein Kampf um Einlagen. Die Haftung ihres Gewährsträgers für die öffentlich-rechtlichen Sparkassen, welche die Verleihung des Status der Mündelsicherheit der bei ihnen angelegten Spargelder begründet, verschafft den Sparkassen in diesem Konkurrenzkampf einen Vorteil. Weiter wirkt sich heute besonders zugunsten der Sparkassen aus, daß Gelder der öffentlichen Hand bei ihnen eingelegt werden. So waren im Mai 1955 von 6,9 Mrd. DM Einlagen der öffentlichen Hand 64 % auf Konten der Sparkassen und Girozentralen angelegt, demgegenüber 2,4 % im kreditgenossenschaftlichen Sektor.⁵⁵⁾ In diesem Konkurrenzkampf versuchten die Sparkassen, die sich bereits sehr früh auf ein ausgezeichnet organisiertes Verbandswesen stützten,⁵⁶⁾ den Kreditgenossenschaften die Bezeichnung Sparkasse streitig zu machen. Am 30. November 1917 wurde eine Entscheidung zugunsten der Genossenschaftsbanken gefällt. Nicht zuletzt die Notwendigkeit der Vertretung der Interessen der Kreditgenossenschaften auf höchster Ebene beschleunigte den Aufbau einer einheitlichen zentralen Verbandsorganisation auch im kreditgenossenschaftlichen Bereich. Sehr zustatten kam den Sparkassen, daß sie sich bereits sehr früh einen ihre Marktstellung stärkenden klaren Aufbau ihres Kreditapparates in Einzelsparkassen, Girozentralen und die Deutsche Girozentrale geschaffen hatten.⁵⁷⁾ Zwischen 1909 und 1916 wurden die Girozentralen gegründet, 1918 das Zentralinstitut, die Deutsche Girozentrale. Mit Hilfe dieses Kreditapparates war ihnen die Durchführung des Geldausgleichs auf höchster Ebene unter Anschluß an die Geldmärkte möglich. Bankinstitute, die in einem eng umgrenzten Raum tätig sind, können den zur Führung eines Kreditgeschäfts erforderlichen Geldausgleich nicht ohne Teilnahme am Geldmarkt durchführen. Ist dem Einzelinstitut der Zugang zum Geldmarkt versperrt, da es die Voraussetzungen nicht erfüllt, die an ein am Geldmarkt tätiges Bankinstitut gestellt werden, so muß es entweder Anschluß an ein größeres Bankinstitut suchen oder sich mit mehreren gleichartigen Instituten zusammenschließen, um eine gemeinsame Geldzentrale aufzubauen.⁵⁸⁾ Die gewerblichen Kreditgenossenschaften beschränkten in der Lösung des ihnen gestellten Geldausgleichsprob-

55) Vgl. Monatsbericht der Bank Deutscher Länder vom Juli 1955, S. 40 ff.

56) Vgl. Hennemann, Horst, a. a. O., S. 104 f.

57) Vgl. Helferich, Hans, a. a. O., S. 10

58) Vgl. Kronenberger, Philipp, J., Theorie des genossenschaftlichen Geldausgleichs, Freiburg 1924, S. 57 ff.

Wuttig, Martin, Die Organisation des genossenschaftlichen Geldausgleichs, Jena 1914, S. 19

lems beide Wege. Das 1858 gegründete Central-Correspondenz-Bureau⁵⁹⁾ wurde 1865 durch die Soergelbank⁶⁰⁾ ersetzt, nach deren Liquidation ein Teil der gewerblichen Kreditgenossenschaften auf regionaler Ebene Zentralkassen bildete, die mit der 1895 gegründeten Preußischen Zentralgenossenschaftskasse zusammenarbeiteten,⁶¹⁾ und ein anderer mit der Genossenschaftsabteilung der Dresdner Bank, welche die Soergelbank aufgenommen hatte, in Geschäftsverkehr blieb. Dieser Dualismus im Aufbau des Kreditapparates der gewerblichen Kreditgenossenschaften wurde erst 1939 beseitigt durch die Auflösung der Genossenschaftsabteilungen der Dresdner Bank. Dann wurde auch der Aufbau des Kreditapparates der gewerblichen Kreditgenossenschaften einheitlich durchgeführt, so daß heute sämtliche gewerblichen Kreditgenossenschaften den fünf gewerblichen Zentralkassen angeschlossen sind, die ihrerseits mit der Deutschen Genossenschaftskasse zusammenarbeiten. Damit haben sich die gewerblichen Genossenschaften einen Kreditapparat geschaffen, der dem der Sparkassen gleichwertig ist. Den Konkurrenzkampf zwischen Sparkassen und gewerblichen Kreditgenossenschaften beeinflußt heute ein anderer, bisher unberücksichtigt gelassener Faktor in besonderem Maße. In anderem Zusammenhang wurde auf die Veränderung der Struktur der Handwerksbetriebe im Untersuchungszeitraum bereits hingewiesen.⁶²⁾ Aber auch die Struktur der Einzelhandelsbetriebe hat sich im Untersuchungszeitraum verändert, verursacht durch die erhöhten Anforderungen, die die Konsumenten stellen. Sie zwingen den Einzelhändler zur Veränderung und Erweiterung seines Sortiments, zur Änderung der inneren und äußeren Gestaltung der Läden und zur Durchführung einer modernen Werbung. Dies schlägt sich nieder in einem erhöhten Kapitalbedarf dieser Betriebswirtschaften, dasselbe gilt für das Handwerk, und wenn die Finanzierung nicht aus eigenen Mitteln möglich ist, in einer Erhöhung des langfristigen Kreditbedarfs. Während die Sparkassen, die traditionsgemäß das langfristige Kreditgeschäft pflegen, diesem Kreditbedarf Rechnung tragen, sehen sich die gewerblichen Kreditgenossenschaften, die das formell kurzfristige Personalkreditgeschäft traditionsgemäß pflegen, hier vor Aufgaben gestellt, denen sie bis heute trotz der gemachten Anstrengungen nicht gerecht werden konnten.

59) Näheres siehe Schulze-Delitzsch, Hermann, Die Entwicklung des Genossenschaftswesens in Deutschland, Auszug aus Blätter für Genossenschaftswesen, Berlin 1870, S. 130

60) Näheres siehe Schulze-Delitzsch, Hermann, I a. a. O., S. 208 ff.
ders., Schriften und Reden, Berlin 1909, Bd. 1, S. 529 ff.

61) Näheres siehe Hillringhaus, a. a. O.,
Schmidt, Georg, W., a. a. O.

62) Vgl. S. 100

Die Marktstellung der gewerblichen Kreditgenossenschaften heute kann zusammenfassend dadurch gekennzeichnet werden, daß sie sich bei Vorliegen eines starken, unbefriedigten langfristigen Kreditbedarfs der Mitglieder ihrer Personenvereinigungen gestützt auf ihre Zentralkassen in Konkurrenz den Sparkassen gegenüber sehen, die sich ebenfalls die Kreditversorgung der mittelständischen Wirtschaft im Untersuchungszeitraum zur Aufgabe gemacht haben. Durch das Auftreten der Sparkassen auf dem Markt, auf dem auch die gewerblichen Kreditgenossenschaften tätig waren und sind, mußte notwendig der Wille zur Selbsthilfe in den genossenschaftlichen Personenvereinigungen abgeschwächt werden. Jedoch ist auch heute noch ein Selbsthelfewille in den kreditgenossenschaftlichen Personenvereinigungen wirksam, da trotz der Anstrengungen bei der Bankengruppen immer noch ein unbefriedigter langfristiger Kreditbedarf in der mittelständischen Wirtschaft vorhanden ist. Stellt eine gewerbliche Kreditgenossenschaft einem Mitglied ihrer Personenvereinigung einen Kredit, vor allem längerer Laufzeit, zur Verfügung, den es nicht bei der Sparkasse erhalten konnte, dann findet sein Handeln in Selbsthilfe die Bestätigung seines Sinns.

ab₄) Die Veränderung der Marktstellung der landwirtschaftlichen genossenschaftlichen Betriebswirtschaften

Die Ursachen der Gründung der ersten landwirtschaftlichen genossenschaftlichen Betriebswirtschaften und ihre Ziele wurden bereits ausgeführt.⁶³⁾ Sie hatten die Aufgabe, den häufig notleidenden Kleinbauern, deren landwirtschaftlicher Betrieb ausschließlich zur Deckung des Bedarfs der Kleinbauernfamilie bewirtschaftet wurde, dann Kredit zu verschaffen, in der Regel Warenkredite, wenn die erwirtschafteten Ernteerträge nicht zur Deckung des Bedarfs der Kleinbauernfamilie ausreichten. Mit der Industrialisierung Deutschlands in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts und der Hand in Hand damit gehenden stetig sich entfaltenden Arbeitsteilung und Ausweitung der Märkte, wurde auch die Landwirtschaft in zunehmendem Maße in den Bereich des durch Preise und Kosten gesteuerten Marktgeschehens miteinbezogen. Im Verlauf dieser Entwicklung vollzog sich ein innerer Gesundungsprozeß der deutschen Landwirtschaft; Kleinbauern, deren Hof nicht ausreichte, ihre Familie zu ernähren, gaben ihren Hof auf und wanderten in die Industrie ab.⁶⁴⁾ Dies fand seinen Niederschlag in einer stetigen Abnahme der Zahl der landwirtschaftlichen Betriebswirtschaften und einem Ansteigen der Betriebsgrößen. Diese Entwicklung hält

63) Vgl. S. 22 ff.; 27 ff.

64) Vgl. S. 48

bis heute an. Von 1949 bis 1958 nahm die Zahl der landwirtschaftlichen Betriebe in der Bundesrepublik um 166 000 ab, wobei einer Abnahme von 191 300 in den Betriebsgrößenklassen bis 10 ha eine Zunahme von 25 300 in den Größenklassen darüber gegenübersteht.⁶⁵⁾ Mit der Entwicklung einer arbeitsteiligen Volkswirtschaft in Deutschland wird auch der landwirtschaftliche Betrieb von der Bedarfsdeckungswirtschaft in zunehmendem Maße zur spezialisierten, für den Markt produzierenden Betriebswirtschaft.⁶⁶⁾ Parallel hiermit geht ein stetiges Anwachsen der von der landwirtschaftlichen Betriebswirtschaft zugekauften Menge von Gütern und Dienstleistungen. Die landwirtschaftliche Betriebswirtschaft wird in den Bereich des Marktgeschehens miteinbezogen. Den genossenschaftlichen Betriebswirtschaften der Landwirtschaft erwachsen hierdurch neue Aufgaben im Untersuchungszeitraum. Sie erhalten die Aufgabe, die Verbindung der landwirtschaftlichen Betriebe mit ihren Bezugs- und Absatzmärkten herzustellen.

Die stetig steigende Einbeziehung der deutschen Landwirtschaft in das Marktgeschehen soll durch die folgenden Angaben verdeutlicht werden. In zunehmendem Maße fanden im Untersuchungszeitraum künstliche Düngemittel zur Steigerung der Ernteerträge bei gleicher Anbaufläche Verwendung. Je Hektar landwirtschaftlicher Nutzfläche wurden 1904/08 26, 1 kg Handelsdünger von der deutschen Landwirtschaft verbraucht, 1954/55 waren dies 128, 2 kg.⁶⁷⁾ Parallel mit der Entwicklung im Düngemittelbezug geht eine zunehmende Verwendung landwirtschaftlicher Maschinen zur Steigerung der Arbeitsproduktivität und besseren Ausnutzung des Bodens. Dies soll am Beispiel des Schleppereinsatzes verdeutlicht werden. Etwa 1925 wurden die ersten Schlepper in der deutschen Landwirtschaft eingesetzt, aber erst in den dreißiger Jahren nach ihrer technischen Weiterentwicklung konnten sie wirtschaftlich auch in Betrieben unter 100 ha Größe verwendet werden.⁶⁸⁾ 1938 hatte die deutsche Landwirtschaft einen Schlepperbestand von 30.000 Stück, 1956 sind dies bereits 540.000.⁶⁹⁾ Die zu-

65) Vgl. Grüner Bericht 1959

66) Vgl. S. 50

67) Vgl. Hennemann, Horst, a.a.O., S. 168

Jahrbuch des Deutschen Raiffeisenverbandes, 9. Jahrg. 1956,
Bonn 1957, S. 50 ff.

68) Vgl. Richter, Wolfgang, Schleppermarktforschung,
Diss., Münster 1953, S. 46

69) Vgl. Richter, Wolfgang, a.a.O., S. 47

Jahrbuch des Deutschen Raiffeisenverbandes, 9. Jahrg. 1956,
Bonn 1957, S. 54

nehmende Bedeutung des Bezugs nicht in der landwirtschaftlichen Betriebswirtschaft erstellter Güter ist hiernit verdeutlicht. Parallel mit dem Ansteigen des Bezugs der aus dem Markt genommenen Gütermengen geht eine zunehmende marktliche Verwertung der in den landwirtschaftlichen Betrieben erstellten Leistungen, was im wesentlichen ermöglicht wird durch die Steigerung der tierischen und pflanzlichen Erträge in der Landwirtschaft, die durch die Anwendung neuer Produktionsmethoden in der Landwirtschaft erreicht wird. Um dies zu verdeutlichen, soll die Entwicklung der Ernteergebnisse von Getreide je ha Fläche im Gebiet der Bundesrepublik wiedergegeben werden.⁷⁰⁾

Jahr	Ertrag pro ha in dz	Jahr	Ertrag pro ha in dz
1890/94	12, 2	1935/38	20, 4
1910/14	19, 0	1950	23, 2
1926/28	19, 4	1954	26, 4

Der Absatz der in der landwirtschaftlichen Betriebswirtschaft erstellten Leistungen, sowie der Bezug von Gütern auf über den Lokalmarkt hinaus ausgeweiteten Märkten stellte im besonderen die Träger kleiner und mittlerer landwirtschaftlicher Betriebe vor Aufgaben, denen sie nicht gewachsen waren. Dies betrifft bei der Betriebsgrößenstruktur der Landwirtschaft in der Bundesrepublik, in der 89, 2 % der landwirtschaftlichen Betriebe bis zu 15 ha landwirtschaftliche Nutzfläche bewirtschaften,⁷¹⁾ die überwiegende Mehrzahl der Träger landwirtschaftlicher Betriebe. Sie gliedern die Marktfunktionen deshalb auf ihre genossenschaftlichen Betriebswirtschaften aus. Waren die genossenschaftlichen Betriebswirtschaften im 19. Jahrhundert in dem durch das Dorf ganze begrenzten Raum tätig gewesen, so waren sie nun auf einem weit über die lokalen Grenzen hinaus ausgeweiteten Markt mit der Aufgabe der Beschaffung und Verwertung landwirtschaftlicher Bedarfsgegenstände und Produkte betraut. So spiegeln die genossenschaftlichen Betriebswirtschaften in ihrer Entwicklung die aufgezeigten Veränderungen der Landwirtschaft wieder. Es soll dies am Beispiel der ländlichen Bezugs- und Absatzgenossenschaften dargestellt werden, die neben den Raiffeisenkassen, den Universalgenossenschaften der Landwirtschaft im Wa-

70) Vgl. Statistisches Jahrbuch 1955, S. 139, 1952, S. 119

Hennemann, Horst, a.a.O., S. 165

71) Vgl. Statistik der Bundesrepublik Deutschland, Bd. 21, Heft 2, Größen- und Besitzverhältnisse der land- und forstwirtschaftlichen Betriebe, Stuttgart 1952, S. 9 ff.

rengeschäft tätig sind. Heute arbeiten 2.410 Bezugs- und Absatzgenossenschaften und 8.829 Spar- und Darlehenskassen im landwirtschaftlichen Warengeschäft.⁷²⁾ Die Entwicklung der ländlichen Bezugs- und Absatzgenossenschaft gibt folgende Tabelle wieder.⁷³⁾

Jahr	Anzahl der berichtenden Genossenschaf- ten	Durchschnittl. Umsatz pro Genossensch. in dz	Durchschnitt. Mitgliederzahl je Genossensch.	Durchschnittl. Umsatz pro Mitglied in dz
1895	635	4.696	77	64
1900	1.112	5.865	97	60
1905	1.815	9.117	101	90
1913	2.168	16.448	121	135
1925	3.553	13.550	131	103
1929	3.468	26.831	134	201
1933	3.098	28.052	129	216
1950	2.670	24.031	138	171
1952	2.607	24.508	142	187
1954	2.548	37.031	144	257

Wie in den bereits aufgezeigten Bereichen genossenschaftlichen Wirtschaftens führten auch die landwirtschaftlichen genossenschaftlichen Betriebswirtschaften Integrationen auf ihnen vorgelagerte Wirtschaftsstufen durch, um die ihnen gestellten Aufgaben kostengünstiger lösen zu können. Die im Warengeschäft tätigen Bezugs- und Absatzgenossenschaften und Spar- und Darlehenskassen, deren Haupthandelsgegenstände Getreide, Kartoffeln, Düngemittel, Futtermittel, Saatgut und Maschinen sind, errichteten auf der ihnen vorgelagerten Großhandelsstufe 13 Hauptgenossenschaften. Diese stehen mit den auf Bundesebene zum Warenbezug und Absatz errichteten Zentralen, der Deutschen Raiffeisenwarenzentrale GmbH Frankfurt und der Raiffeisen-Saatenimport GmbH Hamburg in Geschäftsverbindung.⁷⁴⁾ Gestützt auf diese Organisation bauten die im Waren-

72) Vgl. Jahrbuch des Deutschen Raiffeisenverbandes, 9. Jahrg. 1956,
Bonn 1957, S. 46

73) Vgl. Hennemann, Horst, a.a.O., S. 68
Jahrbuch des Deutschen Raiffeisenverbandes, 9. Jahrg. 1956,
Bonn 1957, S. 46/47

74) Vgl. Jahrbuch des Deutschen Raiffeisenverbandes, 9. Jahrg. 1956,
Bonn 1957, S. 46

geschäft tätigen landwirtschaftlichen genossenschaftlichen Betriebswirtschaften eine Fülle von Einrichtungen auf, die im landwirtschaftlichen Warengeschäft erforderlich sind, wie Lagerhäuser, Getreidetrocknungsanlagen, Kartoffelwaschanlagen, Saatzuchtbetriebe, Maschinenreparaturwerkstätten usw. und erweitern damit ihren Funktionsbereich. Auch diese Funktionserweiterungen der genossenschaftlichen Betriebswirtschaften entstanden, ebenso wie die im konsumgenossenschaftlichen Bereich, nicht primär aus dem Willen der Mitglieder der Personenvereinigungen, sondern vielmehr auf Grund der Eigeninitiative der leitenden Organe der genossenschaftlichen Betriebswirtschaft.

Parallel der Entwicklung des landwirtschaftlichen Betriebes von der Bedarfsdeckungswirtschaft zu der in den Bereich des Marktes miteinbezogenen Betriebswirtschaft, die dem Markt eine stetig steigende Zahl von Waren entnimmt und umgekehrt eine stets wachsende Menge landwirtschaftlicher Erzeugnisse an ihn weitergibt, wächst die Zahl der nichtgenossenschaftlichen Betriebswirtschaften, die in Konkurrenz mit den genossenschaftlichen Betriebswirtschaften ihre Leistungen den Bauern anbieten. Erweitert einmal der Landhandel seinen Funktionsbereich im Untersuchungszeitraum ebenso wie die genossenschaftlichen Betriebswirtschaften, so treten zum anderen mit den Produktionsbetrieben landwirtschaftlicher Maschinen und dem Großhandel und den landwirtschaftliche Erzeugnisse verarbeitenden Betriebswirtschaften neue nichtgenossenschaftliche Betriebswirtschaften als Konkurrenten im Dorf auf. Notwendig muß dadurch der Wille zur Selbsthilfe in den genossenschaftlichen Personenvereinigungen abgeschwächt werden.

Die im Vorhergehenden aufgezeigten Strukturveränderungen der landwirtschaftlichen Betriebe wirkten sich auch auf die landwirtschaftlichen Kreditgenossenschaften aus. Sie sahen sich mit der zunehmenden Verwendung von nichtlandwirtschaftlichen Produkten in den landwirtschaftlichen Betrieben einem steigenden Kreditbedarf der Mitglieder ihrer Personenvereinigungen gegenüber. Dies spiegelt sich in der auf Seite 112 aufgeführten Tabelle wieder, welche die Entwicklung der landwirtschaftlichen Kreditgenossenschaften aufzeigt.⁷⁵⁾

75) Vgl. Hennemann, Horst, a. a. O., S. 74

Jahrbuch des Deutschen Raiffeisenverbandes, 9. Jahrg. 1956,
Bonn 1957, S. 100 f.

Jahr	Zahl der berich- tenden Genossen- schaften	Durchschnittl. Bi- lanzsumme je Ge- nossenschaft in Tsd. M/RM/DM	Durchschnittl. Mit- gliederzahl je Ge- nossenschaft
1896	1.785	65	85
1905	10.999	116	87
1913	15.830	184	100
1925	18.445	55	104
1929	18.826	134	112
1933	17.959	142	107
1950	11.216	159	140
1952	11.157	225	145
1954	11.001	358	150
1956	10.917	453	158

Für die Marktstellung der Spar- und Darlehenskassen im Kreditgeschäft gilt grundsätzlich dasselbe, wie es bereits im Vorhergehenden bei der Analyse der Veränderung der Marktstellung der gewerblichen Kreditgenossenschaften aufgezeigt wurde. Einschränkung ist festzustellen, daß sich der örtliche Geschäftskreis der Sparkassen in zahlreichen Fällen nicht mit dem der Spar- und Darlehenskassen überschneidet, da das Filialnetz der Sparkassen nicht so weit aufs flache Land hinaus vorgedrungen ist, wie es die Spar- und Darlehenskassen aufgebaut von den Mitgliedern ihrer Personenvereinigungen sind. Aus diesem Grund weist die Konkurrenzstellung der landwirtschaftlichen Kreditgenossenschaften zu den Sparkassen nicht die Schärfe auf, wie es im Verhältnis der gewerblichen Kreditgenossenschaften zu den letzteren der Fall ist.

Vergleicht man die heutige Marktstellung der landwirtschaftlichen genossenschaftlichen Betriebswirtschaften mit der aller übrigen genossenschaftlichen Betriebswirtschaften, so ist festzustellen, daß die der landwirtschaftlichen Genossenschaften die stärkste geblieben ist. Dies beruht einmal darauf, daß keine gleichwertige und gleich leistungsfähige Konkurrenzorganisation im landwirtschaftlichen Bereich im Untersuchungszeitraum aufgebaut wurde, zum anderen aber auch darauf, daß die irrationalen, in der Gemeinschaftsstruktur des Dorfes verwurzelten Faktoren, welche das genossenschaftliche Wirtschaften fördern, ⁷⁶⁾ in den landwirtschaftlichen genossenschaftlichen Personenvereinigungen am stärksten bewahrt geblieben sind. Das darf jedoch nicht darüber hinweg täuschen,

⁷⁶⁾ Vgl. S. 71

daß auch die Marktstellung der landwirtschaftlichen genossenschaftlichen Betriebswirtschaften sich im Untersuchungszeitraum gewandelt hat. Auch sie erbringen heute ihre Leistungen in Konkurrenz mit einer Vielzahl nichtgenossenschaftlicher Betriebswirtschaften, so daß auch sie nicht mehr in jedem Umsatzakt den Mitgliedern ihrer Personenvereinigung einen Vorteil weiterzugeben in der Lage sind, obwohl sie sich auf eine außerordentlich leistungsfähige Organisation stützen. Notwendig mußte dies zu einer Abschwächung der Intensität des in den genossenschaftlichen Personenvereinigungen wirksamen Willens zur Selbsthilfe führen, die auch durch die Verbesserung der wirtschaftlichen Lage der Bauern selbst begünstigt wurde.⁷⁷⁾

ab₅) Die Veränderung der Marktstellung der Wohnungsbaugenossenschaften

Bereits im Vorhergehenden wurde auf die ersten Gründungen von Wohnungsbaugenossenschaften eingegangen, ihre Ursachen und Ziele aufgezeigt.⁷⁸⁾ Die Lage auf dem Wohnungsmarkt vor dem 1. Weltkrieg war dadurch gekennzeichnet, daß 2 % des Gesamtwohnungsbestandes in Deutschland dauernd leer standen. Der Wohnungsmarkt dieser Zeit war ausschließlich bestimmt durch private Initiative. Ziel der Mitglieder der wohnungsbaugenossenschaftlichen Personenvereinigungen war es, an Stelle der teuren, schlechten und zu kleinen Wohnungen, die sie bewohnten, sich gute, preiswerte, rechtlich und wirtschaftlich gesicherte und wohnungsreformerisch einwandfreie Wohnungen zu schaffen. Sie erstellten neuartige Wohn- und Siedlungsanlagen eingebettet in Grünflächen und durchsetzt mit Gemeinschaftseinrichtungen der verschiedensten Art. Sie waren "Pioniere einer wohnungsreformerischen Gestaltung der Wohnungen und städtebaulichen Anlagen".⁷⁹⁾ Diese wohnungswirtschaftlichen Leistungen wurden in reiner Selbsthilfe unter Ablehnung jeglicher staatlichen Unterstützung erbracht.⁸⁰⁾

Die entscheidenden Veränderungen auf dem Wohnungsmarkt, die auch das genossenschaftliche Wirtschaften nachhaltig beeinflussten, traten während und nach dem 1. Weltkrieg ein, als die öffentliche Hand in zunehmendem Maße Einfluß auf die Wohnungswirtschaft zu nehmen begann.⁸¹⁾ Einschneidend für

77) Vgl. S. 80; S. 89/90

78) Vgl. S. 45 ff.

79) Vgl. Brecht, Julius, a. a. O., S. 84

80) Vgl. Joseph, Gustav, Die Weiterentwicklung der Wohnungsbaugenossenschaften in ZgGenW 1951, S. 104

81) Vgl. Brecht, Julius, a. a. O., S. 87

das genossenschaftliche Wirtschaften wirkte sich das öffentliche Vorgehen in der Wohnungsbauförderung, im besonderen der Wohnungsbaufinanzierung aus. Da einmal die private Kapitalversorgung der Wohnungswirtschaft unzureichend war, insbesondere nach der ersten Inflation, und zum anderen mit privaten Kapitalien, die zu Kapitalmarktzinssätzen aufgenommen werden mußten, bei gleichzeitiger Mietenregulierung durch öffentliche Stellen das Rentabilitäts-gleichgewicht zwischen Gestehungs- und Bewirtschaftungskosten auf der einen und den Mieterträgen auf der anderen Seite nicht gehalten werden konnte, mußten auch die genossenschaftlichen Betriebswirtschaften öffentliche Mittel in Anspruch nehmen. In der Folge geriet die genossenschaftliche Wohnungsversorgung in ihrer Wohnungserstellung und -bewirtschaftung immer mehr in Abhängigkeit von der Staatshilfe.⁸²⁾ "Ein vielmaschiges und eng verflochtenes System öffentlicher Finanzierungsmethoden, wechselnd von Jahr zu Jahr, wechselnd von Bauprogramm zu Bauprogramm, beherrschte damit die genossenschaftliche Tätigkeit in der Wohnungsversorgung".⁸²⁾ Nach dem zweiten Weltkrieg wurde unter dem Druck einer in Deutschland bisher unbekannten Wohnungsnot der staatliche Eingriff in die genossenschaftliche Wohnungswirtschaft weiter vertieft.⁸³⁾ Die Wohnungsbaugenossenschaften kamen in ihrer Struktur den gemeinnützigen Wohnungsunternehmen, die in der Zeit nach dem ersten Weltkrieg entstanden waren, immer näher. Trotz der verschiedenen Rechtsformen hat schließlich die gemeinsame Aufgabe die Wohnungsbaugenossenschaften und die gemeinnützigen Wohnungsbauunternehmen "zu einer Einheit zusammengefügt, die durch den Gesetzgeber, namentlich durch das Wohnungsgemeinnützigkeitsgesetz, gefördert, um nicht zu sagen erzwungen wurde".⁸⁴⁾ "So sind die Baugenossenschaften nicht wie andere Teile des Genossenschaftswesens in ihrer Organisation einheitlich nur genossenschaftlich zusammengeschlossen, sondern in dieser Organisation wird das Genossenschaftliche vom Wohnungswirtschaftlichen überlagert".⁸⁵⁾ Selbsthilfe und Selbstverwaltung sind in ihrer Gültigkeit in diesem Genossenschaftsbereich durch staatliche Einflußnahme, die heute auf dem Wohnungsmarkt erfolgen, abgewertet.⁸⁶⁾ Die Wohnungsbaugenossenschaften nehmen damit heute eine Sonderstellung unter der Gesamtheit der genossenschaftlichen Betriebswirtschaften ein, die außerhalb des dieser Arbeit gezogenen Rahmens liegt. Aus diesem Grund soll im folgenden nicht weiter auf sie eingegangen werden.

82) Brecht, Julius, a. a. O., S. 89 83) ders., a. a. O., S. 92 ff.

84) Vgl. Joseph, Gustav, a. a. O., S. 102

85) Brecht, Julius, Archiv für Genossenschaftswesen, Bd. 1, Heft 2, S. 44
zitiert aus Joseph, Gustav, a. a. O., S. 102

86) Vgl. S. 68 f.

ac) Die Veränderungen in der Umsatztätigkeit der genossenschaftlichen Betriebswirtschaften mit den Mitgliedern ihrer Personenvereinigungen

Im Vorhergehenden zeigten wir auf, daß die Mitglieder einer genossenschaftlichen Personenvereinigung nicht in Umsatzbeziehungen zu ihrer Betriebswirtschaft treten, weil sie sich kapital- oder risikomäßig mit ihr verbunden wissen.⁸⁷⁾ Vielmehr beruht die erste Grundbeziehung jedes Mitglieds einer genossenschaftlichen Personenvereinigung zu der genossenschaftlichen Betriebswirtschaft auf seinem Willen zur Selbsthilfe, der in der Inanspruchnahme der genossenschaftlichen Betriebswirtschaft seinen Sinn jeweils dadurch bestätigt erhalten muß, daß in jedem Umsatzakt, den ein Mitglied der Personenvereinigung mit seiner Betriebswirtschaft tätigt, dem Mitglied ein wirtschaftlicher Vorteil weitergegeben wird. Ist dies der Fall, dann ist der Wille zur Selbsthilfe im genossenschaftlichen Wirtschaften voll wirksam, und die Mitglieder der genossenschaftlichen Personenvereinigung nehmen ihre Betriebswirtschaft ausschließlich und regelmäßig in Anspruch.⁸⁸⁾ Ob ein wirtschaftlicher Vorteil den Mitgliedern der genossenschaftlichen Personenvereinigung in jedem Umsatzakt von ihrer Betriebswirtschaft weitergegeben werden kann, ist davon abhängig, daß dieselben Leistungen, welche die genossenschaftlichen Betriebswirtschaften ihren Mitgliedern anbieten, diesen nicht von nichtgenossenschaftlichen Betriebswirtschaften zu gleichen Bedingungen angeboten werden. Anders ausgedrückt ist die Erwirtschaftung eines Vorteils durch die genossenschaftliche Betriebswirtschaft für die Mitglieder ihrer Personenvereinigung nur möglich, wenn die genossenschaftliche Betriebswirtschaft nicht in Konkurrenz mit gleich leistungsfähigen nichtgenossenschaftlichen Betriebswirtschaften, die sich in Konkurrenz untereinander befinden, steht; sie ist abhängig von der Marktstellung der genossenschaftlichen Betriebswirtschaften.⁸⁹⁾

Im Vorhergehenden wurde die Veränderung der Marktstellung der Hauptarten genossenschaftlicher Betriebswirtschaften herausgearbeitet. Es ergab sich, daß die Marktstellung aller Arten genossenschaftlicher Betriebswirtschaften im Untersuchungszeitraum sich so veränderte, daß sie heute ihre Leistungen alle in schärferer Konkurrenz als in den Anfängen des genossenschaftlichen Wirtschaftens mit nichtgenossenschaftlichen Betriebswirtschaften den Mitgliedern ihrer Personenvereinigungen anbieten. Daraus folgt, daß der wirtschaftliche Vorteil, den die genossenschaftlichen Betriebswirtschaften in jedem Umsatzakt mit ihren

87) Vgl. S. 88 f.

88) Vgl. S. 89 ff.

89) Vgl. S. 90 ff.

Mitgliedern diesen weiterzugeben in der Lage sind, sich im Untersuchungszeitraum verringerte. Da die Intensität des in den genossenschaftlichen Personenvereinigungen wirksamen Willens zur Selbsthilfe unmittelbar gebunden ist an die Größe des durch das Handeln in genossenschaftlicher Selbsthilfe erreichbaren Vorteils,⁹⁰⁾ folgt daraus, daß die Intensität des Willens zur Selbsthilfe in den genossenschaftlichen Personenvereinigungen dadurch verursacht im Untersuchungszeitraum abgeschwächt wurde. Die Marktstellung der genossenschaftlichen Betriebswirtschaften hat sich jedoch im Untersuchungszeitraum bei ihren verschiedenen Arten unterschiedlich verändert. Während die konsumgenossenschaftlichen Betriebswirtschaften ihre Leistungen in Konkurrenz mit einer Vielzahl gleich leistungsfähiger nichtgenossenschaftlicher Betriebswirtschaften, die unter einem Wettbewerbsdruck stehen, ihren Mitgliedern anbieten, sehen sich die landwirtschaftlichen genossenschaftlichen Betriebswirtschaften einer Vielzahl von nichtgenossenschaftlichen Betriebswirtschaften gegenüber, die jeweils nur einen Teil der Leistungen anbieten, welche die genossenschaftlichen Betriebswirtschaften erstellen. Die Kreditgenossenschaften bieten zwar in Konkurrenz mit nichtgenossenschaftlichen Betriebswirtschaften ihre Leistungen an, jedoch bei einem noch unbefriedigten, vor allem langfristigen Kreditbedarf der Mitglieder ihrer Personenvereinigungen. Daraus folgt, daß die Größe des wirtschaftlichen Vorteils, den die genossenschaftlichen Betriebswirtschaften erwirtschaften und an die Mitglieder ihrer Personenvereinigungen in ihrer Umsatztätigkeit weitergeben können, sich bei den verschiedenen Arten genossenschaftlicher Betriebswirtschaften unterschiedlich vermindert hat. Entsprechend wurde der Wille zur Selbsthilfe in den genossenschaftlichen Personenvereinigungen der verschiedenen Arten genossenschaftlicher Betriebswirtschaften unterschiedlich stark in seiner Intensität abgeschwächt. Die in Konkurrenz mit einer Vielzahl annähernd gleich leistungsfähiger nichtgenossenschaftlicher Betriebswirtschaften stehenden konsumgenossenschaftlichen Betriebswirtschaften sind heute am wenigsten von allen Arten genossenschaftlicher Betriebswirtschaften in der Lage, in jedem Umsatz mit Mitgliedern Vorteile an sie weiterzugeben, entsprechend ist auch der Wille zur Selbsthilfe in den konsumgenossenschaftlichen Personenvereinigungen heute am stärksten abgeschwächt, wenn nicht erloschen.

Der Wille zur Selbsthilfe wurde im Untersuchungszeitraum in seiner Intensität weiter dadurch abgeschwächt, daß der durch das genossenschaftliche Wirtschaften erreichbare wirtschaftliche Vorteil mit der Verbesserung der wirtschaftlichen Lage der Mitglieder der genossenschaftlichen Personenvereinigungen an

90) Vgl. S. 90 f.

Gewichtigkeit für jedes Mitglied verlor. Dies gilt sowohl für das konsumgenossenschaftliche Wirtschaften als auch für das genossenschaftliche Wirtschaften der Handwerker, Händler und Bauern.⁹¹⁾

Auf die Umsatztätigkeit der genossenschaftlichen Betriebswirtschaften bezogen bedeutet dies, daß der Wille zur Selbsthilfe heute, da er nicht mehr in jedem Umsatzakt, den ein Mitglied der Personenvereinigung mit seiner Betriebswirtschaft tätigt, seinen Sinn bestätigt erhält, nicht mehr die Mitglieder der genossenschaftlichen Personenvereinigung in dem Maße wie dies noch im 19. Jahrhundert der Fall war, veranlaßt, ausschließlich die genossenschaftliche Betriebswirtschaft in Anspruch zu nehmen.

Bereits im Vorhergehenden wurde darauf hingewiesen, daß die in der gemeinschaftlichen Verbundenheit der Mitglieder der genossenschaftlichen Personenvereinigung verwurzelten Kräfte, wie die unbedingte Treue, die sich in diesem Zusammenhang als eine ausschließliche Inanspruchnahme der von der genossenschaftlichen Betriebswirtschaft erstellten Leistungen konkretisieren würde, im Untersuchungszeitraum mit der Abschwächung oder Auflösung der Gemeinschaftsstruktur der genossenschaftlichen Personenvereinigungen als wirksame Kräfte im genossenschaftlichen Wirtschaften zurücktreten.⁹²⁾

Daraus folgt, daß die für das genossenschaftliche Wirtschaften typischen Faktoren, die in der Umsatztätigkeit der genossenschaftlichen Betriebswirtschaften mit den Mitgliedern ihrer Personenvereinigung wirksam sind, im Untersuchungszeitraum in ihrer Wirksamkeit im genossenschaftlichen Wirtschaften abgeschwächt wurden. Bei den verschiedenen Arten genossenschaftlicher Betriebswirtschaften ist dies zwar generell, aber doch unterschiedlich stark der Fall. Im Extremfall reicht dies soweit, daß diese typisch genossenschaftlichen Faktoren aus dem genossenschaftlichen Wirtschaften der Konsumgenossenschaften so gut wie verschwunden sind.

Mit der Veränderung der Marktstellung der genossenschaftlichen Betriebswirtschaften verbunden ist die Größenentwicklung der genossenschaftlichen Betriebswirtschaften im Untersuchungszeitraum, wie dies bereits mehrfach ausgesprochen wurde. In dem Maße, in dem neben die genossenschaftlichen Betriebswirtschaften gleichartige nichtgenossenschaftliche Betriebswirtschaften treten, werden die genossenschaftlichen Betriebswirtschaften zu äußerster Rationalität in ihrer Leistungserstellung veranlaßt. Hierdurch wird ihre Größenentwicklung und der Aufbau straffer genossenschaftlicher Organisationen unter Einschaltung von Genossenschaftszentralen erzwungen. So unterscheiden sich heute die genossenschaftlichen Betriebswirtschaften in ihren Methoden der Leistungserstel-

91) Vgl. S. 80/81, 49/50, 60/63/67

92) Vgl. S. 69 ff.

lung und ihrem äußeren Aufbau nicht mehr von den mit ihnen konkurrierenden nichtgenossenschaftlichen Wirtschaftseinheiten.⁹³⁾ Auch für sie gilt, daß im Untersuchungszeitraum der Anteil der Fixkosten an den Gesamtkosten stetig ansteigt und sie zu einer Steigerung des Umsatzes im Interesse ihrer Leistungsfähigkeit zwingt. Gleichzeitig traten jedoch im Untersuchungszeitraum, wie soeben aufgezeigt, die auf eine Umsatztätigkeit mit ihren Mitgliedern hinwirkenden typisch genossenschaftlichen Faktoren in genossenschaftlichen Wirtschaften an Wirksamkeit zurück. Dies ist bei den verschiedenen Arten genossenschaftlicher Betriebswirtschaften unterschiedlich stark der Fall.

Daraus folgt, daß die genossenschaftlichen Betriebswirtschaften, wenn die Mitglieder ihrer Personenvereinigungen nicht mehr aus den dem genossenschaftlichen Wirtschaften eigenen Gründen ihre Betriebswirtschaften in Anspruch nehmen, im Interesse ihrer Umsatzentwicklung gezwungen sind, sich derselben Methoden und Maßnahmen zu bedienen, welche nichtgenossenschaftliche Betriebswirtschaften zur Steigerung ihres Umsatzes anwenden. In dem Maße, in dem die typisch genossenschaftlichen Faktoren ihre Kraft im Untersuchungszeitraum verloren, die Mitglieder der genossenschaftlichen Personenvereinigungen zur ausschließlichen und regelmäßigen Inanspruchnahme ihrer genossenschaftlichen Betriebswirtschaften zu veranlassen, nähert sich die Umsatzbeziehung der genossenschaftlichen Betriebswirtschaften mit den Mitgliedern ihrer Personenvereinigungen einer Marktbeziehung an, d. h. einer Beziehung, wie sie zwischen jeder nichtgenossenschaftlichen Betriebswirtschaft und ihren Kunden gegeben ist. Die genossenschaftlichen Betriebswirtschaften werden gleichzeitig gegenüber den Mitgliedern ihrer Personenvereinigungen zu einem Marktverhalten gezwungen.

In besonderem Maße kommt dies darin zum Ausdruck, daß die genossenschaftlichen Betriebswirtschaften im Untersuchungszeitraum in zunehmendem Maße auch ihren Mitgliedern gegenüber mit den Mitteln der modernen Werbung arbeiten.⁹⁴⁾ So setzen z. B. die konsumgenossenschaftlichen Betriebswirtschaften heute bereits sämtliche Werbemittel ein, als die Genossenschaftsart, bei welcher die Umsatzbeziehung der Mitglieder ihrer Personenvereinigung zu ihrer Betriebswirtschaft sich am stärksten einer Marktbeziehung angenähert hat.

Gleichzeitig mit dem Zurücktreten der typisch genossenschaftlichen Faktoren in der Umsatztätigkeit zwischen genossenschaftlichen Betriebswirtschaften und Personenvereinigungen, was zur Folge hat, daß die Mitglieder nicht mehr ausschließlich und regelmäßig ihre genossenschaftliche Betriebswirtschaft in An-

93) Vgl. Henzler, Reinhold, I a. a. O., Vorwort

94) Vgl. Henzler, Reinhold, I a. a. O., S. 82

spruch nehmen, sondern von der parallel sich bietenden Selektionsmöglichkeit auf dem ihnen vor- oder nachgelagerten Markt Gebrauch machen, verändern sich die Risiken, welche die genossenschaftliche Betriebswirtschaft zu tragen hat. Eine genossenschaftliche Betriebswirtschaft trägt dann kein Marktrisiko wie eine nichtgenossenschaftliche Betriebswirtschaft, wenn sie sich einer in Selbsthilfe handelnden Personenmehrheit gegenüber sieht, deren Bedarf ihr bekannt ist und die diesen Bedarf ausschließlich durch die Inanspruchnahme der von der genossenschaftlichen Betriebswirtschaft erstellten Leistungen deckt. Sie trägt parallel dem Zurücktreten der typisch genossenschaftlichen Faktoren im genossenschaftlichen Wirtschaften ebenfalls ein Marktrisiko, wie jede nichtgenossenschaftliche Betriebswirtschaft, die sich einem anonymen Markt gegenüber sieht.

Auch auf die genossenschaftliche Preispolitik, die genossenschaftliche Finanzierung und Gewinnverteilung mußten diese Veränderungen der Intensität des in den genossenschaftlichen Personenvereinigungen wirksamen Selbsthilfewillens Einfluß nehmen, wie im folgenden zu zeigen sein wird.

Nach wie vor ist jeder Umsatz, den eine genossenschaftliche Betriebswirtschaft mit den Wirtschaftseinheiten der Mitglieder ihrer Personenvereinigung tätigt, ein Umsatz innerhalb des Integrationsbereiches, den die genossenschaftliche Betriebswirtschaft mit den Wirtschaftseinheiten der Mitglieder ihrer Personenvereinigungen bildet. Aber die Intensität der Umsatzbeziehungen innerhalb dieses Integrationsbereiches wurde im Untersuchungszeitraum bei den verschiedenen Arten genossenschaftlicher Betriebswirtschaften zwar unterschiedlich stark, aber generell aufgelockert. Die erste Grundbeziehung der Mitglieder der genossenschaftlichen Personenvereinigungen zu ihrer Betriebswirtschaft hat sich tendenziell bei allen Arten genossenschaftlicher Betriebswirtschaften einer Marktbeziehung angenähert, bei bestimmten Arten den Charakter einer Marktbeziehung angenommen. Es wurde aufgezeigt, daß diese Veränderungen verursacht wurden durch eine Veränderung der Marktstellung der genossenschaftlichen Betriebswirtschaften. Neben sie traten im Untersuchungszeitraum annähernd gleich leistungsfähige nichtgenossenschaftliche Betriebswirtschaften, welche dieselben Leistungen wie die genossenschaftlichen Betriebswirtschaften unter Wettbewerbsdruck anbieten. Es sind also außerhalb des genossenschaftlichen Wirtschaftens liegende Faktoren, welche diese Veränderungen im genossenschaftlichen Wirtschaften hervorriefen.⁹⁵⁾

95) Vgl. Henzler, Reinhold, I a. a. O., S. 80

b) Der Umsatz der genossenschaftlichen Betriebswirtschaften mit Nichtmitglie-
dern

Das Nichtmitgliedergeschäft, der Umsatz genossenschaftlicher Betriebswirtschaften mit Personen, die nicht Mitglieder der genossenschaftlichen Personenvereinigung sind, ist ein in der genossenschaftlichen Literatur viel erörtertes Problem.⁹⁶⁾ Es soll als erstes festgelegt werden, was unter einem Nichtmitgliedergeschäft zu verstehen ist. Jede genossenschaftliche Betriebswirtschaft tritt in Geschäftsbeziehungen mit Personen, die nicht der genossenschaftlichen Personenvereinigung angehören, um die zur Leistungserstellung erforderlichen Gegengeschäfte abzuschließen. Z.B. wird eine Einkaufsgenossenschaft die Waren auf einem anonymen Markt beschaffen, die sie an die Mitglieder ihrer Personenvereinigung weitergibt. Selbstverständlich bedeutet die Durchführung von Gegengeschäften nicht die Realisierung eines Nichtmitgliederumsatzes. Dasselbe gilt von sog. Hilfsgeschäften, wie Ankauf von Büromaterial usw., die zur Durchführung der der genossenschaftlichen Betriebswirtschaft gestellten Aufgabe erforderlich sind. Nachdem diese beiden Arten von Geschäften der genossenschaftlichen Betriebswirtschaft nicht als Nichtmitgliedergeschäfte im hier verstandenen Sinn angesprochen werden können, verbleiben ausschließlich die Geschäfte, welche der genossenschaftlichen Betriebswirtschaft zu tätigen durch die Mitglieder ihrer Personenvereinigung aufgetragen wurde, die im Steuerrecht als Zweckgeschäfte bezeichnet werden. Zweckgeschäfte können mit Nichtmitgliedern dann abgewickelt werden, wenn eine Notlage dazu zwingt, z.B. wenn Ware dem Verderb ausgesetzt wäre. Derartige Notgeschäfte sollen hier ebenfalls nicht als Nichtmitgliedergeschäfte verstanden werden. Unter

-
- 96) Vgl. Wirth, Hermann, Die Genossenschaftsidee und ihre Gefährdung durch wesensfremde Geschäftsvorgänge, Diss., München 1954, S. 101 ff.
- Paulick, Heinz, I a. a. O., S. 129 ff,
Henzler, Reinhold, II a. a. O., S. 197 ff.
- Zur Reform des Genossenschaftsrechts Bonn 1956, S. 14
- ebd. Westermann, Harry: Zulässigkeit des ergänzenden Nichtmitgliedergeschäfts, S. 95 ff.
- ebd. Weippert, Georg, Die Zulässigkeit des ergänzenden Nichtmitgliedergeschäfts, S. 109 ff.
- ebd. Caemmerer, Ernst, Großgenossenschaften, S. 172 ff.
- ebd. Gabriel, Siegfried, L., Grundlagen einer Reform des Genossenschaftsrechts, S. 297 ff.
- Ohm, Hans, a. a. O., S. 79 ff.

Nichtmitgliedergeschäften werden vielmehr alle Zweckgeschäfte verstanden, die nicht Notgeschäfte sind.

Nichtmitgliedergeschäfte kann die genossenschaftliche Betriebswirtschaft tätigen, einmal aus eigenem Entschluß, zum anderen, weil sie durch staatliche Eingriffe dazu gezwungen ist, z. B. durch Marktordnungsmaßnahmen, wie sie im Molkereiwesen üblich sind. Grundsätzlich ist im GenG kein Verbot des Nichtmitgliedergeschäfts ausgesprochen, es sei denn, daß dies aus der Art der Geschäftstätigkeit der genossenschaftlichen Betriebswirtschaft sich ergibt, wie dies bei den Kreditgenossenschaften der Fall ist, die nach § 8, 2 GenG keine Kredite an Nichtmitglieder gewähren dürfen. Das in § 8, 4 GenG ausgesprochene Verbot des Abschlusses von Nichtmitgliedergeschäften durch konsumgenossenschaftliche Betriebswirtschaften wurde, wie bereits ausgeführt, aufgehoben.

Die genossenschaftliche Betriebswirtschaft ist in zweifacher Weise mit den Mitgliedern ihrer Personenvereinigung verbunden.⁹⁷⁾ Jeder Umsatz, den die genossenschaftliche Betriebswirtschaft mit ihren Mitgliedern tätigt, ist ein Umsatz innerhalb des Integrationsbereiches, den die genossenschaftliche Betriebswirtschaft mit den Wirtschaftseinheiten ihrer Mitglieder bildet⁹⁸⁾ und unterscheidet sich dadurch grundsätzlich von dem Umsatz, den eine nichtgenossenschaftliche Betriebswirtschaft mit ihren Kunden abwickelt. In dieser Umsatz-tätigkeit verwirklicht die genossenschaftliche Betriebswirtschaft den ihr erteilten Grundauftrag, die Mitglieder ihrer Personenvereinigung unmittelbar zu fördern, unter der Voraussetzung, daß nicht nachträglich eine Korrektur der berechneten Preise über die Gewinnverteilung erfolgt.

Tätigt eine genossenschaftliche Betriebswirtschaft auch mit Nichtmitgliedern Geschäfte, so sind die Nichtmitgliederumsätze gleichartig den Umsätzen, die eine nichtgenossenschaftliche Betriebswirtschaft mit ihren Kunden, die zu ihr in einer einfachen Beziehung stehen, abwickelt. Werden die Leistungen auch für Nichtmitglieder von der genossenschaftlichen Betriebswirtschaft zu den Bedingungen erbracht, die im Mitgliedergeschäft gültig sind, dann verwirklicht die genossenschaftliche Betriebswirtschaft das dem genossenschaftlichen Wirtschaften wesensfremde Gemeinnützigkeitsprinzip.⁹⁹⁾ Werden sie zu anderen Bedingungen, nämlich zu einem höheren Preis im Falle der Beschaffung, bzw. zu einem niedrigeren bei Verwertung durch die genossenschaftliche Betriebswirtschaft im Nichtmitgliedergeschäft erbracht, so entstehen in der genossenschaftlichen Betriebswirtschaft Gewinne bzw. Verluste als Resultat einer zwei-

97) Vgl. S. 10

98) Vgl. S. 88

99) Vgl. Ohm, Hans, a. a. O., S. 81

seitigen Marktverbundenheit, wie sie auch in der erwerbswirtschaftlich handelnden Betriebswirtschaft anfallen. Auch damit verläßt die genossenschaftliche Betriebswirtschaft den Boden genossenschaftlichen Wirtschaftens.

Ob eine genossenschaftliche Betriebswirtschaft sich bei Tätigkeit von Nichtmitgliederumsätzen in eine gemeinnützige bzw. erwerbswirtschaftliche Betriebswirtschaft verwandelt, ist davon abhängig, welches Ausmaß das Nichtmitgliedergeschäft der genossenschaftlichen Betriebswirtschaft im Vergleich zu ihrem Mitgliedergeschäft angenommen hat. Dienen Geschäfte mit Nichtmitgliedern der Gewinnung neuer Mitglieder, so sind sie als Ergänzungsgeschäfte zu betrachten, die nicht das Wesen des genossenschaftlichen Wirtschaftens verändern. Dem ist allerdings hinzuzufügen, daß ein Nichtmitgliedergeschäft, bei dem Nichtmitgliedern Leistungen zu denselben Bedingungen angeboten werden, wie den Mitgliedern der Personenvereinigungen, die Gewinnung neuer Mitglieder eher erschwert. Denn die Nichtmitglieder erhalten die wirtschaftlichen Vorteile durch die genossenschaftliche Betriebswirtschaft vermittelt, ohne daß sie Selbsthilfeanstrengungen auf sich zu nehmen haben.

Dies ist auch zu berücksichtigen bei der Betrachtung des konsumgenossenschaftlichen Nichtmitgliedergeschäfts.¹⁰⁰⁾ Betriebswirtschaftliche Gründe veranlaßten die Konsumgenossenschaften, auf die Beseitigung des § 8,4 GenG zu dringen. Ihre Umsatztätigkeit mit Nichtmitgliedern gestattet ihnen eine bessere Ausnutzung der vorhandenen Kapazitäten und damit eine Senkung der stark durch fixe Kosten in ihrer Höhe bestimmten Durchschnittskosten.¹⁰¹⁾ Die konsumgenossenschaftlichen Betriebswirtschaften geben den Anteil ihres Nichtmitgliederumsatzes am Gesamtumsatz mit rund 7 % an. Diese Zahl wird auf doppelte Weise ermittelt. Einmal haben die Verkäuferinnen in den Verteilungsstellen die strenge Anweisung, Kassenbons aus Nichtmitgliederumsätzen getrennt von Kassenbons aus Mitgliederumsätzen aufzustecken, die Exaktheit dieser Methode ist verständlicherweise sehr gering. Zum anderen dienen die bei Ausschüttung der Rückvergütung eingereichten Bons der Ermittlung der Höhe des Mitgliederumsatzes. Da Nichtmitglieder ihre Bons einer "Nachbarin", die Mitglied einer konsumgenossenschaftlichen Personenvereinigung ist, mitgeben können, dürfte auch diese Methode keinen exakten Weg zur Ermittlung der Höhe des Nichtmitgliederumsatzes darstellen. Den veröffentlichten Zahlen wird demnach einige Vorsicht entgegenzubringen sein. Zweifellos hat die Betätigung im Nichtmitgliedergeschäft die Beziehung der Mitglieder konsumgenossenschaftlicher Personenvereinigungen zu ihrer Betriebswirtschaft ebenfalls weiter einer Marktbeziehung angenähert. Dra-

100) Vgl. S. 1

101) Vgl. S. 118

heim hat bereits darauf hingewiesen,¹⁰²⁾ daß bei weiterer Ausdehnung des Nichtmitgliedergeschäfts und gleichzeitiger Abschwächung der Beziehungen der Mitglieder der Konsumgenossenschaftlichen Personenvereinigungen zu ihrer Betriebswirtschaft in zunehmendem Maße an die Stelle der genossenschaftlichen Personenvereinigung, in der der Wille zur Selbsthilfe zentrale Bedeutung hat, die anonyme Person des Kunden, des Verbrauchers tritt. In den Konsumgenossenschaften wird mehr und mehr das Genossenschaftliche durch das Verbraucherwirtschaftliche überlagert. Die Konsumgenossenschaften entwickeln sich in eine Richtung, in der sich die Wohnungsbaugenossenschaften unter dem Druck staatlicher Eingriffe bereits sehr weit fortentwickelt haben,¹⁰³⁾ sie zeigen in zunehmendem Maße gemeinwirtschaftliche Züge.

Daß das Nichtmitgliedergeschäft grundsätzlich ein Fremdkörper im genossenschaftlichen Wirtschaften ist, wurde damit aufgezeigt. Wir wenden uns im folgenden der zweiten Grundbeziehung der Mitglieder der genossenschaftlichen Personenvereinigungen zu ihren Betriebswirtschaften zu, den Fragen der Finanzierung der genossenschaftlichen Betriebswirtschaften.

3. Die Finanzierung der genossenschaftlichen Betriebswirtschaften und ihre Veränderung

Als erstes ist es erforderlich, den in der betriebswirtschaftlichen Literatur nicht einheitlich umrissenen Finanzierungsbegriff inhaltlich zu bestimmen. Für die hier verfolgten Zwecke soll der Inhalt dieses Begriffes, Prion folgend, auf die Vorgänge der Kapitalbeschaffung begrenzt werden im Gegensatz zu der Weite, in der Beckmann diesen Begriff definiert.¹⁰⁴⁾ Es wird demnach im folgenden über alle Maßnahmen und Einrichtungen, die der Kapitalbeschaffung für die genossenschaftliche Betriebswirtschaft dienen, zu sprechen sein.

Zur Erfüllung der ihr gestellten Aufgabe, die im Vorhergehenden näher umrissen wurde, bedarf die genossenschaftliche Betriebswirtschaft eines Leistungsapparates. Die Aufbringung der hierfür erforderlichen Mittel ist der Inhalt des genossenschaftlichen Finanzierungsproblems. Die genossenschaftliche Personenvereinigung hat dieses Finanzierungsproblem entsprechend dem Grundsatz der Selbsthilfe zu lösen. Unter Außerachtlassung des Falles, daß die Übernahme einer Haftungsverpflichtung durch die Mitglieder der genossenschaftlichen Personenvereinigung

102) Vgl. Draheim, Georg, I a. a. O., S. 149

103) Vgl. S. 113 f.

104) Vgl. Beckmann, Liesel, Die betriebswirtschaftliche Finanzierung, 2. Aufl., Stuttgart 1956, S. 27 f.

als Finanzierungsgrundlage für die Erfüllung der der genossenschaftlichen Betriebswirtschaft gestellten Aufgaben ausreicht, haben die Mitglieder der genossenschaftlichen Personenvereinigung das erforderliche Kapital der genossenschaftlichen Betriebswirtschaft zur Verfügung zu stellen und darüber hinaus, um eine Kreditbasis zu schaffen, für die Verbindlichkeiten der genossenschaftlichen Betriebswirtschaft beschränkt oder unbeschränkt zu haften. Wir wenden uns zuerst der Aufbringung des Kapitals der genossenschaftlichen Betriebswirtschaft durch die Mitglieder ihrer Personenvereinigung zu.

a) Geschäftsanteil und Geschäftsguthaben

Wie bereits ausgeführt,¹⁰⁵⁾ wird die Mitgliedschaft bei der Genossenschaft durch Mitunterzeichnung des Statuts im Falle der Neugründung bzw. durch Beitritt zu einer bestehenden Genossenschaft, Zulassung und Eintragung in die Liste der Genossen erworben. Mit dem Erwerb der Mitgliedschaft übernimmt das Mitglied der genossenschaftlichen Personenvereinigung auch alle mitgliederschaftlichen Pflichten, zu denen die Übernahme eines oder, wenn dies in der Satzung vorgesehen ist, mehrerer Geschäftsanteile gehört. Der Geschäftsanteil ist die Obergrenze des Betrags, mit dem sich jedes Mitglied der genossenschaftlichen Personenvereinigung bei Übernahme eines Geschäftsanteils an der genossenschaftlichen Betriebswirtschaft beteiligen kann. Auf diesen bei Erwerb der Mitgliedschaft übernommenen Geschäftsanteil hat das Mitglied entsprechend der Satzung Einzahlungen zu leisten. Die Summe dieser von jedem Mitglied geleisteten Einzahlungen auf den oder die Geschäftsanteile zuzüglich evt. Guthabens aus Überschuß- oder Gewinnanteilen, abzüglich evt. Verlustabbuchungen ergibt das Geschäftsguthaben jedes Mitglieds der genossenschaftlichen Personenvereinigung, bzw. das Kapital, das er der genossenschaftlichen Betriebswirtschaft zur Verfügung stellte. Die Summe aller Geschäftsguthaben ergibt das der genossenschaftlichen Betriebswirtschaft von ihrer Personenvereinigung zur Verfügung gestellte Beteiligungskapital.¹⁰⁶⁾ Unter der Voraussetzung, daß der genossenschaftlichen Betriebswirtschaft zur Finanzierung des erforderlichen Leistungsapparates ausschließlich die Summe der Geschäftsguthaben als Eigenkapital zur Verfügung steht, was bei einer neu gegründeten Genossenschaft der Fall ist, entscheidet über die Gesamtsumme des ihr zur Verfügung stehenden Beteiligungs- = Gesamtkapitals einmal die Zahl der Mitglieder der genossenschaftlichen Personenvereinigung und zum anderen die Höhe des von jedem

105) Vgl. S. 11

106) Vgl. Henzler, Reinhold, I a. a. O., S. 54 f.

Mitglied zu übernehmenden Geschäftsanteils und die Festsetzung der darauf zu leistenden Einzahlungen. Setzen wir die erste Größe als bekannt voraus, so entscheidet über die Höhe des zur Finanzierung des Leistungsapparates der genossenschaftlichen Betriebswirtschaft vorhandenen Kapitals die Höhe des Geschäftsanteils und die Festlegung der Einzahlungsverpflichtungen. Steht einmal in dem unbedingt zur Erfüllung der der genossenschaftlichen Betriebswirtschaft gestellten Aufgaben erforderlichen Aggregat ein die Höhe des Geschäftsanteils bestimmender Faktor fest, so ist ein zweiter gegeben, in der Fähigkeit der Mitglieder der genossenschaftlichen Personenvereinigung, Kapital aufzubringen. Die Leistungsfähigkeit des schwächsten Mitglieds der genossenschaftlichen Personenvereinigung wird in der Realität dabei entscheidendes Gewicht haben. Die Festlegung der Höhe des Geschäftsanteils und der Einzahlungsverpflichtungen, welche durch die Gesamtheit der genossenschaftlichen Personenvereinigung erfolgt, (§ 7, 1, 2 GenG), wird unter Berücksichtigung dieser beiden Größen erfolgen, so daß unter Einbeziehung aller Fremdkapitalquellen der Leistungsapparat der genossenschaftlichen Betriebswirtschaft im erforderlichen Umfang erstellt werden kann und andererseits die Leistungsfähigkeit der Mitglieder der genossenschaftlichen Personenvereinigung in Einklang steht mit der Höhe des übernommenen Geschäftsanteils und der Einzahlungsverpflichtungen. Es wurde im Vorhergehenden bereits darauf hingewiesen, daß vor allem in Notzeiten eine Neigung zu genossenschaftlichem Wirtschaften vorhanden ist. Dann ist selbstverständlich auch die Leistungsfähigkeit der Mitglieder der genossenschaftlichen Personenvereinigungen zur Aufbringung von Kapitalien geschwächt. Die Folge davon ist, daß häufig neu gegründete und junge genossenschaftliche Betriebswirtschaften in der Geschichte des Genossenschaftswesens unter einem starken Kapitalmangel zu leiden hatten. Hier kommt der von den Mitgliedern der genossenschaftlichen Personenvereinigungen übernommenen Haftungsverpflichtung erhöhte Bedeutung zu. Verbleiben wir zunächst bei der Höhe des Geschäftsanteils und der Einzahlungsverpflichtungen und den diese Daten bestimmenden Faktoren, die soeben aufgezeigt wurden. Im GenG findet sich mit Ausnahme der Bestimmung, daß bis zu einem Gesamtbetrag von mindestens einem Zehnteile des Geschäftsanteils die Einzahlungen nach Betrag und Zeit bestimmt sein müssen (§ 7, 1, 2 GenG), keine die Höhe des Geschäftsanteils oder die Einzahlungsverpflichtungen regelnde Bestimmung. Die Ursache dieser Zurückhaltung des Gesetzgebers ist darin zu suchen, daß die beiden Faktoren, welche die Höhe des Geschäftsanteils bestimmen, in jedem Einzelfall andere sind. Die Art des betrieblichen Leistungsapparates der genossenschaftlichen Betriebswirtschaft ist einmal bestimmt durch die Art der ihr zur Ausübung durch die Mitglieder der genossenschaftlichen

Personenvereinigung übertragenen Funktion bzw. Teilfunktion, sein Umfang durch die Anzahl der Mitglieder der genossenschaftlichen Personenvereinigung und ihre jeweilige Inanspruchnahme ihrer Betriebswirtschaft. Wie verschiedenartig diese Daten in jedem Einzelfall sind, wurde im Vorhergehenden deutlich, als eine Aufgliederung der Arten der genossenschaftlichen Betriebswirtschaften unter funktionalen Aspekten durchgeführt wurde. Die Fähigkeit der Mitglieder der Personenvereinigungen, Kapital aufzubringen und der genossenschaftlichen Betriebswirtschaft zur Verfügung zu stellen, ist ebenfalls je nach der wirtschaftlichen Tätigkeit der Mitglieder, sowie ihrer wirtschaftlichen Lage stark unterschiedlich. Aus diesen Überlegungen folgt, daß die Festlegung der Höhe des Geschäftsanteils und der darauf zu leistenden Einzahlungen generell für sämtliche Genossenschaften nicht möglich ist, sondern zweckmäßigerweise jeder genossenschaftlichen Personenvereinigung, die beide Faktoren, welche diese Festlegung beeinflussen, am besten zu beurteilen vermag, überlassen bleibt.¹⁰⁷⁾ Hinzu kommt, daß die Mitglieder der genossenschaftlichen Personenvereinigung auch das Risiko des genossenschaftlichen Wirtschaftens tragen.

Da die Eigenkapitalbasis der genossenschaftlichen Betriebswirtschaften vor allem in den ersten Jahren nach der Gründung einer Genossenschaft in Folge der in der Regel beschränkten Aufbringungsmöglichkeit von Beteiligungskapital durch die Mitglieder ihrer Personenvereinigungen sehr schmal ist, wie im Vorhergehenden aufgezeigt wurde, kommt den Möglichkeiten einer Erhöhung des Eigenkapitals, welche den genossenschaftlichen Betriebswirtschaften offenstehen, erhöhte Bedeutung zu. Wie bereits ausgeführt, sind in der Regel die von den Mitgliedern der Personenvereinigung übernommenen Geschäftsanteile bei der Errichtung der genossenschaftlichen Betriebswirtschaft nicht voll durch die Mitglieder infolge ihrer beschränkten Kapitalaufbringungsmöglichkeit einbezahlt. Erwirtschaftet die genossenschaftliche Betriebswirtschaft Gewinne, die zur Verteilung an die Mitglieder ihrer Personenvereinigung gelangen, so werden die pro Mitglied anfallenden Gewinnanteile dessen Geschäftsguthaben bis zur Erreichung der Höhe des Geschäftsanteils gutgeschrieben. Es findet in dieser Form eine sukzessive, uneigentliche Kapitalerhöhung¹⁰⁸⁾ statt, durch die einmal die Kapitalbasis der genossenschaftlichen Betriebswirtschaft stetig verbreitert werden

107) Vgl. Schröder, Georg, Die Kapitalgrundlage der Genossenschaft in
Zur Reform des Genossenschaftsrechts

1. Bd., Bonn 1956, S. 316

Loest, Johannes, Die Kapitalgrundlage der Genossenschaft
ebd., S. 367

108) Vgl. Beckmann, Liesel, a. a. O., S. 126

kann und zum anderen eine Förderung der Mitglieder der genossenschaftlichen Personenvereinigung erreicht wird, indem ihnen Gewinnanteile, die im Geschäftsverkehr mit ihnen durch die genossenschaftliche Betriebswirtschaft aus Finanzierungsgründen zurückbehalten wurden, in Form einer Erhöhung ihres Beteiligungskapitals gutgebracht werden.¹⁰⁹⁾ Aus diesem Grund wird mit zunehmendem Alter einer genossenschaftlichen Betriebswirtschaft ihre Eigenkapitalbasis, soweit sie aus Beteiligungskapital besteht, breiter. Ist die Mehrzahl der Geschäftsanteile der Mitglieder der genossenschaftlichen Personenvereinigung voll einbezahlt, so kann die genossenschaftliche Betriebswirtschaft ihre Beteiligungskapitalbasis nur erweitern, wenn Mitglieder der Personenvereinigung bereit sind, einen oder mehrere Geschäftsanteile zusätzlich zu übernehmen oder die Geschäftsanteilshöhe zu verändern. Ist einer derartigen Kapitalerhöhung einmal eine Grenze gezogen durch die Kapitalaufbringungsfähigkeit der Mitglieder der genossenschaftlichen Personenvereinigungen, so zum anderen durch ihre Kapitalaufbringungswilligkeit. Den Personenkreisen, die versuchen, durch genossenschaftliches Wirtschaften ihre wirtschaftliche Lage zu verbessern, ist die Anlage von Kapitalien zur Beteiligung an einer Betriebswirtschaft in der Regel fremd. Aus diesem Grund verbinden sie in der Regel mit der Anlage von Kapitalien in der genossenschaftlichen Betriebswirtschaft nicht ein Eigentümerdenken, obwohl die Mitglieder der genossenschaftlichen Personenvereinigung formalrechtlich Eigentümer der genossenschaftlichen Betriebswirtschaft sind. Dies ist um so weniger der Fall, je geringer der pro Mitglied entfallende, erforderliche Kapitaleinsatz und je größer die Differenz zwischen der Höhe des pro Mitglied entfallenden Beteiligungskapitalbetrages und dem Gesamtkapital der genossenschaftlichen Betriebswirtschaft ist. Das für die Kapitalhingabe durch die Mitglieder der genossenschaftlichen Personenvereinigung ausschlaggebende Motiv kann demnach nicht in dem Willen der Mitglieder, sich an einer anderen Betriebswirtschaft finanziell zu beteiligen, gesehen werden, im Gegensatz zu den Aktionären einer Aktiengesellschaft. Vielmehr ist der Wille zur Kapitalhergabe in den genossenschaftlichen Personenvereinigungen gebunden an die Intensität des von jedem Mitglied getragenen Willens zur genossenschaftlichen Selbsthilfe. Sie ist ihrerseits abhängig von der Größe und Wichtigkeit des durch das genossenschaftliche Wirtschaften erreichbaren Vorteils, wie dies im Vorhergehenden bereits aufgezeigt wurde.¹¹⁰⁾

109) Vgl. Schulze-Delitzsch, Hermann, (III) Vorschuß- und Kreditvereine als Volksbanken, Leipzig 1859, 2. Aufl., S. 6

110) Vgl. S. 89 f.

Die Veränderung der Marktstellung der genossenschaftlichen Betriebswirtschaften in dem vergangenen Jahrhundert genossenschaftlichen Wirtschaftens war im Vorhergehenden Gegenstand einer eingehenden Analyse. Damit in engstem Zusammenhang muß die Intensität des Willens zur Selbsthilfe und deren Veränderung gesehen werden, die auch ausschlaggebendes Motiv für die Kapitalhergabewilligkeit der Mitglieder der genossenschaftlichen Personenvereinigungen ist. Daraus folgt, daß heute die Erhöhung des Beteiligungskapitals der genossenschaftlichen Betriebswirtschaften in der Form einer Übernahme zusätzlicher Geschäftsanteile durch die Mitglieder der Personenvereinigungen oder deren allgemeine Erhöhung nicht in erster Linie an die Grenze der Kapitalaufbringungsfähigkeit der Mitglieder der Personenvereinigungen, sondern an die ihrer Kapitalaufbringungswilligkeit stößt. Dieser Tatbestand ist in unterschiedlichem Maße in den sich differenzierenden Genossenschaftsganzen wirksam. Hierzu gilt dasselbe, wie es bereits für die Annäherung der Umsatzbeziehung zwischen den genossenschaftlichen Betriebswirtschaften und den Mitgliedern ihrer Personenvereinigungen an eine Marktbeziehung festgestellt wurde.¹¹¹⁾

Eine weitere Möglichkeit der Verbreiterung ihrer Kapitalbasis ist den genossenschaftlichen Betriebswirtschaften gegeben in der Gewinnung neuer Mitglieder ihrer Personenvereinigung, also der Erhöhung der Gesamtzahl der Mitglieder und damit der Geschäftsanteile. Die Gewinnung neuer Mitglieder ist mit ein die Festlegung der Höhe des Geschäftsanteils bestimmender Faktor. Eine außerordentlich hohe Festsetzung der Höhe des Geschäftsanteils wird die Gewinnung neuer Mitglieder erschweren. In der Regel wird eine Kapitalerhöhung der genossenschaftlichen Betriebswirtschaft mittels der Übernahme zusätzlicher Geschäftsanteile durch die Mitglieder der Personenvereinigung aus diesem Grund der durch Erhöhung des Geschäftsanteils vorzuziehen sein.

Die nach Festlegung der Höhe des Geschäftsanteils und der Einzahlungsverpflichtungen durch die Mitglieder der genossenschaftlichen Personenvereinigungen angesammelten Geschäftsguthaben, die in ihrer Summe das der genossenschaftlichen Betriebswirtschaft unter Außerachtlassung anderer Eigenkapitalteile zur Verfügung stehende Eigenkapital bilden, sind von zwei Seiten her Schwankungen ausgesetzt. Einmal müssen Verluste, die nicht anderweitig abschreibbar sind, zu Lasten der Geschäftsguthaben der Mitglieder der genossenschaftlichen Personenvereinigungen gebucht werden, ebenso wie evtl. anfallende Gewinnanteile zur Aufstockung der Geschäftsguthaben bis zur Höhe des Geschäftsanteils Verwendung finden (§ 19, 1, 3 GenG). Führt das letztere zu einer Stär-

111) Vgl. S. 115 ff.

kung der Beteiligungskapitalbasis der genossenschaftlichen Betriebswirtschaft, so hat das erstere eine Verminderung des der genossenschaftlichen Betriebswirtschaft zur Verfügung stehenden Beteiligungskapitals zur Folge. Einer weit gefährlicheren und häufiger auftretenden Schwankung ist jedoch die Summe der Geschäftsguthaben aus einem anderen Grunde ausgesetzt. Der genossenschaftliche Zusammenschluß einer Personenmehrheit beruht nach einem Grundprinzip genossenschaftlichen Wirtschaftens auf Freiwilligkeit. Bedeutet dies einmal, daß jedermann freiwillig Mitglied einer genossenschaftlichen Personenvereinigung werden kann, so heißt es zum anderen, daß ebenso jedem Mitglied der genossenschaftlichen Personenvereinigung jederzeit die Aufkündigung seiner Mitgliedschaft möglich ist (§ 65 GenG).¹¹²⁾ Bringt der Neuerwerb der Mitgliedschaft einer bestehenden genossenschaftlichen Betriebswirtschaft auf Grund der daraus folgenden Verpflichtung zur Übernahme eines Geschäftsanteils und satzungsgemäßer Leistung der Einzahlungen eine Verstärkung ihrer Kapitalgrundlage, so führt die Aufkündigung der Mitgliedschaft durch ein Mitglied ihrer Personenvereinigung zu deren Schwächung. Dem Austretenden steht nach Auflösung seines Mitgliedschaftsverhältnisses ein Forderungsrecht gegen die Genossenschaft in Höhe seines Geschäftsguthabens zu, unter Außerachtlassung des Falles des § 73, 2, 2 GenG. Das Geschäftsguthaben ist dem Ausscheidenden binnen sechs Monaten nach dem Ausscheiden auszuführen. Dadurch wird erstens die Liquidität der genossenschaftlichen Betriebswirtschaft verschlechtert und zweitens das ihr zur Finanzierung ihres Leistungsapparates zur Verfügung gestellte Beteiligungskapital vermindert. Weiter wird hierdurch die Kreditwürdigkeit der genossenschaftlichen Betriebswirtschaft negativ beeinflusst. Ein Ausscheiden einer größeren Zahl von Mitgliedern aus der genossenschaftlichen Personenvereinigung kann so infolge des massierten Abzugs von Beteiligungskapitalteilen aus der genossenschaftlichen Betriebswirtschaft die Erhaltung der genossenschaftlichen Betriebswirtschaft gefährden. Gleichzeitig würden damit die verbleibenden Mitglieder der genossenschaftlichen Personenvereinigung und die Gläubiger der genossenschaftlichen Betriebswirtschaft einem Risiko besonderen Ausmaßes ausgesetzt sein. Diese Schwankungsmöglichkeit des Beteiligungskapitals, das die genossenschaftliche Personenvereinigung in Form der Geschäftsguthaben ihrer Betriebswirtschaft zur Verfügung stellt, verursacht das besondere, nur der genossenschaftlichen Betriebswirtschaft eigene Finanzierungsrisiko. Vergleichsweise sei darauf hingewiesen, daß das Grundkapital der Aktiengesellschaft, das ihr von ihren Aktionären zur Verfügung gestellt wurde, dem Zugriff der Anteilseigner entzogen ist und

112) Vgl. S. 11

einen fixen Kapitalstock darstellt. Diese Schwankungsmöglichkeit des der genossenschaftlichen Betriebswirtschaft zur Verfügung stehenden Beteiligungskapitals macht es im besonderen Maße erforderlich, der Bildung von Rücklagen in der genossenschaftlichen Betriebswirtschaft Aufmerksamkeit zu schenken, der wir uns nun zuwenden wollen.

b) Die Rücklagen der genossenschaftlichen Betriebswirtschaften

Als erstes sollen die Möglichkeiten aufgezeigt werden, welche der genossenschaftlichen Betriebswirtschaft bei der Bildung von Rücklagen offenstehen.

Der Erwerb der Mitgliedschaft kann von der Zahlung eines Beitrittsgeldes abhängig gemacht werden. Diese Erhebung von Beitrittsgeldern ist besonders bei genossenschaftlichen Betriebswirtschaften anzutreffen, die große Anlagewerte besitzen, wie z.B. Elektrizitätsgenossenschaften. Sie wird damit begründet, daß die neuen Mitglieder mit ihrem Eintritt Nutznießer der genossenschaftlichen Betriebswirtschaft werden, deren Eigenkapital, soweit es aus Rücklagen besteht, durch Verzicht der bisherigen Mitglieder der genossenschaftlichen Personenvereinigung auf Gewinnanteile gebildet wurde. Diese Beitrittsgelder werden den Rücklagen der genossenschaftlichen Betriebswirtschaft zugeführt.¹¹³⁾

Bestehen vertragliche Verpflichtungen der Mitglieder der genossenschaftlichen Personenvereinigung gegenüber ihrer Betriebswirtschaft, z.B. eine Lieferungs-pflicht, bei deren Verletzung eine Konventionalstrafe an die genossenschaftliche Betriebswirtschaft zu entrichten ist, so werden diese Strafgerlder ebenfalls den Rücklagen der genossenschaftlichen Betriebswirtschaft zugeführt.¹¹³⁾

Diese Möglichkeiten der Rücklagendotierung der genossenschaftlichen Betriebswirtschaft haben bei der Betrachtung der Gesamtzahl der sich vielfältig differenzierenden genossenschaftlichen Betriebswirtschaften nur eine untergeordnete Bedeutung gegenüber der allen genossenschaftlichen Betriebswirtschaften offenstehenden Möglichkeit der Rücklagenbildung aus Gewinnanteilen. Die Zuführung von Gewinnanteilen zu den Rücklagen der genossenschaftlichen Betriebswirtschaften bildet die Hauptquelle der genossenschaftlichen Rücklagenbildung, aus der auch die heute angereicherten Rücklagen der genossenschaftlichen Betriebswirtschaften zum weit überwiegenden Teil gespeist wurden.

Das im Vorhergehenden aufgezeigte typisch genossenschaftliche Finanzierungsrisiko ist es, das im besonderen Maße die genossenschaftlichen Betriebswirtschaften zur Bildung von Rücklagen zwingt. Die Rücklagen genossenschaftlicher Betriebswirtschaften haben nicht nur die Aufgabe, zum Ausgleich von Wertminde-

113) Vgl. Henzler, Reinhold, I a.a.O., S. 60

rungen und zur Deckung sonstiger Verluste zu dienen, sondern vor allem dem typisch genossenschaftlichen Finanzierungsrisiko entgegenzuwirken. Um dies zu erreichen, wurden die Rücklagen, im Gegensatz zu dem Beteiligungskapital, welches die Mitglieder der genossenschaftlichen Personenvereinigungen ihrer Betriebswirtschaft zur Verfügung stellten, durch den Gesetzgeber dem Zugriff der Mitglieder entzogen. Scheidet ein Mitglied aus der genossenschaftlichen Personenvereinigung aus, so hat es ein Forderungsrecht gegen die genossenschaftliche Betriebswirtschaft in Höhe seines Geschäftsguthabens,¹¹⁴⁾ nicht aber einen Anspruch auf Teile der Rücklagen der genossenschaftlichen Betriebswirtschaft. Den Schwankungen, denen das Beteiligungskapital der genossenschaftlichen Betriebswirtschaft infolge der Fluktuation des Mitgliederbestandes der genossenschaftlichen Personenvereinigung unterliegt, ist das in den Rücklagen angesammelte Eigenkapital der genossenschaftlichen Betriebswirtschaft entzogen. Es wird lediglich im Falle eines erforderlichen Verlustausgleichs gemindert. Die Rücklagen der genossenschaftlichen Betriebswirtschaft stellen damit einen starren Eigenkapitalblock dar, der das Risiko der Schwankungsmöglichkeit des Beteiligungskapitals abzumildern imstande ist und dadurch in hohem Maße die Stabilität der genossenschaftlichen Betriebswirtschaft fördert.

Diese Überlegungen veranlaßten den Gesetzgeber, die Bildung von Rücklagen in der genossenschaftlichen Betriebswirtschaft bindend vorzuschreiben (§ 7, 1, 4 GenG). Die Festlegung der Art dieser Bildung überließ der Gesetzgeber der genossenschaftlichen Personenvereinigung, wohl aus denselben Gründen, aus denen heraus er auch die Festlegung der Höhe des Geschäftsanteils und der Einzahlungsverpflichtungen dem Ermessen der genossenschaftlichen Personenvereinigung anheim stellte. Gegen diese großzügige Überlassung des Rechts, die Art der Rücklagenbildung zu bestimmen, wurden bei der Diskussion um die Neufassung des Genossenschaftsgesetzes schwerwiegende Bedenken erhoben.¹¹⁵⁾ Es soll in diesem Zusammenhang hierauf nicht näher eingegangen werden.

Aufgabe der in der genossenschaftlichen Betriebswirtschaft angereicherten Rücklagen ist es demnach, zum Ausgleich von Wertminderungen und zur Deckung

114) Der Fall des § 73, 2, 2 GenG ist außer Acht gelassen

115) Vgl. Schröder, Georg, a. a. O., S. 353 ff.

Loest, Johannes, a. a. O., S. 381 ff.

Henzler, Reinhold, I a. a. O., S. 60 ff.

von Verlusten zu dienen und weiter das typisch genossenschaftliche Finanzierungsrisiko abzumildern. Die Dringlichkeit der Lösung dieser Aufgaben ist ebenfalls Veränderungen unterworfen, denen wir uns nun zuwenden wollen. Nach Oberparleiter gehört zu den begrifflichen Merkmalen des Risikos "vor allem die Ungewißheit des Ereigniseintrittes und die Unmöglichkeit seiner Verhinderung, die mit den Vorkehrungen zur Schadensabwehr nichts zu tun hat. Ungewiß ist in der Regel auch der Umfang der Auswirkung des Ereignisses. Risiko ist auch nicht das Gefahrenereignis an sich, vielmehr bloß die Möglichkeit seiner die betriebswirtschaftliche Leistung beeinträchtigenden Wirkung".¹¹⁶⁾ Es wurde im Vorhergehenden herausgearbeitet, daß die erste Grundbeziehung der Mitglieder der genossenschaftlichen Personenvereinigungen zu ihrer Betriebswirtschaft mit der Veränderung der Marktstellung der genossenschaftlichen Betriebswirtschaft sich einer Marktbeziehung angenähert hat. Diese Entwicklung wurde verschieden weit fortgeschritten bei den unterschiedlichen Arten genossenschaftlicher Betriebswirtschaften und Personenvereinigungen aufgezeigt.¹¹⁷⁾ Parallel dieser Entwicklung verändern sich die Risiken, die mit dem genossenschaftlichen Wirtschaften verbunden sind und zwar nähern sie sich parallel den Risiken an, welche eine nichtgenossenschaftliche Betriebswirtschaft zu tragen hat. Diese in unterschiedlichem Maße bei den verschiedenen Arten genossenschaftlicher Betriebswirtschaften im Untersuchungszeitraum eingetretene Risikoerhöhung bedingt eine verstärkte Rücklagendotierung. Bei einer Annäherung der ersten Grundbeziehung der Mitglieder der genossenschaftlichen Personenvereinigungen zu ihrer Betriebswirtschaft an eine Marktbeziehung tritt auch das typisch genossenschaftliche Finanzierungsrisiko verstärkt in Erscheinung. Denn bei einem Erlahmen des Selbsthilfewillens in den genossenschaftlichen Personenvereinigungen, das mit einer Annäherung der ersten Grundbeziehung an eine Marktbeziehung verbunden ist, wird auch ein Austritt aus der genossenschaftlichen Personenvereinigung von jedem einzelnen Mitglied viel eher vollzogen als wenn der Wille zur Selbsthilfe in voller Stärke in den Genossenschaftsorganen wirksam ist. Hier kommt vor allem der Bildung stiller Reserven in der genossenschaftlichen Betriebswirtschaft große Bedeutung zu, da es mit ihrer Hilfe möglich ist, eingetretene Verluste auszugleichen, ohne daß ihr Auftreten nach außen sichtbar wird. Dadurch kann eine Beunruhigung der Mitglieder der Personenvereinigung vermieden werden, die leicht zu einer Mitgliederflucht führen könnte und damit das typisch genossen-

116) Oberparleiter, Karl,

Funktionen und Risiken des Warenhandels,
2. Aufl., Wien 1956, S. 99, zitiert aus
Henzler, Reinhold, I, a. a. O., S. 87

117) Vgl. S. 115 ff.

schaftliche Finanzierungsrisiko wirksam werden lassen müßte. Aus der Tatsache, daß sich im Untersuchungszeitraum die mit dem genossenschaftlichen Wirtschaften verbundenen Risiken unter Einschluß des typisch genossenschaftlichen Finanzierungsrisikos erhöhten, folgt, daß heute die genossenschaftlichen Betriebswirtschaften ihrer Rücklagenbildung verstärkte Aufmerksamkeit zu schenken haben.

Die Hauptquelle der Bildung von Rücklagen in der genossenschaftlichen Betriebswirtschaft ist, wie im Vorhergehenden herausgestellt wurde, die Zuweisung von Gewinnanteilen zu den Rücklagen. Die Voraussetzung jeder Selbstfinanzierung, d. h. der Eigenkapitalbildung aus Gewinnen,¹¹⁸⁾ ist die Erwirtschaftung eines Gewinns. Da die Bildung von Rücklagen, die Eigenkapitalbestandteile der genossenschaftlichen Betriebswirtschaft sind, aus den dargelegten Gründen unumgänglich notwendig ist, folgt, daß jede genossenschaftliche Betriebswirtschaft gewinnstrebig sein muß. Hier stellt sich die Frage, in welchem Verhältnis dieses notwendige und effektiv festzustellende Gewinnstreben der genossenschaftlichen Betriebswirtschaften zu dem ihnen von ihren Personenvereinigungen erteilten Förderungsauftrag steht. Inhalt dieses Förderungsauftrages ist einmal, das Realeinkommen der Mitglieder der Konsumentenpersonenvereinigungen, zum anderen den Reinertrag der Mitglieder der Produzentenpersonenvereinigungen in größtmöglichem Ausmaß zu steigern. Jede Zuweisung von Gewinnanteilen zu den Rücklagen der genossenschaftlichen Betriebswirtschaft kommt jedoch einer Kürzung der möglichen Verbesserung des Realeinkommens, bzw. Reinertrags der Mitglieder der genossenschaftlichen Personenvereinigung gleich. Erinnern wir uns daran, daß das Mitglied der genossenschaftlichen Personenvereinigung bei seinem Ausscheiden keinen Anspruch auf Teile der Rücklagen geltend machen kann, die Rücklagen der genossenschaftlichen Betriebswirtschaft also aus guten Gründen¹¹⁹⁾ dem Zugriff der Mitglieder der genossenschaftlichen Personenvereinigung entzogen sind. Der Fall der Liquidation der genossenschaftlichen Betriebswirtschaft kann infolge seiner Wirklichkeitsferne außer acht gelassen werden. Die Rücklagen der genossenschaftlichen Betriebswirtschaft stellen demnach ein in Geschäftsverkehr mit den Mitgliedern, wenn man das Nichtmitgliedergeschäft hier außer acht läßt, erwirtschaftetes, der genossenschaftlichen Betriebswirtschaft eigenes Kapital dar, das dem Zugriff der Mitglieder entzogen den Charakter eines "Sozialkapitals"¹²⁰⁾ trägt. Reicht eine Aktiengesellschaft Rücklagen an, so nimmt die Gesamtheit ihrer

118) Vgl. Beckmann, Liesel, a. a. O., S. 37 ff.

119) Vgl. S. 131

120) Vgl. Henzler, Reinhold, I a. a. O., S. 62

Aktionäre an der Steigerung des Wertes ihrer Betriebswirtschaft teil, in Form der Kurssteigerung des sich in ihrer Hand befindlichen, fungiblen Anteilspapiers. Das Mitglied der genossenschaftlichen Personenvereinigung kann auch in dieser Form nicht an der durch die Rücklagenbildung bewirkten Wertsteigerung der genossenschaftlichen Betriebswirtschaft partizipieren, da das Geschäftsguthaben an die Person des Mitglieds gebunden und nicht fungibel ist und infolgedessen auch keinen Kurswert aufweist. Die Bildung von Rücklagen in der genossenschaftlichen Betriebswirtschaft hat folglich eine effektive Verminderung des möglichen Förderungsbetrags zur Folge. Steht dann eine Rücklagendotierung in der genossenschaftlichen Betriebswirtschaft im Gegensatz zu dem ihr erteilten Förderungsauftrag?

Der Förderungsauftrag, der jeder genossenschaftlichen Betriebswirtschaft erteilt wird, ist ihr auf eine unbestimmte Dauer erteilt. Um ihn auf die Dauer erfüllen zu können, muß sich die genossenschaftliche Betriebswirtschaft gegen alle Risiken, die ihre Erhaltung gefährden, absichern, soweit dies in ihren Kräften steht. Gleichzeitig vermindert die genossenschaftliche Betriebswirtschaft durch die Bildung von Rücklagen, die der Abmilderung der im genossenschaftlichen Wirtschaften wirksamen Risiken dienen, das Kapital- und Haftungsrisiko der Mitglieder ihrer Personenvereinigung, die letztlich das Risiko des genossenschaftlichen Wirtschaftens tragen, und fördert dadurch die Mitglieder ihrer Personenvereinigung in dieser Form. Daraus folgt, daß eine Dotierung von Rücklagen zum Zwecke der Minderung der Risiken des genossenschaftlichen Wirtschaftens, insbesondere um dem typisch genossenschaftlichen Finanzierungsrisiko entgegenzuwirken, nicht im Gegensatz steht, zu dem jeder genossenschaftlichen Betriebswirtschaft erteilten Förderungsauftrag. Das Gewinnstreben der genossenschaftlichen Betriebswirtschaften, das der Erwirtschaftung dieser erforderlichen Rücklagen dient, steht mit dem ihr erteilten Förderungsauftrag in Einklang. Soweit die angereicherten Rücklagen zur Absicherung der genossenschaftlichen Betriebswirtschaft gegenüber den Risiken dienen, die mit dem genossenschaftlichen Wirtschaften verbunden auftreten, wird ihre Bildung von dem erteilten Förderungsauftrag überdeckt. Demnach ist die Rücklagenbildung in der genossenschaftlichen Betriebswirtschaft jedoch nur in einem begrenzten Umfang mit dem ihr erteilten Förderungsauftrag in Einklang zu bringen. Diese Feststellung erhält dann das ihr zukommende Gewicht, wenn man ein damit in engem Zusammenhang stehendes Problem sieht.

Es wurde im Vorhergehenden herausgearbeitet, daß die Aufbringung von Beteiligungskapital durch die Mitglieder der genossenschaftlichen Personenvereinigungen an eine doppelte Grenze stößt, einmal an die der Kapitalaufbringungsfähigkeit und zum anderen an die der Kapitalaufbringungswilligkeit der Mitglic-

der der Personenvereinigungen.¹²¹⁾ Weiter wurde festgestellt, daß heute in besonderem Maße die begrenzte Kapitalaufbringungswilligkeit, die in Zusammenhang mit dem in den genossenschaftlichen Personenvereinigungen wirksamen Willen zur Selbsthilfe und seiner Intensität gesehen werden muß, der Verbreiterung der Beteiligungskapitalbasis der genossenschaftlichen Betriebswirtschaften im Wege steht. Zu wiederholten Malen wurde bereits darauf hingewiesen, daß andererseits die Veränderung des Funktionsbereiches der genossenschaftlichen Betriebswirtschaften, die Veränderung des zur Erhaltung ihrer Leistungsfähigkeit erforderlichen Leistungsaggregats und die Veränderung der Anforderungen, welche die Mitglieder ihrer Personenvereinigungen an sie stellen, den Eigenkapitalbedarf der genossenschaftlichen Betriebswirtschaften in den vergangenen Jahrzehnten außerordentlich ansteigen ließ. Wird der Eigenkapitalbedarf der genossenschaftlichen Betriebswirtschaften nicht befriedigt durch die Mitglieder ihrer Personenvereinigungen, da die Grenze von deren Kapitalaufbringungswilligkeit erreicht ist, und ist auch die Gewinnung neuer Mitglieder nicht oder nicht in erforderlichem Umfang möglich, so steht der genossenschaftlichen Betriebswirtschaft zur Verbreiterung ihrer Eigenkapitalbasis ausschließlich der Weg der Selbstfinanzierung offen. Diese Situation ist heute im genossenschaftlichen Wirtschaften in der Regel gegeben. Es folgt daraus, daß die genossenschaftlichen Betriebswirtschaften heute gewinnstrebig sein müssen, nicht nur um die zur Abmilderung der mit dem genossenschaftlichen Wirtschaften verbundenen Risiken erforderlichen Rücklagen bilden zu können, sondern auch um die Verbreiterung ihrer Eigenkapitalbasis zu ermöglichen, wenn die Mitglieder ihrer Personenvereinigung nicht fähig oder, und dies ist die Regel, willens sind, das Beteiligungskapital der genossenschaftlichen Betriebswirtschaft ihrerseits aufzustocken.

Es stellt sich die Frage, ob die von der genossenschaftlichen Betriebswirtschaft im Geschäftsverkehr mit ihren Mitgliedern - das Nichtmitgliedergeschäft darf außer acht gelassen werden - erwirtschafteten Gewinne, die zur Verbreiterung der Eigenkapitalbasis der genossenschaftlichen Betriebswirtschaft verwendet werden sollen, den Rücklagen zugeführt werden können bei Berücksichtigung des der genossenschaftlichen Betriebswirtschaft erteilten Förderungsauftrages. Konnte die Abmilderung der Risiken, insbesondere des typisch genossenschaftlichen Finanzierungsrisikos, nur durch eine Anreicherung von Rücklagen wirksam erreicht werden, so steht der genossenschaftlichen Betriebswirtschaft zur Verbreiterung ihrer Eigenkapitalbasis neben der Möglichkeit der Anreicherung von Rücklagen die der Gewinnausschüttung und Gutschrift der auf das einzelne Mitglied

121) Vgl. S. 12 f.

entfallenden Gewinnteile auf dessen Geschäftsguthaben offen. Die genossenschaftliche Betriebswirtschaft kann demnach ihre Eigenkapitalbasis nicht nur verbreitern, indem sie Rücklagen anreichert, sondern auch, indem sie mit den erwirtschafteten Gewinnen ihr Beteiligungskapital erhöht. Da jede genossenschaftliche Selbstfinanzierung, unter Außerachtlassung des Nichtmitgliedergeschäftes, über die Mitglieder erfolgt, also ein Förderungsminus zur Voraussetzung hat, ist eine Verbreiterung der Eigenkapitalbasis der genossenschaftlichen Betriebswirtschaft, wenn sie im Wege genossenschaftlicher Selbstfinanzierung erfolgen muß, unter Berücksichtigung des Förderungsauftrages allein in der zweiten Form möglich. Die mit der Erhöhung des Beteiligungskapitals verbundene Erhöhung des typisch genossenschaftlichen Finanzierungsrisikos ist selbstverständlich durch eine angemessene Rücklagendotierung auszugleichen. Findet die erforderliche Erweiterung der Kapitalbasis der genossenschaftlichen Betriebswirtschaft statt, indem der von der genossenschaftlichen Betriebswirtschaft erwirtschaftete Gewinn an die Mitglieder ihrer Personenvereinigung ausgeschüttet und unter Aufstockung der Geschäftsguthaben der Mitglieder der Personenvereinigung in der genossenschaftlichen Betriebswirtschaft belassen wird, so tritt an Stelle der aus Finanzierungsgründen nicht möglichen unmittelbaren Förderung der Mitglieder eine mittelbare in Form der Erhöhung ihrer Geschäftsguthaben. Führt eine genossenschaftliche Betriebswirtschaft die von ihr zur Verbreiterung ihrer Eigenkapitalbasis erwirtschafteten Gewinne den Rücklagen zu, so entzieht sie diese Gewinnteile dem Zugriff der Mitglieder ihrer Personenvereinigung, obwohl sie das angestrebte Ziel auch durch eine Ausschüttung der Gewinne und Aufstockung der Geschäftsguthaben der Mitglieder ihrer Personenvereinigung, also unter gleichzeitiger Förderung der Mitglieder, hätte erreichen können. Sie handelt dann grundauftragswidrig. Denn nicht die Ansammlung von Sozialkapital ist Aufgabe einer genossenschaftlichen Betriebswirtschaft, sondern die größtmögliche Förderung der in Selbsthilfe handelnden und auf doppelte Weise mit ihr in Beziehung stehenden Mitglieder ihrer Personenvereinigung. Haben die Geschäftsguthaben der Mitglieder der Personenvereinigung in ihrer Mehrzahl bereits die Höhe des Geschäftsanteils erreicht, so ist Voraussetzung einer Verbreiterung der Eigenkapitalbasis der genossenschaftlichen Betriebswirtschaft in der ausgeführten, grundauftragsgemäßen Form, die Übernahme eines oder mehrerer zusätzlicher Geschäftsanteile durch die Mitglieder der genossenschaftlichen Personenvereinigung. Die Schwierigkeiten, welche daraus erwachsen können,¹²²⁾ sollten sich bei sachlicher Aufklärung aus dem Wege räumen lassen.

122) Vgl. S. 128

Wir wenden uns nun der genossenschaftlichen Wirklichkeit zu und zeigen bei den verschiedenen Arten genossenschaftlicher Betriebswirtschaften das Verhältnis der offenen Rücklagen zu dem Beteiligungskapital auf. Dabei ist zu berücksichtigen, daß die von allen Arten genossenschaftlicher Betriebswirtschaften gebildeten stillen Reserven,¹²³⁾ die zum Ausgleich von Wertminderungen oder Verlusten besonders geeignet sind,¹²⁴⁾ nicht miteinfaßt werden können.

1. Konsumgenossenschaften Stand 31. Dezember 1957

	Beteiligungs- kapital in Mio	Rücklagen in Mio	Rücklagen in % des Beteili- gungskapitals
Die 292 Konsumgenossen- schaften der Bundes- republik	76,0 ¹²⁵⁾	100,4 ¹²⁵⁾	132
Konsumgenossenschaft- liche Betriebswirt- schaft in			
Bomlitz (in Tsd.)	34,8 ¹²⁶⁾	153,9 ¹²⁶⁾	443
Hamburg	4,8 ¹²⁷⁾	7,7 ¹²⁷⁾	160
Essen	2,3 ¹²⁸⁾	3,9 ¹²⁸⁾	170
Mönchen-Gladbach	0,49 ¹²⁹⁾	1,7 ¹²⁹⁾	347
Vosswinkel (Tds.)	6,4 ¹³⁰⁾	32,4 ¹³⁰⁾	504
Frankfurt	0,68 ¹³¹⁾	1,48 ¹³¹⁾	218
Karlsruhe	1,0 ¹³¹⁾	2,9 ¹³¹⁾	290
Coburg (in Tsd.)	94,9 ¹³²⁾	396,6 ¹³²⁾	390
Stuttgart	2,4 ¹³³⁾	4,0 ¹³³⁾	166
Weil, FAS (in Tsd.)	9,8 ¹³⁴⁾	58,3 ¹³⁴⁾	595
München	1,8 ¹³⁵⁾	0,97 ¹³⁵⁾	54

123) Es finden sich in den Geschäftsberichten aller Genossenschaftsarten in den vergangenen Jahren immer wieder Hinweise darauf, daß stille Reserven gebildet wurden.

124) Vgl. S. 132

125) Die Zahlen sind entnommen dem Jahrbuch des Zentralverbandes Deutscher Konsumgenossenschaften e. V. Hamburg, 11. Jahrg. 1957, 2. Bd., S. 138

126) Ebd. S. 158

127) Ebd. S. 160

128) Ebd. S. 184

129) Ebd. S. 186

130) Ebd. S. 188

131) Ebd. S. 198

132) Ebd. S. 210

133) Ebd. S. 224

134) Ebd. S. 226

135) Ebd. S. 212

2. Landwirtschaftliche Genossenschaften Stand 31. Dezember 1955

	Beteiligungs- kapital in Mio	Rücklagen in Mio	Rücklagen in % des Beteiligungs- kapitals
12 ländliche Zentralkassen	59,2 ¹³⁶⁾	25,6 ¹³⁶⁾	42
10.914 Landwirtschaftliche Kreditgenossenschaften (Spar- u. Darlehenskassen)	127,6 ¹³⁷⁾	149,4 ¹³⁷⁾	117
Landwirtschaftliche Waren- genossenschaften (Bezugs- und Absatzgenossensch.)	43,4 ¹³⁸⁾	34,2 ¹³⁸⁾	79
Hauptgenossenschaften	38,3 ¹³⁹⁾	40,7 ¹³⁹⁾	106
Molkerei- und Milchverwer- tungsgenossenschaften	159,7 ¹³⁸⁾	176,8 ¹³⁸⁾	111
Winzergenossenschaften	10,6 ¹⁴⁰⁾	12,6 ¹⁴⁰⁾	119

3. Gewerbliche Genossenschaften Stand 31. Dezember 1957

5 Zentralkassen	22,4 ¹⁴¹⁾	15,7 ¹⁴¹⁾	70
697 Volksbanken (gewerbl. Kreditgenossenschaften)	204,5 ¹⁴²⁾	132,4 ¹⁴²⁾	65
Einkaufsgenossenschaften der Bäcker-Konditoren	15,8 ¹⁴³⁾	7,0 ¹⁴³⁾	44
- Fleischer	5,2 ¹⁴³⁾	6,0 ¹⁴³⁾	115
- des übrigen Handwerks	10,5 ¹⁴³⁾	6,7 ¹⁴³⁾	64
Edeka-Genossenschaften (Stand 31. 12. 56)	48,7 ¹⁴⁴⁾	21,3 ¹⁴⁴⁾	44
Einkaufsgenossenschaften des Nahrungsmittel- einzelhandels	24,1 ¹⁴³⁾	7,8 ¹⁴³⁾	32
Einkaufsgenossenschaften des Landwaren-, Düngemit- tel- und Viehhandels	1,96 ¹⁴⁵⁾	0,43 ¹⁴⁵⁾	22

136) Die Zahlen sind entnommen dem Jahrbuch des Deutschen Raiffeisenverbandes e. V., 9. Jahrg. 1956, Bonn 1957, S. 93

137) Ebd. S. 100

138) Ebd. S. 109

139) Ebd. S. 107

140) Ebd. S. 111

141) Die Zahlen sind entnommen dem Jahrbuch des Deutschen Genossenschaftsverbandes e. V., Bonn 1957, S. 121

142) Ebd. S. 124

143) Ebd. S. 128 f.

144) Ebd. S. 86

145) Ebd. S. 130 f.

Das ausgebreitete Zahlenmaterial zeigt deutlich, daß die konsumgenossenschaftlichen Betriebswirtschaften das extremste Verhältnis der Rücklagen zu dem Beteiligungskapital aufweisen. Betragen die Rücklagen einer genossenschaftlichen Betriebswirtschaft das Mehrfache ihres Beteiligungskapitals, so kann diese Rücklagenbildung nicht mehr mit dem Zweck der Abmilderung des mit dem genossenschaftlichen Wirtschaften verbundenen Risikos erklärt werden, sondern sie dient der Verbreiterung der Eigenkapitalbasis der genossenschaftlichen Betriebswirtschaft. Die konsumgenossenschaftlichen Betriebswirtschaften haben damit in unterschiedlichem Maße, wie das Zahlenmaterial aufzeigt, der Bildung von Sozialkapital entsprechend den in den konsumgenossenschaftlichen Ideologien wirksamen gesamtwirtschaftlichen Tendenzen den Vorzug vor der grundauftragsgemäßen Förderung der Mitglieder ihrer Personenvereinigungen gegeben. Die darin zum Ausdruck kommende gesamtwirtschaftliche Entwicklungsrichtung wurde durch die gesetzliche Bindung des Rückvergütungssatzes an den Rabattsatz, die am 21. Juli 1954 gleichzeitig mit der Aufhebung des im § 8, 4 GenG ausgesprochenen Verbots erfolgte, nachhaltig verstärkt. Denn heute müssen die konsumgenossenschaftlichen Betriebswirtschaften, wenn sie ihre Eigenkapitalbasis zu verbreitern gezwungen sind, und einmal die Mitglieder ihrer Personenvereinigungen nicht willens sind, ihnen Kapital zur Verfügung zu stellen, und zum anderen neue Mitglieder nicht oder nicht in ausreichendem Umfang gewonnen werden können, durch Bildung von Rücklagen diese Eigenkapitalerhöhung durchführen. Eine Verbreiterung der Kapitalbasis durch Ausschüttung der aus Finanzierungsgründen erwirtschafteten Gewinne und deren Einbehaltung in der genossenschaftlichen Betriebswirtschaft mittels der Aufstockung der Geschäftsguthaben der Mitglieder ihrer Personenvereinigungen ist durch die Bindung des Rückvergütungssatzes auf 3 % nur noch außerordentlich beschränkt möglich.¹⁴⁶⁾

Damit wurde die Möglichkeit der Rücklagenbildung in den genossenschaftlichen Betriebswirtschaften, ihre Notwendigkeit und die ihr durch den genossenschaftlichen Grundauftrag gezogene Grenze aufgezeigt. Weiter wurde festgestellt, daß eine Vielzahl konsumgenossenschaftlicher Betriebswirtschaften die durch den Grundauftrag gezogene Grenze der unter genossenschaftlichen Gesichtspunkten vertretbaren Rücklagenbildung überschritt und damit in gesamtwirtschaftliche Bereiche vorstieß.¹⁴⁷⁾

146) Jahrbuch des Zentralverbandes Deutscher Konsumgenossenschaften e.V., Hamburg, 11. Jahrg. 1957, 2. Bd., S. 38 ff, 43 f.

147) Vgl. auch Seite 122/123

Abschließend soll ein Wort zu dem genossenschaftlichen Gewinnstreben gesagt werden. Es wurde bereits festgestellt,¹⁴⁸⁾ daß jede genossenschaftliche Betriebswirtschaft gewinnstrebig sein muß, um die zur Abmilderung der mit dem genossenschaftlichen Wirtschaften verbundenen Risiken erforderlichen Rücklagen bilden zu können. Dieses Gewinnstreben wird von dem ihr erteilten Förderungsauftrag überdeckt, es ist nicht grundauftragswidrig. Weiter steht der genossenschaftlichen Betriebswirtschaft ausschließlich der Weg der Selbstfinanzierung offen, d. h. der Anstrebung einer Gewinnerzielung, wenn sie ihre Eigenkapitalbasis zu verbreitern gezwungen ist und die Mitglieder der genossenschaftlichen Personenvereinigung entweder nicht fähig oder nicht willens sind, ihrer Betriebswirtschaft das hierfür erforderliche Kapital zur Verfügung zu stellen. Auch dieses Gewinnstreben steht in Einklang mit dem jeder genossenschaftlichen Betriebswirtschaft erteilten Förderungsauftrag. Ob die genossenschaftliche Betriebswirtschaft den Boden des genossenschaftlichen Wirtschaftens verläßt, entscheidet sich erst bei der Verwendung der von ihr erwirtschafteten Gewinne. Werden sie in größtmöglichem Umfang den Mitgliedern der Personenvereinigungen, über die sie erwirtschaftet wurden, wieder gutgebracht mittels der Aufstockung von deren Geschäftsguthaben, also in Beteiligungskapital verwandelt, so hat die genossenschaftliche Betriebswirtschaft den ihr erteilten Grundauftrag erfüllt. Nicht aber, wenn sie diese Gewinne den Rücklagen zuführt und damit dem Zugriff der Mitglieder entzieht.

c) Die genossenschaftliche Haftpflicht

Neben dem Beteiligungskapital und den Rücklagen steht der genossenschaftlichen Betriebswirtschaft die solidarische Haftpflicht zur Erhöhung ihrer Kreditwürdigkeit zur Verfügung. Als Finanzierungsinstrument kommt der Haftpflicht der Mitglieder der genossenschaftlichen Personenvereinigung vor allem dann Bedeutung zu, wenn die Mitglieder nicht in der Lage sind, der genossenschaftlichen Betriebswirtschaft das zur Erstellung des Leistungsapparates erforderliche Beteiligungskapital zur Verfügung zu stellen und die genossenschaftliche Betriebswirtschaft noch so jung ist, daß sie noch nicht imstande war, ihre Eigenkapitalbasis zu verbreitern. Die Eigenkapitalbasis der genossenschaftlichen Betriebswirtschaft ist dann so eng, daß auf die Gewährung von Krediten nicht verzichtet werden kann. Werden diese Kredite der genossenschaftlichen Betriebswirtschaft nur gewährt, wenn sie Kreditsicherheiten bieten kann, so dient die solidarische Haftpflicht der Mitglieder der genossenschaftlichen Personenvereinigung den kreditgewährenden Dritten als Sicherheit an Stelle einer in der

148) Vgl. S. 133, 135

genossenschaftlichen Betriebswirtschaft selbst vorhandenen ausreichenden Kreditsicherheit. Diese Situation im genossenschaftlichen Wirtschaften war vor allem gegeben im 19. Jahrhundert, als sich in Deutschland das Genossenschaftswesen ausbreitete und für zahlreiche Handwerker, Händler und Bauern die einzige Möglichkeit der Erhaltung ihrer Selbständigkeit und für zahlreiche Konsumenten die einzige Möglichkeit der Verbesserung ihres Lebensstandards im genossenschaftlichen Wirtschaften lag. Auch die genossenschaftliche Haftpflicht kann nicht losgelöst von dem allem genossenschaftlichen Wirtschaften zugrunde liegenden Selbsthilfeprinzip betrachtet werden. Je intensiver der Wille zur Selbsthilfe in einer genossenschaftlichen Personenvereinigung wirksam ist, um so eher werden deren Mitglieder zur Übernahme einer Haftungsverpflichtung bereit sein. Auf die Bindung der Intensität des Selbsthilfewillens an die Gewichtigkeit des erreichbaren wirtschaftlichen Vorteils wurde bereits hingewiesen.¹⁴⁹⁾

In der genossenschaftlichen Wirklichkeit ist festzustellen, daß in den vergangenen 100 Jahren genossenschaftlichen Wirtschaftens die Willigkeit der Mitglieder der genossenschaftlichen Personenvereinigungen zur Übernahme von Haftungsverpflichtungen zurückgegangen ist. Eine ausgedehnte geschichtliche Entwicklung der genossenschaftlichen Haftungsverpflichtungen findet sich bei Schultze von Lasaulx,¹⁵⁰⁾ Hallermann¹⁵¹⁾ und Petzold¹⁵²⁾. Seit der Änderung des Genossenschaftsgesetzes vom 20. Dezember 1933 kennen wir in Deutschland nur noch die Genossenschaft mit unbeschränkter und beschränkter Haftpflicht. Das heißt, die Mitglieder einer genossenschaftlichen Personenvereinigung können unbeschränkt oder beschränkt auf die mindestens in Höhe des Geschäftsanteils festzusetzende Haftsumme über die Summe des oder der von ihnen übernommenen Geschäftsanteile hinaus für die Verbindlichkeiten der genossenschaftlichen Betriebswirtschaft wahlweise haften. Der Inhalt der genossenschaftlichen Haftpflicht wurde mit dieser Gesetzesänderung umgewandelt in den der Nachschußpflicht unter Beibehaltung des Terminus Haftpflicht. Die Haft-

149) Vgl. S. 90

150) Schultze von Lasaulx, Hermann, Die Genossenschaft ohne Haftpflicht und das deutsche Gesellschaftsrecht, ZgGenW 1955, S. 176 ff.

151) Hallermann, Hermann, Genossenschaftliche Haftung; Genossenschaften ohne Haftpflicht in Zur Reform des Genossenschaftsrechts, 1. Bd., Bonn 1956, S. 393 ff.

152) Petzold, Eduard, Haftsumme - zeitgemäß? in ZgGenW 1955, S. 54 ff.

pflieht in der heute bestehenden Form beinhaltet eine Verpflichtung des Mitglieds der Personenvereinigung gegenüber der genossenschaftlichen Betriebswirtschaft, die nicht durch den Erwerb der Mitgliedschaft entsteht, sondern durch die Eröffnung des Konkurses über das Vermögen der genossenschaftlichen Betriebswirtschaft.¹⁵³⁾

Bereits im Vorhergehenden wurde aufgezeigt, daß heute in zunehmendem Maße die Mitglieder der genossenschaftlichen Personenvereinigungen zu einer Beschränkung der Haftungsverpflichtungen übergehen.¹⁵⁴⁾ Die Folge ist ein stetiges Abnehmen der Genossenschaften mit unbeschränkter Haftpflicht, die heute nur noch im landwirtschaftlichen Bereich bestehen. Jedoch auch auf dem landwirtschaftlichen Sektor gehen die genossenschaftlichen Personenvereinigungen in zunehmendem Maße zu einer Beschränkung der Haftung über. Es stellt sich die Frage nach den Ursachen dieser Entwicklung. Einmal sind sie zu sehen in Veränderungen soziologischer Art. Zum anderen aber in der Veränderung der Intensität des in den genossenschaftlichen Personenvereinigungen wirksamen Selbsthilfewillens, die im Untersuchungszeitraum erfolgte.¹⁵⁵⁾ Denn auch die Willigkeit der Mitglieder der genossenschaftlichen Personenvereinigungen zur Haftungsübernahme ist gebunden an die Intensität des von jedem Mitglied getragenen Selbsthilfewillens. Eine weitere Ursache für den Übergang zahlreicher genossenschaftlicher Personenvereinigungen zu einer Haftungsbeschränkung ist darin zu sehen, daß die genossenschaftliche Haftpflicht als Finanzierungsinstrument in den letzten Jahrzehnten zunehmend an Bedeutung verloren hat. Mit zunehmendem Alter einer genossenschaftlichen Betriebswirtschaft, die heute bestehenden wurden in der Mehrzahl bereits vor Jahrzehnten gegründet, erreicht ihre Kapitalbasis dank deren stetiger Verstärkung mittels der genossenschaftlichen Selbstfinanzierung eine Breite, die ein Zurückgreifen auf die in der Haftungsverpflichtung der Mitglieder der Personenvereinigung liegende Kreditsicherheit nicht mehr notwendig macht. Es werden heute Haftsummenkredite, wie sie zu geben noch Aufgabe der Preußischen Zentralgenossenschaftskasse war, außer von wenigen landwirtschaftlichen genossenschaftlichen Betriebswirtschaften nicht mehr in Anspruch genommen.

Hinzu kommt, daß die Ausbildung des genossenschaftlichen Prüfungswesens zu seiner heutigen Form und die Anstrengungen der Genossenschaftszentralen, sowie der Aufbau von Gemeinschaftseinrichtungen, wie des genossenschaftlichen

153) Vgl. Vgl. Lang-Weidmüller, Genossenschaftsgesetz, 26. Aufl., § 105, Anm. 3

154) Vgl. S. 55, 56

155) Vgl. S. 115 ff.

Garantiefonds, heute zur Folge haben, daß Konkursfälle von Genossenschaften kaum mehr vorkommen. Nach Draheim¹⁵⁶⁾ waren die Insolvenzfälle von Betriebswirtschaften verschiedener Rechtsform in den Jahren 1951/53 wie folgt verteilt:

	Bestand September 1950	Jährliche Durchschnittsziffer der Insolvenzen auf Grund der Jahre 1951/53	Insolvenzfälle in % des Bestandes
OHG und KG	76.735	529	0,7
GmbH	20.094	473	2,4
AG und KGaA	2.559	9	0,35
eG	18.061 ¹⁵⁷⁾	20	0,1

Andererseits aber hält die mit dem Erwerb der Mitgliedschaft bei einer genossenschaftlichen Personenvereinigung verbundene Haftpflichtübernahme nach der Auffassung Petzolds¹⁵⁸⁾ zahlreiche Personen davon ab, einer genossenschaftlichen Personenvereinigung beizutreten. So warf Petzold auf einer Tagung des Instituts für Genossenschaftswesen an der Universität Marburg im Oktober 1954 die Frage auf, ob nicht eine neue Rechtsform, die Genossenschaft ohne Haftsumme, also nur mit Anteilhaftung, neben die beiden heute bestehenden Rechtsformen treten sollte. Von genossenschaftlichen Personenvereinigungen könnte dann eine genossenschaftliche Rechtsform gewählt werden, bei der die Frage der Haftung ebenso geregelt wäre wie bei der Aktiengesellschaft. Die Mitglieder der genossenschaftlichen Personenvereinigung würden dann wie die Aktio-

156) Draheim, Georg, (III), Genossenschaftliche Zusammenschlüsse in
Zur Reform des Genossenschaftsrechts, 1. Bd.,
Bonn 1956, S. 221

157) Die Zahl von 18.061 gegenüber rund 28.000 bestehenden Genossenschaften erklärt sich dadurch, daß im Statistischen Jahrbuch der Bundesrepublik, nach dem diese Statistik zusammengestellt wurde, nur ein Teil der tatsächlich bestehenden Genossenschaften erfaßt wird.

158) Vgl. Petzold, Eduard, a. a. O., S. 57
Henzler, Reinhold, I a. a. O., S. 64

näre einer Aktiengesellschaft ausschließlich mit dem von ihnen ihrer Betriebswirtschaft zur Verfügung gestellten Kapital, bzw. bis zur Höhe ihres Geschäftsanteils für die Verbindlichkeiten der genossenschaftlichen Betriebswirtschaften haften. Das von Petzold erstattete Referat brachte eine außerordentlich rege Diskussion in Gang.¹⁵⁹⁾ In diesem Zusammenhang können nicht alle Argumente, die gegen die Schaffung einer Genossenschaftsform mit Anteilshaftung bzw. für deren Bildung ins Feld geführt wurden, wiedergegeben werden. Es soll vielmehr auf einige Zusammenhänge hingewiesen werden, die bisher noch nicht beachtet wurden.

Es ist dies einmal, daß die genossenschaftliche Haftpflicht nicht gleichmäßig von den Mitgliedern der verschiedenen Arten genossenschaftlicher Personenvereinigung als existent gesehen wird. So wird die in der Regel auf die Höhe des Geschäftsanteils beschränkte Haftsumme von der Mehrzahl der Mitglieder konsumgenossenschaftlicher Personenvereinigungen nicht bewußt als Eventualverbindlichkeit empfunden. Aus diesem Grund behindert die genossenschaftliche Haftpflicht in der Regel auch nicht die Gewinnung neuer Mitglieder im konsumgenossenschaftlichen Wirtschaften. Allein hieraus erklärt es sich, daß aus den Kreisen der Konsumgenossenschaften keine Vorstöße in Richtung einer Genossenschaft mit Anteilshaftung bis heute erfolgten. Denn, wenn man die Willigkeit der Mitglieder genossenschaftlicher Personenvereinigungen zur Leistung von Selbsthilfeanstrengungen, sei es in Form der Kapitalhingabe oder der Haftpflichtübernahme, im Zusammenhang sieht mit der Intensität des Willens zur Selbsthilfe, wie sie in den genossenschaftlichen Personenvereinigungen wirksam ist, dann müßten gerade die Konsumgenossenschaften die lebhaftesten Fürsprecher einer Genossenschaft mit Anteilshaftung sein.

Daraus folgt, daß die genossenschaftliche Haftpflicht nur dann als Behinderung im genossenschaftlichen Wirtschaften empfunden wird, wenn einmal der Wille zur Selbsthilfe in den genossenschaftlichen Personenvereinigungen und bei den Personen, die als Mitglieder für die genossenschaftlichen Personenvereinigungen

159) Vgl. Scherer, Adolf, Die Haftpflicht vom Standpunkt der ländlichen Genossenschaften in ZgGenW 1955, S. 71 ff.
Letschert, R., ebd. S. 79 und Blätter für Genossenschaftswesen, Jahrg. 1954, Heft 13, S. 349 ff.
Hallermann, Hermann, a. a. O., S. 393 ff.
Schultze von Lasaulx, Hermann, a. a. O., S. 176 ff.
Henzler, Reinhold, I a. a. O., S. 62 ff.

in Frage kämen, in seiner Intensität abgeschwächt ist und zum anderen, wenn das in der genossenschaftlichen Haftpflicht liegende Risiko von den Mitgliedern der Personenvereinigung als solches empfunden wird. Erinnert man sich an die Feststellungen, die im Vorhergehenden über die tatsächlichen Insolvenzfälle genossenschaftlicher Betriebswirtschaften und deren Häufigkeit in der Gegenwart gemacht wurden, so wird deutlich, daß das Risiko, welches in der genossenschaftlichen Haftpflicht liegt, häufig überschätzt wird. Dies ist vor allen Dingen dann der Fall, wenn noch Erinnerungen an einstmalige Konkursfälle genossenschaftlicher Betriebswirtschaften und der Inanspruchnahme der Mitglieder dieser Personenvereinigungen aus ihrer Haftpflicht in einer Gegend lebendig sind.

Im Falle einer Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht ist weiter die Höhe der Haftsumme zu beachten. Bezeichnenderweise findet sich in den Jahrbüchern des Zentralverbandes Deutscher Konsumgenossenschaften kein Hinweis auf die Höhe der durchschnittlich pro Mitglied entfallenden Haftsumme. Die Höhe des durchschnittlich pro Mitglied einer konsumgenossenschaftlichen Personenvereinigung entfallenden Geschäftsguthabens war am 31.12.1957 DM 33.¹⁶⁰⁾ Berücksichtigt man, daß zahlreiche Geschäftsanteile nicht voll einbezahlt sind, so dürfte die durchschnittlich pro Mitglied einer konsumgenossenschaftlichen Personenvereinigung entfallende Haftsumme bei DM 40, -- liegen. Die Vergangenheit lehrte bereits, daß Haftsummenbeträge dieser Höhe in Insolvenzfällen aus Kostengründen gar nicht beiteilbar sind. Dies ist mit ein Grund dafür, daß im konsumgenossenschaftlichen Wirtschaften die Haftpflicht nicht als Risiko durch die Mitglieder der konsumgenossenschaftlichen Personenvereinigungen empfunden wird und auch nicht die Gewinnung neuer Mitglieder erschwert.

Anders liegen jedoch die Verhältnisse bei den gewerblichen und landwirtschaftlichen Personenvereinigungen. Hier erreicht die pro Mitglied entfallende Haftungsverpflichtung die mehrfache Höhe der pro Mitglied einer konsumgenossenschaftlichen Personenvereinigung. Weiter wird die Haftpflicht von den im Geschäftsverkehr in der Regel kundigeren Handwerkern, Händlern und Landwirten als solche erkannt und empfunden. Es mag dahingestellt bleiben, ob die Übernahme einer Haftungsverpflichtung oder die Verpflichtung zur Einzahlung eines Geschäftsguthabens von den Mitgliedern der genossenschaftlichen Personenvereinigungen bzw. von Personen, die als Mitglieder in Frage kämen, als größere Belastung empfunden wird. Sicher ist, daß beides von genossenschaftlich wirtschaftenden Personen nur aus dem Willen zur Selbsthilfe heraus geleistet werden kann. Erscheint die Übernahme einer Haftungsverpflichtung durch die in Selbst-

160) Jahrbuch des Zentralverbandes Deutscher Konsumgenossenschaften e.V., Hamburg, 11. Jahrg., 2. Bd., S. 39

hilfe handelnden Mitglieder einer genossenschaftlichen Personenvereinigung wirtschaftlich nicht mehr erforderlich, um das angestrebte Ziel zu erreichen, so wird durch ein Beibehalten der Haftpflicht das genossenschaftliche Wirtschaften unnötig erschwert. Daß sich das Wesen genossenschaftlichen Wirtschaftens durch einen Wegfall der Haftpflicht nicht verändert, wurde bereits von Schultze von Lasaulx überzeugend nachgewiesen.

Sollte im Rahmen der Änderung des Genossenschaftsgesetzes, die im Augenblick diskutiert wird, auch eine Genossenschaft mit Anteilhaftung geschaffen werden, so müßten die Interessen der Gläubiger der genossenschaftlichen Betriebswirtschaften berücksichtigt werden durch die Änderung bestehender Rechtsformen und die Aufnahme neuer. Hierzu wurden bereits zahlreiche Vorschläge im Verlauf der Diskussion um die Genossenschaft mit Anteilhaftung unterbreitet.

Außer acht gelassen wurde in der bisherigen Diskussion um die Genossenschaft mit Anteilhaftung der Zusammenhang, der zwischen Herrschaft und Haftung bestehen muß. Nach Müller-Erbach¹⁶¹⁾ muß bei der Entscheidung darüber, ob und inwieweit die Mitglieder rechtsfähiger Verbände für deren Schulden eintreten müssen, ausschlaggebend sein, wie weit das einzelne Mitglied die Geschäftsführung seines Verbandes zu beherrschen imstande ist. Die Frage der Notwendigkeit und Berechtigung einer neuen genossenschaftlichen Rechtsform muß demnach auch rechtssystematisch von der Seite der Machtlage im Genossenschaftsganzen, also dem Beherrschungsvermögen des einzelnen Mitgliedes der genossenschaftlichen Personenvereinigung her untersucht werden. Diesen Fragenkomplex zu klären wird Aufgabe des folgenden Abschnittes sein, in dem die Willensbildung im Genossenschaftsganzen in ihrer Veränderung herausgearbeitet werden soll. Das Ergebnis dieser Analyse wird dann in Zusammenhang mit der Frage der Genossenschaft mit Anteilhaftung in dem oben ausgeführten Sinn zu bringen sein.

161) Vgl. Müller-Erbach, Rudolf, (I), Das private Recht der Mitgliedschaft als Prüfstein eines kausalen Rechtsdenkens, Weimar 1948, S. 114 ff.
ders. (II), Die Rechtswissenschaft im Umbau, München 1950, S. 60 ff.

4. Die Willensbildung der genossenschaftlichen Betriebswirtschaft und ihre Veränderung

Im Genossenschaftsgesetz wurde dem Genossenschaftsganzen eigene Rechtsfähigkeit verliehen. Wie jede juristische Person muß sich auch die Genossenschaft ihrer Organe bedienen, um Willensäußerungen Dritten weiterzugeben, bzw. von Dritten entgegenzunehmen. Die genossenschaftliche Willensbildung erfolgt in den Organen der Genossenschaft, die wie die Organe der Aktiengesellschaft eine Dreigliederung aufweisen in Vorstand, Aufsichtsrat und Generalversammlung. Damit sind drei Zentren der Willensbildung der genossenschaftlichen Betriebswirtschaft im Genossenschaftsganzen angesprochen, die in einem bestimmten Verhältnis des Zusammenwirkens zueinander stehen, das Veränderungen unterliegt, wie im folgenden aufzuzeigen sein wird. Wir wenden uns als erstem Zentrum genossenschaftlicher Willensbildung der Generalversammlung der Genossenschaft zu.

a) Die Willensbildung in der Generalversammlung und die Veränderung des Einflusses der Generalversammlung auf die genossenschaftliche Willensbildung

Die genossenschaftliche Personenvereinigung lernten wir bereits als eine in Selbsthilfe handelnde Personenmehrheit kennen, die in einer zweifachen Grundbeziehung zur genossenschaftlichen Betriebswirtschaft steht. Gemäß dem Selbsthilfeprinzip bringen die Mitglieder der genossenschaftlichen Personenvereinigung das zur Erstellung des Leistungsapparates der genossenschaftlichen Betriebswirtschaft erforderliche Kapital auf und haften für deren Verbindlichkeiten mit dem von ihnen übernommenen Geschäftsanteil und darüber hinaus beschränkt oder unbeschränkt mit ihrem Vermögen. Unmittelbar aus dieser zweiten Grundbeziehung der Mitglieder der genossenschaftlichen Personenvereinigungen zu ihrer Betriebswirtschaft, aus ihrer Eigentümerstellung, folgt ihr Recht, auf die Willensbildung der genossenschaftlichen Betriebswirtschaft Einfluß zu nehmen. Aus dem Handeln in Selbsthilfe folgt das Recht der Selbstverwaltung. Dieses Recht nimmt die genossenschaftliche Personenvereinigung in der Generalversammlung wahr. Wie die Hauptversammlung in der Aktiengesellschaft ist auch die Generalversammlung im Genossenschaftsganzen oberstes Willensorgan und vom Gesetzgeber mit einer außerordentlichen Machtfülle ausgestattet. Die Rechte der Generalversammlung der Genossenschaft gehen in wesentlichen Punkten über die der Hauptversammlung der Aktiengesellschaft hinaus. Z. B. wählt die genossenschaftliche Personenvereinigung in der Generalversammlung die Mitglieder der beiden anderen Organe der genossenschaftlichen Betriebswirtschaft,

die Mitglieder des Aufsichtsrats und des Vorstands; die Generalversammlung stellt den Jahresabschluß der genossenschaftlichen Betriebswirtschaft fest und entscheidet über die Verteilung des Gewinns; in gesetzlich festgelegten Fällen nimmt die genossenschaftliche Personenvereinigung auch Einfluß auf die Geschäftsführung.¹⁶²⁾

Jedes Mitglied der genossenschaftlichen Personenvereinigung hat in der Generalversammlung eine Stimme (§ 43, 2 GenG). Der Einfluß des Mitglieds der genossenschaftlichen Personenvereinigung auf die Willensbildung der genossenschaftlichen Betriebswirtschaft ist an seine Person, nicht aber an die von ihm der genossenschaftlichen Betriebswirtschaft überlassene Kapitalsumme gebunden.¹⁶³⁾ Das Ansehen, das ein Mitglied der genossenschaftlichen Personenvereinigung unter den übrigen Mitgliedern genießt, die mit ihm gemeinsam in Selbsthilfe handeln, das Vertrauen, das einzelnen Mitgliedern in überdurchschnittlichem Maße entgegengebracht wird, kurzum alie mit der Person verbundenen und von ihr ausstrahlenden Kräfte sind bei der Willensbildung in der Generalversammlung uneingeschränkt wirksam. Die Bindung des Stimmrechtes in der Generalversammlung an die Person des Mitgliedes ist in jüngster Zeit nicht unangegriffen geblieben.¹⁶⁴⁾ Sinn und Wesen der genossenschaftlichen Demokratie kann jedoch nicht verstanden werden, wenn man ausschließlich ökonomische Überlegungen anstellt, sondern nur wenn von den soziologischen Gegebenheiten in den genossenschaftlichen Personenvereinigungen ausgegangen wird.¹⁶⁵⁾

Zugrunde liegt jeder Willensbildung der genossenschaftlichen Personenvereinigung, die in der Generalversammlung durch Mehrheitsbeschluß erfolgt, das Gleichgerichtetein der Interessen der in Selbsthilfe handelnden Mitglieder. Sämtliche Mitglieder der genossenschaftlichen Personenvereinigung verbindet dasselbe Interesse an dem genossenschaftlichen Wirtschaften.¹⁶⁶⁾ Darüber hinaus

162) Vgl. § 24, 2 + 3 GenG - § 75, 1 + 3 AktG
 § 48 GenG - § 125, 3+4 AktG
 § 49 GenG - § 103, 2 AktG
 Klein, Werner, Eine vergleichende Studie zwischen Aktiengesellschaft und Genossenschaft, Diss., München 1948, S. 102 ff.

163) Vgl. S. 11/12

164) Vgl. Ohm, Hans, I a. a. O., S. 60 ff.
 Robotka, Frank, a. a. O., S. 172

165) Vgl. S. 37

166) Vgl. S. 14 f., 16

wissen sich die Mitglieder zahlreicher genossenschaftlicher Personenvereinigungen in gemeinschaftlicher Weise verbunden.¹⁶⁷⁾ Trägt die soziale Beziehung der Mitglieder genossenschaftlicher Personenvereinigungen Gemeinschaftscharakter, so ist die Willensbildung in der Generalversammlung von dem gemeinschaftlichen Fühlen und Denken der Mitglieder der Personenvereinigung her stark bestimmt. Gegenseitiges Verstehen und Vertrauen sind Grundelemente der Beziehung der Mitglieder zueinander. Mit dem Aufweichen der Gemeinschaftsstruktur, die bereits aufgezeigt wurde,¹⁶⁷⁾ treten im Untersuchungszeitraum auch bei der Willensbildung in der Generalversammlung gegenseitiges Kennen und Verstehen und darin begründetes Vertrauen als wirksame Faktoren zurück und das ökonomische Interesse des nun individueller denkenden Mitglieds der genossenschaftlichen Personenvereinigung tritt in den Vordergrund.

Es wurde im Vorhergehenden aufgezeigt, daß die Intensität des Selbsthilfewillens, des Motors jeden genossenschaftlichen Wirtschaftens, entscheidend abhängig ist von der Marktstellung der Wirtschaftseinheiten der Mitglieder der Personenvereinigung und der der genossenschaftlichen Betriebswirtschaft. Die Veränderung der Marktstellung der Hauptarten genossenschaftlicher Betriebswirtschaften wurde herausgearbeitet. Ein Ergebnis dieser Analyse war, daß generell der Wille zur Selbsthilfe in den genossenschaftlichen Personenvereinigungen im Untersuchungszeitraum abgeschwächt wurde, bei den verschiedenen Arten von Personenvereinigungen geschah dies in unterschiedlicher Stärke, extrem bei den konsumgenossenschaftlichen Personenvereinigungen, in denen der Wille zur Selbsthilfe nahezu erlahmt sein muß.¹⁶⁸⁾ Auch in diesem Zusammenhang sind diese Ergebnisse von außerordentlicher Bedeutung. Denn das Interesse der Mitglieder der genossenschaftlichen Personenvereinigungen an der Beeinflussung der Willensbildung ihrer genossenschaftlichen Betriebswirtschaften muß in direktem Zusammenhang mit der Intensität des Willens zur Selbsthilfe, der in den Personenvereinigungen wirksam ist, gesehen werden. Wird der Wille zur Selbsthilfe in den genossenschaftlichen Personenvereinigungen abgeschwächt oder gar aufgelöst, wie dies im Untersuchungszeitraum der Fall war, so wird gleichlaufend das Interesse der Mitglieder der Personenvereinigungen an ihren genossenschaftlichen Betriebswirtschaften und an der Einflußnahme auf deren Willensbildung schwinden. Die Mitglieder der genossenschaftlichen Personenvereinigungen werden dann zunehmend auf die Ausübung des ihnen zustehenden Rechts, auf die Willensbildung der genossenschaftlichen Betriebswirtschaft Einfluß zu nehmen, verzichten. Notwendig geht mit einer derartigen Entwick-

167) Vgl. S. 69 ff.

168) Vgl. S. 115 ff.

lung eine Verselbständigung der genossenschaftlichen Betriebswirtschaft parallel.

Wurde soeben ausgeführt, daß das Stimmrecht in der genossenschaftlichen Generalversammlung an die Person des Mitglieds der Personenvereinigung gebunden ist, so folgt daraus, daß der Einfluß des einzelnen Mitglieds von der Gesamtzahl der Mitglieder der genossenschaftlichen Personenvereinigung abhängig ist. Mit steigender Mitgliederzahl der genossenschaftlichen Personenvereinigung vermindert sich der Einfluß des einzelnen Mitglieds auf die Willensbildung in der Generalversammlung. Im Vorhergehenden wurde bereits aufgezeigt, daß die durchschnittliche Mitgliederzahl der genossenschaftlichen Personenvereinigungen im Untersuchungszeitraum stark angestiegen ist.¹⁶⁹⁾ Daraus folgt, daß der Einfluß des einzelnen Mitglieds auf die Willensbildung der genossenschaftlichen Betriebswirtschaft parallel der Größenentwicklung der genossenschaftlichen Personenvereinigung rückläufig ist. Verbunden mit dem Rückgang des Einflusses, den das einzelne Mitglied auf die genossenschaftliche Willensbildung in der Generalversammlung ausüben kann, ist notwendig eine Abnahme des Interesses des einzelnen Mitglieds, sein Stimmrecht in der Generalversammlung auszuüben. Eine Verselbständigung der genossenschaftlichen Betriebswirtschaft und eine Aufweichung ihrer Bindung an ihre Personenvereinigung ist letztlich eine Folge dieser Entwicklung.

Das außerordentliche Ansteigen der Mitgliederzahlen der großstädtischen, genossenschaftlichen Personenvereinigung, vor allem der konsumgenossenschaftlichen, veranlaßte den Gesetzgeber, 1922 das Institut der Vertreterversammlung anstelle der Generalversammlung einzuführen.¹⁷⁰⁾ Nach § 43a des GenG besteht die Generalversammlung aus gewählten Vertretern der Mitglieder, wenn die Gesamtzahl der Mitglieder der genossenschaftlichen Personenvereinigung 3.000 übersteigt, dies kann durch das Statut bestimmt werden, wenn die Gesamtzahl der Mitglieder der Personenvereinigung mehr als 1.500 beträgt. Zum Vergleich sei angeführt, daß am 31.12.1957 die durchschnittliche Mitgliederzahl der konsumgenossenschaftlichen Personenvereinigungen 7.460 betrug. An die Stelle der direkten genossenschaftlichen Demokratie ist in diesen großen genossenschaftlichen Personenvereinigungen die repräsentative Demokratie als Instrument der Willensbildung getreten. Die Notwendigkeit der Ein-

169) Vgl. S. 93, 96, 99, 102, 110, 112

170) Gesetz vom 1. Juli 1922, RGBl. I, S. 567 und Gesetz vom 19. Januar 1926, RGBl. I, S. 91

führung der Vertreterversammlung ist heute unbestritten.¹⁷¹⁾ Unverkennbar ist jedoch, daß durch diese entwicklungsbedingte Einführung der Einfluß des einzelnen Mitglieds auf die Willensbildung der genossenschaftlichen Betriebswirtschaft außerordentlich stark abgeschwächt wurde. Notwendig muß damit auch das Interesse des einzelnen Mitglieds an dem ihm zustehenden Recht, auf die Willensbildung der genossenschaftlichen Betriebswirtschaft Einfluß zu nehmen, das hier auf die Wahl eines Vertreters eingeschränkt ist, der zumeist dem einzelnen Mitglied persönlich unbekannt sein dürfte, verblasen. Daß auch hierdurch eine Entfremdung von genossenschaftlicher Betriebswirtschaft und Personenvereinigung gefördert wird, ist nicht von der Hand zu weisen.

Hier ist auch der Ort, um den zuletzt angesprochenen Zusammenhang zwischen Herrschaft und Haftung bei der Behandlung der Genossenschaft mit Anteilshaftung wieder aufzugreifen.¹⁷²⁾ Nach Müller-Erbach muß bei der Entscheidung darüber, ob und inwieweit die Mitglieder rechtsfähiger Verbände für deren Schulden einstehen müssen, ausschlaggebend sein, wie weit das einzelne Mitglied die Geschäftsführung seines Verbandes zu beherrschen imstande ist. Es wurde eben aufgezeigt, daß bei Einführung der Vertreterversammlung, also wenn die Mitgliederzahl der genossenschaftlichen Personenvereinigung 3.000, bzw. 1.500 übersteigt, der Einfluß des einzelnen Mitglieds auf die Willensbildung der genossenschaftlichen Betriebswirtschaft reduziert wird auf das Recht, an der Wahl eines in die Vertreterversammlung zu entsendenden Mitglieds teilzunehmen.¹⁷³⁾ Das Beherrschungsvermögen des einzelnen Mitglieds der genossenschaftlichen Personenvereinigung ist in diesem Fall stärker eingeeengt als das eines Kleinaktionärs einer Aktiengesellschaft. Dessen ungeachtet haftet jedes Mitglied einer genossenschaftlichen Personenvereinigung über den von ihm übernommenen Geschäftsanteil hinaus beschränkt auf die Höhe der mindestens gleich dem Geschäftsanteil festzusetzenden Haftsumme für die Verbindlichkeiten der genossenschaftlichen Betriebswirtschaft mit seinem Vermögen.¹⁷⁴⁾

171) Vgl. Henzler, Reinhold, II a. a. O., S. 190 f.
Seraphim, Hans-Jürgen, I a. a. O., S. 41
Back, Joseph, I a. a. O., S. 53
Albrecht, Gerhard, I a. a. O., S. 158 f.
v. Caemmerer, Ernst, a. a. O., S. 188 f.

172) Vgl. S. 146

173) Vgl. Müller-Erbach, I, S. 214

174) Die unbeschränkte Haftpflicht kann hier außer acht gelassen werden, da sie bei derartigen genossenschaftlichen Personenvereinigungen nicht vorkommt.

Stellt man sich mit Müller-Erbach auf den Standpunkt, daß ausschlaggebend dafür, inwieweit das Mitglied eines rechtsfähigen Verbandes für dessen Schulden einzustehen hat, das Beherrschungsvermögen des einzelnen Mitglieds über seine Betriebswirtschaft, sein Einfluß auf deren Willensbildung sein muß, dann ist die einzig vertretbare Haftungsform für diese großen, genossenschaftlichen Personenvereinigungen die Rechtsform der Genossenschaft mit Anteilhaftung. Für ihre Schaffung würde demnach vor allem sprechen, daß ein schutzwürdiges Interesse der Mitglieder dieser großen genossenschaftlichen Personenvereinigungen vorliegt, dergestalt, daß eine Inanspruchnahme dieser Mitglieder für die Verbindlichkeiten der genossenschaftlichen Betriebswirtschaft über den Verlust des von ihnen ihrer Betriebswirtschaft zur Verfügung gestellten Beteiligungskapitals hinaus unmöglich gemacht werden muß, da ihre Haftung über den Geschäftsanteil hinaus nicht mehr durch ihr Beherrschungsvermögen begründet werden kann. Hierin scheint ein sehr wesentliches Argument zu liegen, das für die Schaffung einer Genossenschaft mit Anteilhaftung spricht und das in der bisherigen Diskussion zu dieser Frage unbeachtet geblieben ist.

Aber nicht nur die Veränderungen der genossenschaftlichen Personenvereinigungen und der Intensität des in den Personenvereinigungen wirksamen Willens zur Selbsthilfe haben den Einfluß des einzelnen Mitglieds auf die genossenschaftliche Willensbildung abgeschwächt und sein Interesse vermindert, seinen Einfluß geltend zu machen, sondern auch die Veränderungen der genossenschaftlichen Betriebswirtschaften selbst. Im Vorhergehenden wurde die stetige Größenentwicklung der genossenschaftlichen Betriebswirtschaften im Untersuchungszeitraum aufgezeigt,¹⁷⁵⁾ und auf die Veränderung der Verfahren ihrer Leistungserstellung hingewiesen. Weiter wurde bereits aufgezeigt, daß die genossenschaftlichen Betriebswirtschaften aller Arten im Untersuchungszeitraum im Interesse einer Verbesserung ihrer Leistungsfähigkeit ihrerseits Integrationen auf ihnen vor- oder nachgelagerte Wirtschaftsstufen durchführten. So sieht sich das einzelne Mitglied heute in der Regel einem mehrstufigen Integrationsbereich genossenschaftlicher Leistungserstellung gegenüber, den es kaum noch als Ganzes und in seinem Zusammenwirken übersehen kann. Ohne die Veränderungen der genossenschaftlichen Betriebswirtschaften hier im einzelnen noch einmal aufzuzeigen, kann festgestellt werden, daß mit zunehmender Größenentwicklung der genossenschaftlichen Betriebswirtschaften und zunehmendem Ausbau eines von den genossenschaftlichen Betriebswirtschaften her aufgebauten genossenschaftlichen Integrationsbereiches das einzelne Mitglied abnehmend in der Lage ist, die genossenschaftliche Betriebswirtschaft, ihre Leistungserstel-

lung und ihr ökonomisches Gefüge sachkundig zu beurteilen. Dies gilt um so mehr, je größer die Differenz zwischen der Größe der genossenschaftlichen Betriebswirtschaft und der von dem Mitglied selbst geführten Wirtschaftseinheit ist. In besonderem Maße trifft dies demnach auf die konsumgenossenschaftlichen Personenvereinigungen und Betriebswirtschaften zu, aber auch auf Kreditgenossenschaften und deren Personenvereinigungen, da die Besonderheiten des Kreditgeschäfts in der Regel von Handwerkern, Einzelhändlern und Landwirten nicht sachkundig beurteilt werden können. Mit zunehmender Größe der genossenschaftlichen Betriebswirtschaften wird also die Fähigkeit des durchschnittlichen Mitglieds der genossenschaftlichen Personenvereinigung, die Art der Leistungserstellung seiner Betriebswirtschaft und die Art ihres betriebswirtschaftlichen Gefüges zu beurteilen, geringer. Parallel mit diesem Entwicklungsprozeß vermindern sich die Möglichkeiten des einzelnen Mitglieds der genossenschaftlichen Personenvereinigung, in positiver Weise gestaltend auf die Willensbildung der genossenschaftlichen Betriebswirtschaft Einfluß zu nehmen. Notwendig muß damit auch das Interesse des einzelnen Mitglieds erlahmen, sein Recht auszuüben, sich an der Willensbildung in der Generalversammlung zu beteiligen. Auch aus diesem Grund nehmen die Mitglieder der genossenschaftlichen Personenvereinigungen im Untersuchungszeitraum in stetig abnehmendem Maße Einfluß auf die genossenschaftliche Willensbildung. Eine Vonselbständigung der genossenschaftlichen Betriebswirtschaften ist die Folge.

Die Feststellung dieser Entwicklung ist tendenziell bei allen Arten genossenschaftlicher Betriebswirtschaften und Personenvereinigungen zu machen, jedoch bei den verschiedenen Arten genossenschaftlicher Betriebswirtschaften und Personenvereinigungen unterschiedlich weit fortgeschritten. Es gilt für die Art dieser Differenzierung dasselbe wie für die Veränderung der Markstellung der verschiedenen Arten genossenschaftlicher Betriebswirtschaften und die unterschiedliche Abschwächung der Intensität des in den verschiedenen Arten genossenschaftlicher Personenvereinigungen wirksamen Willens zur genossenschaftlichen Selbsthilfe.

b) Der Vorstand der genossenschaftlichen Betriebswirtschaft und sein Einfluß auf die Willensbildung in seiner Veränderung

Grundsätzlich vertritt die genossenschaftliche Betriebswirtschaft gerichtlich und außergerichtlich ihr Vorstand (§ 24 GenG). Dem Vorstand der Genossenschaft obliegt weiter die Führung der Geschäfte und die Vornahme aller damit in Zusammenhang stehenden Handlungen.¹⁷⁶⁾ Wurde im Vorhergehenden

176) Vgl. § 30 GenG, § 33 GenG, § 34 GenG,

Klein, Werner, a. a. O., S. 84 ff. u. a.

herausgestellt, daß die Generalversammlung als oberstes Organ der Genossenschaft weitgehende Rechte vom Gesetzgeber eingeräumt erhielt als die Hauptversammlung der Aktiengesellschaft, so ergibt sich umgekehrt, daß der Vorstand der Genossenschaft vom Gesetzgeber weniger Rechte zugesprochen erhielt als der Vorstand einer Aktiengesellschaft. Seine Position im Genossenschaftsganzen ist rechtlich betrachtet schwächer als die vergleichbare des Vorstands in der Aktiengesellschaft. So muß der Vorstand der Genossenschaft nach § 24, 2 GenG aus mindestens zwei Mitgliedern bestehen, die nur gemeinsam, bzw. mindestens zwei Mitglieder, zeichnungsberechtigt sind (§ 25, 1 GenG).¹⁷⁷⁾ Gewählt werden die Mitglieder des Vorstandes von der Generalversammlung, wenn nicht das Statut ein anderes bestimmt (§ 24, 2 GenG). Das Recht der Bestellung des Vorstands ist eines der wesentlichsten Rechte der genossenschaftlichen Personenvereinigung, welche ihr vom Gesetzgeber zuerkannt wurden. Einerseits hat sie hiermit einen starken Einfluß auf die Willensbildung in der genossenschaftlichen Betriebswirtschaft und andererseits bleibt hierdurch der Vorstand der Genossenschaft stets an die genossenschaftliche Personenvereinigung gebunden. Unter Berücksichtigung des vorher Ausgeführten scheint es unzweckmäßig, diese Regelung des Genossenschaftsgesetzes zu verändern.¹⁷⁸⁾

Die Mitglieder des genossenschaftlichen Vorstandes müssen Mitglieder der genossenschaftlichen Personenvereinigung sein (§ 9 GenG). Diese rechtliche Regelung geht auf die Verhältnisse vor 1914 zurück. Dortmals war der Vorstand der Genossenschaft in aller Regel Glied der Personenmehrheit, welche die genossenschaftliche horizontale Kombination durchführte und deren Mitglieder gemeinschaftlich verbunden waren.¹⁷⁹⁾ Personen, die in der Gemeinschaft besonderes Ansehen genossen ob ihrer persönlichen Eigenschaften und Kenntnisse, übernahmen in der Regel ehrenamtlich die Führung der genossenschaftlichen Geschäfte. Mit der Veränderung der Aufgaben, welche den genossenschaftlichen Betriebswirtschaften gestellt wurden, der Veränderung ihrer Größe und ihrer Struktur mußte in zunehmendem Maße im Untersuchungszeitraum der ehrenamtliche genossenschaftliche Vorstand durch den hauptamtlichen ersetzt werden. Wurde im Vorhergehenden ausgeführt, daß mit zunehmender Größenentwicklung der genossenschaftlichen Betriebswirtschaften und dem Aufbau eines von den genos-

177) Vgl. Zur Reform des Genossenschaftsrechts, 1. Bd., Bonn 1956, S. 48

178) Ebd. S. 45 f.

179) Vgl. S. 39, Guthmann, Otto, W., Begriff und unterscheidende Merkmale der GmbH und der eGmbH, Diss., Greifswald 1914, S. 32; KG 18, 32

senschaftlichen Betriebswirtschaften der vorgetragenen genossenschaftlichen Integrationsbereichs das einzelne Mitglied der genossenschaftlichen Personenvereinigung stets abnehmend in der Lage ist, das Gefüge seiner Betriebswirtschaft und die Art ihrer Leistungserstellung zu übersehen, so gilt umgekehrt, daß im selben Maße die Leitung der genossenschaftlichen Betriebswirtschaft durch hauptamtliche, mit Spezialkenntnissen versehene Vorstandsmitglieder notwendig wird. Wie weit diese Entwicklung zum hauptamtlichen Vorstandsmitglied in den verschiedenen Arten genossenschaftlicher Betriebswirtschaften heute vorangeschritten ist, kann an Hand von Statistiken nicht festgestellt werden. Sicher ist im Konsumgenossenschaftlichen und gewerblichen Kreditgenossenschaftlichen Bereich der ehrenamtliche Vorstand heute durchweg durch den hauptamtlichen ersetzt. Aber auch in den landwirtschaftlichen genossenschaftlichen Betriebswirtschaften und in den gewerblichen Warengenossenschaften, hier vor allem den Einkaufsgenossenschaften des Einzelhandels, ist die Bestellung hauptamtlicher Vorstandsmitglieder heute bereits die Regel und nicht mehr die Ausnahme. Es gilt demnach auch für die Verwendung hauptamtlicher Vorstandsmitglieder in den genossenschaftlichen Betriebswirtschaften, daß sie zwar generell bei allen Arten genossenschaftlicher Betriebswirtschaften anzutreffen ist, aber in den verschiedenen Arten genossenschaftlicher Betriebswirtschaften in unterschiedlicher Breite.

Auf die Ersetzung der ehrenamtlichen Vorstandsmitglieder durch hauptamtliche Fachkräfte wirkt jedoch nicht nur die Veränderung ökonomischer Daten ein, sondern auch die Veränderung der soziologischen Struktur der genossenschaftlichen Personenvereinigungen. Mit der Abschwächung ihrer Gemeinschaftsstruktur treten die in der gemeinschaftlichen Verbundenheit der Mitglieder verwurzelten Kräfte, wie die Opferbereitschaft für die gemeinsame Sache, zurück.¹⁸⁰⁾ Es schwindet in den genossenschaftlichen Personenvereinigungen parallel die Bereitschaft zur Übernahme ehrenamtlicher Funktionen in der genossenschaftlichen Betriebswirtschaft. Die unterschiedliche Veränderung der soziologischen Struktur der verschiedenartigen genossenschaftlichen Personenvereinigungen wurde bereits aufgezeigt. Am stärksten erhalten geblieben ist die Gemeinschaftsstruktur der genossenschaftlichen Personenvereinigungen auf dem Land. So findet sich gerade hier auch noch heute der ehrenamtliche Vorstand und Kassier, der in seiner Freizeit genossenschaftliche Verwaltungsarbeiten erledigt. Aber dies ist die Ausnahme geworden.

Die Folge dieser Entwicklung ist, daß heute eine große Gruppe von Fachleuten als Vorstandsmitglieder außerordentlich stark das Gesamt des genossenschaftli-

180) Vgl. S. 54 ff.

chen Wirtschaftens bestimmt und auch in jeder Einzelgenossenschaft ein starkes Willenszentrum darstellt.¹⁸¹⁾ Wurde im Vorhergehenden festgestellt, daß der effektive Einfluß der Mitglieder der genossenschaftlichen Personenvereinigungen auf die genossenschaftliche Willensbildung im Untersuchungszeitraum bei allen Arten genossenschaftlicher Personenvereinigungen tendenziell abgeschwächt wurde, jedoch diese Abschwächung bei den verschiedenen Arten genossenschaftlicher Personenvereinigungen unterschiedlich stark festzustellen ist, so gilt umgekehrt, daß der Einfluß, welchen der Vorstand ausübt, auf die Willensbildung in der genossenschaftlichen Betriebswirtschaft parallel anstieg. Sieht man die Willensbildung der genossenschaftlichen Betriebswirtschaft als Ergebnis des Zusammenwirkens von Vorstand und Generalversammlung, so hat sich im Untersuchungszeitraum das Schwergewicht des Einflusses auf die genossenschaftliche Willensbildung auf den Vorstand der Genossenschaft verlagert bei einem gleichzeitigen Rückgang des Einflusses, den die genossenschaftliche Personenvereinigung auf die Willensbildung ihrer Betriebswirtschaft ausübt. Die Faktoren, welche diese Entwicklung verursachten, wurden im Zusammenhang mit der Darstellung der Veränderung des Einflusses der Generalversammlung auf die genossenschaftliche Willensbildung bereits aufgezeigt.

Ebenfalls wurde bereits darauf hingewiesen, daß das Zurückgehen des Einflusses, den das einzelne Mitglied der Personenvereinigung auf die Willensbildung der genossenschaftlichen Betriebswirtschaft ausübt, notwendig auf die zwischen Personenvereinigung und Betriebswirtschaft bestehenden Bindungen auflockernd wirkt und eine Entfremdung beider fördert. Die Tatsache, daß heute bei einer Vielzahl von genossenschaftlichen Betriebswirtschaften dem einzelnen Mitglied hauptamtliche, die genossenschaftliche Betriebswirtschaft leitende Fachkräfte gegenüberstehen, trägt zu einer Beschleunigung dieser Entwicklung bei. Der Rückgang des Einflusses, den die Generalversammlung auf die Willensbildung der genossenschaftlichen Betriebswirtschaft ausübt, und das parallele Anwachsen des Einflusses, den die hauptamtlichen Vorstandsmitglieder auf die Willensbildung der genossenschaftlichen Betriebswirtschaft haben, haben eine gewisse Verselbständigung der genossenschaftlichen Betriebswirtschaft zur Folge. Diese Entwicklung ist am weitesten in den Konsumgenossenschaften fortgeschritten. Hier ist sich das einzelne Mitglied der Personenvereinigung seiner Eigentümerrechte und -pflichten in der Regel gar nicht mehr bewußt, sondern weiß sich ausschließlich als Kunde mit seiner Genossenschaft verbunden. Von diesen Veränderungen in der genossenschaftlichen Willensbildung muß jedoch nicht die Gültigkeit des Förderungsauftrages für die wirtschaftliche Tätigkeit der genossen-

181) Vgl. Back, Josef, I a. a. O., S. 52 f.

schaftlichen Betriebswirtschaft betroffen werden, wenn sich die hauptamtlichen Vorstandsmitglieder der Aufgabe jeder genossenschaftlichen Betriebswirtschaft, Förderungswirtschaft der Mitglieder ihrer Personenvereinigung zu sein, bewußt sind und ihren bei den verschiedenen Arten genossenschaftlicher Betriebswirtschaften unterschiedlich stark angewachsenen Einfluß auf die Willensbildung der genossenschaftlichen Betriebswirtschaft ausschließlich im Sinne des genossenschaftlichen Grundauftrages zur Geltung bringen.

c) Der Aufsichtsrat und die Willensbildung in der genossenschaftlichen Betriebs-
wirtschaft

Der Aufsichtsrat der Genossenschaft hat vor allem die Aufgabe, den Vorstand bei seiner Geschäftsführung zu überwachen und über das Ergebnis seiner Prüfungen der Generalversammlung zu berichten (§ 36, 1 GenG).¹⁸²⁾ Seine Mitglieder werden von der Generalversammlung gewählt (§ 9, 2 GenG) und müssen Mitglieder der genossenschaftlichen Personenvereinigung sein. Mit zunehmendem Rückgang des Einflusses der genossenschaftlichen Personenvereinigung auf die genossenschaftliche Willensbildung erhält die Hauptaufgabe des Aufsichtsrates, der verkürzten Generalversammlung der Genossenschaft,¹⁸³⁾ den Vorstand, dessen Einfluß parallel ansteigt, in seiner Geschäftsführung zu überwachen, an Bedeutung. Der Aufsichtsrat wird zum Bindeglied zwischen Vorstand und Personenvereinigung, der dem Vorstand gegenüber die Interessen der genossenschaftlichen Personenvereinigung zu vertreten und der Verselbständigung der genossenschaftlichen Betriebswirtschaft entgegenzuwirken hat. In der Regel werden die Mitglieder des Aufsichtsrates jedoch die zur Durchführung ihrer Überwachungsaufgabe erforderlichen Kontrollen des Vorstandes nur sehr selten und flüchtig durchführen. Einmal stehen sie in der Regel in privatem und geschäftlichem Verkehr mit den Vorstandsmitgliedern, so daß sie sich vor einer laufenden und eingehenden Kontrolle von deren Tätigkeit scheuen,¹⁸⁴⁾ und zum anderen gilt auch für die Mitglieder des Aufsichtsrates, obwohl normalerweise besonders befähigte Mitglieder der genossenschaftlichen Personenvereinigung in den Aufsichtsrat gewählt werden, daß sie die persönlichen Voraussetzungen in der Regel nicht

182) Näheres siehe Klein, Werner, a. a. O., S. 94 ff.

183) Jakob, E., Volkswirtschaftliche Theorie der Genossenschaften,
Berlin-Stuttgart-Leipzig 1913, S. 102

184) Vgl. Klein, Werner, a. a. O., S. 100 f.

erfüllen, die zur Durchführung eingehender Kontrollen der Geschäftstätigkeit des Vorstandes der genossenschaftlichen Betriebswirtschaft erforderlich sind.

Hier schalten sich die Genossenschaftsverbände ein, die von den Genossenschaften aller Sparten aufgebaut wurden und deren Tätigkeit und vor allem deren Einfluß auf die genossenschaftliche Willensbildung wir uns nun zuwenden.

d) Der Einfluß der Verbände auf die genossenschaftliche Willensbildung und seine Veränderung

Die Aufgaben der Genossenschaftsverbände können in nach außen gerichtete und nach innen orientierte unterschieden werden. Die nach außen gerichtete Tätigkeit der Genossenschaftsverbände hat das Ziel, die Interessen der genossenschaftlich wirtschaftenden Personen gegenüber nicht genossenschaftlichen Wirtschaftskreisen und gegenüber staatlichen Gremien hinreichend zu vertreten. Eine Vereinheitlichung der Verbandsbildung der Genossenschaften, die anfänglich durch eine außerordentliche Vielfalt und Zersplitterung gekennzeichnet war, wurde vor allem durch diese Außenaufgaben der Verbände erzwungen, da nur dann die Interessen der Genossenschaften auf einer Position, die der der nichtgenossenschaftlichen Wirtschaftskreise entsprach, vertreten werden konnten. So arbeiteten 1900 in Deutschland selbständig nebeneinander 32 Verbände deutscher Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften,¹⁸⁵⁾ während heute vier Spitzenverbände bestehen, je einer im gewerblichen, landwirtschaftlichen, konsumgenossenschaftlichen und wohnungsbaugenossenschaftlichen Bereich, die in der Rechtsform des eingetragenen Vereins arbeiten und 40 regionale bzw. fachliche Prüfungsverbände zu Mitgliedern haben. Durch den losen Zusammenschluß dieser vier Spitzenverbände in den Freien Ausschuß des deutschen Genossenschaftswesens haben sich erstmalig 1916 und wieder 1946 die deutschen Genossenschaften eine gemeinsame Plattform geschaffen, von der sie aus in Fragen, die alle Genossenschaftsarten betreffen, gemeinsam die Interessen des genossenschaftlichen Wirtschaftens vertreten, wie dies auch jetzt bei der Diskussion um die Neufassung des Genossenschaftsgesetzes erforderlich ist.¹⁸⁶⁾ Heute nach Abschluß der Konzentrationsbewegungen im genossenschaftlichen Verbandswesen haben die Spitzenverbände ein Mitarbeitsrecht an all den Gesetzen, die ihren Geschäftsbereich betreffen, sie sind in der Lage, vor den Gerichten in allen Instanzen die Interessen der Genossenschaften ausreichend

185) Vgl. Jahrbuch des Allgemeinen Verbandes 1900, S. XVI

186) Vgl. Hennemann, Horst, a. a. O., S. 90 ff.

zu vertreten und stärken die Stellung der genossenschaftlich Wirtschaftenden durch eine ausgeprägte, sich auf eigene Verlage und Presseabteilungen stützende publizistische Tätigkeit.¹⁸⁷⁾ Diese von den Genossenschaftsverbänden übernommenen Aufgaben können von der Einzelgenossenschaft aus naheliegenden Gründen nicht wahrgenommen werden. Die Genossenschaftsverbände bedienen sich zu ihrer Erledigung hochqualifizierter Fachkräfte, welche die erforderlichen Kenntnisse und Fähigkeiten aufweisen, um die Interessen der genossenschaftlich Wirtschaftenden auf jeder Ebene vertreten zu können.

Aber nicht nur nach außen, sondern auch nach innen auf die genossenschaftliche Arbeit in der Einzelgenossenschaft ist ein wesentlicher Aufgabenbereich der Genossenschaftsverbände gerichtet. Ihnen obliegt die Aufgabe, zwecks Feststellung der wirtschaftlichen Verhältnisse und der Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung die Einrichtungen, die Vermögenslage, sowie die Geschäftsführung der Einzelgenossenschaft zu prüfen (§ 53, 1 GenG). Der Umfang der Prüfung der Genossenschaft ist verglichen mit dem sich nach § 135, 1, 1 AktG ergebenden Umfang der Prüfung einer Aktiengesellschaft wesentlich weiter.¹⁸⁸⁾ In der Novelle zum GenG vom 30. Oktober 1934 - RGBI I, S. 1077 - wurde im § 54 GenG festgelegt, daß jede Genossenschaft einem Prüfungsverband angehören muß. So gibt es heute in der Bundesrepublik keine Genossenschaften mehr, die nicht einem Prüfungsverband angeschlossen wären. Bei der Ausübung ihrer Prüfungs-

187) Vgl. Jahrbuch des Deutschen Genossenschaftsverbandes 1951, S. 11;
1952, S. 12

188) Vgl. Klein, Werner, a. a. O., S. 135 ff.
Hertlein-Meissner, Abschluß und Prüfung der AG, Leipzig 1938
Hildebrand, K., Wegweiser für genossenschaftliche Prüfungen,
Berlin-Leipzig 1936
Letschert, R., Die Durchführung der Verbandsrevision,
Berlin 1921
Zee - Heraeus, Prüfung und Sanierung von Genossenschaften,
Stuttgart und Berlin 1938
Glaß, Otto, a. a. O., S. 231 ff.
Henzler, Reinhold, I a. a. O., S. 195 ff.
ders. II a. a. O., S. 203 ff.
Paulick, Heinz, II, Gedanken zur Reform des Genossenschaftsge-
setzes, Neuwied 1951, S. 40 ff.
ders. (III) Die Stellung der Prüfungsverbände im deut-
schen Genossenschaftsrecht in ZgGenW 1951,
S. 265 ff.

tätigkeit bedienen sich die Verbände ebenfalls hochqualifizierter Fachkräfte, die zusammen mit den hauptamtlichen Vorstandsmitgliedern der Einzelgenossenschaften einen neuen Typ des das genossenschaftliche Wirtschaften maßgeblich bestimmenden und der genossenschaftlichen Sache dienenden Menschen darstellen. Bei ihrer Prüfungstätigkeit sammeln die Verbände einen außerordentlich wertvollen und durch stetigen Austausch geprüften und bereicherten Erfahrungsschatz, der sie in hohem Maße befähigt, den Organen der Einzelgenossenschaften beratend zur Seite zu stehen. Es ist Aufgabe der Spitzenverbände, die Geschäftspolitik der ihnen angeschlossenen genossenschaftlichen Betriebswirtschaften in ihren großen Linien zu bestimmen und auf ihre Betriebstechnik rationalisierend einzuwirken.

Nachdem mit dem Aufzeigen der Hauptaufgaben der genossenschaftlichen Verbände die notwendigen Voraussetzungen geschaffen sind, soll nun ihr Einfluß auf die Willensbildung der genossenschaftlichen Betriebswirtschaften dargestellt werden. Einmal machen die Verbände ihren Einfluß auf die Willensbildung der Einzelgenossenschaften geltend, indem sie, wie bereits angesprochen, die Geschäftspolitik der genossenschaftlichen Betriebswirtschaften ihrer Verbandszugehörigkeit in großen Linien festlegen und in Veröffentlichungen, die den Organträgern der Einzelgenossenschaften zugehen, sowie auf Verbandstagungen, an denen die Organträger der Einzelgenossenschaften teilnehmen, diese Entwicklungslinien zur Einhaltung empfehlen. Bei der Einführung neuer Betriebstechniken in den genossenschaftlichen Betriebswirtschaften zur Rationalisierung treten die Verbände den Organträgern der Einzelgenossenschaften mit ihrem Rat zur Seite, der sich auf eine breite Erfahrung und ein fundiertes sachliches Wissen stützt. Die Verbände empfehlen ihrerseits bestimmte Rationalisierungsmaßnahmen organisatorischer oder technischer Art zur Durchführung den Einzelgenossenschaften. Hierzu gibt ihnen die Vornahme der Prüfung in den Genossenschaften, die sich auch auf die Organisation und sämtliche Faktoren, welche die Leistungserstellung beeinflussen, erstreckt, Gelegenheit.¹⁸⁹⁾ In der Regel werden bei gewichtigen Entscheidungen, welche von den Organen der Einzelgenossenschaft zu treffen sind, wie die Auflösung einer Genossenschaft, die Zusammenlegung zweier Genossenschaften, die Vornahme einer größeren Investition, die Bestellung eines neuen Vorstandsmitglieds usw., die Genossenschaftsverbände um ihren sachkundigen Rat und ihre Unterstützung von den Organträgern der Einzelgenossenschaften gebeten. So wirkten die genossenschaftlichen Verbände im Untersuchungszeitraum maßgeblich mit bei der Vornahme aller einschnei-

189) Vgl. § 54 GenG, § 57 - § 60 GenG

denden Veränderungen im organisatorischen Aufbau einer Genossenschaftssparte, wie sie bereits wiederholt aufgezeigt wurden.

Es ist außerordentlich schwierig, wenn nicht unmöglich, generell den Einfluß der Genossenschaftsverbände auf die Willensbildung der Einzelgenossenschaft abzugrenzen, da er nicht auf gesetzlich fundierter Macht beruht, sondern in seiner Reichweite durch die Überzeugungskraft der gegebenen Empfehlungen und Ratschläge der Verbandsangehörigen an die Organträger der Einzelgenossenschaften und durch das Vertrauensverhältnis, das zwischen Genossenschaftsverband und Einzelgenossenschaft besteht oder nicht besteht, bestimmt wird. Es läßt sich allgemein sagen, daß der Einfluß der Genossenschaftsverbände auf die Willensbildung der Einzelgenossenschaften erstarkte mit dem Vordergründigwerden und dem Anwachsen der Gewichtigkeit ökonomischer Entscheidungen und dem parallelen Zurücktreten irrationaler Faktoren, die in den soziologischen Gegebenheiten der jeweiligen genossenschaftlichen Personenvereinigungen verwurzelt sind. Es wurde bereits herausgestellt, daß das Zurückgehen des Einflusses der Generalversammlung auf die genossenschaftliche Willensbildung bei gleichzeitigem Ansteigen des Einflusses des Vorstandes eine Entfremdung von genossenschaftlicher Personenvereinigung und Betriebswirtschaft fördert und notwendig eine gewisse Verselbständigung der genossenschaftlichen Betriebswirtschaft zur Folge hat. Unter Einbeziehung des von den Genossenschaftsverbänden auf die Willensbildung der Einzelgenossenschaft ausgeübten Einflusses und seiner Verstärkung im Untersuchungszeitraum gilt dasselbe.

Unter Außerachtlassung des Einflusses der Arbeitnehmer auf die genossenschaftliche Willensbildung kraft ihres Mitbestimmungsrechtes¹⁹⁰⁾ ergibt sich die Willensbildung der genossenschaftlichen Betriebswirtschaft auf Grund des Zusammenwirkens von Generalversammlung, Aufsichtsrat, Vorstand und Genossenschaftsverband. Es wurde aufgezeigt, daß die in den letzten Jahrzehnten erfolgte Veränderung in der genossenschaftlichen Willensbildung gekennzeichnet ist, durch eine Verschiebung der Einflußgewichte dieser vier Willenszentren von der Generalversammlung zu dem Vorstand der Genossenschaft, bei annähernd gleichbleibendem Einfluß des Aufsichtsrates und einem Erstarken des Einflusses der Genossenschaftsverbände. Das Anwachsen des Einflusses der Genossenschafts-

190) hierzu Henzler, Reinhold,
Paulick, Heinz,

I a. a. O., S. 50 ff.
(IV) Der genossenschaftliche Aufsichtsrat
nach dem Betriebsverfassungsgesetz vom
11. Oktober 1952 in ZgGenW 1953,
S. 215 ff.

verbände auf die genossenschaftliche Willensbildung in der Einzelgenossenschaft wirkt der Verschiebung der Einflußgewichte von der Generalversammlung zu dem Vorstand und der damit verbundenen Entfremdung von Personenvereinigung und Betriebswirtschaft nicht entgegen. Vielmehr hat das Anwachsen des Einflusses der Verbände eine zunehmende organisatorische und geschäftspolitische Vereinheitlichung der genossenschaftlichen Betriebswirtschaften einer Genossenschaftsart zur Folge, die im Interesse der Steigerung der Leistungsfähigkeit der genossenschaftlichen Betriebswirtschaften erforderlich erscheint und eine Zusammenarbeit der Einzelgenossenschaften auf den verschiedensten Gebieten fördert. Die Verschiebung des Einflusses in der innergenossenschaftlichen Willensbildung und die Wirksamkeit des Einflusses der Genossenschaftsverbände ist bei allen Arten genossenschaftlicher Betriebswirtschaften tendenziell nachweisbar, jedoch bei den verschiedenen Arten genossenschaftlicher Betriebswirtschaften in unterschiedlichem Ausmaß ausgeprägt festzustellen. Für die Art dieser Differenzierung gilt dasselbe, wie es bereits im Zusammenhang mit der Veränderung des Einflusses der Generalversammlung auf die genossenschaftliche Willensbildung herausgearbeitet wurde.

5. Die Preispolitik der genossenschaftlichen Betriebswirtschaft und ihre Veränderung

Nach Hildebrand umfaßt die Preispolitik alle Maßnahmen der Preisfestsetzung im Verkehr mit der Außenwelt.¹⁹¹⁾ Die stets neu der Preispolitik jeder Betriebswirtschaft gestellte Aufgabe ist, den für sie "richtigen Preis" unter Berücksichtigung aller inner- und außerbetrieblichen Faktoren in jedem Zeitpunkt zu finden.¹⁹²⁾ Es ist demnach Aufgabe der Preispolitik der genossenschaftlichen Betriebswirtschaft, sowohl auf die Preise im Gegengeschäft¹⁹³⁾ gestaltend einzuwirken, als auch den jeweils richtigen Preis im genossenschaftlichen Zweckgeschäft zu ermitteln. In diesem Zusammenhang soll unsere Aufmerksamkeit je-

191) Hildebrand, Karl, Organisation und Direktion des genossenschaftlichen Betriebes, Halberstadt 1927, S. 291

192) Vgl. Gutenberg, Erich, II a. a. O., S. 14 f., S. 148 ff.
Schmalenbach, Eugen, Grundlagen der Selbstkostenrechnung und Preispolitik, 6. Aufl., Leipzig 1934

Schmidt, F., Kalkulation und Preispolitik, Berlin 1930

Röble, Karl, I a. a. O., S. 221 ff.

193) Vgl. S. 120

doch ausschließlich auf die genossenschaftliche Preispolitik im Zweckgeschäft gerichtet sein. Bezieht man die Tatsache in die Untersuchung mit ein, daß zahlreiche genossenschaftliche Betriebswirtschaften nicht nur mit Mitgliedern ihrer Personenvereinigung Umsätze im Zweckgeschäft tätigen, sondern auch mit Nichtmitgliedern, so muß dementsprechend die genossenschaftliche Preispolitik, die im Nichtmitgliedergeschäft verfolgt wird, getrennt von der im Mitgliedergeschäft verfolgten dargestellt werden. Da jedoch bei der Darstellung der Umsatztätigkeit der genossenschaftlichen Betriebswirtschaften mit Nichtmitgliedern bereits auf die grundsätzlichen Möglichkeiten genossenschaftlicher Preispolitik im Nichtmitgliedergeschäft hingewiesen und die Folgerung hinsichtlich der Veränderung des Wesens der genossenschaftlichen Betriebswirtschaften bei Befolgung einer bestimmten Preispolitik im Nichtmitgliedergeschäft gezogen wurden,¹⁹⁴⁾ kann hier auf eine eingehende Analyse der Preispolitik genossenschaftlicher Betriebswirtschaften im Nichtmitgliedergeschäft verzichtet werden. Es verbleibt die Aufgabe, die Preispolitik der genossenschaftlichen Betriebswirtschaften, die sie im Geschäftsverkehr mit den Mitgliedern ihrer Personenvereinigungen befolgen, in ihrer Veränderung darzustellen.

Im Zentrum allen genossenschaftlichen Wirtschaftens steht der von jeder genossenschaftlichen Personenvereinigung ihrer Betriebswirtschaft erteilte Grundauftrag, dessen Inhalt wir bereits aufzeigten.¹⁹⁵⁾ Dieser Inhalt ist ein absoluter, d. h. nur wenn die genossenschaftliche Betriebswirtschaft die Mitglieder ihrer Personenvereinigung in ihrer eigenen wirtschaftlichen Tätigkeit im größtmöglichen Umfang fördert, hat sie den ihr erteilten Förderungsauftrag erfüllt. Die genossenschaftliche Betriebswirtschaft muß die von ihr erwirtschafteten Vorteile den Mitgliedern ihrer Personenvereinigung weitergeben, soweit dies unter Berücksichtigung der Erfordernisse der Substanzerhaltung der genossenschaftlichen Betriebswirtschaft und der Erhaltung und Steigerung ihrer Leistungsfähigkeit, die vor dem Hintergrund der Leistungsfähigkeit nichtgenossenschaftlicher gleichartiger Betriebswirtschaften gesehen werden muß, möglich erscheint. Die in der genossenschaftlichen Betriebswirtschaft erwirtschafteten Vorteile müssen finanzieller Art sein, um in diesem Zusammenhang mit einbezogen werden zu können. Die Weitergabe dieser finanziellen, in der genossenschaftlichen Betriebswirtschaft erwirtschafteten Vorteile an die Mitglieder ihrer Personenvereinigung kann in zweifacher Weise erfolgen. Einmal kann der erwirtschaftete Vorteil den Mitgliedern der Personenvereinigung unmittelbar über den Preis weitergegeben werden; es soll dann von einer unmittelbaren fi-

194) Vgl. S. 120 ff.

195) Vgl. S. 74 ff.

nanziellen Förderung der Mitglieder der Personenvereinigung gesprochen werden. Zum anderen kann der erwirtschaftete finanzielle Vorteil den Mitgliedern am Jahresende nach Abschluß der Rechnungsperiode im Wege der Gewinnauskehrung weitergegeben werden; im folgenden wird dieses Verfahren mittelbare Förderung der Mitglieder genannt werden.¹⁹⁶⁾ Der genossenschaftlichen Betriebswirtschaft stehen demnach zwei Wege zur Weitergabe der von ihr erwirtschafteten finanziellen Vorteile an die Mitglieder ihrer Personenvereinigung offen. Welchen von beiden die genossenschaftliche Betriebswirtschaft beschreitet, entscheidet sich mit der Wahl ihrer Preispolitik. Sollen die Mitglieder der genossenschaftlichen Personenvereinigung ausschließlich oder vorwiegend unmittelbar gefördert werden, so wird die genossenschaftliche Preispolitik von anderen Faktoren beeinflusst, als wenn die von der genossenschaftlichen Betriebswirtschaft erwirtschafteten Vorteile ausschließlich oder vorwiegend in Form der mittelbaren Förderung den Mitgliedern der Personenvereinigung weitergegeben werden sollen. Wir wollen uns als erstes den Faktoren zuwenden, welche die Preisfestsetzung der genossenschaftlichen Betriebswirtschaft bestimmen, wenn ihre Preispolitik ausgerichtet ist auf eine unmittelbare Förderung der Mitglieder ihrer Personenvereinigung, und deren Veränderung aufzeigen.

a) Die Preisfestsetzung beeinflussende Faktoren bei einer auf unmittelbare Förderung ausgerichteten genossenschaftlichen Preispolitik und ihre Veränderung

Sollen die von der genossenschaftlichen Betriebswirtschaft erwirtschafteten finanziellen Vorteile über den Preis den Mitgliedern der Personenvereinigung weitergegeben werden, so hat die genossenschaftliche Preispolitik bei der Ermittlung des richtigen Preises auszugehen von den Erfordernissen der Substanzerhaltung der genossenschaftlichen Betriebswirtschaft und den Notwendigkeiten der Erhaltung ihrer Leistungsfähigkeit, die gesehen werden muß vor dem Hintergrund der Leistungsfähigkeit der mit ihr konkurrierenden nichtgenossenschaftlichen Betriebswirtschaften. Das ist erforderlich, um eine grundauftragsgemäße Förderung der Mitglieder der genossenschaftlichen Personenvereinigung auf die Dauer zu gewährleisten.

Der den Mitgliedern der Personenvereinigung in Rechnung zu stellende Preis muß demnach die in der genossenschaftlichen Betriebswirtschaft bei der Erstellung der jeweiligen Leistung entstandenen Kosten decken, wenn die genossenschaftliche Betriebswirtschaft im Rahmen der Beschaffungsfunktion tätig ist, er

196) Vgl. Rößle, Karl, I, a. a. O., S. 46

darf nicht höher sein als der von der genossenschaftlichen Betriebswirtschaft erzielte Erlös abzüglich der in der Betriebswirtschaft entstandenen Kosten, wenn die genossenschaftliche Betriebswirtschaft Verwertungsaufgaben erfüllt hat. Der Vereinfachung halber wird angenommen, daß die in der genossenschaftlichen Betriebswirtschaft bei der Erstellung der jeweiligen Einzelleistung entstehenden Kosten ermittelt werden können. Daraus folgt, daß die genossenschaftliche Betriebswirtschaft bei der Ermittlung des richtigen Preises im Falle einer auf unmittelbare Förderung der Mitglieder ausgerichteten Preispolitik auszugehen hat von den ihr entstandenen Selbstkosten pro Leistungseinheit.¹⁹⁷⁾

In dem Maße, in dem nicht leistungsbedingte Aufwendungen in der genossenschaftlichen Betriebswirtschaft anfallen, wird die genossenschaftliche Preispolitik, um die Substanzerhaltung der genossenschaftlichen Betriebswirtschaft nicht zu gefährden, diesen nichtleistungsbedingten Werteeinsatz bei der Ermittlung des richtigen Preises zu berücksichtigen haben. Ausgangspunkt der genossenschaftlichen Preispolitik, die eine unmittelbare Förderung der Mitglieder erreichen soll, kann demnach nicht der leistungsbedingte Werteeinsatz, die Kosten, sein, sondern es muß der gesamte Werteeinsatz einer Periode, der entstandene Aufwand, auch so weit er nicht leistungsbedingt ist, zu Grunde gelegt werden. Diesem Faktor kommt dann erhöhte Bedeutung zu, wenn der Aufwand pro Periode der in der genossenschaftlichen Betriebswirtschaft entsteht, erheblich von den entstandenen Kosten abweicht. Da in den vergangenen Jahrzehnten der nichtleistungsbedingte Werteeinsatz in den genossenschaftlichen Betrieben absolut und relativ, d.h. in Prozent des gesamten Aufwandes pro Rechnungsperiode, ansteigt, kommt der Tatsache, daß die genossenschaftliche Preispolitik nicht die Selbstkostendeckung, sondern die Aufwandsdeckung zum Ziel haben muß, heute parallel anwachsende Bedeutung zu.¹⁹⁸⁾ Demnach hat eine genossenschaftliche Betriebswirtschaft in ihrer Preispolitik, wenn sie auf eine unmittelbare finanzielle Förderung der Mitglieder ausgerichtet ist, von dem gesamten Werteeinsatz einer Periode auszugehen, um den Preis zu ermitteln, der mit dem ihr erteilten Grundauftrag in Einklang zu bringen ist.

Aber damit sind nicht alle Faktoren aufgezeigt, welche die Preispolitik der ge-

197) Vgl. Ohm, Hans, I, a. a. O., S. 27 ff.
Henzler, Reinhold, I, a. a. O., S. 84 ff. u. a.

198) Vgl. Henzler, Reinhold, I, a. a. O., S. 84 ff.
ders., V, Über das Wesen der Genossenschaft und die Eigenart ihrer Preispolitik in ZgGenW 1957, S. 17

genossenschaftlichen Betriebswirtschaften heute beeinflussen, wenn die von ihr erwirtschafteten finanziellen Vorteile über den Preis ausschließlich oder doch vorwiegend an die Mitglieder ihrer Personenvereinigungen weitergegeben werden sollen. Es blieben die Faktoren unberücksichtigt, die sich aus den Finanzierungsnotwendigkeiten ergeben und auf die Preispolitik der genossenschaftlichen Betriebswirtschaften ebenfalls einwirken.

Es wurde bereits im Vorhergehenden das typisch genossenschaftliche Finanzierungsrisiko dargestellt,¹⁹⁹⁾ und darauf hingewiesen, daß dieses typisch genossenschaftliche Finanzierungsrisiko ebenso wie andere mit dem genossenschaftlichen Wirtschaften verbundene Risiken mit der Veränderung der Intensität des in den genossenschaftlichen Personenvereinigungen wirksamen Willens zur Selbsthilfe erhöhte.²⁰⁰⁾ Darauf, daß diese Risikoerhöhung bei den verschiedenen Arten genossenschaftlicher Betriebswirtschaften unterschiedlich stark auftritt, wurde ebenfalls bereits hingewiesen. Es wurde weiter bereits gefolgert, daß dementsprechend der Bildung von Rücklagen, welche die Aufgabe haben, diesen Risiken, insbesondere dem typisch genossenschaftlichen Finanzierungsrisiko entgegenzuwirken und damit die Erhaltung der genossenschaftlichen Betriebswirtschaft zu sichern, heute erhöhte Bedeutung und Dringlichkeit zukommt. Diese heute in unterschiedlichem Maße bei den verschiedenen Arten genossenschaftlicher Betriebswirtschaften erhöhte Dringlichkeit und Notwendigkeit der Rücklagenbildung ist ein weiterer Faktor, der die Preispolitik der genossenschaftlichen Betriebswirtschaften beeinflusst, wenn sie auf eine unmittelbare Förderung der Mitglieder ihrer Personenvereinigung hinzielt. Bei seiner erforderlichen Berücksichtigung wird der richtige Preis, den die genossenschaftliche Betriebswirtschaft den Mitgliedern in Rechnung stellt, so hoch, wenn die genossenschaftliche Betriebswirtschaft Beschaffungsaufgaben übernommen hat, bzw. so niedrig, wenn sie Verwertungsaufgaben ausführt, sein müssen, daß in der genossenschaftlichen Betriebswirtschaft ein zur Bildung der erforderlichen Rücklagen ausreichender Gewinn entsteht. Dieser Faktor hat in den letzten Jahrzehnten mit der Erhöhung der von der genossenschaftlichen Betriebswirtschaft zu tragenden Risiken, insbesondere der Erhöhung des typisch genossenschaftlichen Finanzierungsrisikos, verstärktes Gewicht erhalten. Parallel dem Anwachsen des Einflusses dieses Faktors auf die genossenschaftliche Preispolitik ist es fragwürdiger geworden, ob man die genossenschaftliche Betriebswirtschaft als Selbstkosten- oder Aufwandsdeckungsbetrieb charakterisieren kann. Denn mit dem Anwachsen der Dringlichkeit der Rücklagenbildung in den genossenschaftlichen Betriebswirtschaften ist gleichzei-

199) Vgl. S. 129 ff.

200) Vgl. S. 132 ff.

tig in den letzten Jahrzehnten sichtbarer geworden, daß auch eine grundauftragsgemäß handelnde genossenschaftliche Betriebswirtschaft gewinnstrebig, wenn auch begrenzt, sein muß.

Aber auch mit dem Aufzeigen dieses die auf eine unmittelbare Förderung der Mitglieder ausgerichtete genossenschaftliche Preispolitik beeinflussenden Faktors ist die Reihe der Faktoren noch nicht erschöpft, die von der so gearteten genossenschaftlichen Preispolitik beachtet werden müssen. Es wurde schon zu wiederholten Malen darauf hingewiesen, daß mit zunehmender Größenentwicklung der genossenschaftlichen Betriebswirtschaften, mit der Erweiterung ihres Funktionsbereiches, der Erhöhung der Ansprüche der Mitglieder ihrer Personenvereinigungen und der Notwendigkeit der Durchführung von Integrationen der langfristige Kapitalbedarf der genossenschaftlichen Betriebswirtschaften aller Art im Untersuchungszeitraum angestiegen ist, wenn auch unterschiedlich stark bei den verschiedenen Arten. Weiter wurde bereits herausgestellt, daß die daraus resultierende Notwendigkeit der Verbreiterung ihrer Eigenkapitalbasis durch die Mitglieder ihrer Personenvereinigungen heute vor allem durch deren begrenzte Kapitalhergabewilligkeit, nicht so sehr durch ihre begrenzte Kapitalaufbringungsfähigkeit, beengt wird.²⁰¹⁾ Wenn die Mitglieder der genossenschaftlichen Personenvereinigung nicht fähig, oder, und dies ist heute die Regel, nicht willens sind, das zur Erhaltung oder notwendigen Verbesserung der Leistungsfähigkeit ihrer genossenschaftlichen Betriebswirtschaft, die im Zusammenhang mit der Steigerung der Leistungsfähigkeit nichtgenossenschaftlicher, konkurrierender Betriebswirtschaften gesehen werden muß, erforderliche Beteiligungskapital ihrerseits der genossenschaftlichen Betriebswirtschaft zur Verfügung zu stellen, dann muß die genossenschaftliche Betriebswirtschaft selbst die Aufgabe der Lösung ihrer Finanzierungsprobleme übernehmen. Die darin zum Ausdruck kommende Entfremdung von genossenschaftlicher Personenvereinigung und Betriebswirtschaft, verursacht durch die Abschwächung der Intensität des in den Personenvereinigungen wirksamen Willens zu genossenschaftlicher Selbsthilfe, und die daraus resultierende Verselbständigungstendenz der genossenschaftlichen Betriebswirtschaft wurde bereits ins Blickfeld gerückt. Diese, den genossenschaftlichen Betriebswirtschaften in den letzten Jahrzehnten in unterschiedlicher Dringlichkeit und Stärke zugewachsene Finanzierungsaufgabe, muß ebenfalls als Faktor beachtet werden, der die Preispolitik der genossenschaftlichen Betriebswirtschaften beeinflusst, die auf eine unmittelbare Förderung der Mitglieder der Personenvereinigung ausgerichtet ist, wenn diese wirklichkeitsnah analysiert werden soll. Der Preis, der bei Verfolgung einer derartigen Preispolitik unter Berücksichtigung dieses Faktors von der genossenschaftlichen Betriebswirtschaft den Mit-

201) Vgl. S. 127 f.

gliedern in Rechnung gestellt wird, muß demnach bei einer Beschaffungsgenossenschaft so hoch, bzw. bei einer Verwertungsgenossenschaft so niedrig sein, daß über den zur Rücklagenbildung erforderlichen Gewinn hinaus in der genossenschaftlichen Betriebswirtschaft ein Gewinn entsteht, der zur Verbreiterung ihrer Eigenkapitalbasis herangezogen werden kann. Die Form, in der diese Eigenkapitalverbreiterung unter Beachtung des genossenschaftlichen Grundauftrags erfolgen muß, wurde bereits im Zusammenhang mit der Analyse der Finanzierung der genossenschaftlichen Betriebswirtschaft aufgezeigt.²⁰²⁾

Ein weiterer Faktor, der die Preispolitik der genossenschaftlichen Betriebswirtschaften beeinflußt, wenn diese auf eine unmittelbare Förderung der Mitglieder ausgerichtet ist, liegt vor, wenn die Mitglieder der genossenschaftlichen Personenvereinigung - aus welchen Gründen auch immer - eine Verzinsung des von ihnen in Form der Geschäftsguthaben der genossenschaftlichen Betriebswirtschaft zur Verfügung gestellten Beteiligungskapitals erwarten und wünschen. Die Preisfestsetzung muß dann so erfolgen, daß ein für diese Verwendung zur Verfügung stehender Gewinnanteil in der genossenschaftlichen Betriebswirtschaft anfällt.

Ohm ließ in seiner Arbeit über die genossenschaftliche Preispolitik,²⁰³⁾ in der es ihm vor allem darum ging, "die Theorie des Genossenschaftswesens in die allgemeine sozialökonomische Theorie einzugliedern und insbesondere mit den neueren Ergebnissen der Preistheorie und Morphologie abzustimmen",²⁰⁴⁾ die in der Aufwandsstruktur der genossenschaftlichen Betriebswirtschaften, dem Erfordernis der Rücklagenbildung und der Notwendigkeit der Lösung von Finanzierungsaufgaben durch die genossenschaftliche Betriebswirtschaft verwurzelten Faktoren, welche heute mehr denn je die genossenschaftliche Preispolitik beeinflussen, wenn diese auf eine unmittelbare Förderung der Mitglieder ausgerichtet ist, und davon geht auch Ohm aus, außer Betracht.²⁰⁵⁾ Die seiner Arbeit zu Grunde gelegte idealtypische Konzeption des Genossenschaftsganzen hatte die Außerachtlassung dieser Faktoren, welche die genossenschaftliche Preispolitik in den letzten Jahrzehnten zunehmend beeinflussen, zur Folge und begründet die teilweise Wirklichkeitsferne der erarbeiteten Ergebnisse. Es ist dies mit dadurch verursacht, daß Ohm den Einfluß soziologischer Gegebenheiten auf das genossenschaftliche

202) Vgl. S. 135 f.

203) Ohm, Hans, Die Genossenschaft und ihre Preispolitik, Karlsruhe 1955

204) Ohm, Hans, a. a. O., S. 2/3

205) Vgl. Henzler, Reinhold, V, a. a. O., S. 17 f.

Wirtschaften bei seiner Analyse außer Betracht läßt.²⁰⁶⁾ Im Rahmen dieser Arbeit, welche die Veränderung des genossenschaftlichen Wirtschaftens aufzeigen soll, kann auf die Fülle der unverändert bestehenden preispolitischen Probleme, die Ohm in seiner Arbeit aufwirft, nicht eingegangen werden.

Wir wenden uns nun den Veränderungen der genossenschaftlichen Preispolitik, die ausschließlich oder vorwiegend einer mittelbaren Förderung der Mitglieder der genossenschaftlichen Personenvereinigungen dient, zu.

b) Die genossenschaftliche Preispolitik, die auf eine mittelbare Förderung der Mitglieder ausgerichtet ist, und ihre Veränderung

Sind die Mitglieder der genossenschaftlichen Personenvereinigung nicht an einer unmittelbaren Förderung durch die genossenschaftliche Betriebswirtschaft interessiert, sondern wünschen vielmehr, daß die von der genossenschaftlichen Betriebswirtschaft erwirtschafteten Vorteile an sie im Wege der Gewinnverteilung am Jahresende enbloc weitergegeben werden, so wird die genossenschaftliche Preispolitik sich an anderen Daten orientieren, wie im vorher aufgezeigten Fall. Die Faktoren, welche im Vorhergehenden bei der Analyse der Preispolitik aufgezeigt wurden, die auf eine unmittelbare Förderung der Mitglieder abzielt, beeinflussen bei Befolgung einer Preispolitik, die auf eine mittelbare Förderung ausgerichtet ist, am Jahresende die Überlegungen, die bei der Feststellung des verteilungsfähigen Gewinns und seiner Verwendung angestellt werden müssen. Die Preispolitik der mittelbaren Förderung wird in der Genossenschaftspraxis z.B. von den konsumgenossenschaftlichen Betriebswirtschaften seit den Tagen der Pioniere von Rochdale angewandt.²⁰⁷⁾ Erbringt die genossenschaftliche Betriebswirtschaft ihre Leistungen in einer Monopolstellung, so ist die Preisfestsetzung der genossenschaftlichen Betriebswirtschaft unabhängig von äußeren Faktoren, und die Preispolitik der genossenschaftlichen Betriebswirtschaft hat sich ausschließlich an den Erwartungen der Mitglieder der Personenvereinigung hinsichtlich des Prei-

206) Vgl. Henzler, Reinhold,

V, a. a. O., S. 20

207) ders.
ders.

I, a. a. O., S. 96 f., insbesondere Anm. 3 (VI), Genossenschaftspreise; die Preise im Mitgliedergeschäft empirisch-analytisch betrachtet in ZgGenW 1957, S. 22 f.

ses und der am Jahresende anfallenden Gewinnanteile zu orientieren.

Wie die Analyse der Veränderung der Marktstellung der genossenschaftlichen Betriebswirtschaften zeigt, ²⁰⁸⁾ erstellt die überwiegende Mehrzahl der genossenschaftlichen Betriebswirtschaften heute ihre Leistungen in Konkurrenz mit nichtgenossenschaftlichen Betriebswirtschaften. Daraus folgt, daß für die überwiegende Anzahl der Leistungen, welche die genossenschaftlichen Betriebswirtschaften den Mitgliedern ihrer Personenvereinigungen anbieten, ein von nichtgenossenschaftlichen Betriebswirtschaften errechneter Markt- oder Tagespreis, zu dem sie dieselben Leistungen anbieten, vorliegt. Dieser Markt- oder Tagespreis muß von der genossenschaftlichen Preispolitik, die auf eine mittelbare Förderung der Mitglieder ausgerichtet ist, bei der Festsetzung des Genossenschaftspreises beachtet werden. Früher geschah dies in der Regel dadurch, daß die genossenschaftliche Betriebswirtschaft den gegebenen Tages- oder Marktpreis übernahm und den Mitgliedern ihrer Personenvereinigung in Rechnung stellte. Die Anwendung dieses Verfahrens, bei dem auf eine eigene aktive Preispolitik verzichtet wird, wurde im Untersuchungszeitraum bedingt durch eine Reihe von Faktoren, die im folgenden aufgezeigt werden sollen, stark eingeschränkt.

Es wurde bereits festgestellt, daß heute die tatsächliche Inanspruchnahme der von der genossenschaftlichen Betriebswirtschaft erstellten Leistungen durch die Mitglieder der genossenschaftlichen Personenvereinigung von der möglichen abweicht. ²⁰⁹⁾ Die Verschlechterung der Frequenz im genossenschaftlichen Wirtschaften ²¹⁰⁾ wurde im Zusammenhang gesehen einmal mit der Veränderung der Marktstellung der genossenschaftlichen Betriebswirtschaften und der daraus resultierenden Abschwächung der Intensität des in den Personenvereinigungen wirksamen Selbsthilfewillens und zum anderen mit der parallel erfolgenden Veränderung der soziologischen Strukturen der genossenschaftlichen Personenvereinigungen. ²⁰⁹⁾ Dieser Tatbestand muß von der genossenschaftlichen Preispolitik, die auf eine mittelbare Förderung der Mitglieder der Personenvereinigung ausgerichtet ist, beachtet werden. Denn die gleichzeitig erfolgte Größenentwicklung der genossenschaftlichen Betriebswirtschaften und damit verbundene Veränderung ihrer Kostenstruktur, die durch ein stetiges Ansteigen des Fixkostenanteils gekennzeichnet ist, zwingt die genossenschaftli-

208) Vgl. S. 92 ff.

209) Vgl. S. 115 ff.

210) Vgl. Draheim, Georg, I, a. a. O., S. 153

chen Betriebswirtschaften zur Umsatzsteigerung. Fällt ihr Umsatz, so verschlechtert sich ihre Leistungsfähigkeit und ihre Erhaltung wird gefährdet. Deshalb ist es erforderlich, daß die genossenschaftlichen Betriebswirtschaften parallel dem Anwachsen der Wirksamkeit der aufgezeigten Faktoren im genossenschaftlichen Wirtschaften ihre Preispolitik im Interesse ihrer Umsatzentwicklung zu einem im Kampf um den Kunden wirksamen Instrument umgestalten, auch wenn diese auf eine mittelbare Förderung der Mitglieder abzielt. In dem Maße, in dem sich die erste Grundbeziehung der Mitglieder der genossenschaftlichen Personenvereinigung zu ihrer Betriebswirtschaft einer Marktbeziehung annähert, werden die Mitglieder der Personenvereinigung sich bei der Wahl ihres Kontrahenten von den von jedem in Rechnung gestellten Preis leiten lassen. Die stets ungewisse Höhe des am Jahresende auf sie entfallenden Gewinnanteils wird ihre Entscheidung nicht unbedingt zu Gunsten der genossenschaftlichen Betriebswirtschaft beeinflussen. Daraus folgt, daß die genossenschaftliche Preispolitik, auch wenn sie auf eine mittelbare Förderung der Mitglieder abzielt, die Preise der genossenschaftlichen Betriebswirtschaft unter Berücksichtigung dieser heute bei den verschiedenen Arten genossenschaftlicher Betriebswirtschaften generell aber unterschiedlich stark wirksamen Faktoren so festsetzen muß, daß die Preise der genossenschaftlichen Betriebswirtschaft, wenn sie Aufgaben der Beschaffung übernommen hat, unter den Preisen nichtgenossenschaftlicher Betriebswirtschaften liegen und die von der genossenschaftlichen Betriebswirtschaft ihren Mitgliedern in Rechnung gestellten Preise, wenn diese ihr Verwertungsaufgaben übertragen, höher sind als die von nichtgenossenschaftlichen Betriebswirtschaften vergüteten. Die genossenschaftlichen Betriebswirtschaften können demnach heute nicht mehr so wie dies früher der Fall war, eine ausschließlich der mittelbaren Förderung der Mitglieder ihrer Personenvereinigungen dienende Preispolitik betreiben, sondern sind unter dem Einfluß der heute im genossenschaftlichen Wirtschaften wirksamen Faktoren gezwungen, Teile der erwirtschafteten finanziellen Vorteile im Interesse ihrer Umsatzentwicklung unmittelbar über den Preis den Mitgliedern ihrer Personenvereinigungen weiterzugeben.

Wurde im Vorhergehenden herausgestellt, daß insbesondere die konsumgenossenschaftlichen Betriebswirtschaften seit jeher eine Preispolitik betreiben, die auf eine mittelbare Förderung der Mitglieder ihrer Personenvereinigungen ausgerichtet ist, so ist heute im konsumgenossenschaftlichen Wirtschaften neben den bereits aufgezeigten Faktoren, die besonders im konsumgenossenschaftlichen Wirtschaften wirksam sind, ein spezieller Faktor ihre Preispolitik beeinflussend wirksam. Durch das Gesetz vom 21. Juli 1954 wurde gleichzeitig mit

der Aufhebung des Verbots, Nichtmitgliedergeschäfte zu tätigen,²¹¹⁾ die von den konsumgenossenschaftlichen Betriebswirtschaften an die Mitglieder ihrer Personenvereinigung auszuschüttende Rückvergütung auf 3 % begrenzt. Diese Bindung des Rückvergütungssatzes auf 3 % erfolgte unter Anlehnung an den Rabattsatz, den nichtgenossenschaftliche Betriebswirtschaften nach dem Rabattgesetz dem letzten Verbraucher gewähren dürfen.²¹²⁾ Damit wurde der konsumgenossenschaftlichen Preispolitik eine gesetzliche Schranke gesetzt. Zwangsläufig müssen die konsumgenossenschaftlichen Betriebswirtschaften deshalb heute ebenfalls zu einer aktiven Preispolitik übergehen. Bezieht man den Tatbestand mit ein, daß die konsumgenossenschaftlichen Betriebswirtschaften heute auch Umsätze mit Nichtmitgliedern tätigen, so wird dadurch ein von allen Verbrauchern sicher begrüßter Preisdruck im Einzelhandelssektor von Nahrungs- und Genußmitteln erreicht, der wohl auch vom Gesetzgeber bei der Beschränkung des Spielraumes der konsumgenossenschaftlichen Preispolitik mitbezweckt war. Die im Vorhergehenden aufgezeigten Faktoren, welche die Preispolitik aller genossenschaftlichen Betriebswirtschaften heute beeinflussen, deren Ziel eine mittelbare Förderung der Mitglieder ist, und die im konsumgenossenschaftlichen Wirtschaften in besonderem Maße wirksam sind, werden in ihrer Wirksamkeit im konsumgenossenschaftlichen Bereich durch diese gesetzliche Maßnahme weiter verschärft. Heute sieht sich das Mitglied der konsumgenossenschaftlichen Personenvereinigung einer Vielzahl gleichartiger Betriebswirtschaften, darunter auch der konsumgenossenschaftlichen, gegenüber, die alle dem Mitglied, bzw. Käufer höchstens 3 % Preisnachlaß in Form des Rabatts oder der Rückvergütung gewähren.²¹³⁾ Ein Mitglied der konsumgenossenschaftlichen Personenvereinigung wird demnach heute nur noch die genossenschaftliche Betriebswirtschaft in Anspruch nehmen, wenn der Preis, den ihm die konsumgenossenschaftliche Betriebswirtschaft für eine bestimmte Leistung in Rechnung stellt, niedriger ist als der, den die nichtgenossenschaftlichen Betriebswirtschaften für die Erbringung derselben Leistungen in Rechnung stellen, vorausgesetzt, daß die Wahl des Mitglieds beim Kaufakt ausschließlich durch den Preis bestimmt wird.

211) Vgl. S. 122 f.

212) Vgl. §§ 1; 2; 5, 1 RabattG

213) Es wird in diesem Zusammenhang die Rückvergütung neben den Rabatt gestellt, obwohl beide wesensmäßige Unterschiede aufweisen, auf die im nächsten Abschnitt eingegangen wird.

Aber nicht nur im Konsumgenossenschaftlichen Bereich, sondern auch im Kreditgenossenschaftlichen sind staatliche Maßnahmen erfolgt, welche die genossenschaftliche Preispolitik beeinflussen. Durch die im Rahmen des Wettbewerbsabkommens abgeschlossenen und auch für Kreditgenossenschaften gültigen Soll- und Habenzinsabkommen wurden die Zinssätze fixiert, die Bankinstitute ihren Einlegern und ihren Kreditnehmern berechnen dürfen. Die Preispolitik der genossenschaftlichen Bankinstitute ist damit gesetzlich gebunden, soweit sie die Zinsgestaltung betrifft, nicht aber in der Gestaltung der Provisionen und Gebühren, die den Mitgliedern in Rechnung zu stellen sind. Ihre auf diesem Spielraum eingeengte Preispolitik wird auf eine unmittelbare Förderung der Mitglieder ihrer Personenvereinigungen ausgerichtet sein, da eine Auskehrung von Gewinnen an die Mitglieder, auf Grund der Besonderheiten des Bankgeschäftes, nur mittels einer Geschäftsguthabendividende möglich ist. Die Faktoren, welche eine derartige genossenschaftliche Preispolitik heute bestimmen, wurden im Vorhergehenden aufgezeigt und haben auch für die kreditgenossenschaftliche Preispolitik uneingeschränkt Gültigkeit.

Zusammengefaßt können die Ergebnisse dieser Analyse, welche die Veränderungen in der genossenschaftlichen Preispolitik aufzeigte, darin gesenen werden, daß sich in den letzten Jahrzehnten der Spielraum, den die genossenschaftliche Preispolitik bei der Festsetzung des richtigen genossenschaftlichen Preises hat, verengte. Die Faktoren, welche diese Einengung bewirkten, verursachten einmal, daß die genossenschaftlichen Betriebswirtschaften, auch wenn ihre Preispolitik auf die mittelbare Förderung der Mitglieder abzielt, heute gezwungen sind, eine aktive Preispolitik zu betreiben, und zum anderen, daß die genossenschaftlichen Betriebswirtschaften, welche eine unmittelbare Förderung der Mitglieder anstreben, von dem Selbstkostendeckungsprinzip abweichen mußten. Die verursachenden Faktoren wurzeln letztlich in denselben Veränderungen der Formen und Bedingungen des genossenschaftlichen Wirtschaftens, die zu einer Abschwächung der Intensität des in den genossenschaftlichen Personenvereinigungen wirksamen Willens zur Selbsthilfe und damit verbunden zu einer Verselbständigung der genossenschaftlichen Betriebswirtschaften in den vergangenen Jahrzehnten geführt haben.²¹⁴⁾

214) Vgl. Henzler, Reinhold, VI, a. a. O., S. 31 f.

6. Die genossenschaftliche Gewinnverteilung

Die im Vorhergehenden gemachten Ausführungen zur genossenschaftlichen Preispolitik ließen eine Anzahl von Faktoren sichtbar werden, welche auch die genossenschaftliche Gewinnverteilung beeinflussen. So wurde die Notwendigkeit der Gewinnstrebigkeit jeder genossenschaftlichen Betriebswirtschaft im Vorhergehenden im Zusammenhang mit der Darstellung der Preispolitik, die auf eine unmittelbare Förderung der Mitglieder der Personenvereinigung ausgerichtet ist, aufgezeigt. In der genossenschaftlichen Literatur ist die Verwendung des Terminus Gewinn für den Ertragsteil, der den Gesamtaufwand in einer Periode in der genossenschaftlichen Betriebswirtschaft übersteigt, umstritten.²¹⁵⁾ Hier soll dieser Terminus jedoch gebraucht werden unter Hinweis darauf, daß die Entstehung eines Gewinns, die von der genossenschaftlichen Betriebswirtschaft bewußt in ihrer Preispolitik angestrebt wurde, wie aufgezeigt, in der genossenschaftlichen Betriebswirtschaft nicht in Gegensatz steht zu dem ihr erteilten Förderungsauftrag. Die Verwendung des Begriffs soll auch nicht daran gebunden werden, ob der Gewinn im Nichtmitglieder- oder Mitgliedergeschäft der genossenschaftlichen Betriebswirtschaft entstand, sofern eine derartige Zurechnung möglich ist.

Da die Faktoren, welche auf die genossenschaftliche Gewinnverteilung im Untersuchungszeitraum verändernd einwirkten, im Vorhergehenden im Zusammenhang mit der Analyse der genossenschaftlichen Preispolitik bereits weitgehend dargestellt wurden, soll nur in aller Kürze der verändernde Einfluß dieser Faktoren auf die genossenschaftliche Gewinnverteilung hier aufgezeigt werden.

Jede genossenschaftliche Gewinnverteilung hat auszugehen von dem in der Bilanz der genossenschaftlichen Betriebswirtschaft durch die Generalversammlung festgestellten Gewinn. Der Einfluß der erhöhten Dringlichkeit der Rücklagenbildung in den genossenschaftlichen Betriebswirtschaften auf die genossenschaftliche Preispolitik wurde bereits dargestellt.²¹⁶⁾ Hier gilt umgekehrt, daß die in den letzten Jahrzehnten parallel dem Anwachsen der mit dem genossenschaftlichen Wirtschaften verbundenen Risiken, insbesondere des genossenschaftlichen Finanzierungsrisikos erhöhte Dringlichkeit der Rücklagenbildung heute bei der genossenschaftlichen Gewinnverteilung entsprechend beachtet werden muß. Es muß

215) Vgl. Henzler, Reinhold, I, a. a. O., S. 108

Glaß, Otto, a. a. O., S. 67

Röble, Karl, (III) Zur Betriebswirtschaftslehre der Genossenschaften in Der Deutsche Volkswirt 1937, Heft 40, S. 52

216) Vgl. S. 166

heute eine absolut höhere Summe des von der genossenschaftlichen Betriebswirtschaft erwirtschafteten Gewinns den Rücklagen zugeführt und damit dem Zugriff der Mitglieder entzogen werden als damals, als das typisch genossenschaftliche Finanzierungsrisiko noch nicht in dem heute gegebenen Maß das genossenschaftliche Wirtschaften belastete. Daß dies in unterschiedlicher Stärke bei den verschiedenen Arten genossenschaftlicher Betriebswirtschaften der Fall ist, ergibt sich aus dem Vorhergegangenen. ²¹⁷⁾

Der nach Zuweisung eines Gewinnteils an die Rücklagen der genossenschaftlichen Betriebswirtschaft verbleibende, verteilungsfähige Gewinn wird an die Mitglieder der genossenschaftlichen Personenvereinigung ausgekehrt. Dies kann in doppelter Form geschehen, einmal in Form der Dividende, zum anderen in Form der Rückvergütung.

a) Die genossenschaftliche Dividende

Unter Außerachtlassung des Falles, daß die Mitglieder der genossenschaftlichen Personenvereinigung gemäß dem Prinzip der Staffelpeteiligung zur Aufbringung des genossenschaftlichen Beteiligungskapitals herangezogen wurden, gilt, daß die Dividende auf die Geschäftsguthaben im genossenschaftlichen Wirtschaften nur den Charakter eines Entgelts für entgangene Verzinsung des der genossenschaftlichen Betriebswirtschaft zur Verfügung gestellten Kapitals haben kann. ²¹⁸⁾ Denn die Mitglieder der genossenschaftlichen Personenvereinigungen stellen ihrer Betriebswirtschaft Kapital nicht zur Verfügung in Erwartung einer Kapitalrendite, wie die Aktionäre der Aktiengesellschaft, sondern um die von ihnen gewünschte Leistungserstellung in der genossenschaftlichen Betriebswirtschaft zu ermöglichen. Um das dem genossenschaftlichen Wirtschaften wesensfremde Streben nach Kapitalrentabilität einer genossenschaftlichen Personenvereinigung unmöglich zu machen, wurde bereits zu wiederholten Malen vorgeschlagen, die Geschäftsguthabendividende durch die Aufnahme einer entsprechenden Bestimmung in das Genossenschaftsgesetz in ihrer Höhe zu beschränken. ²¹⁹⁾

217) Vgl. S. 132 ff., 166

218) Vgl. Henzler, Reinhold, I, a. a. O., S. 119 ff.

Draheim, Georg, I, a. a. O., S. 164

Zur Reform des Genossenschaftsrechts, 1. Bd., Bonn 1956, S. 35 f.

219) Vgl. Granzow, Das Recht der deutschen Genossenschaften, Denkschrift des Ausschusses für Genossenschaftsrecht der Akademie für Deutsches Recht, Nr. 16 der Arbeitsberichte der Akademie für Deutsches Recht S. 78 f.

b) Die genossenschaftliche Rückvergütung

Aus dem soeben Gesagten folgt, daß die dem Inhalt des genossenschaftlichen Wirtschaftens am besten entsprechende Art der Gewinnverteilung die der Rückvergütung ist, der Auskehrung der Gewinne am Jahresende entsprechend dem Umsatz, den jedes Mitglied der genossenschaftlichen Personenvereinigung mit seiner Betriebswirtschaft tätigte. Diese Auffassung wird in der gesamten genossenschaftlichen Literatur einheitlich vertreten. Obwohl sich die Rückvergütung ebenso wie der Rabatt an dem getätigten Umsatz orientiert, ist die Rückvergütung wesensverschieden von dem von nichtgenossenschaftlichen Betriebswirtschaften gewährten Rabatt. Voraussetzung der Gewährung einer Rückvergütung ist die Erwirtschaftung eines Gewinns in der genossenschaftlichen Betriebswirtschaft; im Gegensatz hierzu ist der von nichtgenossenschaftlichen Betriebswirtschaften gewährte Rabatt ein vom Betriebsergebnis losgelöster und davon unabhängiger Preisbestandteil. Die Rückvergütung setzt demnach ein das Eigentumsrecht an der genossenschaftlichen Betriebswirtschaft einschließendes Mitgliedschaftsverhältnis voraus,²²⁰⁾ die Rabattgewährung im Gegensatz hierzu nur ein einfaches Käuferverhältnis. In jüngster Zeit wurde wiederholt, um der Wendung zum ökonomischen Denken in den genossenschaftlichen Personenvereinigungen Rechnung zu tragen, eine Differenzierung der Rückvergütung nach den verschiedensten Gesichtspunkten vorgeschlagen.²²¹⁾ In diesem Zusammenhang soll auf diese Vorschläge, die in der Genossenschaftspraxis bisher so gut wie keine Anwendung fanden, nicht näher eingegangen werden.

Ob nun die genossenschaftliche Gewinnverteilung in Form der Dividende oder der Rückvergütung oder in Form einer Kombination beider Gewinnverteilungsprinzipien erfolgt, so ist heute mehr denn je auch bei der genossenschaftlichen Gewinnverteilung die Notwendigkeit der Heranziehung von Gewinnanteilen zur Verbreiterung der Eigenkapitalbasis der genossenschaftlichen Betriebswirtschaften zu berücksichtigen.²²²⁾ Teile des an die Mitglieder der genossen-

Fortsetzung von S. 175:

Henzler, Reinhold, IV, a. a. O., S. 60

Klein, Werner, a. a. O., S. 21

Wirth, Hermann, a. a. O., S. 111

220) Näheres siehe Paulick, Heinz, (V), Warenrückvergütung, ihr Wesen und ihre steuerliche Behandlung, Neuwied 1951

Henzler, Reinhold, I, a. a. O., S. 139 ff.

221) Vgl. Henzler, Reinhold, I, a. a. O., S. 125 ff.

Paulick, Heinz, I, a. a. O., S. 138 ff.

222) Vgl. S. 167 ff.

schaftlichen Personenvereinigungen ausgeschütteten Gewinns müssen demnach aus Finanzierungsgründen in der genossenschaftlichen Betriebswirtschaft belastet werden. Dies geschieht, indem der auf das einzelne Mitglied entfallende Gewinnanteil ganz oder zum Teil auf dessen Geschäftsguthaben gutgeschrieben wird, nicht aber zur Auszahlung gelangt. Die Ursachen, die heute in besonderem Maße zu Eigenkapitalbildung in dieser Form zwingen, wurden im Vorhergehenden bereits aufgezeigt.²²³⁾

Damit soll die Aufzeigung der Faktoren, welche die genossenschaftliche Gewinnverteilung heute beeinflussen, abgeschlossen werden, und wir wenden uns der Schlußbetrachtung zu dieser Arbeit zu. Hierbei wird die eingangs aufgeworfene Frage, ob die Genossenschaften sich im vergangenen Jahrhundert der Aktiengesellschaft angenähert haben, wenn, inwieweit, und wo dieser Entwicklungsprozeß seine Grenze findet, beantwortet werden müssen. Gleichzeitig wird festzustellen sein, ob mit diesen Veränderungen eine Aufgabe des genossenschaftlichen Wirtschaftsprinzips verbunden ist.

223) Vgl. S. 134 ff., 167 ff.

S C H L U S S B E T R A C H T U N G

Die Frage der Annäherung der Genossenschaft an die Aktiengesellschaft

Nachdem die Veränderungen der genossenschaftlichen Personenvereinigungen, der genossenschaftlichen Betriebswirtschaften und des Genossenschaftsrechts, die in dem vergangenen Jahrhundert genossenschaftlichen Wirtschaften eintraten, aufgezeigt wurden, kann die in der Einführung gestellte Frage,¹⁾ ob eine Annäherung der Genossenschaften an die Aktiengesellschaft erfolgte, wenn, in welcher Breite und wo ihre Grenzen liegen, beantwortet werden. Bei der Anlage dieser Arbeit gingen wir davon aus, daß die jeweilige Gestalt des komplexen soziologisch-ökonomischen Gebildes Genossenschaft sich ergibt durch das gleichzeitige Zusammenwirken seiner drei Grundelemente, die untereinander in einer intensiven Wechselbeziehung stehen.²⁾ Arbeitet man die Veränderung der drei Grundelemente heraus, wie dies geschah, so muß sich unter Beachtung der zwischen den Grundelementen wirksamen Wechselbeziehungen die Veränderung des Genossenschaftsgefüges ebenfalls ergeben.

Alles genossenschaftliche Wirtschaften fußt auf dem Willen einer Personenmehrheit, in Selbsthilfe zu handeln. Das genossenschaftliche Wirtschaften im 19. Jahrhundert wurde von Personenvereinigungen getragen, deren Mitglieder untereinander gemeinschaftlich verbunden waren.³⁾ Aus der gemeinschaftlichen Verbundenheit der Mitglieder der Personenvereinigung erwachsen das genossenschaftliche Wirtschaften fördernde Kräfte, wie Opferbereitschaft der Mitglieder und ihre unbedingte Treue.⁴⁾ Das Ergebnis der Analysen der soziologischen Struktur der verschiedenartigen genossenschaftlichen Personenvereinigungen und deren Veränderung war, daß im Untersuchungszeitraum die soziologische Struktur aller Arten genossenschaftlicher Personenvereinigungen gemeinschaftsferner geworden ist, wenn auch in verschiedenem Ausmaß bei den verschiedenen Arten genossenschaftlicher Personenvereinigungen.⁵⁾ Die soziologische Struktur der genossenschaftlichen Personenvereinigungen hat sich im Untersuchungszeitraum demnach der Gesamtheit der Aktionäre einer Aktiengesellschaft angenähert, einzelne Arten genossenschaftlicher Personenvereinigungen haben heute dieselbe soziologische Struktur, wie die Gesamtheit der Aktionäre. Parallel zu dieser Veränderung der soziologischen Struktur der genossenschaftlichen Personenvereinigungen im Untersuchungszeitraum und ihrer Fortentwicklung bei den verschiedenen Ar-

1) Vgl. S. 4

2) Vgl. S. 7/8

3) Vgl. S. 14 ff.

4) Vgl. S. 71

5) Vgl. S. 69 ff.

ten genossenschaftlicher Personenvereinigungen traten die aus der gemeinschaftlichen Verbundenheit der Mitglieder der Personenvereinigungen erwachsenden und das genossenschaftliche Wirtschaften fördernden Kräfte, wie Opferbereitschaft und Treue, im genossenschaftlichen Wirtschaften zurück, und wurde gleichzeitig die Sinnverbundenheit der Mitglieder vordergründiger und sichtbarer. Verursacht wurden diese Veränderungen der soziologischen Struktur der genossenschaftlichen Personenvereinigungen durch großräumige Veränderungen der soziologischen Struktur der Gesamtgesellschaft, die im vergangenen Jahrhundert erfolgten.⁶⁾ Daß durch die Veränderungen der soziologischen Struktur der genossenschaftlichen Personenvereinigungen und den daraus resultierenden Veränderungen im genossenschaftlichen Wirtschaften, der Wesenskern des genossenschaftlichen Wirtschaftens unberührt bleibt, wurde bereits aufgezeigt.⁷⁾

Die dynamische Kraft allen genossenschaftlichen Wirtschaftens ist der Wille einer Personenmehrheit, in Selbsthilfe zu handeln. Er veranlaßt die Mitglieder der genossenschaftlichen Personenvereinigungen, Selbsthilfeanstrengungen auf sich zu nehmen, wie die Hingabe von Kapital und die Übernahme eines Risikos, und dieser Wille zur Selbsthilfe muß entsprechend dem Zweck genossenschaftlichen Wirtschaftens die Bestätigung seines Sinnes in der Umsatzbeziehung des Mitglieds der Personenvereinigung zu seiner genossenschaftlichen Betriebswirtschaft erhalten, indem ihm ein wirtschaftlicher Vorteil von seiner genossenschaftlichen Betriebswirtschaft in jedem Umsatzakt weitergegeben wird.⁸⁾ Von der Größe und Wichtigkeit dieses an sie weitergegebenen wirtschaftlichen Vorteils über den Umsatz hängt die Intensität des Selbsthilfewillens der Mitglieder der genossenschaftlichen Personenvereinigungen direkt ab. Die Wichtigkeit dieses durch genossenschaftliches Wirtschaften erreichbaren Vorteils ist abhängig von der wirtschaftlichen Lage der genossenschaftlich Wirtschaftenden. Ist der Träger einer Betriebswirtschaft in der Erhaltung seiner Selbständigkeit gefährdet, so kommt dem durch genossenschaftliches Wirtschaften erreichten Vorteil, der ihm die Erhaltung seiner Selbständigkeit ermöglicht, eine ungleich größere Bedeutung zu, als wenn der durch genossenschaftliches Wirtschaften erreichte Vorteil nur zur Steigerung seines Lebensstandards beiträgt bei gesicherter Existenz des genossenschaftlich Wirtschaftenden. Dasselbe gilt für den genossenschaftlich wirtschaftenden Konsumenten hinsichtlich seines Nominal Einkommens.⁹⁾ Weiter ist die Intensität des in den genossenschaftlichen Personenvereinigungen wirksamen Selbsthilfewillens abhängig von der Größe des erreichbaren wirtschaftlichen Vorteils, der sich entsprechend dem vorher Gesagten er-

6) Vgl. S. 70
8) Vgl. S. 9 ff., 89 f.

7) Vgl. S. 72
9) Vgl. S. 80 f.

gibt als Differenz zwischen dem Angebot der genossenschaftlichen und dem der nichtgenossenschaftlichen Betriebswirtschaften, vorausgesetzt, daß die von der genossenschaftlichen Betriebswirtschaft erstellten Leistungen den Mitgliedern ihrer Personenvereinigung auch von nichtgenossenschaftlichen Betriebswirtschaften angeboten werden.¹⁰⁾ Die Größe des Vorteils, den die genossenschaftlichen Betriebswirtschaften an die Mitglieder ihrer Personenvereinigungen in ihrer Umsatztätigkeit weiterzugeben in der Lage sind, ist demnach abhängig von der Marktstellung der genossenschaftlichen Betriebswirtschaften.¹¹⁾ Das Vorhandensein eines Willens zur Selbsthilfe und die Intensität dieses Willens zur Selbsthilfe in einer Personenmehrheit ist demnach gebunden an bestimmte Faktoren, die ihrerseits Veränderungen unterliegen. In dem vergangenen Jahrhundert genossenschaftlichen Wirtschaftens hat sowohl der durch genossenschaftliches Wirtschaften erreichbare Vorteil an Gewichtigkeit als auch an Größe verloren. An Gewichtigkeit dadurch, daß die wirtschaftliche Lage der Bevölkerungsschichten sich im Untersuchungszeitraum verbesserte, die im 19. Jahrhundert durch ihr Handeln in Selbsthilfe die noch heute arbeitenden genossenschaftlichen Betriebswirtschaften aufbauten. Die Erhaltung der Selbständigkeit der genossenschaftlich wirtschaftenden Träger von Betriebswirtschaften ist heute in der Regel nicht mehr gefährdet, das Nominaleinkommen der genossenschaftlich wirtschaftenden Konsumenten weit über das zur Fristung des Existenzminimums erforderliche hinaus angestiegen.¹²⁾ An Größe verlor der durch das genossenschaftliche Wirtschaften erreichbare Vorteil dadurch, daß heute neben den genossenschaftlichen Betriebswirtschaften in der Regel annähernd gleich leistungsfähige, nichtgenossenschaftliche Betriebswirtschaften stehen, welche dieselben Leistungen wie die genossenschaftlichen Betriebswirtschaften den Mitgliedern der genossenschaftlichen Personenvereinigungen anbieten. Die Marktstellung der genossenschaftlichen Betriebswirtschaften hat sich im Untersuchungszeitraum so verändert, daß die Größe des Vorteils, den sie erwirtschaften und den Mitgliedern ihrer Personenvereinigungen weitergeben können, sich verringerte. Dies gilt tendenziell für alle Arten genossenschaftlicher Betriebswirtschaften, ist aber verschieden stark bei den verschiedenen Arten ausgeprägt, wie im Vorhergehenden aufgezeigt wurde.¹³⁾ Parallel zu dieser im vergangenen Jahrhundert erfolgten Entwicklung wurde die Intensität des in den genossenschaftlichen Personenvereinigungen wirksamen Willens zur Selbsthilfe abgeschwächt. Dies gilt für die verschiedenen Arten genossenschaftlicher Betriebswirtschaften und Personenvereinigungen generell, aber für

10) Vgl. S. 87 ff.

11) Vgl. S. 92 ff.

12) Vgl. S. 54 f., 57, 59 ff., 64, 67 ff., 97, 99 ff., 107 ff.

13) Vgl. S. 90 f., 92 ff.

die verschiedenen Arten genossenschaftlicher Personenvereinigungen in unterschiedlichem Ausmaß, wie dies im Vorhergehenden aufgezeigt wurde.¹⁴⁾

Es stellt sich die Frage, ob in dieser im vergangenen Jahrhundert erfolgten Entwicklung eine Annäherung der Genossenschaften an die Aktiengesellschaft gesehen werden kann. Der Wille zur Selbsthilfe, getragen von einer Personenmehrheit, ist ein typisch genossenschaftlicher Tatbestand. Ihm steht vergleichbar in der Aktiengesellschaft der Wille der Aktionäre gegenüber, ihre Kapitalien rentabel anzulegen. Tritt der Wille zur Selbsthilfe als wirksame Kraft in den genossenschaftlichen Personenvereinigungen im Untersuchungszeitraum zurück, so ist an seine Stelle im genossenschaftlichen Wirtschaften nicht ein Streben nach rentabler Kapitalanlage seitens der Mitglieder der genossenschaftlichen Personenvereinigungen getreten. Vielmehr wirkt die Abschwächung des Selbsthilfewillens in den genossenschaftlichen Personenvereinigungen auf eine Lockerung der Bindungen hin, die zwischen genossenschaftlicher Betriebswirtschaft und Personenvereinigung gegeben sind und fördert eine Entfremdung von Personenvereinigung und Betriebswirtschaft. Dies wirkt sich einmal dahingehend aus, daß die Mitglieder der genossenschaftlichen Personenvereinigungen nicht mehr ausschließlich und regelmäßig die Leistungen ihrer Betriebswirtschaften in Anspruch nehmen. Die erste Grundbeziehung der Mitglieder der genossenschaftlichen Personenvereinigungen zu ihren Betriebswirtschaften nähert sich tendenziell einer Marktbeziehung an. In den verschiedenen Genossenschaftsganzen ist diese Entwicklung heute unterschiedlich weit fortgeschritten, wie dies im Vorhergehenden aufgezeigt wurde.¹⁵⁾ Zum anderen hat dies zur Folge, daß die Willigkeit der Mitglieder der genossenschaftlichen Personenvereinigungen, Selbsthilfeanstrengungen auf sich zu nehmen, sich im Untersuchungszeitraum verringerte. Dies äußert sich vor allem in der Bereitwilligkeit der Mitglieder, der genossenschaftlichen Betriebswirtschaft Kapital zur Verfügung zu stellen und Risiken zu tragen.¹⁶⁾ Auch hierfür gilt, daß diese Entwicklung in den verschiedenen Genossenschaftsganzen unterschiedlich weit fortgeschritten ist. Die Abschwächung der Intensität des Selbsthilfewillens in den genossenschaftlichen Personenvereinigungen mußte sich notwendig auf Grund der zwischen den drei genossenschaftlichen Grundelementen wirksamen Wechselbeziehungen verändernd auf die Struktur der genossenschaftlichen Betriebswirtschaften auswirken. In dem Maße, in dem die erste Grundbeziehung der Mitglieder ihrer Personenvereinigung sich einer Marktbeziehung annähert, werden

14) Vgl. S. 98, 101, 107, 113

15) Vgl. S. 5 ff., 11

16) Vgl. S. 127 f., 141 ff.

die genossenschaftlichen Betriebswirtschaften zu äußerster Rationalität in ihrer Leistungserstellung veranlaßt. Ihre Größenentwicklung und der Aufbau straffer, eine kostengünstige Leistungserstellung ermöglichender Organisationen wird hierdurch erzwungen. Im Untersuchungszeitraum näherten sich so die genossenschaftlichen Betriebswirtschaften in den Methoden ihrer Leistungserstellung und ihrem betriebswirtschaftlichen Aufbau dem nichtgenossenschaftlicher, mit ihnen konkurrierender Betriebswirtschaften stetig an.¹⁷⁾ Hierin liegt eine Annäherung der genossenschaftlichen Betriebswirtschaften an die erwerbswirtschaftliche Unternehmung. Dies gilt ebenfalls für die verschiedenen Arten genossenschaftlicher Betriebswirtschaften in unterschiedlicher Breite. Weiter wurde parallel der Annäherung der ersten Grundbeziehung der Mitglieder der genossenschaftlichen Personenvereinigungen an eine Marktbeziehung die genossenschaftliche Betriebswirtschaft im Interesse ihrer Umsatzentwicklung zu einem Marktverhalten gezwungen, wie dies für nichtgenossenschaftliche Betriebswirtschaften, also auch für die Aktiengesellschaft, typisch ist. Die genossenschaftliche Preispolitik wurde parallel zu dieser Entwicklung zu einem Instrument im Kampf um den Kunden umgestaltet.¹⁸⁾ Die Werbung auch um das Mitglied gewinnt immer größeren Raum im genossenschaftlichen Wirtschaften parallel dem Zurücktreten typisch genossenschaftlicher Elemente in ihm und der Annäherung der ersten Grundbeziehung der Mitglieder der genossenschaftlichen Personenvereinigungen zu ihrer Betriebswirtschaft an eine Marktbeziehung.¹⁹⁾ Gleichzeitig nähern sich die Risiken, die im genossenschaftlichen Wirtschaften wirksam sind, den Risiken an, welche eine nichtgenossenschaftliche Betriebswirtschaft zu tragen hat,²⁰⁾ und erhöht sich das typisch genossenschaftliche Finanzierungsrisiko.²¹⁾ Obwohl diese Entwicklung tendenziell bei allen Arten genossenschaftlicher Betriebswirtschaften im Untersuchungszeitraum festzustellen ist, gilt auch hierfür, daß sie bei den verschiedenen Arten genossenschaftlicher Betriebswirtschaften heute unterschiedlich stark ausgeprägt festzustellen ist. Die Abschwächung der Intensität des Willens zur genossenschaftlichen Selbsthilfe, die im Untersuchungszeitraum erfolgte, wirkt sich auch in einer Verringerung der Bereitwilligkeit der Mitglieder der genossenschaftlichen Personenvereinigungen, Selbsthilfeanstrengungen zu leisten, aus. Dadurch verursacht wird die genossenschaftliche Betriebswirtschaft im Untersuchungszeitraum gezwungen, Aufgaben der Finanzierung, die der genossenschaftlichen Personenvereinigung zufallen, in zunehmendem Maße selbst zu lösen.²²⁾ Der Selbstfinanzierung kommt pa-

17) Vgl. S. 117 f.

18) Vgl. S. 172

19) Vgl. S. 118

20) Vgl. S. 118 f., 131 f.

21) Vgl. S. 129 f., 132 f.

22) Vgl. S. 128, 134 ff.

parallel eine stetig steigende Bedeutung im genossenschaftlichen Wirtschaften zu. Diese Erfordernisse der Finanzierung bestimmen parallel die genossenschaftliche Preispolitik, indem sie die Erwirtschaftung eines Gewinns notwendig machen.²³⁾ Über die Form, in der diese Gewinne zur Finanzierung des Leistungsapparates der genossenschaftlichen Betriebswirtschaften verwendet werden müssen, wenn die genossenschaftliche Betriebswirtschaft grundauftragsgemäß handelt, wurde bereits gesprochen.²⁴⁾ Es wurde auch darauf hingewiesen, daß die von den Konsumgenossenschaftlichen Betriebswirtschaften im Untersuchungszeitraum angewandte Finanzierungsmethode nicht in Einklang steht mit dem ihnen erteilten genossenschaftlichen Grundauftrag.²⁵⁾ Daß die Beschränkung des Rückvergütungssatzes, den die Konsumgenossenschaftlichen Betriebswirtschaften den Mitgliedern ihrer Personenvereinigungen gewähren dürfen, auf 3 %, sich in einer Verstärkung der bereits festzustellenden gemeinwirtschaftlichen Tendenzen auswirken, und damit die Konsumgenossenschaften weiter dem genossenschaftlichen Wirtschaften entfremden muß, wurde ebenfalls aufgezeigt.²⁶⁾ Die abnehmende Willigkeit der Mitglieder der genossenschaftlichen Personenvereinigungen, Selbsthilfeanstrengungen zu leisten, kommt auch darin zum Ausdruck, daß im Untersuchungszeitraum alle genossenschaftlichen Personenvereinigungen zu einer Beschränkung der von ihnen getragenen Risiken in Form der Haftungsbeschränkung neigen. Daß diese Entwicklung bei den verschiedenen Arten genossenschaftlicher Personenvereinigungen unterschiedlich stark fortgeschritten ist, wurde aufgezeigt.²⁷⁾

Hat die Abschwächung der Intensität des in den genossenschaftlichen Personenvereinigungen wirksamen Willens zur Selbsthilfe im Untersuchungszeitraum eine Auflockerung der Beziehungen zur Folge, die zwischen genossenschaftlicher Betriebswirtschaft und Personenvereinigung gegeben sind, und welche die Veränderungen der Struktur der genossenschaftlichen Betriebswirtschaften bewirken, die soeben zusammengefaßt noch einmal dargestellt wurden, so haben diese Veränderungen der Struktur der genossenschaftlichen Betriebswirtschaften verstärkend auf die Auflockerung dieser Beziehungen ihrerseits eingewirkt. Wechselseitig sich steigernd wirkten diese Veränderungen der Grundelemente auf eine Entfremdung von genossenschaftlicher Betriebswirtschaft und Personenvereinigung hin. Diese Faktoren wurden im Zusammenhang mit der Darstellung der Willensbildung der genossenschaftlichen Betriebswirtschaften und ihrer Veränderung aufgezeigt.²⁸⁾

23) Vgl. S. 167 ff.

24) Vgl. S. 135 ff., 176 f.

25) Vgl. S. 139

26) Vgl. S. 140

27) Vgl. S. 140 ff.

28) Vgl. S. 147 ff.

Die Aufweichung der Bindung der genossenschaftlichen Betriebswirtschaften an ihre Personenvereinigungen, die Entfremdung von Personenvereinigung und Betriebswirtschaft, die Verselbständigung der genossenschaftlichen Betriebswirtschaft, welche im Untersuchungszeitraum in den verschiedenen Genossenschaftsarten sich unterschiedlich weit fortentwickelte, kommt in der Verschiebung des Einflusses auf die Willensbildung der genossenschaftlichen Betriebswirtschaften von der Generalversammlung auf den hauptamtlichen Vorstand zum Ausdruck.²⁹⁾ erinnert man sich an die Stellung des Vorstandes in der Aktiengesellschaft, so wird deutlich, daß auch diese Entwicklung eine Annäherung der Genossenschaft an die Aktiengesellschaft darstellt. Es ist in diesem Zusammenhang interessant, daß im Entwurf des Bundesjustizministeriums zur Neufassung des Aktiengesetzes eine Abschwächung der außerordentlich starken Stellung des Vorstandes der Aktiengesellschaft zu Gunsten der Hauptversammlung vorgesehen ist.

Das Ergebnis dieser umfassenden Analyse der Veränderungen des genossenschaftlichen Wirtschaftens ist, daß die Genossenschaften sich in zahlreichen Punkten, die im Vorhergehenden im einzelnen aufgezeigt wurden, der Aktiengesellschaft angenähert haben. Die verschiedenen Arten von Genossenschaften näherten sich unterschiedlich stark der Aktiengesellschaft an, wie dies ebenfalls im Vorhergehenden dargestellt wurde. Verursacht wurden diese Annäherungen des genossenschaftlichen Wirtschaftens an das der Aktiengesellschaft durch Veränderungen in der Gesamtwirtschaft und Veränderungen in der Gesamtgesellschaft Deutschlands, welche die Abschwächung des Willens zur Selbsthilfe in den genossenschaftlichen Personenvereinigungen, und das Zurücktreten der in der soziologischen Struktur der genossenschaftlichen Personenvereinigungen verwurzelten und das genossenschaftliche Wirtschaften fördernde Kräfte im vergangenen Jahrhundert zur Folge hatten.

Es stellt sich die Frage, wo dieser Annäherungsprozeß der Genossenschaften an die Aktiengesellschaft letztlich seine Grenze findet. Diese Begrenzung ist gegeben in der Gültigkeit des genossenschaftlichen Grundauftrages. Nach wie vor erteilen die heute bestehenden genossenschaftlichen Personenvereinigungen, wie die Personenvereinigungen des 19. Jahrhunderts, ihrer genossenschaftlichen Betriebswirtschaft den Grundauftrag, ihre Mitglieder über die Umsatzbeziehung von Mitglied und genossenschaftlicher Betriebswirtschaft in ihrer wirtschaftlichen Tätigkeit auf die Dauer, und soweit dies unter Beachtung der betriebswirtschaftlichen Erfordernisse möglich ist, zu fördern. Die Vollmacht zur Erteilung dieses Grundauftrages und die Möglichkeit, seine Einhaltung zu erzwingen, verleiht auch heute jeder genossenschaftlichen Personenvereinigung ihre doppel-

29) Vgl. S. 155 f.

te Beziehung zu ihrer Betriebswirtschaft, die aus ihrem Handeln in Selbsthilfe resultiert. Verliert die genossenschaftliche Personenvereinigung diese Vollmacht, den Grundauftrag ihrer Betriebswirtschaft zu erteilen, wie dies im wohnungsbau-genossenschaftlichen Wirtschaften der Fall ist, oder verliert sie die Fähigkeit, die Einhaltung dieses Grundauftrages zu erzwingen, wenn die genossenschaftliche Betriebswirtschaft nicht grundauftragsgemäß handelt, wie dies im konsum-genossenschaftlichen Bereich teilweise der Fall ist, dann wird der Boden genossenschaftlichen Wirtschaftens verlassen. Es gilt jedoch für die überwiegende Mehrzahl der Genossenschaften auch heute, daß sie in ihrem Wirtschaften, trotz all seiner Veränderungen, durch den genossenschaftlichen Grundauftrag bestimmt und gebunden sind. Daraus folgt, daß der Inhalt und das Wesen des genossenschaftlichen Wirtschaftens, obwohl es sich in seiner Form in vielen Punkten dem der Aktiengesellschaft angenähert hat, unverändert geblieben ist.

Die Veränderungen der Genossenschaft, die bei ihren verschiedenen Arten in unterschiedlicher Stärke heute festgestellt wurden, gaben in den letzten Jahren Anlaß, erneut die Frage aufzugreifen, ob eine Genossenschaft als Unternehmung bezeichnet werden kann.³⁰⁾ In allen Beiträgen zu dieser Frage wird davon ausgegangen, daß als Wesensmerkmal der Unternehmung nicht angesehen werden kann, daß sie nach der Erzielung eines maximalen Gewinns strebe. Vielmehr müsse das Wesen der Unternehmung darin gesehen werden, daß sie zweiseitig marktverbunden ist.³¹⁾ Insbesondere Henzler legt auf das Kriterium der zweiseitigen Marktverbundenheit der Unternehmung entscheidendes Gewicht und kommt davon ausgehend zu dem Schluß, daß heute Genossenschaftsunternehmungen neben Genossenschaftsbetrieben bestehen. Ein Ergebnis dieser Arbeit ist, daß sich die erste Grundbeziehung der Mitglieder der genossenschaftlichen Personenvereinigungen zu ihren Betriebswirtschaften tendenziell in den

30) Vgl. Draheim, Georg,	I, a. a. O., S. 17
ders.	II, a. a. O., S. 133 ff.
Henzler, Reinhold,	I, a. a. O., S. 66 ff.
ders.	(VII), Grenztypen des Genossenschaftsbetriebes - die Tendenz zur Genossenschaftsunternehmung in ZgGenW 1951, S. 9 ff.
Ohm, Hans,	(II), Die Genossenschaft - eine Unternehmung? in ZgGenW 1954, S. 229 ff.
Dülfer, Eberhard,	(II), Zur Frage des Unternehmungscharakters der Genossenschaft in ZgGenW 1956, S. 265 ff.
31) Vgl. Henzler, Reinhold,	I, a. a. O., S. 74

vergangenen hundert Jahren genossenschaftlichen Wirtschaftens einer Marktbeziehung angenähert hat. Diese Entwicklung ist in den verschiedenen Arten von Genossenschaftsganzen, wie im Vorhergehenden aufgezeigt wurde, heute unterschiedlich weit fortgeschritten. Folgt man Henzler, so würde daraus folgen, daß die Genossenschaften sich generell der Unternehmung im Untersuchungszeitraum annäherten, jedoch in unterschiedlichem Ausmaß. Die Vielfalt der heute bestehenden genossenschaftlichen Betriebswirtschaften kann demnach gesehen werden als eine Reihe von Betriebswirtschaften, die von schwacher bis zu starker Ausprägung Züge der Unternehmung tragen.

LITERATURVERZEICHNIS

- Albrecht, Gerhard, (I), Großgenossenschaften in Zur Reform des Genossenschaftsrechts, 1. Bd., Bonn 1956, S. 125 ff.
- ders. (II), Gedanken zur Frage der großgenossenschaftlichen Entwicklung in ZgGenW 1955, S. 1 ff.
- Back, Josef, (I), Wo stehen die Genossenschaften heute? in ZgGenW 1954, S. 44 ff.
- ders. (II), Die aktuelle Situation des Genossenschaftswesens, seine wirtschaftliche, soziale und kulturelle Bedeutung in Aktuelle Genossenschaftsprobleme, Bern 1953
- Bechtel, Heinrich, Wirtschaftsgeschichte Deutschlands, München 1956
- Beckmann, Liesel, Die betriebswirtschaftliche Finanzierung, 2. Aufl., Stuttgart 1956
- von Bernsdorf, Wilhelm und Bülow, Friedrich, Wörterbuch der Soziologie, Stuttgart 1925
- Böhm, F., Verstößt ein gesetzliches Kartellverbot gegen das Grundgesetz? in Wirtschaft und Wettbewerb, 6. Jahrgang, Heft 3, S. 185
- Brecht, Julius, Selbsthilfe und Staatshilfe am Beispiel der Wohnungsbaugenossenschaften in ZgGenW 1952, S. 81 ff.
- Caemmerer, Ernst, Großgenossenschaften in Zur Reform des Genossenschaftsrechts, 1. Bd., Bonn 1956, S. 161 ff.
- Draheim, Georg, (I), Die Genossenschaft als Unternehmungstyp, Göttingen 1955
- ders. (II), Genossenschaft und Erwerbsunternehmung in ZgGenW 1954, S. 125 ff.
- ders. (III), Genossenschaftliche Zusammenschlüsse in Zur Reform des Genossenschaftsrechts, 1. Bd., Bonn 1956
- Dülfer, Eberhard, (I), Typencharakter und Größenentwicklung der gewerblichen Kreditgenossenschaften, Diss., Marburg 1957
- ders. (II), Zur Frage des Unternehmungscharakters der Genossenschaft in ZgGenW 1956, S. 265 ff.

- Everling, H., Macht und Grenzen der konsumgenossenschaftlichen Bewegung in Konsumgenossenschaften und Wirtschaftsordnung, Erlangen 1950
- Fay, C., R., Cooperation at home and abroad, London 1936
- Fischer, Hans, Betriebswirtschaftliche Probleme im Genossenschaftswesen in Seraphim, Hans-Jürgen, I
- Gabriel, Siegfried, L., Grundlagen einer Reform des Genossenschaftsrechts in Zur Reform des Genossenschaftsrechts, 1. Bd., Bonn 1956
- Galbraith, J.K., American Capitalism, The Concept of Countervailing Power, Cambridge/Mass. 1952
- Gide, Charles, Die Genossenschaft, Halberstadt 1925
- von Gierke, Otto, (I), Das Deutsche Genossenschaftsrecht, Berlin 1868 - 1913
- ders. (II), Das Wesen menschlicher Verbände, Berlin 1902
- Glass, Otto, Genossenschaftskunde, Berlin - München 1949
- Granzow, G., Das Recht der deutschen Genossenschaften, Denkschrift des Ausschusses für Genossenschaftsrecht der Akademie für Deutsches Recht, Nr. 16 der Arbeitsberichte der Akademie
- Grünfeld, Ernst, Das Genossenschaftswesen volkswirtschaftlich und soziologisch betrachtet, Halberstadt 1928
- Gutenberg, Erich, (I), Grundlagen der Betriebswirtschaftslehre, 1. Bd., Die Produktion, 3. Auflage, Berlin-Göttingen-Heidelberg 1957
- ders. (II), Grundlagen der Betriebswirtschaftslehre, 2. Bd., Der Absatz, 2. Auflage, Berlin-Göttingen-Heidelberg 1956
- Guthmann, Otto, W., Begriff und unterscheidende Merkmale der GmbH und der eGmbH, Diss., Greifswald 1914
- Hallermann, Hermann, Genossenschaftliche Haftpflicht; Genossenschaften ohne Haftpflicht in Zur Reform des Genossenschaftsrechts, 1. Bd., Bonn 1956
- Handschin, Hans, Eigenproduktion in ZgGenW 1955, S. 147 ff.

- Helferich, Hans, Die Kreditgenossenschaft in der deutschen Kreditwirtschaft, Stuttgart 1937
- Hennemann, Horst, Die Größenentwicklungstendenzen im modernen deutschen Genossenschaftswesen und ihre Ursachen, Diss., Münster 1957
- Henzler, Reinhold, (I), Die Genossenschaft, eine fördernde Betriebswirtschaft, Essen 1957
- ders. (II), Das Genossenschaftsgesetz - ein Mittel zur Erhaltung der genossenschaftlichen Eigenart in ZgGenW 1951, S. 182 ff.
- ders. (III), Neugestaltung des gesetzlichen Genossenschaftsbegriffs in Zur Reform des Genossenschaftsrechts, 1. Bd., Bonn 1956, S. 51 ff.
- ders. (IV), Genossenschaftswesen, Wiesbaden 1953
- ders. (V), Über das Wesen der Genossenschaft und die Eigenart ihrer Preispolitik in ZgGenW 1957, S. 17 ff.
- ders. (VI), Genossenschaftspreise, die Preise im Mitglieder-
geschäft empirisch-analytisch betrachtet in ZgGenW 1957, S. 22 ff.
- ders. (VII), Grenztypen des Genossenschaftsbetriebs - Die Tendenz zur Genossenschaftsunternehmung in ZgGenW 1956, S. 9 ff.
- Hertlein-Meissner, Abschluß und Prüfung der AG, Leipzig 1938
- Heuss, Theodor, Schulze-Deltzsch, Leistung und Vermächtnis, Frankfurt 1945
- Hildebrand, K., (I), Wegweiser für genossenschaftliche Prüfungen, Berlin-Leipzig 1936
- ders. (II), Organisation und Direktion des genossenschaftlichen Betriebes, Halberstadt 1927
- Hillringhaus, Die Preußische Zentralgenossenschaftskasse, 1922
- Hirsch, Julius, Organisation und Formen des Handels und der staatlichen Binnenhandelspolitik in GdS, V. Abtlg., II. Teil, Tübingen 1918

- Hoffmann, Josef, Sparkassen und Girozentralen in
Das Deutsche Bankwesen, Wiesbaden 1951
- Inno, Karl, Das soziologische Wesen der Genossenschaft in
Apophoreta Tartuensia, Stockholm 1949
- Jakob, E., Volkswirtschaftliche Theorie der Genossenschaften,
Berlin - Stuttgart - Leipzig 1913
- Joseph, Gustav, Die Weiterentwicklung der Wohnungsbaugenossen-
schaften in ZgGenW 1951, S. 104 ff.
- Kautzky, Karl, Konsumvereine und Arbeiterbewegung, 1897
- Klein, Werner, Eine vergleichende Studie zwischen Aktiengesellschaft
und Genossenschaft, Diss., München 1948
- Kötter, Herbert, in Gehlen-Schelsky, Soziologie, Düsseldorf 1955
- Kronenberger, Philipp, J., Theorie des genossenschaftlichen Geldausgleichs,
Diss., Freiburg 1924
- Kruse, Alfred, Der Mittelstandskredit, Jena 1941
- Lampe, Adolf, Binnenhandel und Binnenhandelspolitik in
Weber, Adolf, Volkswirtschaftslehre, 4. Bd.,
München 1933
- Lang-Weidmüller, Genossenschaftsgesetz, 26. Auflage
- Letschert, Günther, Die Produktivgenossenschaft, Wiesbaden -
Biebrich, 1950
- Letschert, R., Die Durchführung der Verbandsrevision, Berlin 1921
- Loest, Johannes, Die Kapitalgrundlage der Genossenschaft in
Zur Reform des Genossenschaftsrechts, 1. Bd., Bonn 1956
- Lütge, Friedrich, Deutsche Sozial- und Wirtschaftsgeschichte,
Berlin - Göttingen - Heidelberg 1952
- Mellerowicz, Konrad, Allgemeine Betriebswirtschaftslehre, Berlin 1954
- Müller-Erbach, Rudolf, (I), Das private Recht der Mitgliedschaft als Prüfstein
eines kausalen Rechtsdenkens, Weimar 1948
- ders. (II), Die Rechtswissenschaft im Umbau,
München 1950

- Oberparleiter, Karl, Funktionen und Risiken des Warenhandels, 2. Aufl., Wien 1956
- Ohm, Hans, (I), Die Genossenschaft und ihre Preispolitik, Karlsruhe 1955
- ders. (II), Die Genossenschaft - eine Unternehmung? in ZgGenW 1954, S. 229 ff.
- Oppenheimer, Franz, Wege zur Gemeinschaft, München 1924
- Paulick, Heinz, Die eingetragene Genossenschaft als Beispiel einer gesetzlichen Typenbeschränkung, Tübingen 1954, (I)
- ders. (II), Gedanken zur Reform des Genossenschaftsrechts, Neuwied 1951
- ders. (III), Die Stellung der Prüfungsverbände im deutschen Genossenschaftsrecht in ZgGenW 1951, S. 265 ff.
- ders. (IV), Der genossenschaftliche Aufsichtsrat nach dem Betriebsverfassungsgesetz vom 11. Oktober 1952 in ZgGenW 1953, S. 215 f.
- ders. (V), Warenrückvergütung, ihr Wesen und ihre steuerliche Behandlung, Neuwied 1951
- Petzold, Eduard, Haftsumme - zeitgemäß? in ZgGenW 1955, S. 54 ff.
- Pfeil, Elisabeth, Soziologie der Großstadt in Gehlen - Schelsky, Soziologie, Düsseldorf 1955
- Preiser, Erich, Die Zukunft unserer Wirtschaftsordnung, Göttingen 1955
- Reinhardt, Rudolf, (I), Ordnungsprobleme im heutigen Genossenschaftsrecht unter besonderer Berücksichtigung der Großgenossenschaften in ZgGenW 1955, S. 30 ff.
- ders. (II), Die Verwertbarkeit des modernen Rechts der Aktiengesellschaft für eine Reform des Genossenschaftsrechts in ZgGenW 1951, S. 206 ff.
- Richter, Wolfgang, Schleppermarktforschung, Diss., Münster 1953
- Robotka, Frank, Eine Theorie des Genossenschaftswesens in ZgGenW 1955, S. 155 ff.

- Rößle, Karl, Allgemeine Betriebswirtschaftslehre, 5. Aufl., Stuttgart 1956 (I)
- ders. (II), Betriebswirtschaftslehre des Handwerks, 2. Aufl., Wiesbaden
- ders. (III), Zur Betriebswirtschaftslehre der Genossenschaften in Der Deutsche Volkswirt, 1937, Heft 40
- Rüstow, Alexander, Zwischen Kapitalismus und Sozialismus Bad Godesberg 1949
- Seelmann-Eggebert, E.L., Raiffeisen, Stuttgart 1928
- Seraphim, Hans-Jürgen, (I), Vom Wesen der Genossenschaften und ihre steuerliche Behandlung, Neuwied 1951
- ders. (II), Die genossenschaftliche Gesinnung und das moderne Genossenschaftswesen, Karlsruhe 1956
- ders. (III), Theorie der allgemeinen Volkswirtschaftspolitik, Göttingen 1955
- Seyffert, Rudolf, Wirtschaftslehre des Handels, Köln 1955
- Sombart, Werner, Die Deutsche Volkswirtschaft im 19. Jahrhundert, Darmstadt 1954
- Scherer, Adolf, Die Haftpflicht vom Standpunkt der ländlichen Genossenschaften in ZgGenW 1955, S. 71 ff.
- Schmidt, Georg, W., Die Entwicklung der Preußischen Zentralgenossenschaftskasse, Diss., Würzburg 1929
- Schröder, Georg, Die Kapitalgrundlage der Genossenschaft in Zur Reform des Genossenschaftsrechts, 1. Bd., Bonn 1956
- Schulze-Delitzsch, Hermann, (I), Die Entwicklung des Genossenschaftswesens in Deutschland, Auszug aus den Blättern für Genossenschaftswesen, Berlin 1870
- ders. (II), Schriften und Reden, Berlin 1909
- ders. (III), Vorschuß- und Kreditvereine als Volksbanken, Leipzig 1859, 2. Aufl.
- Schultze von Lasaulx, Hermann, Die Genossenschaft ohne Haftpflicht und das deutsche Gesellschaftsrecht in ZgGenW 1955, S. 176 ff.

- Schumacher, Karl, Das Problem der Großgenossenschaften in ZgGenW 1955, S. 16 ff.
- Staudinger, Franz, Die Konsumgenossenschaft, Leipzig 1908
- Stolper, Gustav, Deutsche Wirtschaft 1870 - 1940, Stuttgart 1950
- Stucken, Rudolf, Die Konzentrationsbewegung im deutschen Bankgewerbe und deren Gegenkräfte und die Tendenzen zur Dekonzentration und Spezialisierung in Untersuchung des Bankwesens 1933, II. Teil, 2. Bd.
- Thorwart, F., Hermann Schulze - Delitzsch, Schriften und Reden, Bd. 1 - 5, Berlin, 1909 - 1913
- Tönnies, Ferdinand, (I), Gemeinschaft und Gesellschaft, 2. Aufl., Berlin 1912
- ders. (II), Die Entwicklung der sozialen Frage bis zum ersten Weltkrieg, Berlin und Leipzig 1926
- Vierkandt, Alfred, (I), Gesellschaftslehre, 2. Aufl., Stuttgart 1928
- ders. (II), Kleine Gesellschaftslehre, Stuttgart 1949
- ders. (III), Familie, Volk und Staat, Stuttgart 1936
- von Waltershausen, A. Sartorius, Deutsche Wirtschaftsgeschichte 1815 - 1914, Jena 1920
- Weber, Max, Wirtschaft und Gesellschaft in Grundriß der Sozialökonomie, III. Abtlg., 2. Aufl., Tübingen 1925
- Weippert, Georg, (I), Neugestaltung des gesetzlichen Genossenschaftsbegriffs in Zur Reform des Genossenschaftsrechts, 1. Bd., Bonn 1956
- ders. (II), Zur Soziologie des Genossenschaftswesens in ZgGenW 1957, S. 112 ff.
- ders. (III), Die Ideologien der kleinen Leute und des Mannes auf der Straße, Berlin 1952
- Weisser, Gerhard, Sind die Genossenschaften reformbedürftig? in ZgGenW 1955, S. 200 ff.
- Wernet, Wilhelm, Handwerkspolitik, Göttingen 1952

- Westermann, Harry, Das rechtliche Wesen der Erwerbs- und Wirtschafts-
genossenschaften in Seraphim, Hans - Jürgen,
I, a. a. O., (I)
- ders. (II), Zulässigkeit des ergänzenden Nichtmitglieder-
geschäfts in Zur Reform des Genossenschaftsrechts,
1. Bd., Bonn 1956
- Wirth, Hermann, Die Genossenschaftsidee und ihre Gefährdung durch
wesensfremde Geschäftsvorgänge,
Diss., München 1954
- Wurzbacher, Gerhard und Pflaum, Renate, Das Dorf im Spannungsfeld der
industriellen Entwicklung, Stuttgart 1954, Schriften-
reihe des UNESCO - Instituts für Sozialwissenschaften,
Köln, Bd. 1
- Wuttig, Martin, Die Organisation des genossenschaftlichen Geldaus-
gleichs, Jena 1914
- Wygodzinski, W., Das Genossenschaftswesen in Deutschland,
Leipzig 1911
- Zee - Heraeus, Prüfung und Sanierung von Genossenschaften,
Stuttgart und Berlin 1938
- Ziegenfuss, Werner, Die Genossenschaften, Berlin 1948
- Jahrbücher des Deutschen Raiffeisenverbandes e. V., Bonn
- Jahrbücher des Zentralverbandes Deutscher Konsumgenossenschaften e. V.,
Hamburg
- Jahrbücher des Deutschen Genossenschaftsverbandes Schulze-Delitzsch e. V.,
Bonn
- Jahrbücher der Gemeinnützigen Wohnungswirtschaft, Köln
- Jahresberichte des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes
- Monatsberichte der Bank Deutscher Länder
- Statistische Jahrbücher der Bundesrepublik
- Zeitschrift für das gesamte Genossenschaftswesen, Organ der Genossenschafts-
institute an den Universitäten Erlangen, Frankfurt,
Marburg, Münster und Wien (ZgGenW)
- Zur Reform des Genossenschaftsrechts, Referate und Materialien, 1. Bd.,
Bonn 1956, herausgegeben vom Bundesjustizministerium

Herr Professor Dr. Dr. h. c. Karl Rößle stellte mir das Thema der Dissertation, die ich hiermit vorlege. An dieser Stelle möchte ich ihm, meinem hochverehrten Lehrer, der vor Vollendung dieser Arbeit verstarb, Dank sagen für all das, was er mir an Wissen und Anregungen im Verlauf meines Studiums und im Zusammenhang mit dieser Arbeit vermittelt hat. Nach dem Tode von Herrn Professor Dr. Dr. h. c. Karl Rößle war Herr Professor Dr. Otto Hintner so freundlich, die Betreuung der verwaisten Arbeit zu übernehmen. Ich bin ihm dafür zu großem Dank verpflichtet. Im besonderen möchte ich an dieser Stelle Herrn Dr. Karl Scheidl danken, der durch zahlreiche, wertvolle Anregungen und Hinweise mich bei der Anfertigung dieser Dissertation förderte.

LEBENS LAUF

Am 9. November 1932 wurde ich, Siegfried Wilhelm Willeitner, in Stuttgart geboren. Meine Mutter Eva Katharina und mein Vater Franz Willeitner, kaufmännischer Angestellter von Beruf, brachten mich zur evangelischen Taufe. Meine Schulzeit schloß ich 1953 mit der Ablegung der Reifeprüfung an dem Karls-Gymnasium in Stuttgart ab. Ich begann das Studium der Betriebswirtschaftslehre im SS 1953 an der Technischen Hochschule in Stuttgart. Im WS 1954/55 setzte ich mein Studium an der Universität in Köln fort. Im SS 1955 immatrikulierte ich an der Ludwig-Maximilians-Universität zu München. Nach Ablegung der Diplomprüfung wurde mir von dieser Universität am 14. Dezember 1956 der Titel eines Diplom-Kaufmanns verliehen.

